

Niedersächsisches Ministerium
für Inneres, Sport und Integration



Verfassungsschutz- bericht 2008



Niedersachsen

Vorwort

Liebe Bürgerinnen und Bürger!

Der Bericht des Verfassungsschutzes für das Jahr 2008 hat ein neues Erscheinungsbild: Schon mit der Titelseite soll deutlich werden, dass dieser Jahresbericht „niedersächsischer“ ist als in den bisherigen Jahren. Auch in der Gliederung und in der überarbeiteten Präsentation der Fakten stehen die Aspekte, die Niedersachsen betreffen, deutlicher im Vordergrund. Dabei ist uns bewusst: Der Extremismus hat vielfältige Bezüge und Voraussetzungen, die über die Grenzen unseres Bundeslandes hinausreichen. Deshalb enthält auch dieser Jahresbericht notwendige Erläuterungen zum Verständnis extremistischer Phänomene. Mit der Neugestaltung wollen wir den Leserinnen und Lesern den Umgang mit dem Verfassungsschutzbericht erleichtern. Der Bericht zeigt eindringlich, in welcher Weise Niedersachsen auch im Jahre 2008 von Extremisten herausgefordert wurde.



Islamisten als größte Gefahr der Inneren Sicherheit

Das Hauptaugenmerk des Verfassungsschutzes galt 2008 dem islamistischen Extremismus in unserem Land, insbesondere seiner militanten Variante. Nach wie vor geht die größte Gefahr für die Innere Sicherheit von islamistischen Terrorgruppen aus. Zwar blieb Niedersachsen im Jahr 2008 von Terrorakten verschont und wir haben auch keine Erkenntnisse über konkrete Anschlagpläne. Dennoch wissen wir von engen Verbindungen von Islamisten aus Niedersachsen zur Terrorszene im Ausland.

Dabei richtete sich der Blick des Verfassungsschutzes in besonderer Weise auf den Raum Braunschweig. Es gibt Hinweise, dass einige militante Islamisten von dort in ausländischen Terrorcamps geschult wurden oder sich terroristischen Gruppen angeschlossen haben. Wir müssen damit rechnen, dass zumindest ein Teil dieser Personen nach Deutschland zurückkehrt.

Im Raum Braunschweig gibt es seit einigen Jahren eine islamistische Szene, in deren Mittelpunkt das Islamische Bildungs- und Kulturzentrum (IBKZ) in der Stadt Braunschweig steht. Dort wird ein strenger Islam (Salafismus) mit dem Ziel gelehrt und gepredigt, die Gesellschaft von allen unislamischen Elementen zu „reinigen“. Wir befürchten, dass im IBKZ Multiplikatoren ausgebildet werden und so ein religiöser Fundamentalismus wachsenden Einfluss gewinnen kann.

Dass Niedersachsen keine Insel ist, zeigt auch, dass es Bezüge aus dem Braunschweiger Raum zur so genannten „Sauerlandgruppe“ gab, die 2007 verhaftet wurde. Hinzu kommen die zahlreichen Drohvideos von Terrorgruppen im Ausland, die 2008 auch auf Deutschland Bezug genommen haben. Deutschland ist im Visier des islamistischen Terrors. Daher wird der Verfassungsschutz seine Beobachtung der islamistischen Szene in Niedersachsen weiter intensivieren.

Rechtsextremismus im Wandel

Der Rechtsextremismus in Niedersachsen gab auch 2008 Anlass zur Sorge. 111 Gewaltdelikten von Rechtsextremisten (2007: 110) lag zumeist eine fremdenfeindliche Motivation zu Grunde. Niedersachsen ist weltoffen und stolz auf die Menschen aus dem Ausland, die bei uns leben und zum Wohl unseres Landes beitragen. Deshalb werden wir Fremdenfeindlichkeit in keiner Form dulden und Gewaltakte mit aller Härte des Gesetzes verfolgen.

Für die rechtsextremistischen Parteien NPD und DVU war 2008 ein Jahr des Streits um Strategien und der finanziellen Schwierigkeiten. Das schlug sich auch in einer deutlich sinkenden Mitgliederentwicklung nieder. Bei den Landtagswahlen im Januar konnte die NPD lediglich 1,5 Prozent erreichen.

Mit zunehmender Sorge erfüllt uns jedoch die Entwicklung im Bereich der so genannten Freien Kräfte. Eine noch relativ neue Erscheinung sind die „Autonomen Nationalisten“. Sie bestimmen aufgrund ihrer Militanz mehr und mehr das Demonstrationsgeschehen und ersetzen vielfach das Kameradschaftsmodell. Sie ahmen Linksautonome in Erscheinung und Strategie oftmals nach und scheuen nicht die gewaltsame Konfrontation mit ihnen.

Linksextremisten im Landtag

Das herausragende Ereignis im Bereich des Linksextremismus war 2008 der Einzug der Partei DIE LINKE. mit 7,1 Prozent in den Niedersächsischen Landtag. Diese Partei ist ein Sammelbecken verschiedener linksextremistischer Gruppierungen; einen klaren Trennungsstrich zu Verfassungsfeinden zieht sie nicht. In ihren Verlautbarungen propagiert sie die Überwindung des „Systems“. Zudem gibt es Verbindungen der LINKEN zur gewaltbereiten linksautonomen Szene. Ein Verzicht des Verfassungsschutzes auf die Beobachtung der LINKEN würde nicht nur gegen seinen Auftrag zum Schutz des Grundgesetzes verstoßen, er würde auch einem Gütesiegel gleichkommen, das dieser Partei nicht zusteht.

Der Bericht zeigt ferner auf, dass es insbesondere im Bereich der Autonomen von links und rechts bei allen ideologischen Unterschieden auch zahlreiche Ähnlichkeiten und strukturelle Gemeinsamkeiten gibt. Die Zahl von 112 Gewaltdelikten ist auch auf vermehrte Links-Rechts-Konfrontationen zurückzuführen.

Wirtschaftsschutz von großer Bedeutung

Als starker Wirtschaftsstandort mit innovativen Unternehmen ist Niedersachsen im Focus der Wirtschaftsspionage. Der Verfassungsschutz hat 2008 seine intensive Präventions- und Aufklärungsarbeit in diesem Bereich ausgebaut und so wesentlich zur Unternehmenssicherheit zahlreicher Firmen in Niedersachsen beigetragen.

Prävention und Öffentlichkeitsarbeit

Verfassungsschutz bedeutet nicht nur, extremistische Aktivitäten zu beobachten, sondern auch die Öffentlichkeit darüber zu informieren und nach Möglichkeit präventiv zu wirken. „Verfassungsschutz durch Aufklärung“ ist eines unserer wichtigen Ziele, dem wir durch zahlreiche Vorträge, Lehrerfortbildungen, Publikationen und Ausstellungen, die vor allem von vielen Schülerinnen und Schülern besucht werden, nachkommen. Mit der Gründung der „Niedersäch-

sischen Extremismuspräventions- und Informationsstelle – NEIS“ im April 2009 wollen wir diese Aktivitäten weiter verstärken.

Mein Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verfassungsschutzes. Mit ihrer Arbeit leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Wehrhaftigkeit unserer Demokratie.

Ich wünsche mir, dass dieser Bericht nicht zuletzt in der politischen Bildung vor allem junger Menschen eine gewinnbringende Verwendung findet, indem er für die Gefährdungen durch den Extremismus sensibilisiert und zum Einsatz für Freiheit, Toleranz und Demokratie ermutigt.

A handwritten signature in black ink, reading "Uwe Schünemann". The signature is written in a cursive style with a small mark above the 'u' in Schünemann.

Uwe Schünemann
Niedersächsischer Minister für Inneres, Sport und Integration

Hinweis zur Rechtschreibung:

Im Bericht wird die deutsche Rechtschreibung entsprechend der aktuell gültigen Auflage des Duden verwendet. Sofern in Zitaten davon abgewichen wird, liegt es daran, dass die Originalschreibweise der dem Zitat zugrunde liegenden Quelle übernommen wurde. Daneben können in Zitaten auch Namen anders geschrieben sein, als im übrigen Bericht. Ein gesonderter Hinweis auf die Abweichung erfolgt jedoch nicht.

Ausländerextremismus

Rechtsextremismus

Linksextremismus

Vergleich der Extremismen

Scientology-Organisation

Spionageabwehr

Geheim- und Wirtschaftsschutz

Verfassungsschutz in Niedersachsen

Anhang, Abkürzungs-, Stichwort- und Ortsverzeichnis

INHALTSÜBERSICHT

AUSLÄNDEREXTREMISMUS	13
Mitglieder-/Anhänger-Potenzial	13
Politisch motivierte Kriminalität (PMK) mit extremistischem Hintergrund	14
Einführung.....	18
Islamismus als politische Weltanschauung	18
Die terroristische Dimension des Islamismus	20
Mediale Verbreitung islamistischer und fundamentalistischer Positionen	21
Weitere extremistische Ausländerorganisationen	23
Muslimbruderschaft (MB).....	24
Ursprung und Entwicklung.....	25
Die Muslimbruderschaft in Deutschland und in Niedersachsen.....	25
Tablighi Jama'at (TJ, Gemeinschaft der Missionierung und Verkündigung)	28
Ursprung und Entwicklung.....	28
Gründe für die Beobachtung der Tablighi Jama'at	29
Aktivitäten.....	29
Aktivitäten von TJ-Anhängern in Niedersachsen.....	30
Islamische Befreiungspartei (Hizb ut-Tahrir al-Islami, HuT)	31
Ursprung und Entwicklung.....	31
Die HuT in Deutschland und in Niedersachsen	32
Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V. (IGMG)	33
Ursprung und Entwicklung.....	33
Die IGMG in Deutschland und in Niedersachsen.....	34
Aktivitäten.....	35
Die Milli Gazete als Sprachrohr der Milli Görüs-Bewegung	36
Der Kalifatsstaat (Hilafet Devleti)	38
Ursprung und Entwicklung.....	39
Verbot des Kalifatsstaat.....	39
Schiitischer Islamismus	40
Hizb Allah (Partei Gottes)	41
Ursprung und Entwicklung.....	41
Die Hizb Allah in Deutschland und Niedersachsen	41
Volkskongress Kurdistans (KONGRA GEL) - ehemals Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans (KADEK)/Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)	42
Hintergrund.....	43
„EU-Terrorliste“	44
Organisatorische Strukturen	44
Finanzierung.....	46
Exekutivmaßnahmen in Niedersachsen	46
Verbot des kurdischen Fernsehsenders ROJ TV.....	47
Volkverteidigungskräfte (HPG) entführen deutsche Bergsteiger.....	48
Angebliche Misshandlung Abdullah ÖCALANs.....	48

Devrimci Sol (Dev Sol)/DHKP-C und THKP-C-Devrimci Sol	49
Ursprung und Entwicklung.....	49
Prozess in Stuttgart.....	50
Aktivitäten in Niedersachsen.....	50
Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML).....	51
Ursprung und Entwicklung.....	51
Aktivitäten in Deutschland und in Niedersachsen	52
Volksmoudjahedin Iran-Organisation (MEK)/Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI)	53
Ursprung und Entwicklung.....	53
Streichung der MEK von der „EU-Terrorliste“	54
Besuch von Maryam RADJAVI in Berlin	55
Aktivitäten der Organisation	56
Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE, Befreiungstiger von Tamil Eelam).....	57
Ursprung und Entwicklung.....	57
Aktivitäten in Deutschland und in Niedersachsen	58
RECHTSEXTREMISMUS	60
Mitglieder-Potenzial	60
Politisch motivierte Kriminalität (PMK) mit extremistischem Hintergrund.....	61
Einführung.....	65
Aktuelle Entwicklungen im Rechtsextremismus	67
Immobilien-geschäfte mit rechtsextremistischem Hintergrund	71
Intellektualisierungsbemühungen im Rechtsextremismus.....	73
Die Rolle MOLAUs im intellektuellen Rechtsextremismus.....	74
Rechtsextremistischer Geschichtsrevisionismus.....	76
Verbot revisionistischer Vereine durch das Bundesinnenministerium.....	77
Rechtsextremistische Skinheads und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten	78
Geschichte der Skinheads	80
Skinheads in Deutschland.....	80
Ideologie.....	81
Erscheinungsbild	81
Blood & Honour	82
Szenezeitschriften (Fanzines)	83
Rechtsextremistische Musikszene.....	83
Rechtsextremistische Musik in Niedersachsen	88
Rechtsextremistische Konzerte in Niedersachsen	92
Rechtsextremistische Internetforen	93
Neonazistische Szene	94
Organisationsformen.....	94
Autonome Nationalisten	96
Ideologie.....	97
Freie Nationalisten und die NPD	98
Autonome Nationalisten und die NPD	100

Neonazistische Personenzusammenschlüsse in Niedersachsen	101
Aktivitäten niedersächsischer Kameradschaften und Aktionsgruppen.....	104
Nationale Sozialisten aus Niedersachsen: Sonnenwende und Erntedankfest.....	107
Trauermarsch in Bad Nenndorf und Heß-Todestag	108
Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen mit dem Ziel gesellschaftlicher Akzeptanz	109
Veranstaltungen anlässlich des Volkstrauertages	110
Vernetzungsbemühungen.....	111
Irreführende Verwendung des Kameradschaftsbegriffes	112
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG)	113
JVA-Report.....	114
Heimattreue Deutsche Jugend e. V. (HDJ)	115
Entstehungsgeschichte und Organisation	115
Einleitung eines Ermittlungsverfahrens.....	116
Verbot der HDJ.....	117
Ideologie und Aktivitäten	118
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	120
Organisations- und Mitgliederentwicklung	121
Bundesparteitag.....	121
Kontroverse mit den Freien Nationalisten	123
Ideologie und Programmatik	123
Entwicklung in Niedersachsen.....	128
Organisatorische Entwicklung des Landesverbandes	129
Junge Nationaldemokraten (JN)	131
Deutsche Volksunion (DVU)	132
Organisationsstruktur	133
Programmatik.....	133
Zusammenarbeit mit anderen rechtsextremistischen Organisationen.....	135
LINKSEXTREMISMUS.....	137
Mitglieder-Potenzial	137
Politisch motivierte Kriminalität (PMK) mit extremistischem Hintergrund.....	138
Einführung.....	142
Aktuelle Entwicklungen im Linksextremismus in Niedersachsen.....	143
Autonome und sonstige gewaltbereite Linksextremisten	144
Ursprünge und Ziele	144
Gewalttätige Aktionen in Niedersachsen.....	146
Vernetzungsbemühungen der autonomen Szene.....	147
Vernetzungen in Niedersachsen	147
Kommunikationswege.....	149
Aktionsfeld Antifaschismus	149
Aktionsfeld Antirepression	154
Aktionsfeld Antimilitarismus.....	155

Aktionsfeld Antirassismus.....	157
Einflussnahme von Linksextremisten auf die Proteste gegen Atomenergie und Castor-Transporte	159
Einflussnahme von Linksextremisten auf die Proteste gegen Globalisierung und Neoliberalismus	161
DIE LINKE.	164
Offene extremistische Zusammenschlüsse.....	167
Der Jugendverband „Linksjugend [‘solid]“	168
Aufgehen von Linksruck in DIE LINKE.	169
DIE LINKE. in Niedersachsen	169
Bündnis- und Kampagnenpolitik	171
Deutsche Kommunistische Partei (DKP).....	174
40 Jahre DKP.....	175
Der Fall Christel WEGNER	175
Zusammenarbeit mit der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend und der Assoziation Marxistischer StudentInnen.....	178
„Antirevisionistische“ Publikationen	179
RotFuchs.....	179
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	181
VIII. Parteitag der MLPD	182
Jugendarbeit	184
Rote Hilfe e. V. (RH)	184
Struktur.....	185
Aufgaben.....	185
Niedersächsische Aktivitäten	185
Bundesweite Aktivitäten	186
Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union/Internationale Arbeiterinnen Assoziation (FAU/IAA).....	186
Struktur.....	186
Niedersächsische Aktivitäten	187
VERGLEICH DER EXTREMISMEN	189
Linksextremismus	190
Rechtsextremismus.....	191
Links- und rechtsextremistische Autonome	193
Islamistischer Extremismus.....	194
Fazit: Keine Querfront trotz gemeinsamer Merkmale	196
SCIENTOLOGY - ORGANISATION (SO)	198
Geschichte der SO	198
Zielsetzung und verfassungsfeindliche Bestrebungen	199
Organisation.....	200
Scientology in Deutschland und Niedersachsen.....	202
Hinweistelefon	204

SPIONAGEABWEHR	205
Einführung.....	205
Geheimdienste der Russischen Föderation.....	206
Vorsicht bei Reisen.....	207
Chinesische Geheimdienste	208
Proliferation	210
Hilfe für Betroffene	211
GEHEIM- UND WIRTSCHAFTSSCHUTZ	212
Geheimschutz.....	212
Wirtschaftsschutz	213
Einleitung	213
Wirtschaftsspionage oder Konkurrenzausspähung?	
– Einbruch, aber offensichtlich nichts gestohlen –.....	214
Messestand auf der Public Private Security	215
Sicherheitsmesse „Security“ in Essen	215
Zwölfte Sicherheitstagung für geheimschutzbetreute Unternehmen	215
Siebte Wirtschaftsschutztagung des Niedersächsischen Verfassungsschutzes.....	216
DER VERFASSUNGSSCHUTZ IN NIEDERSACHSEN	217
Organisation.....	217
Beschäftigte.....	217
Haushalt.....	217
Mitwirkungsaufgaben des Verfassungsschutzes.....	217
Projektorganisation Gemeinsames Informations- und Analysezentrum Polizei und Verfassungsschutz Niedersachsen (GIAZ – Niedersachsen).....	219
Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel	220
Nachrichtendienstliches Informationssystem (NADIS).....	221
Auskunftersuchen von Bürgerinnen und Bürgern	222
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Verfassungsschutzbehörde	223
ANHANG	229
Definition der Arbeitsbegriffe	229
Niedersächsisches Verfassungsschutzgesetz (NVerfSchG)	233
Grafiken zu Mitglieder- und Potenzialentwicklung extremistischer Bestrebungen.....	260
Übersicht Verbote neonazistischer Vereinigungen	264
Abkürzungsverzeichnis.....	266
Stichwortverzeichnis.....	270
Ortsverzeichnis (Niedersachsen)	281

AUSLÄNDEREXTREMISMUS

Mitglieder-/Anhänger-Potenzial

Mitglieder-/Anhänger-Potenzial extremistischer Ausländerorganisationen¹ Bundesrepublik Deutschland	2007	2008
Islamistisch-extremistische Gruppen ²	33.170	34.720
Extrem-nationalistische Gruppen	8.380	7.880
Linksextremistische Gruppen	16.870	16.870
Summe	58.420	59.470

Niedersachsen	2007	2008
Islamistisch-extremistische Gruppen	3.150	3.180
Extrem-nationalistische Gruppen	600	600
Linksextremistische Gruppen	1.860	1.900
Summe	5.610	5.680

¹ Die Zahlenangaben sind zum Teil geschätzt und gerundet. Eine dem deutschen Vereinsrecht entsprechende Organisation ist in diesem Bereich in der Regel nicht gegeben. Daher ist eine exakte Schätzung mit besonderen Schwierigkeiten verbunden, so dass die Angabe zum Mitgliederpotenzial eine Schätzung der aktiven Anhänger einschließt.

² Nicht alle Mitglieder islamistisch-extremistischer Organisationen verfolgen oder unterstützen extremistische Zielsetzungen.

Politisch motivierte Kriminalität³ (PMK) mit extremistischem Hintergrund – Ausländer

Die Politisch motivierte Kriminalität wird seit dem Jahr 2001 durch die Polizei nach dem von der Innenministerkonferenz beschlossenen „Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität (KPM-D-PMK)“ bundeseinheitlich erfasst.

Im Jahr 2007 wurden im Bereich der Politisch motivierten Ausländerkriminalität 155 Straftaten mit extremistischem Hintergrund durch die Polizei registriert. Im Jahr 2008 stieg diese Zahl deutlich auf 651 Delikte an.

Der signifikante Anstieg der Fallzahlen liegt in der Einleitung von insgesamt 686 Strafverfahren wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz im Jahr 2008 begründet, von denen aufgrund des ermittelten Tatzeitpunktes 581 Taten für das Jahr 2008 erfasst und 105 Taten für das Jahr 2007 nachregistriert wurden. Bei einer durchgeführten Durchsuchung am 9. Februar im Verein Kurdistan Volkshaus e. V. „Mala Gel“ in Hannover wurde umfangreiches Beweismaterial wie Spendenlisten, zahlreiche Spendenquittungen und ein hoher Bargeldbetrag sichergestellt, welche auf eine Unterstützung des mit Betätigungsverbot belegten Volkskongress Kurdistan (KONGRA GEL)⁴, ehemals Arbeiterpartei Kurdistan (PKK), durch eine Spendengeldkampagne hindeuten. Die Auswertung der Unterlagen führte zu den o. a. Verfahren.

Ohne die genannten Verstöße gegen das Vereinsgesetz in Verbindung mit dem Strafverfahren gegen den KONGRA GEL wären keine gravierenden Veränderungen gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Einen weiteren Schwerpunkt der Politisch motivierten Ausländerkriminalität, allerdings auf wesentlich niedrigerem Niveau, bilden Sachbeschädigungen (15 Fälle) und Verstöße gegen das Versammlungsgesetz (6 Fälle). Auch diese Taten stehen in einem Zusammenhang mit dem KONGRA GEL.

Der größte Anteil der Straftaten wurde durch Täter im Alter zwischen 31 und 50 Jahren begangen (181 Delikte), gefolgt von den 21- bis 30-jährigen Tätern (53 Delikte) sowie den über 50-Jährigen (41 Delikte). Auffällig ist hierbei insbesondere der im Durchschnitt sehr hohe Anteil von älteren Personen.

Im Berichtszeitraum 2008 waren im Bereich der Politisch motivierten Ausländerkriminalität sechs Gewalttaten (drei Körperverletzungsdelikte und drei Widerstandsdelikte) zu verzeichnen.

³ Der PMK werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie den demokratischen Willensbildungsprozess beeinflussen sollen, sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten, durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, oder sich gegen eine Person, insbesondere aufgrund ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung oder Herkunft richten und die Tathandlung damit im Kausalzusammenhang steht.

⁴ S. S. 42 „KONGRA GEL“

Die Strafverfahren im Bereich des islamistischen Terrorismus und Extremismus bewegen sich weiterhin auf eher niedrigem Niveau. Die Anzahl der Strafverfahren lässt allerdings keine fundierte Bewertung der tatsächlichen Gefährdungssituation in Bezug auf den islamistischen Extremismus und Terrorismus zu. In Niedersachsen konnten insbesondere durch intensive präventivpolizeiliche und strafprozessuale Maßnahmen umfangreiche Erkenntnisse zu eng miteinander verbundenen islamistischen Netzwerken, die im Zusammenhang mit Spendengeldsammlungen und Rekrutierungen von Kämpfern für den Jihad stehen, gewonnen werden. Konkrete Hinweise auf unmittelbar bevorstehende Anschläge liegen derzeit jedoch nicht vor.

Übersicht der Gewalttaten und sonstigen Straftaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politisch motivierte Ausländerkriminalität“ in Niedersachsen⁵

Gewalttaten:	2007	2008
Tötungsdelikte	0	0
Versuchte Tötungsdelikte	0	0
Körperverletzungen	2	3
Brandstiftungen	0	0
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion	0	0
Landfriedensbrüche	0	0
Gefährl. Eingriffe in Bahn-, Luft-, Schiffs- oder Straßenverkehr	0	0
Freiheitsberaubung	0	0
Raub	0	0
Erpressung	0	0
Widerstandsdelikte	0	3
Insgesamt	2	6
Sonstige Straftaten:		
Sachbeschädigungen	9	15
Nötigungen/Bedrohungen	7	4
Andere Straftaten	137	626
Insgesamt	153	645
Straftaten insgesamt	155	651

⁵ Die Zahlen basieren auf Angaben des Landeskriminalamtes Niedersachsen (LKA NI). Die Darstellung der niedersächsischen Zahlen in Übersichten des Bundes (insbesondere dem Ländervergleich) kann abweichen, da das LKA NI eine so genannte lebende Statistik führt. Das heißt, dass Nacherfassungen/Aktualisierungen für Vorjahre vorgenommen werden und der Zahlenbestand insoweit Änderungen unterliegt.

Übersicht der Gewalttaten und sonstigen Straftaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politisch motivierte Ausländerkriminalität“ in der Bundesrepublik Deutschland⁶

Gewalttaten:	2007	2008
Tötungsdelikte	0	0
Versuchte Tötungsdelikte	2	3
Körperverletzungen	54	63
Brandstiftungen	17	11
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion	2	0
Landfriedensbrüche	23	12
Gefährl. Eingriffe in Bahn-, Luft-, Schiffs- oder Straßenverkehr	1	2
Freiheitsberaubung	0	1
Raub	3	3
Erpressung	5	11
Widerstandsdelikte	1	7
Sexualdelikte	0	0
Insgesamt	108	113
Sonstige Straftaten:		
Sachbeschädigungen	107	205
Nötigungen/Bedrohungen	25	27
Andere Straftaten	507	967
Insgesamt	639	1.199
Straftaten insgesamt	747	1.312

⁶ Die Zahlen basieren auf Angaben des Bundeskriminalamtes (BKA).

Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politisch motivierte Ausländerkriminalität“⁷

Gewalttaten	2007	2008
Baden-Württemberg	14	41
Bayern	6	5
Berlin	25	14
Brandenburg	0	1
Bremen	1	1
Hamburg	4	7
Hessen	2	2
Mecklenburg-Vorpommern	0	0
Niedersachsen	2	6
Nordrhein-Westfalen	49	27
Rheinland-Pfalz	2	2
Saarland	0	1
Sachsen	0	0
Sachsen-Anhalt	0	3
Schleswig-Holstein	1	2
Thüringen	2	1
Gesamt	108	113

⁷ Die Zahlen basieren auf Angaben des Bundeskriminalamtes (BKA).

Einführung

Die Verfassungsschutzbehörden beobachten politisch bestimmte Aktivitäten von Ausländern nur dann, wenn diese

- sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung (fdGO) wenden, z. B. eine islamistische Ordnung für Staat und Gesellschaft durchsetzen wollen,
- ihre politischen Auseinandersetzungen mit Gewalt auf deutschem Boden austragen und dadurch die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gefährden,
- vom Bundesgebiet aus Gewaltaktionen in anderen Staaten durchführen oder vorbereiten und dadurch auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden oder
- Bestrebungen verfolgen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung oder gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind.

Islamismus als politische Weltanschauung

Politisches Verständnis der Scharia Erstmals seit der Islamischen Revolution im Iran 1979 rückte mit den terroristischen Anschlägen vom 11.09.2001 in den westlichen Staaten mit dem Islamismus eine ideologische Strömung in den Fokus der Öffentlichkeit, die in der islamischen Welt bereits seit Jahrzehnten die Politik mitbestimmte. Bis heute besteht „der Islam“ aus einer Vielzahl von Gruppierungen und Strömungen, die eine durchaus unterschiedliche Vorstellung von dem Verhältnis der Religion zur Politik haben. Der Islamismus ist von allen aus dem Islam entstandenen Strömungen die am weitesten politisierte, so dass man schon von einer in sich geschlossenen Ideologie sprechen kann. Ziel des Islamismus ist es, eine politische Ordnung auf Basis des islamischen Rechtssystems, der Scharia⁸, zu errichten.

Mit der Abschaffung des Kalifats⁹ im Jahre 1924, das weithin zumindest ideell als eine alle Muslime zusammenhaltende Klammer verstanden wurde, durch den türkischen Staatsmann und Nationalisten Atatürk verstärkte sich in

⁸ Der Begriff Scharia wird für die islamische Rechts- und Lebensordnung verwendet. Diese umfasst einerseits die Beziehungen zwischen dem Gläubigen und Gott (Gottesdienst und Kultus), andererseits auch die Beziehungen zwischen den Gläubigen untereinander (Recht). So beinhaltet die Scharia nicht nur genaue Anweisungen für religiöse Rituale und Pflichten, sondern auch Regelungen für Familienrecht, Strafrecht, Erbrecht etc.

⁹ Das Kalifat stellte bis zur Abschaffung durch Atatürk die islamische Herrschaftsform dar, bei der weltliche und religiöse Führerschaft in der Person des Kalifen (des Nachfolgers des Propheten Muhammad) vereint sind. Der Kalif war als legitimer Nachfolger Muhammads mit der politischen und religiösen Führung der umma, der Gemeinschaft aller gläubigen Muslime, betraut.

fundamentalistischen Kreisen die Befürchtung, der Islam sei durch den Westen und durch Muslime, die sich westlichen Ideen verschrieben hatten, bedroht.

Vor diesem Hintergrund gründete der ägyptische Grundschullehrer Hasan al-Banna 1928 die bis heute einflussreichste islamistische Organisation, die derzeit in über 70 Staaten präsen- te Muslimbruderschaft.

Die Gründung des Staates Israel 1948 wurde von weiten Teilen der arabischen und muslimischen Welt als eine weitere westliche Verschwörung mit dem Ziel, einen Keil in die islamische Welt zu treiben und diese auch geografisch zu teilen, aufgefasst. Dieser Vorgang führte Anfang der fünfziger Jahre in Jordanien zur Gründung der islamistischen Islamischen Befreiungspartei, der Hizb ut-Tahrir al-Islami (HuT). Diese Organisation bekämpft den Nationalismus, dessen Eindringen in die islamische Welt sie als Versuch der Spaltung der Muslime ansieht und dem sie das Konzept eines alle Muslime umfassenden Reichs, des wiederzuerrichtenden Kalifats, entgegensetzt.

Islamistischen Organisationen und Bewegungen ist bei aller Unterschiedlichkeit gemein, dass sie Gesellschaften anstreben, die streng nach der Rechtsordnung der Scharia organisiert sein sollen. Die Scharia unterteilt aber die Menschen entsprechend ihrem Glauben, ihrem Geschlecht und ihrem Verhältnis zum islamischen Staat in verschiedene rechtliche Kategorien, die den Rechtsstatus einer Person festlegen. Nach der Scharia besitzen lediglich Muslime alle Rechte und Pflichten, wobei muslimische Frauen gegenüber muslimischen Männern, etwa im Hinblick auf das Erb- und Familienrecht, benachteiligt sind. Juden und Christen, die die Herrschaft des islamischen Staates akzeptieren, dürfen ihre Religion ausüben, müssen aber Sondersteuern bezahlen. Die Herrschaft von Nichtmuslimen über Muslime, hervorgerufen etwa durch Ergebnisse einer demokratischen Wahl, wird von der Scharia nicht gebilligt. Daher richtet sich das Bekenntnis zur Scharia gegen den Gleichheits- und Demokratiegrundsatz und ist mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland nicht vereinbar. Ebenso drängen Islamisten auf die unbedingte Gültigkeit der so genannten Hadd-Strafen, die für Vergehen wie „Unzucht“ (außerehelichen bzw. homosexuellen Geschlechtsverkehr) oder Diebstahl Sanktionen bis hin zur Todesstrafe bzw. die Amputation der rechten Hand vorsehen. Das verstößt gegen die in Artikel 1 des Grundgesetzes (GG) verankerte Unantastbarkeit der Menschenwürde.

Seit einigen Jahren bildet sich in Deutschland eine in engem Kontakt mit islamischen Kernländern stehende religiöse Lehr- und Bildungsinfrastruktur heraus, die unter salafi-

**Antiwestliche
Verschwörungstheorien**

**Diskriminierende
Regelungen der
Scharia**

Religiöse Lehr- und Bildungsinfrastruktur unter salafistischen Vorzeichen

stischen Vorzeichen steht. Der Salafismus ist eine politisierte Islamauffassung, die dem saudi-arabischen Wahhabismus nahe steht und die „frommen Altvorderen“ (as-salaf as-salih; der Prophet Muhammad und seine zeitgenössischen Anhänger) als verbindliches Vorbild für alle Zeiten postuliert. Die oben beschriebenen verfassungsfeindlichen Aspekte des Islamismus treffen auf den Salafismus in verstärktem Maße zu; dies geht mitunter soweit, dass – im Gegensatz zu den anderen Islamisten – in salafistischen Kreisen über die schariarechtlichen Bedingungen der Versklavung so genannter Ungläubiger diskutiert wird.



Zu den Kernpunkten des Salafismus gehört die Reinigung der Religion von „unislamischen“ Elementen (tasfiyya) und die Erziehung der Muslime zu einem islamgemäßen Leben (tarbiyya). Der Salafismus setzt zur Propagierung von tasfiyya und tarbiyya auf zwei wesentliche Säulen: Religiöse Vorträge und Seminare sowie das Internet.

Mindestens seit 2002 lassen sich verschiedene salafistische Seminaraktivitäten in Deutschland nachweisen. Eine besondere Rolle kommt dabei den überregionalen Grundlagenseminaren Lerne-den-Islam zu.

Braunschweig Zentrum des Salafismus in Niedersachsen

Zentrale Bedeutung hinsichtlich der Weitergabe salafistisch geprägten „Wissens“ kommt einer in Braunschweig angesiedelten Moschee mit angeschlossener Islamschule zu. Auf ihrer Internetseite bemüht sich die Schule sichtbar darum, sich von gewalttätigen Formen des Islamismus abzugrenzen. In einem an anderer Stelle im Internet abrufbaren Video erklärt der Leiter dieser Schule, dass für den Abfall vom Islam Enthauptung die angemessene Strafe sei.

Die terroristische Dimension des Islamismus

Bereits in den 40er Jahren des 20. Jahrhunderts verfügte die Muslimbruderschaft über eine Geheimorganisation, die Attentate auf politische Gegner ausführte. Das Phänomen der durch Selbstmordattentäter durchgeführten Anschläge, denen mitunter Hunderte von Menschen zum Opfer fallen, entstand jedoch erst in den 80er Jahren und breitete sich allmählich über das schiitische Hizb Allah-Millieu hinaus in den Bereich des sunnitischen¹⁰ Islamismus aus.

¹⁰ Schiiten sind diejenigen Muslime, die Ali, den Vetter und Schwiegersohn Muhammads als dessen ersten rechtmäßigen Nachfolger anerkennen und in diesem Sinne Schiit Ali, Anhänger Alis heißen. Dieses Bekenntnis unterscheidet sie von den Sunniten, die in Abu Bakr (gest. 634), Umar (gest. 644), Osman (gest. 656) und dann erst Ali (gest. 661), die ersten rechtmäßigen Kalifen sehen. Die Sunniten bilden mit ca. 85 - 90 % die größte Glaubensrichtung im Islam. Sunniten stellen in vielen islamischen Ländern die Mehrheit der Muslime, so beispielsweise in Ägypten, Tunesien, Jordanien, Syrien oder der Türkei. Zweitgrößte Glaubensrichtung des Islam sind mit ca. 10 - 15 % die Schiiten. („Lexikon der Islamischen Welt“, Hrsg. Klaus Kreiser, Rotraud Wielandt, 1992).

Der Terrorismus islamistischer Prägung gilt heute überwiegend als salafistisch inspiriert. So bestand etwa über persönliche Bekanntschaften eine Anbindung der so genannten Sauerlandzelle an ein im Raum Braunschweig/Wolfsburg agierendes salafistisches Netzwerk. Die so genannte Sauerlandzelle erwarb in Niedersachsen über 700 kg chemischer Grundstoffe für die Sprengstoffherstellung und wurde 2007 durch die Sicherheitsbehörden zerschlagen. Das Netzwerk wiederum ist eingebunden in internationale Zusammenhänge des islamistischen Terrorismus im Hinblick auf Werbung, Finanzierung und Rekrutierung. So wurden seit etwa Anfang 2003 mehrere Personen aus Niedersachsen an Kriegsschauplätze im Irak und Libanon vermittelt. Weiterhin konnten propagandistische Aktivitäten hinsichtlich der Legitimierung des Jihads gegen so genannte Ungläubige festgestellt werden.

Salafistische Prägung des islamistischen Terrorismus

Mediale Verbreitung islamistischer und fundamentalistischer Positionen

Zahlreiche Fernsehsender des nah- und mittelöstlichen Raumes, die über Internet und Satellit auch in Niedersachsen zu empfangen sind, vermitteln ein Weltbild, das häufig im Widerspruch steht zu dem Prinzip eines friedlichen Zusammenlebens religiös verschieden geprägter Bevölkerungsgruppen. Stehen bei türkischen Sendern eher nationalistische Botschaften im Vordergrund, so propagieren arabischsprachige Programme mitunter religiös sehr konservative bis hin zu islamistischen Einstellungen. Breiten Raum finden in Predigtsendungen oder in den beliebten Gesprächsrunden über den islamischen Glauben Themen, die direkt das Leben des einzelnen Muslims berühren, so etwa die Frage nach dem Verhältnis der Geschlechter zueinander. Häufig werden dabei Positionen vertreten, die mit einem verfassungskonformen Verständnis beispielsweise von Menschenrechten unvereinbar sind. So rechtfertigte mit angeblichen naturwissenschaftlichen Erkenntnissen der jemenitische Prediger Abd al-Majid al-Zindani am 23. Oktober auf Iqra-TV die Praxis der islamischen Rechtsprechung, wonach zwei weibliche einem männlichen Zeugen gleich zu setzen sind. Danach funktionieren das weibliche Gehirn anders als das männliche. Es sei anders als dieses nicht in der Lage, die Prozesse des Sprechens und des Merkens gleichzeitig ablaufen zu lassen. Daher sei auf das Zeugnis einer Frau vor Gericht auch nicht so viel Gewicht zu legen wie auf die Aussage eines Mannes.

Viele konservative arabische Fernsehsender propagieren nicht nur ein bedenkliches Frauenbild, sondern geben auch Hasspropaganda gegenüber Minderheiten ein Forum. Am

Nahöstliche TV-Sender auch in Niedersachsen zu empfangen

10.12.2007 nutzte der kuweitische Islamist Dr. Saad Al-Inzi ein Interview auf al-Rai TV, um drakonische Maßnahmen gegenüber Homosexuellen zu fordern:

„Dr. Al-Inzi: Wenn eine Person einen abscheulichen Akt wie Homosexualität bzw. Lesbianismus begeht, dann erfüllt es nach islamischer Rechtsauffassung den Straftatbestand der 'Verbreitung von Korruption auf Erden', und dies sollte mit dem Tod bestraft werden.

Interviewer: Abgesehen von lebenslänglicher Haft und Todesstrafe, was kann noch gemacht werden?

Dr. Al-Inzi: Nach dem islamischen Recht sollte ein Homosexueller von einem hohen Gebäude geworfen werden.

Interviewer: Was würden Sie mit ihnen tun?

Dr. Al-Inzi: Um ehrlich zu sein, der einfache Tod ist zu gut für sie. Sie sollten auf einem öffentlichen Platz versammelt werden, wo sie geprügelt und gefoltert würden, so dass die Wahrheit über diese Leute offenbar würde und sie als abschreckendes Beispiel für andere dienen.“

Antisemitische Stereotypen

Immer wieder finden auch antisemitische Stereotype Eingang in die arabische Fernsehberichterstattung. Nach Ansicht des syrischen Wirtschaftswissenschaftlers Muhammad Sharif Mazloum, geäußert am 10. Oktober auf Al-Kawthar-TV, steckt das „internationale Judentum“ hinter verschiedenen bislang ungeklärten Verbrechen.

„In den sechziger Jahren beschloss Präsident Kennedy staatliche Banken zu gründen, um das nach Amerika hineinströmende Gold zu verwahren und somit den Dollar zu stärken. Was wurde aus Kennedy? Er wurde im Auftrag der zionistischen Lobby ermordet.“

Nach Ansicht anderer „Experten“ sind es gar die amerikanischen Präsidenten, die den Auftrag erhalten haben, eine jüdisch-freimaurerische Dominanz über die Welt zu errichten. Dr. Baha Al-Amir stellte am 12. Oktober auf Al-Rafidayn-TV die rhetorische Frage:

„Lassen Sie mich die Zuschauer fragen: Griff George Bush den Irak wegen des Öls an oder weil er ein Freimaurer des 33. Grades ist, dem die Aufgabe gestellt ist, eine jüdisch-freimaurerische Agenda nicht nur im Hinblick auf den Irak, sondern auf die ganze Region und letztlich die ganze Welt umzusetzen?“

Ein prägnantes Beispiel für „Cyber-Terrorismus“ in Niedersachsen bildeten die Aktivitäten eines irakischen Staatsange-

hörigen aus Georgsmarienhütte. Dieser verbreitete im Internet zahlreiche Audio- und Videobotschaften Usama BIN LADINs sowie von dessen Stellvertreter Aiman AL-ZAWAHIRI und von dem bereits im Jahr 2006 getöteten Terroristenführer im Irak Abu Musab AZ-ZARQAWI. Über Internet-Links unterstützte und erleichterte er den Zugang zu Medien, in denen der Jihad glorifiziert und dem Westen der Untergang angekündigt wurde. Im Juni wurde der Beschuldigte vom Oberlandesgericht Celle zu drei Jahren Haft verurteilt (Az.: 2 StE 5/07-4). Das Gericht sah es als erwiesen an, dass er nicht nur straffreie Sympathiebekundungen abgab, sondern durch eigene Kommentare konkret versuchte, Rekruten für al-Qaida anzuwerben und sich hierdurch der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung strafbar gemacht hatte. Die vom Verurteilten eingelegte Revision wurde am 25. November vom BGH verworfen (Az.: 3 StR 444/08).

Cyber-Terrorismus

Weitere extremistische Ausländerorganisationen

Ist das Bild der Öffentlichkeit vom Ausländerextremismus gegenwärtig vorwiegend von Ereignissen mit islamistischem Hintergrund geprägt, so wirken sich die Aktivitäten einer Vielzahl von ausländischen Vereinigungen und Organisationen, die auch von Niedersachsen aus ihre politischen Vorstellungen zu verwirklichen versuchen, ebenfalls auf die Sicherheit Deutschlands aus. Auch bei diesen Gruppierungen spiegeln sich selbst nach Jahrzehnten noch die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen und Konflikte wider, die in den jeweiligen Herkunftsländern ihren Ursprung und Bezugspunkt finden.

Nicht zuletzt wegen der hohen Zahl der in Niedersachsen lebenden türkisch- und kurdischstämmigen Menschen war die politische Entwicklung in der Türkei und im kurdischen Siedlungsgebiet auch im Jahr 2008 ein wichtiger Bezugspunkt für diverse extremistische Gruppierungen aus diesen Gebieten. Themen wie eine sich herauskristallisierende kurdische Staatsentwicklung im Nordirak sowie die Haftbedingungen Abdullah ÖCALANs prägten im Berichtsjahr das Geschehen der Anhänger des Volkskongresses Kurdistan (KONGRA GEL, ehemals Arbeiterpartei Kurdistans, PKK) in Niedersachsen.

Auch Organisationen wie die Deutsche Türk-Föderation (ATF), die Befreiungstiger von Tamil Eelam (LTTE) aus Sri Lanka sowie die iranische Oppositionsgruppe Volksmodjahedin Iran-Organisation (MEK) vertreten auch in Niedersachsen mit ihrer jeweiligen Ideologie Anschauungen, die mit den Grundsätzen unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbar sind.

Linksextremistischen türkischen Gruppierungen wie z. B. der Türkischen Kommunistischen Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML) und der Devrimci Sol (Dev Sol), deren Aktivitäten in der deutschen Öffentlichkeit kaum wahrgenommen werden, gelang es auch 2008, zahlreiche Sympathisanten zum Besuch ihrer Veranstaltungen, u. a. in Hannover, zu bewegen.

Muslimbruderschaft (MB)

Gegründet:	1928 in Ägypten	
Sitz in Deutschland:	München/Aachen	
Mitglieder/Anhänger ¹¹	2007	2008
Bund:	1.900	1.700 ¹²
Niedersachsen:	160	160
Publikationen:	Risalat ul-Ikhwan (Rundschreiben der Bruderschaft) Al-Islam mit Al-Islam aktuell (Der Islam) Al-Ra'id (Der Kundschafter)	

Die mitunter auch als „ideologische Mutterorganisation des politischen Islam“ bezeichnete Muslimbruderschaft (MB) versucht, mit ihrer Strategie der kulturellen Durchdringung der islamischen Staaten die gesellschaftlichen Voraussetzungen zur Etablierung islamistischer Staatsmodelle zu schaffen. Der MB zugerechnete Gruppen haben sich in der Vergangenheit auch an gewaltsamen Erhebungen gegen die jeweiligen Machthaber in Syrien 1982 und in Algerien während der neunziger Jahre beteiligt. Den in das international verflochtene Netzwerk eingebundenen deutschen Zweigen der MB ist der gleiche Auftrag gestellt wie den nahöstlichen Zweigen der Bruderschaft: die Durchdringung von Staat und Gesellschaft durch die Ideologie des Islamismus mit der Scharia als allein gültiger Ordnung. Mit diesen Bestrebungen richtet sich die MB gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland.



Logo der MB

¹¹ Potenzial der Mitglieder/Anhänger der verschiedenen Zweige der MB einschließlich der Islamischen Gemeinschaft in Deutschland e. V. (IGD), der HAMAS und der Islamischen Avantgardisten.

¹² Der scheinbare Rückgang um 200 Mitglieder resultiert aus einer veränderten Erfassungsmodalität, eine tatsächliche Abnahme des Personenpotenzials ist nicht erfolgt.

Ursprung und Entwicklung

Die sunnitische MB ging 1928 aus einer kleinen Gruppe von Männern um Hasan al-Banna hervor, die sich als „Brüder im Dienste des Islam“ verstanden. Als älteste und bis heute wichtigste islamistische Organisation ist sie nach eigenen Angaben in über 70 Ländern präsent. Trotz dieser internationalen Ausrichtung zeigt die Bruderschaft noch heute eine deutliche arabische Prägung. Ihre wichtigste Basis ist weiterhin Ägypten, wo sie verboten ist.

Auf ihrer fünften Generalkonferenz 1939 in Kairo legte die MB ihre bis heute gültige Doktrin fest. Darin tritt ein entschieden islamistischer Wesenszug zu Tage. Indem sich die Muslimbrüder auf das Wirken und die Tradition des Propheten und seiner Gefährten berufen, grenzen sie sich von allen „Verunreinigungen“ des Islam ab, die die islamische Welt seit dem 7. Jahrhundert heimgesucht hätten. Das Beharren auf einem „Islamischen System“ ist auf die traumatische Vorstellung muslimischer Abhängigkeit vom dominierenden Westen zurückzuführen.

Die MB ist eine hierarchisch strukturierte Organisation. Als ihr Oberhaupt fungiert der Murschid Amm, der „Allgemeine Führer“, dem sich das einzelne Mitglied durch ein Gelöbnis zur Gefolgschaft verpflichtet. Für den Gründer al-Banna trug die Bruderschaft deutlich politische Züge. Darüber hinaus sei sie durch den als allumfassend angesehenen Charakter des Islam eine „der körperlichen Ertüchtigung dienende Gruppe“, ein „kultureller und wissenschaftlicher Verband“, eine „soziale Idee“ und sogar ein „Wirtschaftsunternehmen“. Der Wahlspruch der Bruderschaft verdeutlicht den universalen Anspruch:

„Gott ist unser Ziel, der Prophet unser Führer, der Koran unsere Verfassung und der Kampf unser Weg. Der Tod um Gottes willen ist unsere höchste Gnade. Gott ist groß.“

(nach Franz Kogelmann: „Die Islamisten Ägyptens in der Regierungszeit von Anwar as-Sadat [1970-1981]“; Berlin 1994, S. 29)

Neuerungen werden als „Verunreinigungen“ angesehen

Die Muslimbruderschaft in Deutschland und in Niedersachsen

In Deutschland verbreitet die panislamisch orientierte Muslimbruderschaft ihre islamistischen Vorstellungen über eine Reihe von Gruppierungen. Unter anderem übt die MB über ihre Unterorganisationen Einfluss auf den Zentralrat der

MB übt Einfluss auf den Zentralrat der Muslime in Deutschland aus

Muslime in Deutschland (ZMD)¹³ aus. Vorrangiges Ziel ist es, die in Deutschland lebenden Muslime von der „wahren“, d. h. von ihrer Interpretation des Islam zu überzeugen. Verschiedene Islamische Zentren dienen diesem Ziel als organisatorische Stützpunkte. Gewaltaktivitäten der MB auf deutschem Boden wurden bisher nicht festgestellt.

Bereits 1960 gründete sich in der Bundesrepublik Deutschland die Islamische Gemeinschaft in Deutschland e. V. (IGD), die heute zu den größeren MB-Gruppen in Deutschland gehört. Die IGD hat ihren Sitz in dem von Ibrahim EL-ZAYAT geleiteten Islamischen Zentrum München (IZM). Am 4. und 5. Oktober fand die 30. Jahreskonferenz der IGD in Berlin und Leverkusen statt. Zu dieser Veranstaltung unter dem Motto „Teilhabe – Teil sein“ kamen ca. 1.000 Besucher aus allen Bundesländern zusammen. Teilnehmer waren u. a. der Generalsekretär der „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs“ Oguz ÜCÜNCÜ. Er kritisierte die aus seiner Sicht allgemein und alltäglich vorkommende Diskriminierung von Muslimen in der Bundesrepublik.

Dem syrischen Zweig der MB zuzurechnen sind die Anfang der achtziger Jahre vom Leiter des Islamischen Zentrums Aachen (IZA), Issam EL-ATTAR, gegründeten Islamischen Avantgarden. IGD und Islamische Avantgarden finanzieren sich in Deutschland im Wesentlichen über Mitgliedsbeiträge, Spendensammlungen in Moscheen und sonstige private Spenden. Untergruppierungen des syrischen Zweiges sind die Union Muslimischer Studentenorganisationen in Europa e. V. (UMSO) und die Union für die in den europäischen Ländern arbeitenden Muslime e. V. (UELAM).

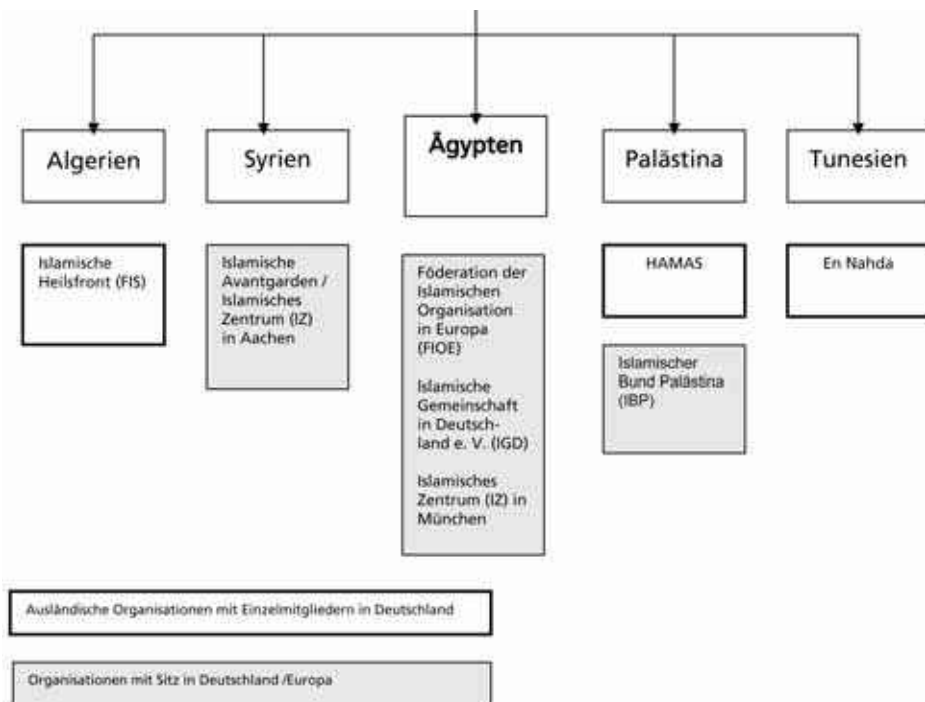
Die Islamische Widerstandsbewegung HAMAS, palästinensischer Zweig der Muslimbruderschaft, ist über eine Unterorganisation in Deutschland vertreten. Es handelt sich hierbei um den im Mai 1981 im IZM gegründeten Islamischen Bund Palästina (IBP). In Niedersachsen sind nur einzelne Mitglieder und Funktionäre dieser Vereinigung ansässig. Auch für den Bereich der algerischen Islamischen Heilsfront (FIS) finden sich hier nur einzelne Mitglieder. In Niedersachsen ist darüber hinaus ein Verein angemeldet, von dem einige Mitglieder der En-Nahda¹⁴ zuzurechnen sind.

HAMAS – Palästinensischer Zweig der Muslimbruderschaft

¹³ Der ZMD ist ein Zusammenschluss von 19 Verbänden, dem etwa 12.000 Muslime zumeist arabischer Herkunft angehören. Etwa die Hälfte der Mitgliedsorganisationen des ZMD, u. a. die der Muslimbruderschaft zuzurechnende Islamische Gemeinschaft in Deutschland e. V., sind als islamistische Organisationen einzustufen.

¹⁴ Neben dem hier gemeldeten Vereinssitz ist in Niedersachsen auch der 1. stellvertretende Vorsitzende ansässig, während die übrigen Vereinsmitglieder über verschiedene Bundesländer verteilt sind. Bei der En-Nahda handelt es sich um den tunesischen Zweig der Muslimbruderschaft.

Regionale Strömungen der Muslimbruderschaft¹⁵



Ihrem Ansatz der kulturellen Durchdringung entsprechend finden auch in niedersächsischen Moscheen, die der MB zuzurechnen sind, Korankurse dieser ideologischen Ausrichtung statt. Hingegen sind öffentliche Aussagen von der Bruderschaft nahe stehenden Predigern mit antiwestlicher und/oder antijüdischer Tendenz vor dem Hintergrund verstärkter staatlicher Überwachungsmaßnahmen nicht mehr in früherer Schärfe wahrnehmbar.

Anhänger der MB verfügen über niedersächsische Anlaufstellen in Braunschweig, Göttingen, Hannover und Osnabrück.

¹⁵ Abgewandelte Darstellung aus dem Verfassungsschutzbericht 2006, S. 41, Bayerisches Staatsministerium des Innern.

Tablighi Jama'at (TJ)

Gegründet:	1926 in Britisch-Indien	
Sitz:	Weltzentrum in Lahore/Pakistan, europäisches Zentrum in Dewsbury (Großbritannien), in Deutschland keine offizielle Niederlassung	
Mitglieder/Anhänger	2007	2008
Bund:	700	700
Niedersachsen:	70	70

Die Tablighi Jama'at (TJ, „Gemeinschaft der Missionierung und Verkündigung“) wurde im letzten Jahrhundert als Missionsbewegung gegründet. Sie vertritt ein äußerst konservatives Islamverständnis, das die Ausgrenzung der Frau und die Abgrenzung gegenüber Nichtmuslimen beinhaltet. Die Anhänger dieser internationalen islamischen Massenbewegung sind bestrebt, die überlieferte Lebensweise des Propheten Muhammad in Kleidung und täglichen Verrichtungen möglichst genau nachzuempfinden. Koran und Sunna werden strenggläubig und wortgenau befolgt und sollen als Richtschnur für jedes gesellschaftliche Miteinander gelten.

Ursprung und Entwicklung

Angesichts der Dominanz der europäischen Kolonialmächte propagierten so genannte islamische Reformbewegungen wie die TJ, die im indo-pakistanischen Bereich ihren Ursprung fanden, die Säuberung des Islams von vermeintlichen geistigen und kulturellen Verunreinigungen.¹⁶ Heute zählt die TJ nach Zahl und Verbreitung ihrer Anhänger weltweit zu den bedeutendsten islamischen Bewegungen. Ihre Anhänger fühlen sich nicht einer festen Gruppierung zugehörig, sondern sehen sich als Muslime mit missionarischem Auftrag.

¹⁶ Die Muslime Indiens sahen sich einer zweifachen Bedrohung ausgesetzt: Einerseits hatten sie die politische Macht an die christlichen Briten verloren, andererseits überwog in Indien zahlenmäßig das hinduistische Element. Während aufklärerische muslimische Kreise die Meinung vertraten, dass vor diesem Hintergrund nur mit westlichen Erkenntnissen, nicht gegen sie, der Aufbruch der Muslime Indiens in die Moderne gelingen könne, lehnten konservativ ausgerichtete sunnitische Rechtsgelehrte sowohl hinduistische als auch westliche Einflüsse ab und forderten deren Eliminierung.

Gründe für die Beobachtung der Tablighi Jama'at

Obwohl sich die TJ selbst als unpolitisch darstellt, steht ihre orthodoxe Auslegung der Scharia, des aus Koran und Sunna hergeleiteten islamischen Rechts, im Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung.¹⁷

Zudem liegen immer wieder Hinweise darauf vor, die einzelne Anhänger der Bewegung in einen Zusammenhang mit der Planung und Durchführung von gewalttätigen Aktionen bringen. So stellte das Verwaltungsgericht (VG) Bayreuth in einem Beschluss vom 24.11.2005 (Az.: B 1 S 05.763)¹⁸ fest, dass der im Zusammenhang mit einem geplanten Anschlag auf die Brooklyn-Bridge in New York festgenommene lyman FARIS Flugtickets für den Besuch des TJ-Zentrums in Pakistan erworben hatte. FARIS gab an, der TJ anzugehören.

Auch das VG Hannover folgte in seinem Urteil vom 02.03.2006 (Az.: 10 A 5681/04) dem vorangegangenen Beschluss des VG Bayreuth. Es stuft die TJ als eine Organisation ein, deren Zielsetzung sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland richtet. Diese Auffassung teilt der Bayerische Verwaltungsgerichtshof in seinem Urteil vom 5. März (Az.: 5 B 05.1449).

Aktivitäten

Kennzeichnend für die Anhänger der TJ ist das gruppenweise Herumreisen und Predigen, um einerseits den Glauben zu verbreiten und andererseits die Frömmigkeit des Predigers selbst zu stärken. Zielgruppe sind in erster Linie Muslime mit einer vermeintlich unzureichenden Beachtung der Glaubensriten, erst in zweiter Linie Nichtmuslime. Zu den Pflichten eines Mitglieds gehört die freiwillige und unbezahlte missionarische Tätigkeit, die 40 Tage im Jahr betragen soll.

Der Schwerpunkt der Aktivitäten der TJ liegt auf dem indischen Subkontinent. In den letzten Jahrzehnten hat diese Massenbewegung ihre Aktivitäten jedoch auf Nordafrika und auf die muslimische Diaspora in Europa, Nordamerika und Australien ausgeweitet. Die TJ führt jährliche Treffen auf dem indischen Subkontinent durch, an denen Hunderttausende in Indien, Pakistan und Bangladesch teilnehmen. Das letzte Jahrestreffen in Lahore (Pakistan) im Oktober, zu dem auch Besucher aus Hannover anreisten, war für über eine Million Personen ausgelegt. Diese Treffen entwickeln sich zu

Orthodoxe Auslegung der Scharia steht im Widerspruch zur fdGO

Verbindungen zum Terrorismus

Intensive missionarische Arbeit

Alljährliche Jahrestreffen mit niedersächsischer Beteiligung

¹⁷ Siehe Einführung, S. 18

¹⁸ Das VG Bayreuth gelangte zu der Überzeugung, dass die TJ den internationalen Terrorismus unterstütze, da zweifelsfrei feststehe, dass eine Reihe von Personen zur TJ gehören, die terroristische Anschläge in verschiedenen Ländern begangen haben oder bei ihren terroristischen Anschlägen mit der TJ in Verbindung gestanden hätten. Zumindest werde diese Gruppierung zur Erleichterung ihrer Reisen oder als Anlaufstelle genutzt.

Anziehungspunkten von Islamisten, die die strenggläubige islamische Massenbewegung als Rekrutierungsfeld betrachten.

Aktivitäten von TJ-Anhängern in Niedersachsen

Niedersächsische Anhänger der TJ sind an das globale Netzwerk der TJ angeschlossen. Von Niedersachsen ausgehende Missionsreisen werden aus der Masjid El Umma Moschee im Pakistanzentrum in Hannover nach entsprechender Vorgabe koordiniert. Die niedersächsischen TJ-Anhänger beteiligen sich insbesondere an regelmäßig stattfindenden bundes- und europaweiten Treffen, auf denen u. a. organisatorische Entscheidungen der Bewegung getroffen werden.

„Emir“ als geistiger und administrativer Führer der Anhänger

Die geistige und administrative Führung der Anhängerschaft in Deutschland wird durch einen „Emir“ ausgeübt. Dieser wird jeweils im Rahmen der regelmäßig stattfindenden Deutschlandtreffen (in der Regel im Abstand von vier Monaten) bestimmt und nimmt für den Zeitraum bis zum nächsten Deutschlandtreffen de facto die Funktion eines Vorsitzenden der TJ in Deutschland wahr. Grundlegende Entscheidungen werden jedoch von den Führungszentren der TJ in Pakistan und Indien getroffen und durch den „Emir“ lediglich organisatorisch umgesetzt.

In Niedersachsen fand ein größeres Treffen von TJ-Anhängern zuletzt im Oktober 2007 in der Masjid El Umma Moschee in Hannover statt. Unter den rund 100 Teilnehmern befanden sich neben regionalen Entscheidungsträgern aus dem Bundesgebiet auch Teilnehmer aus Österreich, Frankreich und dem europäischen Zentrum der TJ in Dewsbury/Großbritannien.

TJ-Anhänger sind aufgrund der durchzuführenden missionarischen Reisen auch regelmäßig in solchen niedersächsischen Moscheen festzustellen, die nicht originär der TJ zuzurechnen sind. So wurden Missionierungsgruppen u. a. in Göttingen, Osnabrück und der Region Braunschweig/Wolfsburg festgestellt.

Islamische Befreiungspartei (Hizb ut-Tahrir al-Islami, HuT)

Gegründet:	1953 in Jordanien	
Leitung:	Ata Abu AL-RASCHTA	
Sitz:	in Deutschland keine offizielle Niederlassung	
Mitglieder/Anhänger	2007	2008
Bund:	300	350
Publikationen:	Al-Khilafa (englisch/arabisch) (auch ehem.) Explizit (deutsch/ niederländisch) Al-Wai (arabisch) Köklü Degisim Dergisi (türkisch)	
Betätigungsverbot:	seit dem 15.01.2003	

Die Islamische Befreiungspartei (Hizb ut-Tahrir al-Islami, HuT) agiert insbesondere gegen den Staat Israel auf eine Weise, die deutlich antisemitische und volksverhetzende Züge trägt. Offiziell bekundet sie, die Anwendung von Gewalt abzulehnen.

Ursprung und Entwicklung

Die in allen arabischen Staaten verbotene Islamische Befreiungspartei wurde 1953 im jordanischen Ost-Jerusalem von dem 1978 verstorbenen Rechtsgelehrten Scheich Taqi ad-Din an-Nabhani gegründet. Zentrales Anliegen an-Nabhanis und bis heute propagiertes Ziel der HuT ist die Errichtung eines das gesamte Siedlungsgebiet von Muslimen umfassenden Staates, an dessen Spitze ein auf Lebenszeit gewählter Kalif stehen soll. Dieser soll die islamische Rechts- und Lebensordnung, die Scharia, umsetzen und so die angestrebte Herrschaft Gottes auf Erden verwirklichen.

An-Nabhanis „System des Islam“ nimmt formale Anleihen bei modernen staatsrechtlichen Ideen des Westens (Staatsbürgerschaft, Verfassung etc.), füllt diese aber mit einem islamistischen Inhalt, der zum Teil mittelalterliche Vorstellungen vom Kalifat aufgreift. So legte die Befreiungspartei einen Verfassungsentwurf vor, dem im Bereich der Außenpolitik die klassische islamische Einteilung der Welt in ein „Haus des Islam“ und ein „Haus des Unglaubens bzw. des Krieges“ zugrunde liegt. Beispielsweise heißt es in Artikel 178:



Politisches Ziel:
Errichtung eines Kalifats

„Im Blick auf jene Staaten, die nach der Scharia faktische Feindstaaten darstellen, wie zum Beispiel Israel, muss der Kriegszustand die Grundlage für jegliches politisches Handeln bilden. Der Verkehr mit diesen Staaten erfolgt auf der Grundlage, dass sie mit uns aktuell im Krieg stehen, einerlei, ob mit ihnen ein Waffenstillstandsabkommen besteht. Allen Bürgern dieser Staaten ist die Einreise in das islamische Land verboten. Soweit sie Nicht-Muslime sind, gelten sie als vogelfrei.“

(zitiert nach: Andreas Meier, „Politische Strömungen im modernen Islam“, Wuppertal 2002, S. 86)

Die HuT in Deutschland und in Niedersachsen

Im Bundesgebiet fiel die HuT zum ersten Mal im Zusammenhang mit einer Veranstaltung am 27.10.2002 an der Technischen Hochschule Berlin auf, bei der Vertreter der Organisation dem Staat Israel das Existenzrecht absprachen. Aufsehen erregte die Veranstaltung auch durch die Teilnahme des NPD-Vorsitzenden Udo VOIGT und des rechtsextremistischen Anwalts Horst MAHLER, die ihre Zustimmung zu den politischen Thesen des HuT-Funktionärs Shaker ASSEM bekundeten.

Betätigungsverbot für HuT in Deutschland seit 15.01.2003

Das Bundesministerium des Innern hat am 15.01.2003 die Betätigung der HuT in der Bundesrepublik Deutschland wegen ihrer aggressiven antisemitischen Propaganda verboten. Vom Verbot umfasst sind auch Produktion und Verbreitung der der HuT zuzurechnenden deutschsprachigen Zeitschrift Explizit, einschließlich der entsprechenden Internetseite.

In Niedersachsen konnten keine offenen Aktivitäten der hier lebenden Anhänger festgestellt werden. Kennzeichnend für die politische Arbeit der HuT ist nicht die Massenmobilisierung, sondern eine im Geheimen betriebene Kaderarbeit.

Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V. (IGMG)

Gegründet: 1985 in Köln
(als Vereinigung der Neuen Weltsicht in Europa e. V. – AMGT)

Vorsitzender: Yavuz Celik KARAHAN

Sitz: Kerpen (NRW)

Mitglieder/Anhänger	2007	2008
Bund:	27.000	27.500
Niedersachsen:	2.600	2.600

Publikation: IGMG-Perspektive

Die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG) ist im Wesentlichen bestrebt, türkischstämmigen Muslimen eine eigenständige Identität auf der Basis islamistischer wie auch türkisch-nationalistischer Anschauungen zu vermitteln. Diese Identität definiert sich in Abgrenzung zur freiheitlichen Ver-teordnung der Bundesrepublik Deutschland und propagiert die islamische Rechts- und Lebensordnung, die Scharia, als Grundlage ihres Gesellschaftsmodells. Damit trägt die IGMG zur Bildung von Parallelgesellschaften in Deutschland maßgeblich bei.

Ursprung und Entwicklung

Die Geschichte und Ideologie der IGMG ist untrennbar mit dem türkischen Islamistenführer Necmettin ERBAKAN verbunden, der in den 70er Jahren seine Vorstellungen zur Lösung der politischen und gesellschaftlichen Probleme in der Türkei in der Schrift „Milli Görüs“ („nationale Sicht“) darlegte. ERBAKAN beschreibt die westliche Welt als „nichtige Ordnung“ („Batil Düzen“), die durch eine islamische „gerechte Ordnung“ („Adil Düzen“), d. h. die Scharia als Grundlage für Staat und Gesellschaft, zu ersetzen sei. Als Teil der von ERBAKAN bis heute angeführten Bewegung ist auch die IGMG von dieser Weltanschauung geprägt.

Die IGMG ist in Deutschland das Sammelbecken der Anhänger der Milli Görüs-Bewegung. Ihre Vorläuferorganisation, die Vereinigung der Neuen Weltsicht in Europa e. V. (AMGT), konstituierte sich 1985 in Köln. 1995 spaltete sich die AMGT in die IGMG, deren Aufgaben sich auf die Bereiche Religion, Sozialwesen und Kultur konzentrieren, und in die



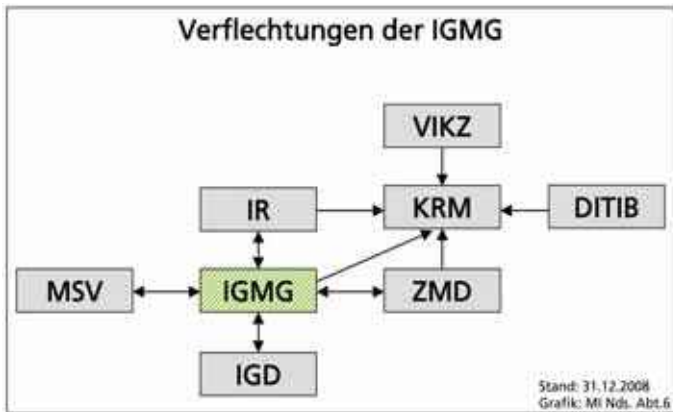
Größte islamistische Organisation in Deutschland

Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft e. V. (EMUG), die für die Verwaltung des umfangreichen Immobilienbesitzes der Organisation zuständig ist.

Die IGMG erhebt den Anspruch, einen Großteil der außerhalb der Türkei lebenden Menschen türkischer Abstammung zu repräsentieren.

Die IGMG in Deutschland und in Niedersachsen

Die IGMG ist mit verschiedenen islamischen Organisationen und Dachverbänden in Deutschland eng verflochten. Verbindungen bestehen zum Islamrat (IR) für die Bundesrepublik Deutschland¹⁹, zum Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD), zur Islamischen Gemeinschaft in Deutschland (IGD) und zur Muslim-Studentenvereinigung in Deutschland (MSV). Der Vorsitzende der EMUG, Ibrahim EL-ZAYAT, kontrolliert den umfangreichen Immobilienbesitz der Milli Görüs-Bewegung, insbesondere ihre Moscheeimmobilien. Auch im Koordinierungsrat der Muslime in Deutschland (KRM), der am 10.04.2007 seine Gründung bekannt gegeben hat und aus den vier türkisch-muslimischen Verbänden DITIB, VIKZ, IR und ZMD besteht, ist Milli Görüs vertreten.



Die IGMG bestreitet, eine Form des Islam zu propagieren, die gegen die politisch-gesellschaftliche Integration der in der Bundesrepublik lebenden Menschen türkischer Abstammung gerichtet sei. Tatsächlich versucht die IGMG jedoch über umfangreiche Angebote wie Korankurse, Hausaufgabenbetreuung, Ferienlager oder Sportaktivitäten Muslime durch

¹⁹ Im Islamrat sind eigenen Angaben zufolge über 30 Organisationen zusammengeschlossen, die derzeit über mehr als 130.000 Mitglieder verfügen sollen. Der Islamrat wird von der IGMG dominiert.

ein möglichst alle Lebensbereiche umfassendes Angebot an sich zu binden und intensiv mit der politischen Ideologie der „Adil Düzen“ zu indoktrinieren. Zu der von der IGMG auch in Niedersachsen organisierten „Betreuung“ gehören u. a. eine Wallfahrtsorganisation, ein Vertrieb für religiöse Literatur, ein muslimisches Sozialwerk, ein Bestattungsfonds sowie Handelsgesellschaften für den Im- und Export von Lebensmitteln.

Die IGMG ist jedoch kein durchgehend homogener Verband. Einige Führungsfunktionäre scheinen bemüht zu sein, eine größere Eigenständigkeit der Organisation gegenüber der türkischen „Milli Görüs“ zu erreichen und sich allmählich vom strikt islamistischen Kurs ERBAKANs zu lösen. An der Basis gibt es jedoch eine zahlenmäßig nicht zu unterschätzende Fraktion von ERBAKAN-treuen Mitgliedern. Insbesondere große Teile der Jugendorganisation stehen weiterhin zu ERBAKAN.

Auf Niedersachsen bezogen liegen keine Erkenntnisse über Strömungen vor, die sich von der Person ERBAKAN und seinen politischen und ideologischen Vorgaben lösen wollen. In den niedersächsischen Ortsvereinen wird eine Diskussion über Präferenzen hinsichtlich der Leitlinien der IGMG-Deutschland nach hiesigen Erkenntnissen nicht geführt. Es ist bislang keine Tendenz erkennbar, sich von der von ERBAKAN vorgegebenen Linie trennen zu wollen.

In Niedersachsen besteht ein Landesverband, zu dem mindestens 35 Ortsvereine gehören. In zahlreichen Ortsvereinen waren dabei nur wenige Aktivitäten zu verzeichnen. Eine sehr aktive Einrichtung ist dagegen das Braunschweiger Bildungszentrum der IGMG, das neben Nachhilfeunterricht und Hausaufgabenbetreuung auch Koranunterricht speziell für Kinder anbietet.

Aktivitäten

Die IGMG führte am 31. Mai ihre Jahresversammlung unter dem Motto „Tag der Brüderlichkeit und Solidarität“ in Hasselt (Belgien) durch. Im Jahr 2007 hatte – im Wesentlichen wegen des Wahlkampfes für die am 22.07.2007 durchgeführten türkischen Parlamentswahlen – keine zentrale Mitgliederversammlung stattgefunden. Nach Angaben der IGMG besuchten etwa 25.000 Besucher die vorwiegend kulturell geprägte Veranstaltung. Daran nahmen alle deutschen Regionalvorsitzenden und geladene Vertreter ziviler und staatlicher Organisationen aus muslimischen Ländern teil.

ERBAKAN wurde mit einer kurzen Videobotschaft zugeschaltet, die vom Publikum mit Begeisterung und Rufen wie

Vielgestaltige Aktivitäten der IGMG

Keine interne Richtungsdiskussion in Niedersachsen

25.000 Besucher beim Tag der „Brüderlichkeit und Solidarität“

„Mücahid ERBAKAN“ (Glaubenskämpfer ERBAKAN) aufgenommen wurde.

**Besonders aktive
Ortsvereine in
Braunschweig und
Hannover**

In Niedersachsen wurden von mehreren Ortsvereinen eigene Veranstaltungen durchgeführt. So veranstaltete der Jugendverband der IGMG in Braunschweig eine Feier anlässlich des Opferfestes, an der 500 Personen teilnahmen. Der Ortsverein Braunschweig führte vom 22. bis 25. Mai seine 7. Islamwoche durch. In Hannover wurde zum Gedenken an den Propheten Muhammad eine Veranstaltung unter dem Motto „Gnade für die Menschheit“ durchgeführt. Zu einem Seminar der IGMG Hannover für Führungskräfte und Mitglieder in Braunschweig erschien neben 700 Teilnehmern auch der IGMG-Vorsitzende Yavuz Celik KARAHAN.

**10-jähriges
Bestehen des
Bildungszentrums
in Braunschweig**

Das Bildungszentrum in Braunschweig feierte sein zehnjähriges Bestehen. An einem aus diesem Anlass veranstalteten Picknick nahmen 500 Personen teil. Anlässlich einer weiteren Feierlichkeit hob der Leiter der Einrichtung hervor, dass es Ziel der Einrichtung sei, die nationale Verbundenheit der Kinder zu stärken und sie auf den Beruf vorzubereiten. Das Bildungszentrum habe in den letzten zehn Jahren 1.300 Kinder und Jugendliche ausgebildet. Zurzeit würden werktags 51 Kinder und Jugendliche von acht Lehrkräften unterrichtet. An den Wochenendkursen nahmen 207 Kinder und Jugendliche teil, die von 18 Lehrkräften unterrichtet würden.

**Sommerkurs der
IGMG Hannover für
Kinder**

In der Zeit vom 20. bis 22. Juni veranstaltete die IGMG Hannover einen Familientag in der Merkez-Moschee. Am letzten Tag nahmen auch der IGMG-Generalsekretär ÜCÜNCÜ und der damals noch stellvertretende Vorsitzende der Saadet Partisi²⁰, Prof. Dr. Numan Kurtulmus, teil. Die IGMG Hannover organisierte außerdem einen dreiwöchigen Sommerkurs mit Übernachtung in Braunschweig, der von insgesamt 40 Jungen und 17 Mädchen besucht wurde. Neben diesem Sommerkurs haben in 13 Gemeinden weitere Kurse der IGMG Hannover stattgefunden, an denen insgesamt 531 Jugendliche teilnahmen.

Die Milli Gazete als Sprachrohr der Milli Görüs-Bewegung



IGMG-Funktionäre nutzen ihren Einfluss in den Moscheen der Milli Görüs, um für die türkischsprachige Tageszeitung Milli Gazete (Nationalzeitung) zu werben. Die Zeitung kann

man abonnieren oder an ausgewählten Kiosken, zumindest in größeren Städten, erwerben. Aufgrund ideologischer Nähe erfüllt die Milli Gazete eine Sprachrohrfunktion für die

²⁰ Die Saadet Partisi („Partei der Glückseligkeit“) ist eine politische Partei in der Türkei und Teil der Milli-Görüs-Bewegung.

IGMG. Über den Bücherkatalog der IGMG werden Publikationen von Milli Gazete-Kolumnisten vertrieben.

Die Anbindung der Milli Gazete an die IGMG wird deutlich, wenn man die die IGMG betreffende Berichterstattung heranzieht. Die Fülle von Berichten über IGMG-Veranstaltungen geht weit über das Maß hinaus, das man bei einer offiziell politisch neutralen Zeitung erwarten würde. In der Berichterstattung wird die Verbindung zwischen Milli Gazete und IGMG offen dargelegt.

Die Zeitung Milli Gazete selbst bekennt in ihrer Ausgabe vom 12./13. Januar auf Seite 1 unter der Überschrift „Wir sind seit 35 Jahren an Ihrer Seite“, dass sie am 12.01.1973 ihre Berichterstattung mit dem Ziel gestartet habe, „eine Stimme für die Milli Görüs zu bilden“. Weiter führt sie aus:

„Die Milli Görüs ist viel mehr als der Slogan einer politischen Partei. Sie legt uns dar, warum wir auf diesem Boden leben.“

Als Diener Gottes müsse man seine Pflichten erfüllen. Dies fange mit dem Jihad an. Das Hauptziel des Jihad sei die Bildung einer gerechten Welt. Wenn die Milli Görüs von einer „neuen Welt“ spreche, meine sie dieses Ziel.

Weiter heißt es wörtlich:

„Die Milli Gazete ist die Vorkämpferin der Ideologie unserer Ahnen, die uns diesen Boden anvertraut haben. Sie haben 600 Jahre lang die Basis für ein Leben in einer gerechten Welt geschaffen. Früher waren wir großartig. Daher sagen wir: 'Wieder eine Großtürkei'. Dafür bedarf es einer 'neuen Welt'.“

Dass die IGMG auch weiterhin den Anspruch hat, den Islam und ihre Ideologie in Deutschland und Europa zu verbreiten, ergibt sich aus einem Videoclip der IGMG-Jugend Offenbach (Mevlana Genclik), der ins Internet eingestellt war.

Der Clip ist mit einem Text musikalisch unterlegt, dessen Refrain lautet:

*„Sag, Bruder, sag,
Sag, die ganze Welt soll es hören,
Wer sind wir ?
Wir, wir, wir, wir sind die Generation der Eroberer ...“*

Zum Schluss ist folgender Liedtext zu hören:

„Wir haben es auf dieser Welt weder auf Geld noch Gut abgesehen. Wir sind auf dem schönsten Weg. Wir marschieren auf dem Weg Allahs. Wir sind die Soldaten der Milli Görüs. Unser lichtvolles Herz ist mit Glauben angefüllt. Qualen sind uns egal. Das Paradies ist unser Traum. Wir sind die Soldaten der Milli Görüs ...“

Die Integration von türkischstämmigen Zuwanderern in die deutsche Gesellschaft und die Übernahme deren Werte und Normen wird von der IGMG immer wieder als „Assimilation“ abgelehnt. So sprach sich der Vorsitzende der IGMG-Jugendorganisation, Mesut GÜLBAHAR, anlässlich einer Versammlung von Führungskräften der Jugendorganisation in Wuppertal gegen Assimilation aus und sagte, Wegweiser für die Milli-Görüs-Jugend seien der Koran und die Sunna.

Abweichungen von den Vorgaben der Organisation oder gar eine Anpassung an die Mehrheitsgesellschaft werden nicht akzeptiert. So warnt der Kolumnist Sefer Ahmedoglu in der Milli Gazete vom 27./28. September (Seite 3) unter der Überschrift „Wichtige Ratschläge für unsere Mädchen – Teil I“, die jungen muslimischen Mädchen, die in Europa leben, vor europäischen Umgangsformen und Verhaltensweisen, die nicht dem islamischen Lebensstil entsprechen. Man solle nie die islamische Identität vergessen. Weiterhin sei das Tragen des Kopftuches ein Befehl Allahs.

Der Kalifatsstaat (Hilafet Devleti)

Gegründet:	1984 in Köln	
Sitz:	Köln	
Leitung:	Metin KAPLAN (z. Z. in der Türkei in Haft)	
Mitglieder/Anhänger	2007	2008
Bund:	750	750
Niedersachsen:	130	130
Verbot:	seit dem 12.12.2001	

Die Organisation Kalifatsstaat betrieb unter der Leitung des selbst ernannten Kalifen Metin KAPLAN von der Bundesrepublik aus den Sturz der laizistischen Staatsordnung in der Türkei und gefährdete damit außenpolitische Interessen

Deutschlands. Die selbst im islamistischen Kontext als äußerst radikal einzustufende Ideologie dieser Vereinigung war in besonderem Maße geeignet, mit ihrer antiwestlichen Propaganda den Gedanken der Völkerverständigung und das friedliche Zusammenleben der Völker zu gefährden.

Ursprung und Entwicklung

Der Kalifatsstaat ging 1994 aus dem Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e. V. Köln (ICCB) hervor. Diesen hatte der als „Khomeini von Köln“ bekannt gewordene Cemaleddin KAPLAN, der Vater von Metin KAPLAN, 1984 gegründet. Nachdem sich Cemaleddin KAPLAN 1994 zum Kalifen der Muslime erklärt hatte, nannte sich der ICCB fortan Kalifatsstaat (Hilafet Devleti).

Das Ziel des 1995 verstorbenen Vaters, einen revolutionär-islamistischen Umsturz in der Türkei herbeizuführen, behielt auch sein Nachfolger Metin KAPLAN bei. Nach intensiven juristischen Auseinandersetzungen um seinen Verbleib in Deutschland wurde KAPLAN im Oktober 2004 in die Türkei abgeschoben. Dort wurde gegen ihn eine lebenslängliche Haftstrafe verhängt.

Verbot des Kalifatsstaates

Nach Streichung des Religionsprivilegs²¹ wurde der Kalifatsstaat als erste islamistische Organisation am 12.12.2001 vom Bundesminister des Innern verboten. Dieses Verbot führte in Niedersachsen zu einer erheblichen Schwächung der Organisation. Allein der Verlust der Vereinsräumlichkeiten stellte ein erhebliches logistisches Problem dar. Inzwischen treffen sich ehemalige Mitglieder des Kalifatsstaats – überwiegend zum Freitagsgebet – in Privatwohnungen bzw. neu angemieteten Liegenschaften.

Insgesamt lässt sich eine Zurückhaltung der Anhänger des Kalifatsstaats feststellen, was insbesondere auf verdachtsunabhängige Kontrollen vor bekannten Versammlungsorten und die Angst, möglicherweise selbst abgeschoben zu werden, zurückzuführen ist.

In Niedersachsen sind weiterhin keine organisierten Tätig-

Kalifatsstaat als erste islamistische Organisation verboten

²¹ Der Begriff Religionsprivileg bezieht sich auf die besondere Stellung von Religionsgemeinschaften und weltanschaulichen Vereinigungen in Deutschland. Diese waren von den Vorschriften des Vereinsgesetzes ausgenommen, insbesondere konnten sie nicht nach § 3 des Vereinsgesetzes verboten werden. Am 09.11.2001 hob der Bundestag nahezu einstimmig das Religionsprivileg des Vereinsgesetzes auf. Angesichts der terroristischen Bedrohungen, wie sie durch die Anschläge des 11.09.2001 zum Ausdruck gekommen waren, wurde die Möglichkeit geschaffen, extremistische Religionsgemeinschaften gegebenenfalls auch zu verbieten. Betroffen sind Vereinigungen, die unter dem Deckmantel der Religionsausübung ihre Aktivität gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder die Strafgesetze richten.

keiten der verbotenen Ortsvereine feststellbar. Die verbliebenen Anhänger treffen sich allerdings auch weiterhin, insbesondere zum gemeinsamen Beten, in den Bereichen Braunschweig, Göttingen und Osnabrück.

Schiitischer Islamismus

Die religiöse und politische Führung der Islamischen Republik Iran, dem Land mit der größten Zahl von schiitischen Gläubigen, hat maßgeblichen Einfluss auf die extremistischen Aktivitäten schiitischer Muslime.

Der iranische Einfluss

Seit der „Islamischen Revolution“ von 1979 ist der islamische Oberste Rechtsgelehrte, der „Revolutionsführer“, die höchste Autorität im Iran. Nach der iranischen Verfassung ist alle staatliche Gewalt der religiösen Führung untergeordnet. Der schiitische Islam ist die Staatsreligion des Iran. Die religiöse Führung bestimmt die innen- und außenpolitischen Leitlinien. Die Politik der Staatsführung ist antiwestlich und anti-zionistisch ausgerichtet.

Im Oktober 2005 verdeutlichte der iranische Präsident Ahmadinedschad die Radikalität der gegenwärtigen iranischen Staatsführung, als er auf einer Konferenz mit dem Titel „Die Welt ohne Zionismus“ die „Tilgung Israels von der Landkarte“ forderte. Eine Abschwächung dieser Doktrin ist bis zum heutigen Tage nicht erkennbar.

Die weltweite Verbreitung der iranisch-schiitischen Vorstellungen von einer „Islamischen Revolution“ ist maßgebliches Ziel der Politik des Iran. Zur Umsetzung dieses Ziels dient in Deutschland insbesondere das Islamische Zentrum Hamburg (IZH) als zentraler Anlaufpunkt der schiitischen Muslime. Auch in Niedersachsen richten sich verschiedene islamistische Vereinigungen auf das IZH aus, teilweise werden Satzungsfragen und andere wesentliche Entscheidungen von der Zustimmung des IZH abhängig gemacht.

Hizb Allah (Partei Gottes)

Gegründet:	1982 im Libanon	
Sitz:	Beirut	
Generalsekretär:	Hassan NASRALLAH	
Mitglieder/Anhänger	2007	2008
Bund:	900	900
Niedersachsen:	140	140
Publikation:	Al-Ahd (Die Verpflichtung)	

Die libanesisch-schiitische Organisation Hizb Allah (Partei Gottes) bekämpft mit terroristischen Mitteln den Staat Israel, richtet ihre Propaganda aber auch gegen westliche Institutionen.

Ursprung und Entwicklung

Die „Partei“ Hizb Allah wurde 1982 unter maßgeblicher Steuerung durch die Islamische Republik Iran als Vertretung des radikalsten Teils der libanesischen Schiitengemeinde gegründet. Vorbild für die Hizb Allah ist der revolutionäre Iran; die Lehren des iranischen Revolutionsführers Khomeini gelten als richtungweisend. Nach dem Tode Khomeinis lockerten sich allerdings zunehmend die früher engen Beziehungen. Ihren politischen Einfluss stützt die schiitische Organisation wie andere islamistische Organisationen auch auf die soziale und karitative Betreuung ihrer Anhängerschaft.

Dieses umfassende Betreuungssystem hatte die Hizb Allah mit finanzieller Unterstützung Irans aufbauen können. Im Emblem der Hizb Allah kommt die politische Ausrichtung zum Ausdruck. Es zeigt in arabischer Schrift den Namen der Organisation. Eine aus diesem Schriftzug erwachsende Faust hält eine Kalaschnikow, über der das Koranzitat „Die auf Gottes Seite stehen, werden Sieger sein“ steht. Dies kann aber auch politisch als „Die Hizb Allah wird Sieger sein“ gelesen werden. Die Unterzeile unter diesem Signet weist auf die politische Zielrichtung: „Islamische Revolution im Libanon!“.

Hizb Allah in Deutschland und in Niedersachsen

Ungeachtet einer verbreiteten Sympathie unter den hier lebenden Libanesen für die politischen und ideologischen Ziele der Hizb Allah, tritt diese Organisation hier in der Öff-

**Politisches Vorbild:
Die Islamische
Republik Iran**



fentlichkeit kaum mit Aktivitäten in Erscheinung. Auch Veranstaltungen, für die bundesweit geworben wird, haben in der Regel nur geringen Zulauf.

In Niedersachsen haben sich Anhänger der Hizb Allah in mehreren verdeckt arbeitenden Ortsgruppen bzw. Stützpunkten organisiert, u. a. in Hannover, Osnabrück, Uelzen und Südniedersachsen. Aktivitäten sind auch im niedersächsischen Umland Bremens zu beobachten. Hauptsächlich finanzieren sich diese Ortsgruppen durch Spendensammlungen. Eine Anbindung an die Mutterorganisation erfolgt über Funktionäre, die aus dem Libanon stammen. Immer wieder werden zu herausragenden Anlässen, wie zum Beispiel dem Jahrestag des Abzugs der israelischen Armee aus dem Südlibanon, die Ortsgruppen der Hizb Allah in Niedersachsen besucht.

Am 16. Juli wurde der Göttinger Medizinstudent Khaled KASHKOUSH in Kfar-Saba/Israel verhaftet. Ihm wird vorgeworfen, dass er sich von einem Hizb Allah-Rekruteur anwerben ließ, um arabischstämmige Studenten in Deutschland mit der Zielsetzung der späteren Rekrutierung für die Hizb Allah auszuforschen. Die Ermittlungen dazu dauern noch an.

Volkskongress Kurdistans (KONGRA GEL) - ehemals Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans (KADEK) / Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)

Gegründet:	1978 in der Türkei	
Leitung:	Zübeyir AYDAR (in Abhängigkeit von dem inhaftierten Generalvorsitzenden Abdullah ÖCALAN)	
Sitz:	Nord-Irak	
Mitglieder/Anhänger	2007	2008
Bund:	11.500	11.500
Niedersachsen:	1.510	1.550
Publikationen:	Yeni Özgür Politika (Neue Freie Politik), werktäglich Serxwebun (Unabhängigkeit), monatlich Ciwanan Azad (Freie Jugend), monatlich	
Medien:	u. a. ROJ TV	
Betätigungsverbot:	seit dem 26.11.1993 für die PKK	

Der Volkskongress Kurdistans (KONGRA GEL) ist nach zweifacher Umbenennung aus der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK, später KADEK) hervorgegangen. Ursprünglich durch marxistisch-leninistische Programmatik geprägt, änderte sich die Ideologie der Partei im Laufe der Jahre in eine kurdisch-nationalistische Richtung. Die PKK brachte diese Ideologie sowohl in der Türkei als auch in der Bundesrepublik Deutschland auf militante Weise zum Ausdruck. Auch heute ist der KONGRA GEL in der Türkei grundsätzlich bereit, Gewalt zur Verwirklichung seiner politischen Ziele einzusetzen. In Bezug auf Deutschland hält er an seinem Kurs, grundsätzlich friedlich vorzugehen, fest, ist aber parallel dazu bereit, gewaltsame Aktionen – etwa von kurdischen Jugendlichen – zumindest zu billigen.



Logo des KONGRA GEL

Hintergrund

Die PKK wurde 1978 von Abdullah ÖCALAN in der Türkei gegründet. Sie verfolgte das Ziel, einen unabhängigen Kurdenstaat auf türkischem, teilweise auch auf iranischem, irakischem, syrischem und armenischem Gebiet zu gründen. ÖCALAN erkämpfte sich in den Folgejahren gewaltsam den Aufstieg zur maßgeblichen Führungsfigur der Organisation. Nach seiner Verhaftung am 15.02.1999 in Nairobi wurde ÖCALAN in der Türkei zu einer lebenslangen Haftstrafe wegen Hochverrats verurteilt, die er in einem eigens für ihn unterhaltenen Hochsicherheitsgefängnis auf der Insel Imrali im Marmarameer verbüßt. Von hier aus beeinflusst ÖCALAN über seine Anwälte den KONGRA GEL immer noch maßgeblich.

Seit 1984 kämpft die PKK bzw. der KADEK/KONGRA GEL in der Türkei mit einem militärischen Arm, den „Volksverteidigungseinheiten“ (HPG), für einen unabhängigen Kurdenstaat. Der bewaffnete Kampf der PKK-Guerilla richtete sich zunächst gegen türkische Gendarmerie- und Militäreinheiten. In den Folgejahren zielte er auch auf Teile der kurdischen Bevölkerung, wenn diese sich der Programmatik der PKK und ihrem Alleinvertretungsanspruch widersetzen. In Europa begann die Führung der PKK, die Situation in der Türkei durch politische Veranstaltungen und Kundgebungen in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu bringen und ihren bewaffneten Kampf als Freiheitskampf darzustellen. Auch in Deutschland versuchte die PKK mit gewalttätigen Aktionen den Kampf in der Türkei zu unterstützen. Daher untersagte das Bundesministerium des Innern der PKK im Jahr 1993, sich im Bundesgebiet zu betätigen. Das Betätigungsverbot umfasst auch den KADEK und den KONGRA GEL.

Alleinvertretungsanspruch des KONGRA GEL

„EU-Terrorliste“

Nach einem Beschluss des Rates der Europäischen Union vom 02.05.2002 wurde die PKK in die Liste terroristischer Organisationen („EU-Terrorliste“) aufgenommen. Die Sanktionsliste wird seit 2002 halbjährlich überprüft und aktualisiert. Dadurch ist die beklagte und durch den EuGH 2008 zunächst aufgehobene erstmalige Listung der PKK und ihrer Nachfolgeorganisationen ohne tatsächliche Auswirkung. PKK, KADEK und KONGRA GEL bleiben in der „EU-Terrorliste“ aufgeführt.

Organisatorische Strukturen

CDK

Der politische Arm des KONGRA GEL in Europa, die „Civata Demokratik Kurdistan“²² (CDK), unterliegt auch dem für den KONGRA GEL geltenden vereinsrechtlichen Betätigungsverbot. Trotzdem unterhält sie auch in Niedersachsen ein zweigeteiltes Netz verdeckt handelnder Funktionäre, die Anordnungen und Vorgaben der Organisations Spitze an die nachgeordneten Hierarchieebenen zur Umsetzung weitergeben. An der Spitze dieser hierarchischen Strukturen stehen Funktionäre, die in der Regel von der Europeleitung der Organisation für einen begrenzten Zeitraum eingesetzt werden.

YEK-KOM

Deutschlandweit gibt es ca. 53 kurdische Ortsvereine, die der KONGRA GEL nahe stehenden „Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e. V.“ (YEK-KOM) angehören. Die YEK-KOM ist eingebettet in die europäische Dachorganisation „Konföderation der kurdischen Vereine in Europa“ (KON-KURD).

Die Ortsvereine sind nicht vom bestehenden KONGRA GEL-Betätigungsverbot betroffen. Sie agieren aber häufig als Anmelder von Veranstaltungen mit Bezug zur politisch-ideologischen Zielsetzung des KONGRA GEL.

YEK-KOM Vereine in Hannover, Oldenburg, Osnabrück, Peine, Salzgitter und Vechta/Lohne

In Niedersachsen existieren YEK-KOM Vereine in Hannover, Oldenburg, Osnabrück, Peine, Salzgitter und Vechta/Lohne. Die YEK-KOM organisierte mit Hilfe der Ortsvereine auch in diesem Jahr zahlreiche Veranstaltungen. Hier ist besonders das Kurdistan-Festival anzuführen. Es fand am 6. September auf der Trabrennbahn in Gelsenkirchen unter dem Motto „Freiheit für Abdullah ÖCALAN – Frieden in Kurdistan“ statt. Unter den ca. 35.000 Besuchern befanden sich auch zahlreiche Personen aus Niedersachsen.

²² Übersetzung etwa: „Koordination der kurdisch-demokratischen Gesellschaft in Europa“.

Die YEK-KOM initiiert regelmäßig über ihre Ortsvereine öffentlichkeitswirksame Aktionen, die sich jeweils auf aktuelle Geschehnisse (z. B. den Gesundheitszustand ÖCALANS) oder bestimmte Jahrestage (etwa den Gründungstag der PKK) beziehen.

Massenorganisationen

Des Weiteren organisieren sich die Anhänger des KONGRA GEL in so genannten Massenorganisationen, die bestimmte Bevölkerungs- und Interessengruppen repräsentieren.

– Jugend

Die KOMALEN CIWAN, die Jugendorganisation des KONGRA GEL, tritt besonders häufig in Erscheinung. Ihr ist auch das mittlerweile zum elften Mal durchgeführte „Mazlum-Dogan Jugend-, Kultur- und Sportfestival“ zum Thema „Freiheit für unseren Führer Abdullah ÖCALAN“ zuzurechnen. Das Festival soll an den gleichnamigen Funktionär der PKK erinnern, der sich 1982 in türkischer Haft das Leben nahm und seitdem als Märtyrer verehrt wird. In 2008 fand die Propagandaveranstaltung am 12. Juli im Südstadion in Köln mit etwa 5.000 Teilnehmern statt.

Die Jugendzeitschrift des KONGRA GEL Ciwanen Azad äußert sich in ihrer Ausgabe Nr. 28 vom September 2008 wie folgt zu Mazlum DOGAN:

„Täglich wiederholt sich der Widerstand der jungen Helden nach Art von Mazlum [DOGAN] ...Sie richten ihre letzte Kugel gegen sich selbst, um sich nicht dem Feind ergeben zu müssen, und sprengen sich mit ihrer letzten Granate selbst in die Luft.“

Für Rekrutierungsprozesse innerhalb Deutschlands sind die KOMALEN CIWAN von großer Bedeutung. So werden Jugendliche über Internet und Zeitschriften dazu aufgerufen, sich der Guerilla anzuschließen.

– Frauen

Am 14. Juni fand im Amphitheater in Gelsenkirchen das „4. ZILAN-Frauenfestival“²³ mit ca. 4.000 Teilnehmenden statt. Die Veranstaltung wurde in diesem Jahr unter dem Motto „Die Frau ist das Leben, tötet das Leben nicht! Stoppt Frauenmorde – Keine Morde im Namen der Ehre!“ durchgeführt.

²³ Namensgeberin des Festivals war Zeynep Kinaci (alias ZILAN), die von KONGRA GEL-Anhängern als Märtyrerin verehrt wird, weil sie sich am 30.06.1996 in Tunceli während einer Militärparade mit einer Bombe in die Luft sprengte und mehrere türkische Soldaten in den Tod riss.



**Märtyrerkult um
„im Kampf
gefallene“
Aktivisten**



– Sonstige

Weitere KONGRA GEL-nahe Massenorganisationen geben vor, die Interessen weiterer gesellschaftlicher Gruppen zu vertreten, so beispielsweise die der kurdischen Lehrer („Union der kurdischen Lehrer“/YMK), der Journalisten („Union der Journalisten Kurdistan“/YRK), der Juristen („Union der Juristen Kurdistan“/YHK) sowie der Muslime („Islamische Gemeinde Kurdistan“/CIK). Die Aktivitäten dieser Organisationen erfolgen auch in Niedersachsen.

Finanzierung

„Spenden“ zentral für Finanzierung Die Beschaffung von Geld stellt nach wie vor eine der größten Herausforderungen des KONGRA GEL dar. Der Propagandaapparat, wie der Fernsehsender ROJ TV oder die Publikationen, die politischen Kampagnen, die Unterorganisationen und der bewaffnete Arm müssen finanziert werden. Hierzu dient vor allem die jährlich stattfindende Spendenkampagne. Überdies werden Einkünfte auch durch Mitgliedsbeiträge, den Verkauf von Zeitschriften und den Erlös aus dem Verkauf von Eintrittskarten zu Großveranstaltungen erzielt. In den vergangenen Jahren war das Ergebnis der Spendenkampagnen rückläufig.

Exekutivmaßnahmen in Niedersachsen

Festnahme des für die Spendenkampagne zuständigen Gebietsleiters Hannover Am 9. Februar wurden in Hannover und Umgebung das Kurdistan Volkshaus e. V. sowie etliche Privatwohnungen durchsucht. Es bestätigte sich der Verdacht, dass an diesem Tag die Spendenkampagne des KONGRA GEL abgeschlossen und die Gelder dem Gebietsleiter übergeben wurden. In einem Hinterraum des Kurdistan Volkshauses wurden zahlreiche Personen angetroffen, die große Mengen Bargeld sowie Spendenlisten und -quittungen mit sich führten. In der Folge wurden Ermittlungsverfahren gegen 13 Personen eingeleitet. Anhand der Asservate konnte belegt werden, dass sich die Gesamtsumme der Jahresspendenkampagne 2007/2008 im Gebiet Hannover auf rund 270.000,- Euro belief.

Der für die Spendenkampagne 2007/2008 zuständige Gebietsleiter Hannover wurde wegen eines Verstoßes gegen das Vereinsgesetz zu neun Monaten Freiheitsstrafe verurteilt. Die Strafe wurde zur Bewährung ausgesetzt.

Protestkundgebung am 10. Februar in Hannover Noch am Tag der Durchsuchungen rief ein Vorstandsmitglied der YEK-KOM in einer Nachrichtensendung auf ROJ TV mittels einer telefonischen Zuschaltung alle Mitgliedsvereine auf, an einer Protestkundgebung am 10. Februar in Hannover teilzunehmen. Während die Polizei bei der friedlichen Veranstaltung ca.

150 Demonstranten ausmachte, gab die Yeni Özgür Politika (YÖP) in ihrer Ausgabe vom 11. Februar über 400 Kurden aus Hannover und Umgebung an, die Spruchbänder, Flugblätter und Slogans wie „Mörder Erdogan“ und „Gestern waren es die Juden, heute sind es die Kurden“ mit sich führten, um gegen die Durchsuchungen zu protestieren. Anwesend waren neben den Vorständen und Mitgliedern der YEK-KOM-Vereine aus Bremen, Hannover, Peine und Salzgitter auch Führungsfunktionäre der YEK-KOM.

Verbot des kurdischen Fernsehsenders ROJ TV

Am 19. Juni wurde dem KONGRA GEL-nahen Fernsehsender ROJ TV sowie dessen Betreiber „Mesopotamia Broadcast A/S“ in Dänemark eine Verbotsverfügung des Bundesministeriums des Inneren (BMI) zugestellt. Die Verbotsverfügung untersagt eine Betätigung in Deutschland. Gleichzeitig wurde die „VIKO Fernseh Produktion GmbH“ in Wuppertal als Teilorganisation von ROJ TV verboten. Über die Verbote entscheidet derzeit das Bundesverfassungsgericht, das auch die aufschiebende Wirkung der Anfechtungsklagen gegen die Verbotsverfügung wieder hergestellt hat. ROJ TV ist eine mediale Plattform für den KONGRA GEL. Dieser nutzt den auch in Niedersachsen empfangbaren Satellitensender als Sprachrohr, um seine Propaganda zu verbreiten, die Anhängerschaft in Europa zu mobilisieren, zu rekrutieren, mit Nachrichten zu versorgen und den organisatorischen Zusammenhalt zu stärken.

Eine Unterschriftenkampagne gegen das ROJ TV-Verbot initiierte die Partei DIE LINKE. auf einer eigens hierfür ins Leben gerufenen Internetseite.

In Hannover fand am 4. Juli nahe des Niedersächsischen Landtages eine vom Kurdistan Volkshaus e. V. Hannover angemeldete Kundgebung unter dem Motto „ROJ TV darf sein Programm nicht mehr in Deutschland ausstrahlen“ statt. Im Verlauf wurden anlassbezogene Transparente und Fahnen mit dem Bild ÖCALANs gezeigt, Flugblätter an Passanten verteilt und ein Schreiben im Niedersächsischen Landtag übergeben. Die Kundgebung, an der etwa 120 Personen teilnahmen, verlief im Übrigen friedlich. Weitere Protestkundgebungen und Mahnwachen fanden in Berlin, Bremen, Düsseldorf, Hamburg, Kassel, Kiel und Stuttgart statt.



DIE LINKE.
organisiert Unterschriftenkampagne

**120 Teilnehmer bei
Protestkundgebung
am 4. Juli in
Hannover**

Volkverteidigungskräfte (HPG) entführen deutsche Bergsteiger

Am 8. Juli überfielen bewaffnete Kämpfer des KONGRA GEL deutsche Bergsteiger in ihrem Basislager am Berg Ararat in der Nähe der Ortschaft Dogubeyazit/Türkei. Drei Bergsteiger wurden als Geiseln mitgenommen und erst am 20. Juli wieder freigelassen. Als Grund für die Entführung wurde angegeben, dass man mit dieser Aktion der Unterdrückung der Kurden durch die türkische Regierung und dem Betätigungsverbot der PKK in Deutschland mehr öffentliche Aufmerksamkeit verschaffen wolle. Außerdem wolle man damit auch eine Aufhebung des Ausstrahlungsverbots des kurdischen Fernsehsenders ROJ TV erreichen.

In der Anhängerschaft des KONGRA GEL waren die Reaktionen zwiespältig. Zuerst ließen sich Zustimmung und sogar „Freude“ feststellen, was aber nach und nach Ernüchterung und dem Bewusstsein wich, dass diese Aktion dem Ansehen der Organisation und ihren Zielen geschadet hat.

Angebliche Misshandlung Abdullah ÖCALANS

Misshandlungsvorwürfe zur Anhängermobilisierung

Die Nachrichtenagentur „Firat News“ berichtete am 16. Oktober auf ihrer Internetseite, ÖCALAN sei durch das Gefängnispersonal misshandelt und mit dem Tode bedroht worden. Das Justizvollzugspersonal habe ihn in einen Nebenraum gezerrt; er sei von drei Personen zu Boden gedrückt und seine Zelle verwüstet worden. In verschiedenen Erklärungen, u. a. von der CDK, wurde das türkische Vorgehen verurteilt und die Kurden dazu aufgefordert, „von ihren demokratischen Rechten Gebrauch zu machen“.

Als Reaktion auf die Misshandlungsvorwürfe kam es weltweit zu zahlreichen Protestkundgebungen, in Deutschland u. a. in Bremen, Dortmund, Hamburg, Hannover, Kassel, Köln und Mannheim. Bereits am 17. Oktober fand in Hannover eine nicht angemeldete Demonstration mit etwa 20 Teilnehmern statt. An der in der YÖP beworbenen Kundgebung am 25. Oktober in Hannover nahmen 300 Personen teil. Beide Veranstaltungen verliefen friedlich, wenn auch zeitweise stark emotional geprägt. In Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Hamburg und Waiblingen (Baden-Württemberg) kam es u. a. zu Übergriffen und Brandanschlägen gegen türkische Einrichtungen. Der KONGRA GEL versucht immer wieder, den Gesundheitszustand sowie die Haftbedingungen ÖCALANS für seine Zwecke zu instrumentalisieren. Hierdurch soll die Anhängerschaft stärker mobilisiert werden und ein Vorwand geschaffen werden, gegebenenfalls auch militante Aktionen durch den KONGRA GEL und seine Anhänger zu legitimieren.

Devrimci Sol (Dev Sol)/DHKP-C und THKP-C-Devrimci Sol

Gegründet: 1978 in der Türkei

Die Organisation ist gespalten in:

- **Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C) „KARATAS-Flügel“**

sowie

- **Türkische Volksbefreiungspartei-Front – Revolutionäre Linke (THKP-C-Devrimci Sol) „YAGAN-Flügel“**

Mitglieder/Anhänger	2007	2008
---------------------	------	------

Bund:	650	650
-------	-----	-----

Niedersachsen:	50	50
----------------	----	----

Publikationen: Yürüyüs (Marsch)

Verbote: Devrimci Sol (Dev Sol) seit dem 27.01.1983

DHKP-C seit dem 13.08.1998

THKP-C seit dem 13.08.1998 Betätigungsverbot

Die in zwei Flügel gesplattene Organisation Devrimci Sol (Dev Sol) gilt als eine der militantesten Gruppierungen der linksextremistischen Szene der Türkei. Die in Deutschland verbotene Organisation verfolgt das Ziel, den bestehenden türkischen Staat zu zerschlagen und ein sozialistisches System zu errichten. Im Mai 2002 nahm die Europäische Union die DHKP-C in ihre Liste terroristischer Organisationen auf.

Ursprung und Entwicklung

Die Dev Sol (Revolutionäre Linke) hat ihren Ursprung in der THKP-C (Türkische Volksbefreiungspartei-Front), die seit Ende der sechziger Jahre zusammen mit anderen Linksextremisten den bewaffneten Kampf gegen den türkischen Staat führte. Nach ihrer Zerschlagung 1972 und einer sich anschließenden Phase der Neuorganisation wurde 1978 die Dev Sol gegründet. Sie ist bestrebt, den aus ihrer Sicht „faschistisch-oligarchischen“ türkischen Staat auf revolutionärem Wege durch ein marxistisches Gesellschaftssystem zu ersetzen.



Logo der Dev Sol

Prozess in Stuttgart

§129b StGB- Verfahren gegen Mitglieder der DHKP-C

Seit dem 17. März findet vor dem Oberlandesgericht in Stuttgart der Prozess gegen fünf Mitglieder der DHKP-C statt. Die Angeklagten werden beschuldigt, seit 2002 einer terroristischen Vereinigung in der Türkei (§ 129b StGB) anzugehören. Unter den Angeklagten befindet sich auch der bis zu seiner Verhaftung am 15.11.2006 in Niedersachsen lebende Mustafa ATALAY. Im Rahmen einer „Infotour“ wurden von

Mitte Oktober bis November in mehr als 15 Städten Informationsveranstaltungen zum Prozess gegen die DHKP-C Mitglieder in Stuttgart von einem so genannten „Komitee gegen §§ 129“ durchgeführt. In Niedersachsen fanden Veranstaltungen in Braunschweig, Göttingen und Hannover statt. Eine Resonanz auf diese Veranstaltungen war bei türkischen Linksextremisten nicht festzustellen.



Mustafa ATALAY

Aktivitäten in Niedersachsen

Anhänger der DHKP-C in Niedersachsen sind insbesondere in den Bereichen Hannover und Nordniedersachsen bekannt.

Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML)

Gegründet: 1972 in der Türkei

Die Organisation ist gespalten in:

- **Maoistische Kommunistische Partei (MKP)**, ehemals Ostanatolisches Gebietskomitee, sowie
- **Partizan-Flügel (TKP/ML)**

Weitere Abspaltung: Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP)

Mitglieder/Anhänger	2007	2008
---------------------	------	------

Bund:	1.300	1.300
-------	-------	-------

Niedersachsen:	70	70
----------------	----	----

Publikationen: Halk İcin Devrimci Demokrasi (Revolutionäre Demokratie für das Volk) – MKP
 Halk Savasi (Der Volkskampf) – MKP
 İsci Köylü Kurtuluşu (Arbeiter- und Bauernbefreiung) – TKP/ML
 Bülletin (Das Bulletin) – TKP/ML
 Komünist (Der Kommunist) – TKP/ML

Die Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML) verfolgt das Ziel, die bestehende Staatsordnung der Türkei abzuschaffen und durch ein kommunistisches System maoistischer Prägung zu ersetzen. Die Gruppierung befürwortet dabei ausdrücklich den Einsatz von Gewalt.

Ursprung und Entwicklung

Die in der Türkei verbotene TKP/ML wurde 1972 von Ibrahim KAYPAKKAYA gegründet. Die Organisation vertritt die Lehren des Marxismus-Leninismus, ergänzt durch einen maoistischen Ansatz, nach dem der Volkskrieg vom Land in die Städte zu tragen sei. Ziel der TKP/ML ist es, mittels einer bewaffneten Revolution eine klassenlose kommunistische Gesellschaft in der Türkei zu errichten. Dazu gründete die TKP/ML einen militärischen Arm, die Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO). Seit Anfang der 90er Jahre führten interne, nur zum Teil ideologisch bedingte Auseinandersetzungen zu mehreren Fraktionsbildungen, Abspaltungen und veränderten Organisationsbezeichnungen. Sowohl



Logo der TKP/ML

TKP/ML als auch MKP treten in Deutschland bzw. Europa öffentlich nur durch ihre so genannten Basisorganisationen in Erscheinung. Sie bemühen sich um politische Kontakte und Einfluss, wobei sie die Zugehörigkeit zur jeweiligen Mutterorganisation zu verschleiern versuchen. Die Finanzierung der Organisationen erfolgt vor allem über Spendensammlungen und den Verkauf von Publikationen. Die Einnahmen decken allerdings kaum den Finanzbedarf.

Aktivitäten in Deutschland und in Niedersachsen

Die Aktionen der TKP/ML sowie der MKP in Deutschland beschränken sich vornehmlich auf Mitgliederversammlungen und Spendensammlungen. Die öffentliche Propagandaarbeit erfolgt über die Basisorganisationen ATIF und ATIK bzw. ADHF und ADHK.

Anhänger aller linksextremistischen türkischen Organisationen kritisierten auf ihren Internetseiten den Einsatz der türkischen Armee im Nordirak und beteiligten sich an verschiedenen Protestaktionen des KONGRA GEL.

Türkisch-links-extremistischen Organisationen beteiligen sich an Kundgebungen zum 1. Mai

Wie auch in den Vorjahren beteiligten sich die türkisch-linksextremistischen Organisationen an den Kundgebungen zum 1. Mai, so in Hannover Anhänger der TKP/ML und MKP. In einer zu diesem Anlass veröffentlichten Erklärung der ATIF wurde der angebliche Abbau politischer und sozialer Rechte in Deutschland kritisiert. Von dieser Entwicklung seien auch Ausländer in Deutschland betroffen. „Diskriminierung, Rassismus und Assimilation seien zu Mitteln dieser Politik“ geworden. Die Erklärung schließt mit dem Aufruf:

„... In diesem Zusammenhang müssen wir den 1. Mai in einen roten Kampftag verwandeln, in dem wir unsere Wut und unseren Zorn gegen Rassismus, Faschismus, Sozialabbau und gegen die Angriffe auf die Einwanderinnen und Einwanderer in den Kampfarenen und die Straßen tragen. Wir müssen diesen Widerstandstag in den 1. Roten Mai verwandeln.“

Führerkult um KAYPAKKAYA

Die jährlich zum Gedenken an den verstorbenen Parteigründer organisierte Veranstaltung führte die TKP/ML am 24. Mai in Ludwigshafen durch. Die Überschrift der Einladung zu der Veranstaltung lautete: „Wir gedenken unseres Genossen, des kommunistischen Führers Ibrahim Kaypakkaya, im 35. Jahr seiner Ermordung.“ Die Veranstaltung wurde von rund 2.700 Personen besucht. An einer aus demselben Anlass durchgeführten Veranstaltung der MKP am 10. Mai in Köln nahmen rund 1.500 Personen teil. Beide Veranstaltungen wurden mit Plakaten in Hannover beworben und von Anhängern aus

Hannover besucht.

In Niedersachsen sind Anhänger der TKP/ML vornehmlich in Göttingen, Hannover und Nordniedersachsen aktiv.

Volksmodjahedin Iran-Organisation (MEK) / Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI)

Volksmodjahedin Iran-Organisation (MEK)

Gegründet: 1965 im Iran
Vorsitzender: Massoud RADJAVI

militärischer Arm der MEK:

National Liberation Army (NLA)

Oberbefehlshaber: Massoud RADJAVI

politischer Arm der MEK:

Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI)

Gegründet: 1981 in Paris

Leitung: Deutschlandsprecherin
Dr. Masoumeh BOLOURCHI

Sitz in Deutschland: Berlin

Mitglieder/Anhänger 2007 2008

Bund: 900 900

Niedersachsen: 80 80

Publikation: Modjahed (Glaubenskämpfer)

Die Volksmodjahedin Iran-Organisation („Modjahedin-E-Khalq“ / MEK) gilt als die aktivste und militanteste Oppositionsgruppe gegen die Islamische Republik Iran. Die Organisationsführung verlangt von den Anhängern unbedingten Gehorsam und eine ständige weltweite Verfügbarkeit. Das vom NWRI nach außen hin propagierte Demokratieprinzip findet intern keine Anwendung. Die Aktivisten werden zur völligen Aufgabe ihrer eigenen Persönlichkeit gedrängt.

Ursprung und Entwicklung

Bereits zu Zeiten der iranischen Monarchie versuchten die Volksmodjahedin, ihre aus islamisch-schiitischen und marxistischen Elementen zusammengesetzte Weltanschauung als „eigenständigen Weg zur Befreiung der islamischen Mas-

sen“ zu propagieren. Vor diesem ideologischen Hintergrund nahmen die Volksmodjahedin 1971 den militärischen Kampf gegen das Schah-Regime auf und trugen maßgeblich zu dessen Sturz bei. Nachdem der Vorsitzende der MEK, Massoud RADJAVI, vor den neuen islamistischen Machthabern im Iran 1981 hatte fliehen müssen, gründeten die Volksmodjahedin im französischen Exil den „Nationalen Widerstandsrat Iran“ (NWRI) als Vereinigung linker Organisationen und Einzelpersonen. Die Organisation sollte den politischen Kampf der linken Opposition gegen das „Mullahregime“ mobilisieren, blieb jedoch unter der Kontrolle der MEK. 1993 bezeichnete sich der NWRI als „iranisches Exilparlament“ und wählte Maryam RADJAVI, die Ehefrau Massoud RADJAVIs, zur „künftigen Präsidentin Irans“.

Nach seiner Ausweisung aus Frankreich gründete Massoud RADJAVI 1986 im Irak die Nationale Befreiungsarmee (National Liberation Army, NLA) als bewaffneten Arm der Organisation, um von dort aus terroristische Anschläge gegen die Islamische Republik Iran zu verüben. Mit dem Einmarsch der US-geführten Koalitionstruppen in den Irak im Jahr 2003 wurden die NLA-Einheiten entwaffnet und in ihrem Lager Ashraf festgesetzt. Somit verlor die NLA ihre Handlungsfähigkeit und die MEK ihre militärische Stütze.



Logo des NWRI

Streichung der MEK von der „EU-Terrorliste“

Nachdem die MEK aufgrund eines Urteils des „Europäischen Gerichtes Erster Instanz“ (GEI) vom 12.12.2006 aus formalen Gründen von der Liste terroristischer Organisationen („EU-Terrorliste“) gestrichen wurde, hatte der EU-Ministerrat die Organisation nach Heilung der gerügten Formfehler am 28.06.2007 wieder auf die „EU-Terrorliste“ gesetzt. Noch im Dezember 2007 hatte der EU-Rat einen erneuten Beschluss gefasst, mit dem die MEK weiterhin gelistet wurde.

Zwischenzeitliche Entscheidungen des GEI über Klagen der MEK gegen Entscheidungen des EU-Rates verloren durch einen erneuten Beschluss des EU-Ministerrates vom 15. Juli, wonach die MEK weiterhin auf der „EU-Terrorliste“ verblieb, ihre Bedeutung.

Am 4. Dezember erklärte das GEI auch diesen Beschluss für nichtig. Das Gericht bemängelte, dass nachträgliche Begründungen die Verteidigungsrechte der MEK verletzen. Die Volksmodjahedin hätten vor der EU-Entscheidung keine Gelegenheit erhalten, zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen. Davon abgesehen sei die vorgebrachte Begründung unzu-



Logo der MEK

reichend und dem Gericht seien entscheidungserhebliche Informationen vorenthalten worden. Ohne diese Grundlage könne das GEI die Einstufung der MEK als Terrororganisation nicht nachprüfen, so dass der gefasste Beschluss nichtig sei. Maryam RADJAVI bezeichnete das Urteil des GEI als einen „Sieg der Gerechtigkeit“ und forderte die sofortige Streichung der MEK von der „EU-Terrorliste“.

In seiner Sitzung am 26.01.2009 verabschiedete der Rat der EU mit Beschluss 2009/62/EG die aktualisierte Fassung der „EU-Terrorliste“. Auf dieser Liste sind die bislang aufgeführte MEK sowie die NLA nicht mehr vertreten. Informationen von EU-Offiziellen gegenüber der Presse zufolge sei die Streichung der MEK/NLA nicht aufgrund materieller Bedenken erfolgt, sondern um den Bedenken des GEI hinsichtlich von Verfahrensfehlern im Listungsverfahren (s. o.) Rechnung zu tragen.

Der Auswärtige Ausschuss des NWRI ließ auf den Internetseiten der Organisation verlautbaren²⁴, dass die zwischenzeitlich von der französischen Regierung beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) eingelegte Berufung gegen das Urteil des GEI vom 4. Dezember keine Auswirkungen auf die Streichung der MEK von der „EU-Terrorliste“ haben sollte.

Besuch von Maryam RADJAVI in Berlin

Auf Einladung des „Deutschen Solidaritätskomitee für einen freien Iran“ (DSFI)²⁵ sowie der „Gesellschaft für bedrohte Völker“ (GfbV) hielt sich Maryam RADJAVI in der Zeit vom 23. bis 27. November zu einem Besuch in Berlin auf. Dort traf sich Frau RADJAVI auch mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages sowie des Berliner Abgeordnetenhauses. Ihr Besuch hatte offenbar das Ziel, die MEK von der „EU-Terrorliste“ zu streichen, da nach – unzutreffender – Darstellung der Organisation ungefähr 150 Parlamentarier aller Fraktionen eine entsprechende Resolution unterzeichnet haben sollen.

Ähnliche Besuche fanden seit dem Jahre 2007 in mehreren europäischen Ländern statt. Außerdem trat Frau RADJAVI auch regelmäßig vor Angehörigen des Europäischen Parlaments auf, um für eine Streichung der MEK von der „EU-Terrorliste“ zu werben.

Die Resonanz auf den Besuch in Berlin in der deutschen Presse war äußerst gering. Es wurden sogar negative Stimmen laut. So distanzierte sich die GfbV nachträglich entschie-

**MEK von
„EU-Terrorliste“
gestrichen**

**Versuch der
Instrumen-
talisierung von
Abgeordneten**

²⁴ Mitteilung auf der eigenen Internetseite vom 23.01.2009 „Berufung der französischen Regierung sollte keine Auswirkungen auf die Delistung der PMOI haben“.

²⁵ Das „Komitee“ führte in der Vergangenheit mehrere Veranstaltungen mit organisationstypischen Themen wie „Humanitärer Schutz und Sicherung der Grundrechte für die Volksmodjahedin in Ashraf-City“ oder „Stoppt die Hinrichtungen im Iran“ durch.

den vom NWRI. Das für die Einladung verantwortliche GfbV-Büro war nach eigenen Angaben

„... über Ideologie, Methoden und Struktur der iranischen Volksmudjahedin²⁶, die sich hinter diesem Rat verbergen, nicht informiert ...“
(Pressemitteilung der GfbV Nr. 1662 vom 26. November)

gewesen. Angesichts der „totalitären Struktur“ sowie der „fanatischen Ideologie der MEK“ hätte der Vorstand der GfbV ansonsten nie zugestimmt, für die Volksmodjahedin aktiv zu werden. Auch die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen ließ in einer Pressemitteilung vom 27. November verlauten, dass

„... die unter dem Deckmantel ‚Nationaler Widerstandsrat Iran‘ (NWRI) agierende iranische Exilorganisation der ‚Volksmoghahedin‘ und ihre öffentlich wirkende Führerin Mariam Rajavi keine geeigneten Gesprächspartner für eine verantwortungsvolle deutsche Politik gegenüber dem Iran sind“.

Weiterhin wurde bedauert,

„dass einige Abgeordnete des Bundestages den ‚Volksmoghahedin‘ ... in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft ein Forum geboten haben“.

Die Fraktion distanzierte sich „nachdrücklich von einer Aufwertung der ‚Volksmoghahedin‘ als demokratische iranische Opposition.“

Aktivitäten der Organisation

Insbesondere zur Unterstützung der Forderung, die MEK als Terrororganisation zu streichen, konnte der NWRI auch im Jahr 2008 europaweit zahlreiche Iraner zu zentralen Großveranstaltungen mobilisieren.

So führte der NWRI anlässlich des fünften Jahrestages polizeilicher Maßnahmen gegen die MEK und den NWRI am 28. Juni in Paris eine Großveranstaltung durch, an der sich auch zahlreiche Anhänger aus Niedersachsen beteiligten. Zur Finanzierung der Aktivitäten der Organisation bestehen in Deutschland im Umfeld des NWRI zahlreiche Vereine, die ideologisch an den NWRI angebunden sind und durch öffentlichkeitswirksame Aktivitäten und Spendensammlungen auf-

²⁶ Die offizielle Schreibweise der Verfassungsschutzbehörden ist „Volksmodjahedin“. Daneben existieren aber auch andere Schreibweisen.

treten. Hierzu zählen u. a. das Hilfswerk für Menschenrechte im Iran e. V. (HMI) mit Sitz in Dortmund oder der Verein für Hoffnung der Zukunft e. V. (VHZ) mit Sitz in Berlin. Diese Vereine führten auch im Jahr 2008 Spendensammlungen durch. In Niedersachsen wurde, wie schon in den Vorjahren, in Braunschweig und Hannover um Spenden gebeten.

Die Aktivitäten der vorwiegend in den Bereichen Göttingen, Hannover und Oldenburg lebenden niedersächsischen NWRI-Anhänger beschränkten sich wie bereits in den Vorjahren auf die Teilnahme an überregionalen Veranstaltungen.

Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE)

Gegründet:	1972 in Sri Lanka	
Leitung:	Velupillai PRABHAKARAN, vermutlich 2009 verstorben	
Vorsitzender in Deutschland:	VAKISAN (vollständiger Name unbekannt)	
Mitglieder/Anhänger:	2007	2008
Bund:	800	800
Niedersachsen:	150	150
Publikationen:	Tamil – Land An der Front Das Land ist der Nabel Vulkan	

Die Befreiungstiger von Tamil Eelam verfolgen das Ziel, ein von ihnen kontrolliertes Staatsgebilde („Tamil Eelam“) im Nordosten Sri Lankas zu errichten. Dabei gehen sie auf gewaltsame Weise gegen srilankische und indische Ziele vor. Sie gehören zu den extremistischen Gruppen, die besonders häufig von Selbstmordattentaten Gebrauch machen. Die LTTE ist seit Mai 2006 auf der EU-Liste terroristischer Organisationen („EU-Terrorliste“) verzeichnet.

Ursprung und Entwicklung

Der seit 1983 andauernde militärische Konflikt geht auf die britische Kolonialzeit zurück, in der sich die in Sri Lanka, dem früheren Ceylon, dominierende singhalesisch-buddhistische Mehrheitsbevölkerung (72 %) und die Minderheit der

überwiegend hinduistischen Tamilen (18 %) feindlich gegenüberstanden. Nach der 1948 erlangten Unabhängigkeit dominierten zunehmend die Singhalesen Regierung und Verwaltung und erklärten den Buddhismus zur Staatsreligion. Der 1976 aus einer revolutionär-marxistischen Organisation hervorgegangenen LTTE gelang es, tamilische Konkurrenzorganisationen in blutigen Auseinandersetzungen auszuschalten und sich gleichzeitig als Verteidiger der Tamilen gegen Übergriffe der singhalesischen Mehrheit zu profilieren. In dem anschließenden, sich mit Unterbrechungen bis heute hinziehenden Bürgerkrieg zwischen Zentralregierung und LTTE kamen über 60.000 Menschen ums Leben.

Aktivitäten in Deutschland und in Niedersachsen

Veranstaltungen der LTTE haben häufig das Ziel, finanzielle Unterstützung für den politischen und militärischen Kampf, aber auch für humanitäre Zwecke zu erhalten. So fordert die LTTE die in Deutschland lebenden ca. 61.000 Tamilen, davon 5.000 in Niedersachsen, immer wieder zu Spenden auf. Um Strafverfolgungsmaßnahmen zu vermeiden, wird bei diesen Aktionen auf Gewaltanwendung verzichtet. Bei der Ausföhrung ihrer Spendensammlungen, die von den örtlichen Repräsentanten geleitet werden, bedient sich die LTTE der folgenden, ihr nahe stehenden Organisationen:

- Tamil Youth Organization,
- Tamil Rehabilitation Organization,
- Tamil Student Organization,
- Tamilischer Bildungsverband.

Im Bundesgebiet wird die LTTE durch das Tamil Coordination Committee mit Sitz in Oberhausen vertreten.

Auch im Jahre 2008 föhrte die LTTE wie in den Vorjahren bundesweit zahlreiche Veranstaltungen gegen von ihr behauptete Menschenrechtsverletzungen in Sri Lanka, für das Selbstbestimmungsrecht zur Gründung eines eigenständigen tamilischen Staates und für die Streichung der LTTE von der „EU-Terrorliste“ durch.

Bei Großveranstaltungen am 28. Juni in Düsseldorf und am 10. Oktober in Berlin setzten sich jeweils ca. 4.000 Teilnehmer – darunter auch Tamilen aus Niedersachsen – für die Gründung eines eigenständigen Staates ein.

In Hannover und Osnabrück verurteilten tamilische Demonstranten im Rahmen von Mahnwachen am 14. August den Krieg gegen die Zivilbevölkerung und am 11. Oktober erinnerten Tamilen mit einer Gedenkveranstaltung in Osnabrück



Logo der LTTE

brück an die in den Kriegshandlungen gefallenen so genannten Märtyrer.

Darüber hinaus fanden in Niedersachsen Kulturveranstaltungen auf örtlicher Basis statt: Am 8. März eine Sportveranstaltung in Hannover und am 20. September eine Jubiläumsfeier des Tamilischen Bildungsverbandes (TBV) in Göttingen. Gerade der TBV ist bemüht, trotz massiver Einflussnahme der LTTE auf die personelle und ideologische Ausstattung der tamilischen Schulen in Deutschland, im Rahmen integrativer Maßnahmen das Zusammenleben im Bundesgebiet positiv zu gestalten. Erstmals haben Vertreter der tamilischen Schulen in Osnabrück unter Federführung des TBV und Vertreter des deutschen Caritasverbandes gemeinsam kulturelle Darbietungen anlässlich des 97. Deutschen Katholikentages im Mai in Osnabrück übernommen.

Ungefähr 6.000 Tamilen – darunter auch ca. 100 Teilnehmer aus Niedersachsen – haben am jährlichen Heldengedenktag am 27. November in Dortmund teilgenommen. In einer Videobotschaft forderte PRABHAKARAN den Europarat auf, die LTTE von der „EU-Terrorliste“ zu streichen und verlangte, auch in Zukunft Spenden zur Finanzierung des militärischen Kampfes und für die notleidende Zivilbevölkerung zur Verfügung zu stellen.

In Niedersachsen unterhält die LTTE auch zukünftig Schwerpunkte ihrer Arbeit in Göttingen, Hannover und Salzgitter.

Martyrerkult

**Schwerpunkte in
Göttingen,
Hannover und
Salzgitter**

RECHTSEXTREMISMUS

Mitglieder-Potenzial

Rechtsextremismus-Potenzial ²⁷ Bundesrepublik Deutschland	2007	2008
Subkulturell geprägte und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten ²⁸	10.000	9.500
Neonazis ²⁹	4.400	4.800
Parteien:	14.200	13.000
<i>NPD</i>	7.200	7.000
<i>DVU</i>	7.000	6.000
<i>REP</i> ³⁰	... ³¹	... ³²
Sonstige Organisationen	4.000	3.800
Summe	32.600	31.100
Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften³³	31.000	30.000

Niedersachsen ³⁴	2007	2008
Subkulturell geprägte und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten	900	870
Neonazis	330	355
Parteien:	1.280	1.220
<i>NPD</i>	650	600
<i>DVU</i>	630	620
<i>REP</i> ³⁵	-	-
Sonstige Organisationen ³⁶	325	425
Summe	2.835	2.870
Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften	2.740	2.780

²⁷ Die Zahlenangaben sind zum Teil geschätzt und gerundet.

²⁸ Die meisten subkulturell geprägten und sonstigen gewaltbereiten Rechtsextremisten (hauptsächlich Skinheads) sind nicht in Gruppen organisiert. In die Statistik sind nicht nur tatsächlich als Täter/Tatverdächtige festgestellte Personen einbezogen, sondern auch solche Rechtsextremisten, bei denen lediglich Anhaltspunkte für Gewaltbereitschaft gegeben sind.

²⁹ Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften innerhalb der Neonazi-Szene. Bei der Anzahl der Gruppen werden nur diejenigen neonazistischen Gruppierungen und diejenigen der rund 160 Kameradschaften erfasst, die ein gewisses Maß an Organisation aufweisen.

³⁰ Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass alle Mitglieder der REP verfassungsfeindliche Ziele verfolgen oder unterstützen.

³¹ Seit dem Jahr 2007 nicht mehr gesondert ausgewiesen; teilweise Zählung erfolgt bei Sonstigen Organisationen.

³² Seit dem Jahr 2008 werden die Mitglieder generell nicht mehr erfasst.

³³ Die Mehrfachmitgliedschaften im Bereich der Parteien und sonstigen rechtsextremistischen Organisationen wurden vom gesamten Personenpotenzial abgezogen.

³⁴ Die für den Bund eingefügten Fußnoten 27 bis 30 und 33 gelten entsprechend auch für Niedersachsen.

³⁵ Seit dem Jahr 2007 nicht mehr gesondert ausgewiesen; Zählung erfolgt bei Sonstigen Organisationen.

³⁶ Das Personenpotenzial der Deutschen Partei (50) ist, wie bei den Zahlen für die Bundesrepublik Deutschland, bei den Sonstigen Organisationen erfasst.

Politisch motivierte Kriminalität³⁷ (PMK) mit extremistischem Hintergrund – rechts

Die Politisch motivierte Kriminalität wird seit dem Jahr 2001 durch die Polizei nach dem von der Innenministerkonferenz beschlossenen „Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität (KPMK-PMK)“ bundeseinheitlich erfasst.

Die Gesamtzahl der von der Polizei erfassten rechtsextremistischen Straftaten betrug im Jahre 2008 in Niedersachsen 1.789 Delikte und bewegte sich damit auf dem Vorjahresniveau (1.750 Straftaten). Den größten Anteil machten dabei die Propagandadelikte (1.209 Taten) mit ca. 68 % der Gesamtstraftaten aus.

Die meisten Straftaten wurde durch Täter im Alter zwischen 21 und 30 Jahren begangen (494 Delikte), gefolgt von 18- bis 20-jährigen Tätern (323 Delikte) sowie 14- bis 17-Jährigen (239 Delikte). Auffällig ist der im Durchschnitt hohe Anteil von jüngeren Personen, die rechtsextremistische Straftaten begangen haben.

Hinsichtlich der Gewaltdelikte liegt das Straftatenaufkommen des Jahres 2008 mit 111 rechtsextremistisch motivierten Taten im Vergleich zum Jahr 2007 mit 110 Delikten auf gleichem Niveau. Dabei machten Körperverletzungen mit 103 Fällen (ca. 93 %) den weitaus größten Anteil aus.

Die Gewaltdelikte waren in 43 Fällen fremdenfeindlich motiviert. Beispielsweise wurde am 22.03.2008 eine schwere Brandstiftung mit fremdenfeindlichem Hintergrund auf das Gebetshaus der Islamischen Gemeinschaft Sittensen e.V. verübt. Zunächst unbekannte Täter schlugen dabei drei Fensterscheiben ein und warfen zwei Brandsätze (so genannte Molotowcocktails) in das Gebäude, die von selbst erloschen. Menschen wurden bei der Tat, die etwa 8.000 Euro Sachschaden verursachte, nicht verletzt. Drei Täter konnten ermittelt werden. Der Haupttäter wurde zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren verurteilt.

Eine besondere Entwicklung ist im Bereich der rechtsextremistischen Straftaten hinsichtlich der Auseinandersetzungen mit Angehörigen der linken Szene zu beobachten. Hier ist ein Anstieg der Straftaten von 39 (davon 19 Gewaltdelikte) im Jahr 2007 auf 91 (davon 42 Gewaltdelikte) im Jahr 2008 zu verzeichnen.

Fünf Gewaltdelikte wurden im Jahr 2008 mit einer antisemitischen Motivation verübt (2007: 7 Delikte). Dabei kam es jedoch zu keinen Übergriffen auf Angehörige des jüdischen Glaubens.

Insgesamt 47 der 111 (ca. 42 %) als rechtsextremistisch eingestuften Gewaltdelikte wurden unter Alkoholeinfluss begangen. Von den 167 ermittelten Gewalttätern standen 71 (ebenfalls ca. 42 %) unter Alkoholeinfluss. Im Vergleich zum Vorjahr (ca. 47%) ist eine geringfügige prozentuale Abnahme der unter Alkoholeinfluss begangenen Straftaten zu verzeichnen. Aufgrund der geringen Fallzahlen lässt sich daraus jedoch kein Trend ableiten. Unbeachtet dessen deutet der hohe Anteil der alkoholisierten Täter darauf hin, dass gewalttätiges Verhalten durch den Konsum von Alkohol gefördert wird.

Die Fußballeuropameisterschaft im Juni 2008 in Österreich und der Schweiz wirkte sich in Niedersachsen nur in geringem Maße auf die Kriminalitätsslage im

³⁷ S. Fußnote 3

Bereich der rechtsextremistisch motivierten Kriminalität aus. In diesem Kontext kam es insbesondere im Rahmen öffentlicher Veranstaltungen zu einem leichten Anstieg der Gewalttaten mit zumeist fremdenfeindlichem und rassistischem Hintergrund.

Bei den sonstigen extremistischen Straftaten dieses Phänomenbereiches ist ein geringfügiger Anstieg von 1.640 (Jahr 2007) auf 1.678 Delikte (Jahr 2008) festzustellen. Dieser beruht insbesondere auf der Zunahme bei den Sachbeschädigungen (2007: 68; 2008: 97) und den Propagandadelikten (2007: 1173; 2008: 1209). Die Zahl der Volksverhetzungen (2007: 272; 2008: 237) ist leicht zurückgegangen. Diese Delikte wurden vorrangig mit einer fremdenfeindlichen, rassistischen oder antisemitischen Motivation verübt.

Übersicht der Gewalttaten und sonstigen Straftaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ in Niedersachsen³⁸

Gewalttaten:	2007	2008
Tötungsdelikte	0	0
Versuchte Tötungsdelikte	0	0
Körperverletzungen	95	103
Brandstiftungen	3	1
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion	0	0
Landfriedensbrüche	2	0
Gefährl. Eingriffe in Bahn-, Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr	1	1
Freiheitsberaubung	0	0
Raub	2	0
Erpressung	1	1
Widerstandsdelikte	6	5
Insgesamt	110	111
Sonstige Straftaten:		
Sachbeschädigungen	68	97
Nötigungen/Bedrohungen	19	13
Propagandadelikte	1.173	1.209
Störung der Totenruhe	5	4
Andere Straftaten, insbesondere Volksverhetzung	375	355
Insgesamt	1.640	1.678
Straftaten insgesamt	1.750	1.789

³⁸ Die Zahlen basieren auf Angaben des Landeskriminalamtes Niedersachsen (LKA NI). Die Darstellung der niedersächsischen Zahlen in Übersichten des Bundes kann davon abweichen, da das LKA NI eine so genannte lebende Statistik führt. Um die ständige Aktualität der Statistik sicherzustellen, werden dabei ggf. Nacherfassungen/Aktualisierungen auch für Vorjahre vorgenommen, so dass der Zahlenbestand noch Veränderungen unterliegen kann.

Übersicht der Gewalttaten und sonstigen Straftaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ in der Bundesrepublik Deutschland³⁹

Gewalttaten:	2007	2008
Tötungsdelikte	0	2
Versuchte Tötungsdelikte	1	4
Körperverletzungen	845	893
Brandstiftungen	24	29
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion	1	0
Landfriedensbrüche	37	46
Gefährl. Eingriffe in Bahn-, Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr	7	4
Freiheitsberaubung	0	1
Raub	11	10
Erpressung	4	6
Widerstandsdelikte	50	47
Insgesamt	980	1.042
Sonstige Straftaten:		
Sachbeschädigungen	821	1.197
Nötigungen/Bedrohungen	146	144
Propagandadelikte	11.935	14.262
Störung der Totenruhe	18	32
Andere Straftaten, insbesondere Volksverhetzung	3.276	3.217
Insgesamt	16.196	18.852
Straftaten insgesamt	17.176	19.894

³⁹ Die Zahlen basieren auf Angaben des Bundeskriminalamtes (BKA).

Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“⁴⁰

Gewalttaten	2007	2008
Baden-Württemberg	78	56
Bayern	82	68
Berlin	47	78
Brandenburg	93	71
Bremen	16	10
Hamburg	22	45
Hessen	29	25
Mecklenburg-Vorpommern	33	42
Niedersachsen	110	111
Nordrhein-Westfalen	122	165
Rheinland-Pfalz	39	28
Saarland	12	8
Sachsen	90	126
Sachsen-Anhalt	87	100
Schleswig-Holstein	59	45
Thüringen	61	64
Gesamt	980	1.042

⁴⁰ Die Zahlen basieren auf Angaben des Bundeskriminalamtes (BKA).

Einführung

Der von den Verfassungsschutzbehörden verwendete Extremismusbegriff orientiert sich an der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, das in seinen Verbotsurteilen gegen die Sozialistische Reichspartei (SRP) 1952 und die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) im Jahr 1956 die Wesensmerkmale der freiheitlichen demokratischen Grundordnung bestimmte:

- Grund- und Menschenrechte,
- Volkssouveränität,
- Gewaltenteilung,
- Verantwortlichkeit der Regierung,
- Gesetzmäßigkeit der Verwaltung,
- Unabhängigkeit der Gerichte sowie das
- Mehrparteienprinzip mit dem Recht auf Bildung und Ausübung der Opposition.

Ein Personenzusammenschluss wird als extremistisch bezeichnet, wenn sich seine politisch bestimmten Bestrebungen gegen diese Wesensmerkmale der verfassungsmäßigen Ordnung richten.

Rechts- und Linksextremismus unterscheiden sich ideengeschichtlich durch ein unterschiedliches Verhältnis zu dem menschenrechtlichen Gleichheitsgebot. Während es Linksextremisten aufgrund der ökonomischen Kräfteverhältnisse ausschließen, dass die Gleichheit der Menschen in einer parlamentarischen Demokratie realisiert werden kann, negieren Rechtsextremisten das in Artikel 3 des Grundgesetzes (GG) postulierte Gleichheitsprinzip grundsätzlich. Linksextremisten hingegen verabsolutieren das Gleichheitspostulat und schränken damit die universelle Gültigkeit der Freiheits- und Individualrechte ein. Beiden Spielarten des Extremismus gemein ist ihr antipluralistischer Charakter, der aus einem abweichende Meinungen negierenden absoluten Wahrheitsanspruch resultiert. Sowohl Rechts- als auch Linksextremisten haben ein Bild vom Menschen, wonach nicht alle Menschen grundsätzlich über die gleiche Würde verfügen (Artikel 1 GG).

Eine in sich geschlossene rechtsextremistische Ideologie gibt es nicht. Vielmehr werden mit dem Begriff Rechtsextremismus Ideologieelemente erfasst, die in unterschiedlicher Intensität und mit unterschiedlicher Stoßrichtung der weltanschaulichen Überzeugung von einer Ungleichwertigkeit der Menschen Ausdruck verleihen. Zu nennen sind im Einzelnen:

Vergleich Rechtsextremismus – Linksextremismus

- Aggressive menschenverachtende Fremdenfeindlichkeit,
- Antisemitismus,
- Rassismus,
- Unterscheidung von „lebenswertem“ und „lebensunwertem“ Leben,
- Überhöhung des eigenen Volkes bei gleichzeitiger Abwertung anderer Nationen und Völker (Nationalismus),
- Vorstellung einer rassistisch verstandenen homogenen Volksgemeinschaft (Volksgemeinschaftsdenken),
- Individualrechte verneinendes, dem Führerprinzip verpflichtetes Kollektivdenken (völkischer Kollektivismus),
- Behauptung „natürlicher“ Hierarchien (Biologismus),
- Betonung des Rechts des Stärkeren (Sozialdarwinismus),
- Ablehnung demokratischer Regelungsformen bei Konflikten,
- Übertragung militärischer Prinzipien auf die zivile Gesellschaft (Militarismus),
- Geschichtsrevisionsismus (Relativierung der Verbrechen des Nationalsozialismus),
- Ethnopluralismus (Forderung nach strikter räumlicher und kultureller Trennung verschiedener Ethnien).

Die Ideologieelemente Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus sind die zentralen Begriffe des Rechtsextremismus. Mit „fremdenfeindlich“ wird die Ablehnung all dessen bezeichnet, was als fremd bewertet und aus der Gesellschaft ausgegrenzt wird. Die Sozialmerkmale variieren: Ausländer, insbesondere Muslime, und Obdachlose können ebenso Opfer fremdenfeindlicher Ablehnung und Aggression werden wie Menschen mit Behinderungen und Homosexuelle. Fremdenfeindliche Positionen sind bei jeder rechtsextremistischen Organisation nachweisbar; sie bilden das Grundelement rechtsextremistischen Denkens.

Fremdenfeindlichkeit

Rassismus

Die in Deutschland gebräuchliche Verwendung des Begriffes Rassismus nimmt Bezug auf die Rassenideologie des Nationalsozialismus, die die Selektion und Vernichtung von Millionen Menschen biologisch begründete. Rassisten leiten aus den genetischen Merkmalen der Menschen eine naturgegebene soziale Rangordnung ab. Sie unterscheiden zwischen wertvollen und minderwertigen menschlichen „Rassen“.

Antisemitismus

Der Antisemitismus tritt im Rechtsextremismus in verschiedenen Varianten in Erscheinung. Antisemitische Positionen werden sowohl religiös als auch kulturell und rassistisch begründet. Häufig korrespondieren sie mit verschwörungstheoretischen Ansätzen. Vor dem historischen Hintergrund der systematischen Judenvernichtung durch den Nationalsozialis-

mus (Holocaust⁴¹) sind antisemitische Einstellungsmuster ein Gradmesser für die Verfestigung eines rechtsextremistischen Weltbildes. Sie zeugen von ideologischer Nähe zum historischen Nationalsozialismus und treten häufig in Verbindung mit revisionistischen Positionen auf. Antisemitische Positionen sind ein Kennzeichen fast aller rechtsextremistischen Organisationen.

Der Begriff Neonazismus, eine Abkürzung für Neo- oder neuer Nationalsozialismus, der häufig fälschlicherweise als Synonym für Rechtsextremismus verwendet wird, steht für Bestrebungen, die sich weltanschaulich auf den historischen Nationalsozialismus beziehen. Hierzu zählen in erster Linie die neonazistischen Kameradschaften und Organisationen wie die Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige (HNG). Innerhalb der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) ist der neonazistische Flügel ständig stärker geworden, seitdem sich die Partei gegenüber Freien Nationalisten geöffnet hat. Ausdruck dieser Entwicklung sind die Eintritte zahlreicher führender Protagonisten der Neonaziszene, die zudem Führungsämter in der NPD übernommen haben.

Die ebenfalls als Synonym für rechtsextremistische Bestrebungen verwendeten Begriffe faschistisch oder neofaschistisch sind in zweifacher Hinsicht ungeeignet. Zum einen handelt es sich um einen Kampfbegriff aus den Zeiten des Kalten Krieges, mit dem die Bundesrepublik Deutschland von der DDR in die Tradition des Nationalsozialismus gerückt wurde. Zum anderen verbindet sich mit diesem Begriff die Vorstellung vom italienischen Faschismus Mussolinis, der als antidemokratische Bewegung ohne Rassismus vom deutschen Nationalsozialismus erheblich abwich.

Neonazismus

Faschismus

Aktuelle Entwicklungen im Rechtsextremismus

Prägend für das Erscheinungsbild des Rechtsextremismus im Jahr 2008 waren innerparteiliche Auseinandersetzungen in der NPD und daraus resultierende Kontroversen mit den Freien Nationalisten über die künftige Gestaltung der Zusammenarbeit. Erstmals ist die Position des Bundesvorsitzenden der NPD, Udo VOIGT, nicht mehr unumstritten. Parteiinterne Konkurrenten kritisieren ihn offen wegen seines Verhaltens und seiner nicht geklärten Rolle in der Finanzaffäre um den ehemaligen Schatzmeister der Partei, Erwin KEMNA. Außerdem wird VOIGT ein unklarer Kurs gegenüber den Freien Nationalisten vorgeworfen.

Die NPD und ihr Vorsitzender Udo VOIGT

⁴¹ Der Begriff bedeutet Massenvernichtung (vom griech. holocaustos = „völlig verbrannt“).

Der Konflikt auf Bundesebene spiegelt sich auch im niedersächsischen Landesverband der NPD wider. Als einer der Hauptkritiker VOIGTs profilierte sich der stellvertretende niedersächsische Landesvorsitzende Andreas MOLAU, der Ende des Jahres, unterstützt von der NPD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern, seine Ambitionen auf den Bundesvorsitz anmeldete. Allerdings hat er im Februar 2009 seine Kandidatur wieder aufgegeben, weil ihm der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern die Unterstützung entzogen hat.

Andreas MOLAU und die NPD in Nie- dersachsen

MOLAU war auch im niedersächsischen Landesverband aus mehreren Gründen keineswegs unumstritten. Zum einen erreichte die NPD unter seiner Führung bei der Landtagswahl am 27. Januar mit 1,5 % der Stimmen ein die Erwartungen enttäuschendes Ergebnis, zum anderen sind seine distanzierenden Äußerungen gegenüber den Freien Nationalisten in Teilen der NPD nicht konsensfähig. Als Verfechter des ethnopluralistischen Ansatzes und Befürworter einer hierauf basierenden Intellektualisierung der NPD steht MOLAU in einem ideologischen Spannungsverhältnis zu den aktionistisch und neonazistisch ausgerichteten Kameradschaften. Ihm dürfte es kaum gelingen, theorielastige rechtsextremistische Organisationen wie die Gesellschaft für Freie Publizistik (GFP), die Kontinent Europa Stiftung (KES) oder das Thule-Seminar, in denen er eine tragende Rolle spielt, mit den Freien Nationalisten unter dem Dach einer „Volksfront von rechts“ zu vereinen, wie es dem strategischen Ansatz der NPD entspricht. Die kontrovers geführte Diskussion um seine beabsichtigte Kandidatur für den Parteivorsitz verdeutlichte schlaglichtartig, dass die innerparteilichen Bruchlinien zwischen den Vertretern einer wahlorientierten, gemäßigt auftretenden NPD und den Verfechtern einer engen Zusammenarbeit mit den Freien Nationalisten verlaufen. Dieser Grundkonflikt wird das Erscheinungsbild der NPD auch in der nächsten Zeit bestimmen.

Freie Nationalisten und die NPD in Nie- dersachsen

In Niedersachsen versuchen die Freien Nationalisten, ihren Einfluss im NPD-Landesverband auszuweiten. Ihre Stellung im Partegefüge ist im Nordosten des Landes besonders stark. Das überdurchschnittliche Abschneiden ihrer Vertreter als Direktkandidaten der NPD bei der Landtagswahl hat sie selbstbewusst gemacht. Der Verlauf des Wahlkampfes offenbarte, dass der Landesverband ohne die Unterstützung der Freien Nationalisten nicht kampagnefähig ist. Nachdem sich die Freien Nationalisten infolge der Kontroverse mit dem Landesvorstand über die finanzielle Vergütung des Wahlkampfeinsatzes eines weiteren Engagements enthalten hatten, entfaltete die NPD in Niedersachsen kaum noch öffentlichkeitswirksame Aktivitäten.

In Hinsicht auf die Mitgliederentwicklung haben die Auseinandersetzungen um den Kurs der NPD den Aufwärtstrend der letzten Jahre gebremst. Erstmals seit 2003 musste die NPD einen Mitgliederrückgang, von 7.200 auf 7.000, registrieren. Der niedersächsische Landesverband blieb hiervon nicht verschont. Ihm gehörten zum Jahresende nur noch 600 statt 650 Mitglieder im Vorjahr an.

Demgegenüber ist das neonazistische Personenpotenzial weiter angewachsen, auf Bundesebene von 4.400 auf 4.800 und in Niedersachsen von 330 auf 355. Diese Entwicklung ist einerseits eine Folge der nachlassenden Bindungskraft der NPD, andererseits ist sie Ausdruck der wachsenden Attraktivität des aktionsorientierten neonazistischen Spektrums.

Die Wandlungs- und Modernisierungsfähigkeit in diesem Bereich des Rechtsextremismus kann am Phänomen der Autonomen Nationalisten verdeutlicht werden. Hierbei handelt es sich um Neonazis, die in Symbolik und Aktionsform Anleihen bei den linksextremistischen Autonomen machen und auf diese Weise bei jungen Menschen die Hemmschwelle, sich an neonazistischen Aktionen zu beteiligen, reduzieren. Mit ihrem Auftreten als „Schwarzer Block“ bei der neonazistischen Demonstration am 1. Mai in Hamburg trugen die Autonomen Nationalisten wesentlich zu einer Eskalation der Gewalt bei.

Von den 4.800 Neonazis können etwa zehn Prozent den Autonomen Nationalisten zugerechnet werden. Die regionalen Schwerpunkte liegen in Nordrhein-Westfalen und Berlin. Eine wachsende Attraktivität der Autonomen Nationalisten ist auch in Niedersachsen festzustellen, ohne dass sich dies bislang in größerem Umfang auf das registrierte Personenpotenzial ausgewirkt hat. Bedacht werden sollte, dass die Aktionsformen animierenden Charakter haben und auf solche Jugendliche ausstrahlen, die den Autonomen Nationalisten im engeren Sinne nicht zugerechnet werden können. Diese Jugendlichen schließen sich beispielsweise spontan „Schwarzen Blöcken“ an.

Die rechtsextremistische Subkultur, einschließlich der szenetypischen Musik, ist von unverändert hoher Bedeutung für das Gesamterscheinungsbild des Rechtsextremismus, auch wenn das Personenpotenzial in diesem Phänomenbereich bundesweit auf 9.500 und damit seit 2000 das erste Mal unter die Grenze von 10.000 Rechtsextremisten zurückgegangen ist. In Niedersachsen verringerte sich das Personenpotenzial von 900 auf 870. Dieser erfreuliche Rückgang sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die über CDs und das Internet verbreiteten Botschaften der rechtsextremistischen Musik, die von offenem Hass bis zu subtiler Fremdenfeindlichkeit reichen, weiterhin ein großes Problem und eine unverän-

Anstieg des neonazistischen Personenpotenzials

Autonome Nationalisten

Rechtsextremistische Subkultur

derte Herausforderung für die phänomenbezogene Präventionsarbeit darstellen. Die niedersächsischen Sicherheitsbehörden bewerten es in diesem Zusammenhang als Erfolg, dass in Niedersachsen 2008 wie im Vorjahr lediglich drei rechtsextremistische Konzerte durchgeführt wurden. Eine Werbewirksamkeit solcher Konzerte über den Szenebereich hinaus ist damit weiterhin nicht gegeben.

Die drei dargestellten Bereiche NPD, neonazistische Kameradschaften und Subkultur stehen bei einer Gesamtbetrachtung des Rechtsextremismus nach wie vor im Mittelpunkt. Sie unterliegen keiner zentralen Steuerung, sondern vollziehen jeweils eine eigendynamische Entwicklung, auf die mit unterschiedlichen Präventionsmaßnahmen reagiert werden muss.

Neben diesen drei Hauptströmungen sind die Deutsche Volkunion (DVU) und die Heimattreue Deutsche Jugend (HDJ) hervorzuheben.

Deutsche Volkunion (DVU)

Die DVU hat Anfang 2009 einen Führungswechsel vollzogen. Der Gründungsvorsitzende Gerhard FREY, der die Partei seit 1987 ebenso autokratisch wie unangefochten beherrschte, ist zugunsten des 37-jährigen Matthias FAUST aus Hamburg zurückgetreten. Mit diesem Generationenwechsel verbindet sich der Versuch, die DVU für jüngere Personen zu öffnen. In Niedersachsen waren erstmals seit vielen Jahren Ansätze einer Wiederbelebung des Parteilebens durch die Neugründung von Kreisverbänden zu erkennen. Verantwortlich hierfür war der ehemalige Funktionär der Partei Die Republikaner, Hans-Gerd WIECHMANN, der sich zwischenzeitlich für die NPD engagierte. Es erscheint allerdings zweifelhaft, ob die DVU ohne die Finanzkraft FREYs in der Lage ist, sich neben der NPD als einflussreiche Kraft im Rechtsextremismus zu behaupten.

Heimattreue Deutsche Jugend e.V. (HDJ)

Die HDJ zielt mit ihren Aktivitäten auf die dauerhafte Einbindung von Jugendlichen in eine neonazistisch geprägte Lebenswelt. Sie wirkt weniger nach außen, als vielmehr innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums selbst. Bei der Mitgliedschaft von Familien ergeben sich Kontinuitäten, die bis in die Zeit der verbotenen Wiking Jugend zurückreichen. Wie die Wiking Jugend konzentriert sich die HDJ darauf, Jugendliche durch die Freizeitgestaltung – Zeltlager, Märsche etc. – im neonazistischen Sinne zu indoktrinieren. Aus diesem Grunde veranlasste das Bundesministerium des Innern ein Ermittlungsverfahren mit dem Ziel eines Verbotes der HDJ nach dem Vereinsgesetz. Die im Zusammenhang hiermit im Oktober erfolgten Durchsuchungen erstreckten sich auch auf niedersächsisches Gebiet. Ebenso waren Niedersachsen vom am 31.03.2009 erfolgten Verbot der HDJ betroffen.

Die Verbote des Vereins zur Rehabilitierung der wegen der Leugnung des Holocaust Verfolgten (VRBHV) und des

Collegium Humanums (CH) durch den Bundesminister des Innern sind als eine gezielte Maßnahme gegen den rechtsextremistischen Geschichtsrevisionismus zu werten, der im Jahr 2006 durch die Teheraner Holocaust-Konferenz auf spektakuläre Weise in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses gerückt war. In beiden Organisationen wirkten niedersächsische Rechtsextremisten mit.

Die im Zusammenhang mit der HDJ, dem VRBHV und dem CH ergriffenen Maßnahmen sind ein Beleg dafür, dass die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus auch in Zukunft auf zwei Ebenen stattfinden wird: neben der präventiv angelegten Aufklärungsarbeit sind weiterhin repressive Mittel erforderlich.

Immobilien­geschäfte mit rechtsextremistischem Hintergrund

Bereits im Jahr 2004 hat das Niedersächsische Ministerium für Inneres, Sport und Integration einen Beauftragten für Immobilien­geschäfte mit rechtsextremistischem Hintergrund bestellt. Die Tätigkeit des Beauftragten ist seit 2007 eingebunden in das Beratungskonzept des niedersächsischen Verfassungsschutzes zur „Förderung von Handlungsmöglichkeiten gegen Rechtsextremismus in den Kommunen“.

Seit einer Reihe von Jahren versuchen Rechtsextremisten Immobilien zu erwerben, die geeignet sind, Schulungen und Veranstaltungen durchzuführen und die als örtliche Treffpunkte oder Anlaufstellen dienen können. Nicht immer steht hinter dem Interesse an einer Immobilie auch eine reale Kaufabsicht. Häufig nutzen Rechtsextremisten das Bekantwerden ihrer angeblichen Kaufabsicht, um sich in den Medien zu profilieren und finanzielle Vorteile zu erzielen. Denn oftmals führt der öffentliche Protest gegen einen Immobilienkauf durch Rechtsextremisten dazu, dass Kommunen sich gezwungen sehen, ihr Vorkaufsrecht auszuüben oder das Objekt freihändig zu erwerben – nicht selten zu einem unangemessenen, hohen Preis. Bei solchen politisch motivierten Scheingeschäften kann es vorkommen, dass der Verkäufer an die Rechtsextremisten für ihre „Bemühungen“ eine Provision zahlt.

Reale Kaufabsichten und Scheingeschäfte sind im Einzelfall schwer zu unterscheiden. Auch die rechtlichen Möglichkeiten der Kommunen und staatlichen Stellen variieren von Fall zu Fall. Wesentliche Aufgaben des Beauftragten für Immobilien­geschäfte mit rechtsextremistischem Hintergrund sind daher die Weitergabe vorhandener Erfahrungswerte, die rechtliche Beratung der betroffenen Kommunen, die Koordinierung der beteiligten Behörden und die Vermittlung

Verbot von VRBHV und Collegium Humanum

Beauftragter für Immobilien­geschäfte mit rechtsextremistischem Hintergrund im Innenministerium

Rechtsextremisten nutzen Bekantwerden von Kaufabsichten medienwirksam aus

Immobilien­geschäfte von Jürgen RIEGER im Blickpunkt

von Kontakten zu sachverständigen Stellen. Im Jahr 2008 standen insbesondere Immobiliengeschäfte des rechtsextremistischen Aktivisten, Rechtsanwalts und NPD-Bundesvorstandsmitglieds Jürgen RIEGER aus Hamburg, im Blickpunkt.

**Abriss vom
„Heisenhof“ vom
Verwaltungsgericht
bestätigt**

RIEGER ist Eigentümer der Immobilie „Heisenhof“ in Dörverden im Landkreis Verden. Er erwarb die ehemalige Bundeswehr-Liegenschaft im Jahr 2004 als „Director“ der britischen Kapitalgesellschaft Wilhelm-Tietjen-Stiftung für Fertilisation Limited (WTSF Ltd.). Wegen nicht fristgerecht vorgelegter Geschäftsberichte war die WTSF Ltd. im Jahr 2006 aus dem britischen Handelsregister gelöscht, im Mai 2008 allerdings wieder eingetragen worden. In der Zwischenzeit durfte RIEGER den „Heisenhof“ weder benutzen noch betreten. Eine Nutzung kam aber auch danach nicht in Frage, da der Landkreis keine Baugenehmigung erteilte und nunmehr den Abriss der Gebäude des „Heisenhofs“ verfügt hat. Die hiergegen von RIEGER erhobenen Klagen, hat das Verwaltungsgericht Stade am 06.02.2009 abgewiesen. Die Entscheidung ist noch nicht rechtskräftig.

**RIEGER bekundete
Interesse an Mühle
in Achim**

Anfang 2008 gab RIEGER vor, sich für eine bis dahin als Sauna genutzten, ehemaligen Windmühle in der Gemeinde Achim im Landkreis Verden zu interessieren. Der Eigentümer war zuvor mit seiner Absicht, die Mühle an einen Investor aus der Erotikbranche zu vermieten, auf Widerstand in der Gemeinde gestoßen. RIEGER besichtigte das Objekt medienwirksam. Gemeinde und Landkreis nahmen unter anderem wegen dieser Inszenierung kein ernsthaftes Kaufinteresse RIEGERs an. Als die zuständige Behörde den Eigentümer darüber informierte, dass die von ihm ursprünglich geplante Nutzung der Mühle baurechtlich zulässig sei, zog RIEGER sich von dem Objekt zurück.

Im Oktober 2008 wurde öffentlich bekannt, dass RIEGER für die Wilhelm Tietjen Stiftung Limited (WTS Ltd.) einen notariell beurkundeten Kaufvertrag über die Immobilie „Landhaus Gerhus“ in der Gemeinde Faßberg im Landkreis Celle abgeschlossen hatte. Wie bei der WTSF Ltd. handelt es sich bei der WTS Ltd. um eine britische Kapitalgesellschaft, als deren „Director“ und alleiniger Gesellschafter RIEGER fungiert. Der im Kaufvertrag vereinbarte Preis für das „Landhaus Gerhus“ lag über dem Verkehrswert des Objekts. Der 2008 verstorbene Eigentümer, der der rechtsextremistischen Szene nahe stand, hatte seit 2005 erfolglos versucht, einen Käufer für das Hotelgrundstück mit Campingplatz zu finden und wiederholt angekündigt, die Immobilie an RIEGER verkaufen zu wollen. Im September 2007 hatte die Gemeinde Faßberg durch Satzung ein Vorkaufsrecht zur Sicherung der städtebaulichen Entwicklung begründet. Für das Objekt ist eine

Nachnutzung als Heim- oder Pflegeeinrichtung vorgesehen. Von der Gemeinde begleitete Verhandlungen mit Investoren waren seinerzeit an überhöhten Kaufpreisvorstellungen des Eigentümers gescheitert. Den Kaufvertrag mit RIEGER bzw. der WTS Ltd. schlossen die Erben des verstorbenen Eigentümers einige Tage vor der Zwangsversteigerung des Objekts im Oktober 2008. Erklärtes Ziel des Vertragsschlusses war es, die Zwangsversteigerung zu vermeiden. RIEGER erschien persönlich zum Termin der Versteigerung, die wegen des vorgelegten Kaufvertrags – vorerst bis zum Sommer 2009 – ausgesetzt wurde. Im November 2008 kündigte die Gemeinde an, sie beabsichtige ihr Vorkaufsrecht zu dem vom Gutachterausschuss ermittelten Verkehrswert auszuüben, der niedriger war als bisher angenommen. RIEGER und die Erben des Eigentümers hoben den Kaufvertrag über das Objekt umgehend wieder auf. Eine Übereignung des Objekts an RIEGER fand daher nicht statt. Die Gemeinde übte dennoch ihr Vorkaufsrecht aus. Ein diesbezüglicher Rechtsstreit ist anhängig. Gleichzeitig führen Gemeinde und Landkreis Gespräche mit potenziellen Investoren und den Eigentümern der Immobilie, um die geplante Nutzung des „Landhaus Gerhus“ im Bereich „Pflege“ zu realisieren.

Intellektualisierungsbemühungen im Rechtsextremismus

Seit Beginn der achtziger Jahre bemüht sich ein kleiner Kreis rechtsextremistischer Intellektueller, Einfluss auf gesellschaftliche Diskurse zu nehmen. Das Ziel ist die kulturelle Vorherrschaft. Ihr soll langfristig ein Systemwechsel folgen. Diese Variante des Rechtsextremismus, die abseits der Agitation der meisten Gruppierungen des organisierten Rechtsextremismus in verschiedenen rechtsextremistischen Zirkeln, Publikationen und Verlagen stattfindet, wird oft mit dem Begriff „Neue Rechte“⁴² umschrieben.

Hinter dem von der „Neuen Rechten“ verfochtenen Konzept des Ethnopluralismus verbirgt sich eine fremdenfeindliche Grundtendenz. Der Ethnopluralismus stellt die kulturellen Unterschiede der Menschen in den Vordergrund und propagiert die kulturelle, möglichst aber auch räumliche Trennung ethnischer Gruppen. Ausgehend von einer homogenen Ethnie lehnen Vertreter der „Neuen Rechten“ Einwanderung als „volksgemeinschaftsschädlich“ ab.

⁴² Die mit dem Begriff der „Neuen Rechten“ bezeichnete ideologische Strömung beruft sich auf die „Konservative Revolution“ – eine intellektuelle Strömung antidemokratischen Denkens in der Weimarer Republik. Der Begriff wird aber nicht einheitlich verwendet. Manche Autoren erfassen mit diesem Begriff den um Theoriebildung bemühten Teil des Rechtsextremismus in seiner Gesamtheit.

Die Rolle MOLAUs im intellektuellen Rechtsextremismus



Andreas MOLAU

Zu einem Bindeglied zwischen verschiedenen auf Theoriebildung und -vermittlung ausgerichteten rechtsextremistischen Organisationen und der NPD hat sich der stellvertretende Vorsitzende des niedersächsischen Landesverbandes der NPD Andreas MOLAU entwickelt. MOLAU ist Mitglied in der Kontinent Europa Stiftung (KES) und in der Gesellschaft für Freie Publizistik (GFP) und unterhält Kontakte zum Thule-Seminar.

Das 1980 gegründete, von Pierre KREBS geleitete Thule-Seminar versteht sich als

„... geistig-geschichtliche Ideenschmiede für eine künftige Neuordnung aller europäischen Völker unter besonderer Berücksichtigung ihres biokulturellen und heidnisch-religiösen Erbes“.

(Leitfaden des Thule-Seminars, Wissen eint – Wille siegt)

Kontinent Europa Stiftung (KES)

Mit Unterstützung der KES gibt das Thule Seminar den Kalender „Mars Ultor 2008 – Der Taschenplaner der Avantgarde“ heraus.

Die genau wie das Thule-Seminar ethnopluralistisch ausgerichtete KES wurde 2004 von Peter BRINKMANN, einem schwedischen Staatsbürger, gegründet. Der in Form eines europäischen Netzwerks aufgebauten Organisation gehören in der Szene namhafte intellektuelle Rechtsextremisten aus Deutschland, Frankreich, Italien, Russland und Spanien an, darunter Pierre KREBS und das Vorstandsmitglied MOLAU. In einem Interview mit der sächsischen JN-Publikation „hier & jetzt“ äußerte sich MOLAU zur KES und der mit ihrer Einrichtung verbundenen Wendung nach Osten. Seine Gespräche hätten ihm gezeigt,

„... daß es sich hier um einen gemeinsamen Kampf in Europa handelt. Europa ist aber nicht vollständig, wenn Rußland fehlt ... Machtpolitisch benötigen wir überdies ein Gegengewicht zu den USA. Ohne Rußland ist Europa nur williger Vollstrecker der Wallstreet-Interessen ...“.

(hier & jetzt, Ausgabe 10/08, S. 8-13)



Gesellschaft für Freie Publizistik (GFP)

Seit 2005 ist MOLAU außerdem Vorsitzender der 1960 gegründeten GFP. Sie ist mit etwa 500 Mitgliedern die größte rechtsextremistische Kulturvereinigung. Ihr gehören vor allem Verleger, Buchhändler, Redakteure und Schriftsteller an. Auf Bundesebene führt die GFP jährlich einen Jahreskongress mit Mitgliederversammlung sowie auf Länderebene kleinere Vortragsveranstaltungen mit zumeist revisionistischem Charakter durch. Für die Durchführung solcher

Veranstaltungen in Niedersachsen, wie z. B. die Vortragsveranstaltung am 8. März in Uslar mit dem Österreicher Richard MELISCH, zeichnet der GFP-Arbeitskreis Südniedersachsen/Nordhessen/Westfalen verantwortlich.

Neben der umfassenden Internetarbeit sind die Herausgabe der jährlich veröffentlichten Kongressbroschüre GFP-Report und die Publikation des vierteljährlich erscheinenden GFP-Mitteilungsblatts Das Freie Forum jeweils in einer Auflagenhöhe von mehreren tausend Stück weitere Arbeitsschwerpunkte. Zum diesjährigen Kongress, der unter dem Motto: „40 Jahre Volkszerstörung! – Das unheilvolle Erbe der 68er“ vom 11. bis 13. April in Suhl stattfand, führte MOLAU im GFP-Mitteilungsblatt aus:

„Was am 8. Mai 1945 mit der totalen Kapitulation der Deutschen Wehrmacht und der damit einsetzenden Umerziehung der Deutschen eingeläutet wurde, das erreichte nach 1968 jenen Perfektionsgrad, der die Niederlage und die Zerstörung Deutschlands erst Wirklichkeit werden ließ.

Kulturelle Zerstörung durch Vernichtung von Traditionen und Werten sowie durch Überfremdung, die Veräußerung eigener Interessen und die totale Durchdringung mit dem dekadenten, von Gleichheitsideologen geprägten westlichen Lebensmodell; das sind nur einige Stichpunkte, die unsere heutige Misere beschreiben.“
(Das Freie Forum, Nr. 1/ 2008)

Neben Bernhard SCHAUB, dem langjährigen Vorsitzenden des im Mai verbotenen Vereins zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten (VRBHV) sprachen u. a. Karl RICHTER, Redakteur der Zeitschrift Nation & Europa und Jürgen SCHWAB, Mitglied des Sprecherrats der Deutschen Akademie, zu den Tagungsteilnehmern. Ihre Teilnahme dokumentiert die Vernetzung der rechtsextremistischen Theoriezirkel, zugleich aber auch ihren eng bemessenen Aktionsradius.

Mit einer Auflage von etwa 18.000 Exemplaren gilt die Publikation Nation & Europa – Deutsche Monatshefte (N & E) als wichtigstes meinungsbildendes Strategie- und Theorieorgan im deutschen Rechtsextremismus. Die Nähe zur NPD ist unübersehbar. Der Herausgeber der Publikation, Peter DEHOUST, ist Vorsitzender des im April 2005 von der sächsischen NPD-Landtagsfraktion gegründeten Bildungswerks für Heimat und nationale Identität e. V. Die Publikation will zur Intellektualisierung des Rechtsextremismus und zur Einigung des zersplitterten rechtsextremistischen Parteienlagers beitragen.



Deutsche Akademie (DA) Die 2000 gegründete Deutsche Akademie (DA) versteht sich als „nationalrevolutionäre Organisation“ und bietet als organisationsübergreifender Verbund in Schulungen und Seminaren „staatstheoretische Bildungsarbeit“ an. Die DA bemüht sich um eine gemeinsame Zielsetzung aller nationalen Kräfte und um die Vernetzung der unterschiedlichen Gruppen. Es bestehen personelle Überschneidungen zur NPD. Der Einfluss der Organisation auf den rechtsextremistischen Diskurs ist jedoch genauso gering wie die Bedeutung des Deutschen Kollegs (DK), das 1994 in Berlin gegründet wurde und derzeit von Reinhold OBERLERCHER und Uwe MEENEN betrieben wird. Das DK versteht sich als „Denkorgan des Deutschen Reiches“, propagiert die Reichsidee⁴³ und verbreitet im Internet offen antisemitische, rassistische und Demokratie wie Demokraten diffamierende Inhalte.

In einer Gesamtbetrachtung lässt sich festhalten, dass neurechts ausgerichtete bzw. theoriezentrierte Organisationen von nachrangiger Bedeutung für das Erscheinungsbild des Rechtsextremismus sind. MOLAUs Versuche, Theorie und Praxis zusammenzuführen, und seine Funktionen in Organisationen wie der GFP und der KES heben ihn zwar aus der Führungsriege der NPD heraus, schwächen aber zugleich seine Integrationskraft gegenüber dem neonazistischen Spektrum, dem der von ihm bevorzugte ethnopluralistische Ansatz nur schwer vermittelbar ist. Das rechtsextremistische Spektrum ist zu vielschichtig, als dass es durch einen theoretischen Ansatz geeint werden könnte.

Rechtsextremistischer Geschichtsrevisionismus

Der Begriff rechtsextremistischer Geschichtsrevisionismus bezeichnet die Leugnung oder Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen und der deutschen Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. Revisionistische Positionen sind in unterschiedlicher Ausprägung bei nahezu allen rechtsextremistischen Organisationen nachweisbar. Sie sind ideologisches Bindeglied zwischen den verschiedenen Strömungen des Rechtsextremismus. Der Revisionismus will den historischen Nationalsozialismus zumindest tendenziell rehabilitieren und die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland delegitimieren.

Revisionisten im engeren Sinne sind bestrebt, die Erkenntnisse der seriösen Geschichtswissenschaft von einem

⁴³ Verfechter der Reichsidee stellen einen Herrschaftsbereich in eine bestimmte Tradition und leiten hieraus von einer idealistischen überhöhten universalen Botschaft getragene hegemoniale Ansprüche ab. Historische Bezugspunkte der Verfechter der Reichsidee sind: das Heilige Römische Reich deutscher Nation, das von Bismarck begründete Deutsche Reich („2. Reich“) und das nationalsozialistische „Dritte Reich“.

vermeintlich wissenschaftlichen Standpunkt aus zu widerlegen. Dieser um eine wissenschaftliche Diktion bemühte Geschichtsrevisionismus, der rechtsextremistischen Organisationen die „Argumentationsbasis“ liefert, ist eine internationale Erscheinung. Viele Revisionisten sind Ausländer oder agieren vom Ausland aus. Die ideologische Klammer ihrer Zusammenarbeit bildet eine eng mit revisionistischen Positionen verbundene antisemitische Grundeinstellung.⁴⁴

Das Internet ist die wichtigste Agitationsplattform der Revisionisten. Hier pflegen sie ihre weltweiten Kontakte und steuern ihre Aktivitäten. In der Regel nutzen sie ausländische Internetprovider, um einer möglichen Strafverfolgung in Deutschland zu entgehen. Daneben werden revisionistische Schriften in Druckform durch hierauf spezialisierte Verlage verbreitet.

Zu den bekanntesten revisionistischen Dokumenten zählen der „Leuchter-Report“ und das „Rudolf-Gutachten“. Beide pseudowissenschaftlichen Studien wurden zur Verteidigung angeklagter Revisionisten erstellt. Der deutschstämmige US-Amerikaner Fred A. LEUCHTER behauptet in seiner 1988 veröffentlichten Schrift, dass die massenhafte Vernichtung von Juden in Auschwitz technisch nicht möglich gewesen sei. Zum gleichen Ergebnis kommt der deutsche Chemiker Gernar RUDOLF, der in seinem seit 1991 verbreiteten und 1995 wegen Volksverhetzung beschlagnahmten „Gutachten“ die Existenz von Gaskammern in Auschwitz bestreitet.

Die strafrechtliche Verfolgung revisionistischer Autoren in Deutschland, aber auch im benachbarten Ausland hat die Aktivitäten der revisionistischen Szene in den letzten Jahren stark beeinträchtigt. Die Reihe strafrechtlicher Maßnahmen setzte sich im Berichtsjahr fort. Zu Haftstrafen verurteilt wurden: Sylvia STOLZ, die ehemalige Verteidigerin des rechtskräftig verurteilten Revisionisten Ernst ZÜNDEL, der österreichische Holocaust-Leugner Wolfgang FRÖHLICH, der belgische Verleger Siegfried VERBEKE, der in Belgien lebende Franzose Vincent REYNOUARD, der Deutsch-Australier Frederick THOBEN sowie Horst MAHLER, der die NPD im Verbotungsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht vertreten hatte.

Verbot revisionistischer Vereine durch das Bundesinnenministerium

Das am 7. Mai vom Bundesminister des Innern verfügte Verbot des Vereins Internationales Studienwerk – Collegium

Revisionistische Dokumente: „Leuchter-Report“ und „Rudolf-Gutachten“

Zahlreiche Verurteilungen von Revisionisten

CH und VRBHV vom BMI verboten

⁴⁴ Ausführliche Informationen über die Vorgehensweise der Revisionisten und Porträts der wichtigsten Revisionisten finden sich auf der für den Schulunterricht empfehlenswerten Internetseite www.h-ref.de. Das besondere Anliegen der Initiatoren dieser Internetseite ist es, die revisionistischen Thesen durch eine detaillierte Darlegung der historischen Fakten zu widerlegen.

Humanum e.V. (CH) einschließlich seiner Teilorganisation Bauernhilfe e.V. und des Vereins zur Rehabilitation der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten (VRBHV) war eine gezielte Maßnahme gegen die Verbreitung revisionistischen Gedankenguts in Deutschland. Die Tätigkeit der Vereine bestand aus antisemitischer Propaganda und der Verherrlichung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Beide Vereine richteten sich damit gegen die verfassungsmäßige Ordnung und verstießen mit ihren Aktivitäten gegen Strafgesetze. Mit den Verboten ist es den Vereinen untersagt, Ersatzorganisationen zu bilden oder bestehende Organisationen als Ersatzorganisationen fortzuführen sowie Kennzeichen der Vereine zu verwenden.

Organisationen hatten auch in Niedersachsen Mitglieder Das CH und der VRBHV waren Sammelbecken organisierter Holocaustleugner. CH-Vorsitzende war Ursula HAVERBECK-WETZEL, VRBHV-Vorsitzende waren bis Herbst 2007 der Schweizer Revisionist Bernhard SCHAUB, anschließend Udo WALENDY. Bundesweit (vorrangig in Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen) wurden ca. 30 Räumlichkeiten dieser rechten Szene durchsucht. In Niedersachsen fanden Durchsuchungen und Beschlagnahmen bei Vereinsmitgliedern und Funktionären in Apelern (Landkreis Schaumburg), Edeweicht (Landkreis Ammerland), Oldenburg, Rinteln, Rotenburg, Seevetal (Landkreis Harburg), Springe (Region Hannover), Visselhövede (Landkreis Rotenburg), und Wunstorf statt.

Ernst-Otto COHRS Schriftleiter der Vereinspublikation Lebensschutz-Informationen (LSI) Das CH unterhielt in Vlotho eine Bildungsstätte. Für die Vereinspublikation Lebensschutz-Informationen (LSI) - Stimme des Gewissens sorgte viele Jahre der wegen Volksverhetzung rechtskräftig verurteilte Niedersachse Ernst-Otto COHRS als Schriftleiter. Auch der Schatzmeister des VRBHV und der Bauernhilfe e.V. und Teilnehmer an der „Holocaust-Konferenz“ im Jahr 2006 im Iran, Arnold HÖFS aus Springe, war von dieser Maßnahme betroffen. HÖFS veröffentlichte unter seinem Pseudonym Herbert HOFF mehrere Bücher mit dem Titel Faktenspiegel sowie Artikel mit den Holocaust leugnenden Inhalten.

Rechtsextremistische Skinheads und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten

Personenpotenzial in Niedersachsen seit Jahren rückläufig Das von den Verfassungsschutzbehörden mit dem Terminus Rechtsextremistische Skinheads und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten erfasste Personenpotenzial gibt Aufschluss über die Militanz des Rechtsextremismus. In diese Kategorie fallen rechtsextremistische Skinheads mit latenter oder offener Gewaltbereitschaft sowie Straftäter, die rechtsextremistisch motivierte Gewaltdelikte zu verantworten haben.

Die rechtsextremistische Skinhead-Bewegung bildet die dominierende Gruppe innerhalb des gewaltbereiten rechtsextremistischen Spektrums. Auf Bundesebene lag ihr Potenzial im Jahr 2008 bei 9.500 Personen. In Niedersachsen ist die Zahl der rechtsextremistischen Skinheads und sonstigen gewaltbereiten Rechtsextremisten seit Jahren leicht rückläufig. Gegenüber dem Vorjahr hat sie sich 2008 von 900 auf 870 Personen reduziert. Das Phänomen rechtsextremistisch motivierter Gewaltbereitschaft ist in Niedersachsen landesweit zu beobachten. Regionale Schwerpunkte bilden die Räume Braunschweig/Salzgitter, das Bremer Umland, Einbeck/Northheim, die Region Hannover, Lüneburg, Soltau/Schneverdingen, Uelzen, Tostedt sowie Uelzen.

Rechtsextremistische Skinheads und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten



Stand: 31.12.2008
Grafik: MI Nds. Abt.6

Geschichte der Skinheads

Skinhead-Bewegung kommt ursprünglich aus der Arbeiterschicht Großbritanniens

Die Skinhead-Bewegung hat ihren Ursprung in Großbritannien. Aus der Arbeiterschicht stammende Jugendliche formierten sich dort Ende der sechziger Jahre zu einer Protestbewegung, die sich gegen soziale Ausgrenzung zur Wehr setzte. Im Laufe der Zeit entwickelte sich hieraus eine im Arbeitermilieu verankerte Subkultur. Das äußere Erscheinungsbild (schwere Stiefel, Jeans und T-Shirt) symbolisierte die soziale Herkunft, zu der sich Skinheads auch heute noch mit elitärem Stolz bekennen, wie ein Interview mit einem Skinhead im Fanzine⁴⁵ Violence (Nr. 19/2006, S. 28) verdeutlicht:

„In unseren Augen geht es beim Skinhead sein um Patriotismus, stolz auf sich zu sein, auf Deine Stadt, Dein Land und stolz zu sein, dass wir die Arbeiterklasse sind ...“

Ihre Wesensmerkmale – ein gegen die bestehende Gesellschaftsordnung gerichteter Antiintellektualismus, ein offen zur Schau gestellter Männlichkeitskult, eine aggressive Gewaltbereitschaft und eine latent fremdenfeindliche Grundeinstellung – machten die ursprünglich unpolitische Skinhead-Bewegung anfällig für die Einflussnahme und die Instrumentalisierung durch rechtsextremistische Organisationen. Zunächst gelang es der 1967 gegründeten neonazistischen National Front, die Skinheads in ihre politischen Aktivitäten einzubinden. Anschließend bemühten sich die noch radikaleren Gruppierungen British Movement und Blood & Honour erfolgreich um deren Rekrutierung.

Skinheads in Deutschland

Ende der siebziger Jahre, als die neonazistische Beeinflussung in Großbritannien bereits vollzogen war, trat die Skinhead-Bewegung erstmals in Deutschland in Erscheinung. Sie gelangte über Angehörige der hier stationierten britischen Streitkräfte in das Bundesgebiet und wurde zunächst von deutschen Punks adaptiert, die sich für die Berichterstattung von Fanzines der britischen Skinhead-Bewegung interessierten. Anders als in Großbritannien war die deutsche Skinhead-Szene nicht allein im Arbeitermilieu verankert, sondern rekrutierte sich aus verschiedenen sozialen Randgruppen.

Teil der Skinhead- Bewegung unter rechtsextremi- stischem Einfluss

Ungeachtet der für Skinheads typischen Aversion gegen politische Arbeit geriet auch in Deutschland ein Teil der Skinhead-Bewegung unter rechtsextremistischen Einfluss. Rechtsextremistische Organisationen wie die Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA) des 1991

⁴⁵ Der Begriff Fanzine ist der englischen Sprache entlehnt und setzt sich aus den Worten „Fan“ und „Magazine“ zusammen.

verstorbenen Neonazis Michael KÜHNEN und die verbotene Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP), deren damaliger niedersächsischer Landesvorsitzender Thorsten HEISE selbst Skinhead war, hatten das neu entstandene Rekrutierungspotenzial erkannt. Heute bildet die rechtsextremistische Skinhead-Bewegung ein wichtiges Rekrutierungsfeld für die NPD und die neonazistischen Kameradschaften.

Ideologie

Die Denkweise rechtsextremistischer Skinheads ist geprägt von rassistischer Fremdenfeindlichkeit, hemmungsloser Gewaltbereitschaft sowie einer unreflektierten Verherrlichung des Nationalsozialismus. Konflikte mit Angehörigen von ihnen verachteter sozialer Gruppen wie Ausländer, Obdachlose, Menschen mit Behinderungen, Homosexuelle und als „Zecken“ titulierte linksorientierte politische Gegner werden bevorzugt gewalttätig auf der Straße ausgetragen. In einem Interview mit dem Fanzine Ratatösk (Ausgabe 4/2004, S. 38) verleiht ein Skinhead der Gewalaffinität mit folgenden Worten Ausdruck: „Gewalt ist keine Lösung, aber ein verdammt gutes Argument!“.

In Niedersachsen ereigneten sich im Berichtsjahr mehrere gewalttätige Übergriffe von Skinheads. Am 10. März attackierten drei Personen einen türkischen Staatsbürger in Braunschweig. Zunächst beleidigten sie ihn, anschließend schlugen sie mit einem Holzblock und Fäusten auf ihr Opfer ein. Am 11. September ereignete sich ein ähnlicher Vorfall in Delmenhorst. Ein weiterer Angehöriger der Punk-Szene wurde am 3. September in Leer von Rechtsextremisten unvermittelt vom Fahrrad gerissen und durch Tritte und Schläge verletzt.

Gewalttätige Übergriffe in Niedersachsen

Erscheinungsbild

Das Erscheinungsbild der meisten Skinheads wird wesentlich durch die szenetypische Kleidung und den kahl rasierten Kopf bzw. extrem kurz geschorene Haare geprägt. Allerdings verzichten inzwischen nicht wenige Skinheads wegen der Anfeindungen, die sie dadurch in der Öffentlichkeit auf sich ziehen, darauf, sich ihren Kopf rasieren zu lassen. Ihre Verbundenheit mit dem Nationalsozialismus bringen rechtsextremistische Skinheads durch entsprechende Tätowierungen zum Ausdruck. Sie verwenden häufig



Zahlencodes wie 18, 28 oder 88⁴⁶ und Abkürzungen wie „14 words“ oder ZOG⁴⁷, um ihre neonazistische Weltanschauung zu verklausulieren. Szenehändler haben die Verdienstmöglichkeiten längst erkannt und vertreiben Artikel mit entsprechenden Aufdrucken in speziellen Läden bzw. über das Internet.

Innerhalb der Skinhead-Bewegung wird ein übersteigerter Männlichkeitskult gepflegt, der u. a. in exzessivem Alkoholkonsum und einer offen zur Schau gestellten Frauenfeindlichkeit seinen Ausdruck findet. Das Durchschnittsalter der Skinheads beträgt etwa 15 bis 20 Jahre, das Einstiegsalter liegt teilweise noch darunter. Der Anteil von Männern beträgt nahezu 90 %.

Blood & Honour

Seit 2000 in Deutschland verboten

Von nationalsozialistischem Gedankengut und dem Glauben an die Überlegenheit der weißen Rasse ist die Blood & Honour-Bewegung (B&H) geprägt. Der 1993 verstorbene Frontmann der englischen Skinhead-Band Skrewdriver, Ian Stuart DONALDSON, gründete die Organisation unter dem Eindruck eines Films über die Hitler-Jugend mit dem Ziel, dem rechtsextremistischen Teil der Skinhead-Szene eine Organisation zu geben. Die international ausgerichtete Bewegung verfügt über Untergliederungen auf Länderebene. Solche Divisionen existieren mittlerweile auf allen Kontinenten. Die 1994 gegründete B&H-Division Deutschland wurde am 14.08.2000 durch den Bundesinnenminister verboten. Das Verbot erfasste drei niedersächsische Sektionen: „Niedersachsen“, „Nordmark“ und „Weser-Ems“. In Niedersachsen bestehen keine B&H-Strukturen mehr. An den im benachbarten Ausland und in Großbritannien durchgeführten B&H-Konzerten nehmen jedoch einzelne niedersächsische Rechtsextremisten teil.

Neben den rechtsextremistischen Skinheads gibt es nichtextremistische Strömungen mit entgegen gesetzter politischer Ausrichtung sowie die große, vorrangig „spaborientierte“, Gruppe der Oi!-Skins⁴⁸. Die Oi!-Skin-Bewegung und die

⁴⁶ Die Ziffern bezeichnen die Stelle eines Buchstabens im Alphabet. Mit 18 werden die Initialen von Adolf Hitler wiedergegeben, mit 88 verbinden Eingeweihte die verbotene nationalsozialistische Grußformel „Heil Hitler“, und 28 steht für die in Deutschland verbotene Organisation Blood & Honour.

⁴⁷ Die „14 words“, häufig nur mit der Zahl 14 wiedergegeben, sind der Code für eine 14 Wörter umfassende Losung des amerikanischen Rechtsextremisten David Lane von der Gruppe The Order. In deutscher Übersetzung lautet der Satz: „Wir müssen die Existenz unseres Volkes sichern und eine Zukunft für unsere weißen Kinder“. ZOG ist eine antisemitische Formel und bedeutet Zionist Occupied Government (zionistisch beherrschte Regierung).

⁴⁸ Der Name leitet sich von einem Slang-Ausdruck aus dem Londoner East End her. Mit „Oi, Oi, Oi“ anstelle des traditionellen „one, two, three“ zählte die Skinhead-Band Cockney Rejects ihre Songs an.

rechtsextremistische Skinhead-Szene sind nicht trennscharf zu unterscheiden. Oi!-Skin-Konzerte werden auch von rechts-extremistischen Skinheads besucht.

Unter den Beobachtungsauftrag des Verfassungsschutzes fallen ausschließlich rechtsextremistische Skinheads.

Szenezeitschriften (Fanzines)

Der Begriff Fanzine ist der englischen Sprache entlehnt und setzt sich aus den Worten „Fan“ und „Magazine“ zusammen. Er bezeichnet Info-Hefte, wie sie in vielen Subkulturen typisch sind. Zu den Inhalten dieser Fanzines gehören Informationen über Musikgruppen und neue Tonträger, Berichte von Konzerten und Partys und nicht zuletzt Interviews mit Szeneangehörigen. In der Regel überschreitet die Auflagenhöhe einige hundert Exemplare nicht. Die Erscheinungsform reicht von einem wenige Seiten umfassenden, kopierten Heft bis hin zur hundertseitigen Hochglanzbroschüre.

Die Bedeutung der Fanzines für die Szene hat abgenommen, seitdem immer mehr Informationen über das Internet verbreitet werden. Dieser Trend macht sich auch bei dem in Niedersachsen einzig verbliebenen Fanzine Violence (Braunschweig) bemerkbar. Nach Angaben des Herausgebers wurde mit Heft 22 im Oktober die letzte Ausgabe in einer Auflage von 555 Stück veröffentlicht. Nach zehnjähriger Tätigkeit wechselte der Autor zu einem Blog im Internet. Bundesweit wurden 2008 etwa 20 Fanzines registriert.



Rechtsextremistische Musikszene

Die rechtsextremistische Musik ist das wirksamste Medium zur Vermittlung der Botschaften der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene. Durch die Musik wird einerseits bei den Szeneangehörigen das Gemeinschaftsgefühl unterstützt. Auf der anderen Seite dient sie dem Zweck, rechtsextremistische Botschaften – auch an Außenstehende – zu vermitteln. Die Musiktexte artikulieren in plakativer, häufig hetzerischer Form die rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische Einstellung der Szeneangehörigen. Die suggestive Wirkung wird dabei von eingängigen oder aufputschenden Melodien unterstützt.

Musik als wirksames Mittel zur Vermittlung rechtsextremistischer Botschaften

Verschiedene Musikstile zielen auf das unterschiedliche Hörverhalten.

Durch die verschiedenen Musikstilrichtungen wird ein breiteres Hörspektrum angesprochen. So gibt es rechtsextr...

stische Musik im Stil des Black Metal, des Schlagers und der Balladenmusik. Dennoch überwiegt nach wie vor der Anteil der traditionellen rechtsextremistischen Musikstilrichtungen des Rock against Communism (RAC) und des Hatecore.

Bandnamen wie Blitzkrieg, Sturmtrupp, Bataillon 500, Kommando Ost oder Reichswehr zeigen einen deutlichen Bezug zum Nationalsozialismus. Andere Bands haben sich nach Begriffen der germanisch-heidnischen Mythologie benannt. Bezeichnungen wie Einherjer, Sleipnir, Projekt Aaskereia, Sigil, Valhalla Patriots oder Legion of Thor sind nur einige Beispiele.

Die Anzahl rechtsextremistischer Musikgruppen ist nach vorübergehendem permanenten Anstieg im letzten Jahr stagniert (2008: ca. 146, 2007: 146). Viele Bands bestehen nur für kurze Zeit, oder es handelt sich um Projekte von Mitgliedern mehrerer Bands, die sich – mitunter nach nur einer gemeinsamen Produktion – wieder auflösen.

Aber auch Musikgruppen, die schon längere Zeit bestehen und mehrere Jahre inaktiv waren, präsentieren neue Tonträger. Ein Beispiel ist der ehemalige Landser-Sänger Michael „Lunikoff“ REGENER. Nach seiner Haftentlassung veröffentlichte er mit seiner Band Die Lunikoff-Verschwörung den Tonträger „Heil Froh“. Das Lied „Es ist nur Hass“ verdeutlicht die Gesinnung REGENERs:

*„Es ist nur Hass, es ist nur Hass.
Nackter, blanker, abgrundtiefer Hass.
Wenn du mich fragst, was ich am meisten hasse,
dann ist das auch ganz schnell erzählt:
Multikulti, Toleranz, diesen ganzen Affentanz.
Eure schöne bunte ‚Eine Welt!‘“*



REGENER war maßgeblich an der größten rechtsextremistischen Musikveranstaltung im Jahr 2008 in Norddeutschland beteiligt. Die Ankündigung seines ersten Live-Auftritts in Deutschland nach seiner Haftentlassung sorgte am 25. Oktober dafür, dass etwa 1.000 Besucher an einem Konzert in Mallentin (Mecklenburg-Vorpommern) teilnahmen.

Tonträger werden vor der Veröffentlichung durch Anwälte der Szene überprüft

Die Produzenten lassen Tonträger vor ihrem Erscheinen durch Rechtsanwälte auf mögliche Rechtsverstöße überprüfen, um Geschäftsverluste durch Indizierungen, die einen Verkauf an Jugendliche unter 18 Jahren untersagen, oder Beschlagnahme- und Einziehungs-

beschlüsse, die ein generelles Veräußerungsverbot nach sich ziehen, zu vermeiden. Strafrechtlich relevante CDs – ihr Anteil beträgt keine zehn Prozent – werden bis auf wenige Ausnahmen im Ausland produziert. Neben offen systemab lehrenden Positionen sind zunehmend verklausulierte rechtsextremistische Texte festzustellen.

Eine Ausnahme hinsichtlich strafrechtlich relevanter Texte stellte die CD „Eisern und Stolz“ der thüringischen Gruppe Sonderkommando Dirlwanger⁴⁹ (S.K.D.) dar. Der Tonträger wurde von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) indiziert und mit dem Bundesanzeiger Nr. 95 vom 27.06.2008 in die Liste B aufgenommen. Am 1. Dezember erfolgte die Anordnung des Allgemeinen Beschlagnahmebeschlusses durch das Amtsgericht Erfurt wegen Volksverhetzung. Das Beiheft enthält mehrere strafrechtlich relevante Symbole wie das Hakenkreuz oder den Totenschädel der nationalsozialistischen Schutzstaffel (SS).

Mit dem Titel „Hängt sie auf“ wird zum Mord am jüdischen Volk aufgerufen:

**CD der Gruppe
Sonderkommando
Dirlwanger straf-
rechtlich relevant**



*„Hängt sie auf die Volksverräter an Laterne oder Baum
Es erwacht das Reich der Väter bald aus seinem bösen
Traum.*

*Jagt das Pack das einst sie holten raus aus jedem deut-
schen Gau
aus ihren Banken, Synagogen Raus, Raus, Raus.*

*Freimaurerlogen, Zionisten Euer Letztes Stündlein
schlägt,*

*spürt ihr nicht den Hass im Volk, nicht wie der Wider-
stand sich regt.*

*Das deutsche Volk in Ost und West wird sich bald von
euch befreien
und das gelobte Land wird nicht Israel, es wird das Fege-
feuer sein.“*

Die Band S.K.D. steuerte außerdem drei Titel zu dem 2008 veröffentlichten strafrechtlich relevanten Tonträger „Voices of Solidarity Vol. 2“, der in Deutschland verbotenen Blood & Honour-Bewegung, bei.

Der sich dynamisch entwickelnde Bereich der rechtsextremistischen Musik ist seit einigen Jahren ein Schwerpunkt der

⁴⁹ Sonderkommando Dirlwanger - Die Band benennt sich nach dem Kommandeur der nationalsozialistischen SS-Sondereinheiten Oskar Dirlwanger, dessen Einheiten mit Strafgefangenen und später auch Kriegsgefangenen besetzt wurden, die sich insbesondere durch eine hohe Gewaltbereitschaft und Rücksichtslosigkeit u. a. im so genannten Partisanenkampf oder beim Niederschlagen des Aufstandes im Warschauer Ghetto einen entsprechenden Ruf erhielten.

Liedtexte sprechen insbesondere Jugendliche an

präventiven Verfassungsschutzarbeit, weil der Wirkungsradius der rechtsextremistischen Musik über das registrierte rechtsextremistische Personenpotenzial weit hinausreicht. Besonders angesprochen fühlen sich Jugendliche, die sich und ihre soziale Situation in den Liedtexten wiederfinden und nach Integration in eine Gruppe Gleichgesinnter streben. Die Konfrontation mit der rechtsextremistischen Musik kann den Beginn einer Entwicklung markieren, in deren Verlauf sich Jugendliche zunehmend mit der rechtsextremistischen Szene identifizieren. Der Besuch von Konzerten rechtsextremistischer Bands, die die Möglichkeit bieten, Kontakte zu knüpfen, spielt eine wichtige Rolle bei einer allmählichen Einbindung in die Szene.

Wichtig für das Zusammengehörigkeitsgefühl sind darüber hinaus die Angebote rechtsextremistischer Musikvertriebe. Die Angebotspalette umfasst neben CDs, T-Shirts und anderen Kleidungsstücken auch Aufkleber und Devotionalien. Über das Internet und bei Konzerten ist die gesamte Bandbreite des einschlägigen Angebots zugänglich.

Unabhängig von der strafrechtlichen Relevanz fällt auf, dass die Texte rechtsextremistischer Musikgruppen vermehrt Anhaltspunkte antisemitischer Agitation enthalten. Das Lied „Revolution“ der Band Hetzjagd aus Bremen ist ein Beispiel für eine verklausulierte Form des Antisemitismus:



*„Ein altes Land voller Reinheit, wird wieder auferstehen,
in seinen alten Grenzen neu entstehen,
ihre Bauten werden wie von selber brennen,
die Symbole des Dritten werden im Vierten hängen.“*

Der Schluss legt nahe, dass mit den „Bauten“ Synagogen gemeint sind. Die Verklausulierung soll vor einer möglichen strafrechtlichen Verfolgung schützen.

Umgehen der Indizierung durch Bezug über ausländische Vertriebe

Die Indizierung von Tonträgern sowie juristisches Vorgehen gegen strafrechtlich relevante Produktionen erschweren den Zugang zu solchen Erzeugnissen erheblich. Jedoch bieten im Ausland ansässige Vertriebe diese Produkte weiterhin in Deutschland an. Zu nennen sind Werwolf Records und die amerikanischen Versandhändler Free Your Mind, ISD Records, Micetrap Distribution, NS 88 und NSM 88. Der australische Vertrieb Scythian Services hat sein Angebot stark ausgeweitet und verbreitet eine Vielzahl volksverhetzender, in Deutschland strafrechtlich relevanter Produktionen. Darunter finden sich beispielsweise die Tonträger der Bands Landser (Berlin) und Race War (Baden-Württemberg), deren beider Mitglie-

der in Deutschland wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung verurteilt wurden.

Die im Berichtsjahr durchgeführten Durchsuchungen und Beschlagnahmungen schränkten die Liefermöglichkeiten dieser Vertriebe stark ein, wodurch es zu Verunsicherungen bei den Käufern gekommen ist.

Übersicht über rechtsextremistische Skinheadbands, Liedermacher und Vertriebe in Niedersachsen



- | | |
|-----------------------------------|---|
| ① Nordic Flame (Seevetal) ☒ | ⑦ MaxH8 (Cremlingen) ☒ |
| ② Streetwear Tostedt ☒ | ⑧ Adler-Versand (Dieckholzen) ☒ |
| ③ Unsere Musik.de (Hollenstedt) ☒ | ⑨ EOK-Versand (Bockenem) ☒ |
| ④ Hatecore Lüneburg (Lüneburg) ☒ | ⑩ Ragnarök (Seesen) ☒ |
| ⑤ Gigi / Stahlgewitter (Meppen) 🎵 | ⑪ Der Versand (Bovenden) ☒ |
| ⑥ Cherusker (Osnabrück) 🎵 | ⑫ Annett und Michael Müller 🎵
(Bad Lauterberg) |
| ⑬ Multiplex Musica (Hannover) ☒ | |
| ⑭ Nordfront (Hannover) 🎵 | |
| ⑮ Terroritorium (Hannover) 🎵 | |

☒ Vertriebe
🎵 Skinheadbands, Liedermacher

Die nahezu unverändert hohe Anzahl an Vertrieben im Vergleich zum Vorjahr zeigt die nach wie vor herausragende Bedeutung der Musik als identitätsstiftendes Medium im gesamten Rechtsextremismus. Wichtige deutsche Vertriebe sind Front Records, PC Records (beide Sachsen), der WB Versand (Thüringen) und der Wikinger Versand (Bayern).

Niedersächsische Vertriebe

In Niedersachsen sind zehn Vertriebe ansässig: Adler-Versand (Diekholzen), Der Versand (Bovenden), EOK-Versand (Bockenem), Hatecore Lüneburg (Lüneburg), Max H8 (Cremlingen), Multiplex Musica (Hannover), Nordic Flame (Seevetal), Ragnarök (Seesen), Streetwear Tostedt (Tostedt) und Unsere Musik.de (Hollenstedt). Sie spielen in der Szene eine eher untergeordnete Rolle.

Rechtsextremistische Musik in Niedersachsen

Die Anzahl rechtsextremistischer niedersächsischer Skinhead-Bands ist gegenüber dem Vorjahr mit sieben Musikgruppen konstant geblieben. Auf Bundesebene werden mittlerweile ca. 146 rechtsextremistische Musikgruppen registriert. Hinzu kommen rechtsextremistische Liedermacher und so genannte Projekte – temporäre Zusammenschlüsse rechtsextremistischer Musiker unter einem Arbeitsnamen, um Tonträger zu produzieren oder für gemeinsame Konzertauftritte.

Niedersächsische Bands mit überregionaler Beachtung

Die niedersächsischen Bands Nordfront (Hannover), Cherusker (Osnabrück) und Gigi/Stahlgewitter (Meppen) finden in ganz Deutschland große Beachtung in der rechtsextremistischen Musikszene.

Gigi/Stahlgewitter

Anfang Dezember brachte Daniel GIESE, der Leadsänger der Band Stahlgewitter, mit seinem Projekt Gigi und die Braunen Stadtmusikanten die CD „Braun ist Trumf“ bei PC RECORDS auf den Markt.

Die CD ist eine Fortsetzung der Erst-CD „Braun ist beautiful“ von Gigi und den Braunen Stadtmusikanten aus dem Jahr 2004. Bekannte und erfolgreiche (Schlager-) Melodien werden mit Texten u. a. über Aussteiger, Israel, Panzer, Kinderschänder und Staatsschutz versehen und transportieren jetzt extremistische Inhalte.

Der Text vom „Haus in Libanon“ (Melodie von „House of the rising sun“) behandelt den aktuelle Konflikt zwischen Israel und Palästina und spart nicht mit politischen Vorurteilen. Hier werden die bekannten „Feinde“ der Rechtsextremisten Israel und USA verunglimpft.



*„Schießbefehl und keinen schonen, trotz UN-Resolutionen
Über die man dort nur herzlich lacht
Schießbefehl und keinen schonen, trotz UN-Resolutionen
Tobt dort weiter die Vernichtungsschlacht
Durch Israels Besatzungsmacht
Es stehen viele Häuser im Gazastreifen auch, die sind
zerbommt und leer
Sie gingen auf im Feuer, in den Flammen und im Rauch
Zerstört durch das Besatzerheer
Es standen schöne Häuser im alten Elbflorenz, in Nagasaki
und Hiroshima
Doch die B-29 Bomber brachten ihre Todesfracht
Bis man nur noch öde Trümmerwüsten sah
Bombenterror keinen schonen, wo möglichst viele Menschen
wohnen
So haben sie es immer gemacht
Bombenterror keinen schonen, wo möglichst viele Menschen
wohnen
Getrieben von Habgier und Niedertracht“*

**Bekannte Melodien
werden mit rechts-
extremistischen
Texten versehen**

In dem Lied „Tot“ werden vier Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland (Heinzi Heinz Galinski, Paule Paul Spiegel, Ignatz Bubis und Charlotte Knobloch) verhöhnt. In der letzten Strophe des Liedes heißt es:

**Verhöhnung des
Zentralrates der Ju-
den in Deutschland**

*„Und ist Charlottchen tot, ist sie mal tot. Ist Charlotte
tot, ist sie mal tot
Dann kommt ein neuer Hetzer, Schalali, Schalala
Ein Schwindler und ein Schwätzer, Schalali, Schalala“*

Am 27. Dezember gab es noch einen bemerkenswerten Auftritt von Gigi vor ca. 1.100 Besuchern des „Weiße Weihnacht-Konzert(s)“ in Schleithal (Elsass/F). Der Nutzer Dom schreibt dazu im Thiazi Forum⁵⁰:

*„ ..., betraten nun Gigi und die braunen Stadtmusikanten
die Bühne und die Stimmung schoß sofort nach oben. ...
Die Stadtmusikanten spielten einen Kracher nach dem
anderen, sowohl alte als auch neuere Lieder, unter ande-
rem diese: Freiheitsdrang, Tot, Einen Tag regieren, Poli-
tischer Soldat, Man könnte meinen, usw.“*

⁵⁰ „Größte germanische Online-Gemeinschaft“ mit über 18.000 Benutzern, die bislang zu ca. 75.000 Themen knapp 860.000 Beiträge verfasst haben. Themenschwerpunkte sind „Politische Diskussionen“, Berichte über rechtsextremistische Veranstaltungen sowie auch „alles zum Thema Musik“.

Welche Bedeutung Gigi für die gesamte rechtsextremistische Musikszene besitzt, zeigt der Eintrag von Mudoven im gleichen Forum zum selben Ereignis:

„Zu guter letzt kam dann der Mann auf die Bühne für den ca. 98% der Gäste angereist waren: Gigi ,und die braune Rotte‘. Es wurden sehr viele ‚Hits‘ gespielt von ‚Gigi und dbS‘ und ‚Stahlgewitter‘! Altes und neuers Material wurde zum besten Gegeben! Aber mein persönlicher Favorit war: ‚Kommistinker‘ von Saccara!!!! Einfach schön sowas mal mit Originalstimme live zu hören!“

Annett und Michael Müller

„Nationales Liedermacher-Ehepaar“

Im WB Versand (Witwe Bolte Versand, Fretterode, Inhaber Thorsten HEISE) erschienen CDs des in Bad Lauterberg wohnenden „nationalen Liedermacher-Ehepaares“ Annett und Michael MÜLLER. Im Mai veröffentlichte Annett ihre CD mit dem Titel „Es ist an der Zeit...“.

*„Über ein Jahr hat unsere Annett für ihr neues Werk Es ist an der Zeit gebraucht. Nun halten wir es endlich in den Händen. 11 brandneue Lieder im schönen Balladenstil, wie wir es von ihr gewohnt sind. Eine CD die, wie immer bei Annett, sehr kritisch die Zustände in der BRD beleuchtet und der Spaßgesellschaft einen Spiegel vorhält. Sie knüpft nahtlos an ihre letzte CD Solang mein Herz noch schlägt an.“
(Zitat des Labels)*

Nationales Gedankengut um Heimat, Glauben, Sehnsucht, Kampf und Hausdurchsuchung, emotional angerührt mit Herzschmerz und überwiegend sanften Gitarrenmelodien enden im letzten Lied schließlich mit der Zeile:

„Ich bereue nichts, weil es nichts zu bereuen gibt!“

Anfang Juli wurde in verschiedenen rechtsextremistischen Internet-Foren über eine Erkrankung von Michael MÜLLER berichtet. So hieß es im Thiazi Forum:

*„Dieser Tage erreichte einige Nationalisten eine schlimme Nachricht.
Michael Müller, einer der bekanntesten nationalen Liedermacher, leidet an Hirntumor. Kürzlich von den Ärzten festgestellt, aber ohne Aussicht auf Heilung. Dem noch relativ jungen Sänger bleiben demnach nur noch vier Wochen!“*

Solidarität mit erkranktem Michael Müller



Daraufhin wurden in der rechtsextremistischen (Musik-)Szene Solidaritätsbekundungen, Spendenaktionen und Musikveranstaltungen durchgeführt. So fand z.B. am 19. Juli im Club 88 in Neumünster eine Auktion mit Musikuntermalung statt, bei der CDs und Devotionalien versteigert wurden, deren Erlös Michael MÜLLER unterstützen sollte. Musikalisch war u. a. der Wilhelmshavener Peter BARTELS beteiligt, eine Hälfte des Liedermacher-Duos Frei & Stolz.

Etwas überraschend erschien daher Mitte Dezember die CD „Zurück von den Toten“ von Michael MÜLLER⁵¹. Das Label bewirbt die CD mit dem Text:

„Die Hölle bleibt kalt, denn er ist zurück! Deutschlands aktivster Balladenkünstler meldet sich zurück, so wie wir ihn kennen und lieben: hart und kompromißlos! 10 Titel, die keine Fragen offen lassen und die persönlicher nicht sein könnten! Waren die letzten Monate auch hart, wir haben Dich nie aufgegeben! Willkommen zurück, Michael!“

Mit seinen politischen Gegnern rechnet Michael MÜLLER im Lied „Zurück von den Toten...“ nach überstandener Krankheit ab:

*„Das linke Drecksack hat geglaubt, ich wäre schon verreckt...
Todesanzeigen, Schadenfreude, total verreckt...
Ihr habt euch zu früh gefreut, selbst der Tod hat sich davor gescheut;
Sich mit mir anzulegen, erfordert Kraft, er hat's nicht geschafft!“*

Eine vermeintliche Rechtssicherheit hinsichtlich einer möglichen Indizierung bzw. eines Beschlagnahmebeschlusses suggeriert der WB Versand als Label dieser Produktionen mit dem Aufdruck im Inlay der CD:

„Alle Lieder und auch die graphische Gestaltung dieser CD samt Zusatztexten wurden einer freiwilligen Selbstkontrolle unterworfen und von zwei völlig unabhängigen Rechtsanwältinnen geprüft und für den Vertrieb in der BRD freigegeben.“

Michael Müller: „Zurück von den Toten“



⁵¹ Michael MÜLLER ist am 30.05.2009 verstorben.

Rechtsextremistische Konzerte in Niedersachsen

Die Strategie zur Durchführung rechtsextremistischer Konzerte hat sich gegenüber den Vorjahren nicht geändert. Konzerte finden nach wie vor vornehmlich in kleineren Orten

statt. Raumanmietungen erfolgen häufig unter der Angabe, eine von Musikdarbietungen umrahmte Geburtstagsfeier durchführen zu wollen. Einige Veranstalter sind in Reaktion auf Exekutivmaßnahmen der Polizei dazu übergegangen, mit Ausweichstätten zu planen. Im Eventualfall werden Besucher dann per SMS über einen Zwischentreffpunkt zur Ausweichstätte umdirigiert. Mit solchen umfangreichen Vorplanungen möchte der Veranstalter sein Geschäftsrisiko reduzieren.



Nur 3 Konzerte in Niedersachsen In Niedersachsen sind im Berichtszeitraum wie auch im Vorjahr drei Konzerte durchgeführt worden. Dem Druck der Sicherheitsbehörden ist es zu verdanken, dass viele Konzerte nur in kleinem Rahmen stattfinden und somit die befürchtete Werbewirkung nicht entfalten konnten. Hervorzuheben sind zwei Veranstaltungen mit einer größeren Besucherzahl: Am 9. Februar fand ein als Geburtstagsfeier getarntes Skinhead-Konzert in Bad Harzburg, OT Bündheim in einer Fabrikhalle statt. Vor ca. 300 Besuchern spielten die Bands Short Cropped, Les Vilains, Kill Baby Kill (alle Belgien), Sense of Pride (Nordrhein-Westfalen) und Nordfront.

Ebenfalls eine größere Besucherzahl erreichte am 8. November ein Skinhead-Konzert in Rätzlingen (Landkreis Uelzen). In einer Scheune spielten die Skinhead-Bands Blue Max (Baden-Württemberg), Sturmtrupp (Bayern) sowie eine unbekannte Nachwuchsband vor ca. 300 Teilnehmern. Das dritte Skinhead-Konzert fand am 5. Juli in Klein Biewende (Landkreis Wolfenbüttel) statt. Es traten die Bands Terroritorium (Hannover), Commieknockers (vermutlich Sachsen-Anhalt), Sleipnir (Nordrhein-Westfalen) und Last Riot (Sachsen-Anhalt) vor ca. 120 Besuchern auf.

Am 20. Juni kam es im Zusammenhang mit einer Sommersonnenwendfeier auf dem Gelände des Bauern Joachim NAHTZ in Eschede (Landkreis Celle) zu einem rechtsextremistischen Konzert⁵² unter dem Motto „Who the fuck is Antifa?“. Das Konzert galt als Solidaritäts- und Spendenveran-



⁵² Es handelt sich bei diesem "Konzert" um den Auftritt von Musikgruppen bei "sonstigen rechtsextremistischen Veranstaltungen" und kein Skinhead-Konzert im eigentlichen Sinne.

staltung für während der 1. Mai-Demonstration in Hamburg zu Schaden gekommene Teilnehmer. Vor ca. 260 Besuchern traten die Bands Terroritorium, Cherusker, Das letzte Aufgebot (Schleswig-Holstein) und Unfinished Business (Nordrhein-Westfalen) auf.

Die Lieder- und Balladenabende sind im Vergleich zum Vorjahr von acht auf fünf zurückgegangen und wurden jeweils von ca. 30 Teilnehmern besucht. Davon bildeten zwei musikalische Darbietungen das Rahmenprogramm von Saalveranstaltungen der NPD.

Weiteres Konzert bei Sonnenwendfeier

Rechtsextremistische Internetforen

Das Internet hat als Kommunikationsmittel für Rechtsextremisten zunehmend an Bedeutung gewonnen. Die Anzahl der von deutschen Rechtsextremisten betriebenen Homepages betrug Ende 2008 ca. 1.000 Seiten⁵³. Im Internet werden exzessiv fremdenfeindliche und antisemitische Positionen verbreitet. Chat-Rooms und Diskussionsforen wie das Thiaz Forum⁵⁴ haben für den Zusammenhalt der Szene einen immer größeren Stellenwert erlangt. Die verschiedenen Foren fördern den Zusammenhalt durch den Austausch von Informationen und dienen der szeneeinternen Kommunikation. Das Internet bietet die Möglichkeit, in abgeschotteten, durch Passwort geschützten Bereichen miteinander zu kommunizieren. Rechtsextremisten versuchen auf diese Weise, Organisationsverbote zu unterlaufen und internationale Kontakte zu knüpfen. Auf Jugendliche üben diese interaktiven Dienste eine besondere Faszination aus. Der Einstieg in rechtsextremistische Zusammenhänge ist leicht möglich, Gleichgesinnte sind schnell gefunden. Der rechtsextremistischen Szene wird durch diese Kommunikation ein neues Wir-Gefühl vermittelt.

Ca. 1.000 deutschsprachige Homepages

Für die Verbreitung rechtsextremistischen Gedankenguts werden inzwischen in verstärktem Maße auch Videoplattformen wie Youtube oder MyVideo genutzt. Besonders die zum so genannten Web 2.0 zählenden Social Communities wie z. B. MySpace, Ning und schülerVZ haben einen enormen Zuwachs erfahren. Daneben werden vielfach zu Demonstrationen, Kampagnen und Veranstaltungen anlassbezogene Sonderseiten in das Internet eingestellt. Die Kontrolle solcher Angebotswege stellt sowohl Internetanbieter wie auch die Sicherheitsbehörden vor erhebliche Probleme. Nicht immer sind die extremistischen Inhalte von den Anbietern zu erkennen, so dass keine Löschung der Beiträge erfolgt. Auch

Videoplattformen und Web 2.0 werden intensiv genutzt

⁵³ Gesamtzahl rechtsextremistischer Seiten im Internet; Bands, Parteien, Kameradschaften und sonstige rechtsextremistische Organisationen zusammengerechnet (Quelle BfV, Februar 2009).

⁵⁴ 73.544 Themen, 839.878 Beiträge, 17.824 aktive Benutzer (Stand: 15.01.2009).

in diesem Fall ist Prävention durch Aufklärung über die transportierten Inhalte eine vordringliche Aufgabe.

Neonazistische Szene

Das neonazistische Personenpotenzial ist bundesweit erneut und zudem deutlicher als zuletzt angestiegen. 4.800 Personen (2006: 4.200, 2007: 4.400) werden der Szene zugerechnet. Da Neonazis im Vergleich zu subkulturell orientierten Rechtsextremisten über eine ausgeprägtere Weltanschauung verfügen, signalisiert diese Entwicklung eine sich weiter verstärkende Ideologisierung junger Rechtsextremisten. Parallel zur Zunahme auf Bundesebene stieg das neonazistische Personenpotenzial in Niedersachsen von 330 im Jahr 2007 auf 355 Rechtsextremisten im Jahr 2008 an.

Organisationsformen

Um die in der ersten Hälfte der neunziger Jahre verfüigten Verbote verschiedener neonazistischer Organisationen (s. Übersicht im Anhang) zu unterlaufen, entwickelten hiervon betroffene Neonazianführer wie Thomas WULFF⁵⁵, Christian WORCH⁵⁶ und Torsten HEISE⁵⁷ mit den neonazistischen Kameradschaften⁵⁸ eine Organisationsform ohne greifbare verbotsfähige formale Strukturen und Mitgliedschaften. Die Kameradschaften sind neben einzeln oder in Cliques agierenden Neonazis Bestandteil der so genannten freien nationalen Strukturen, weshalb sich Kameradschaftsanhänger häufig auch als Freie Nationalisten bezeichnen.

Kameradschaften - Kristallisationspunkt neonazistischer Agi- tation und Aktion auf örtlicher Ebene

Ursprünglich waren die zwischen fünf und 25 Mitglieder umfassenden Kameradschaften als Kristallisationspunkt neonazistischer Agitation und Aktion auf örtlicher Ebene konzipiert. Während sich diese Strukturen innerhalb der größtenteils ideologisch gefestigten Kameradschaftsszene in den östlichen Bundesländern etablieren konnten, erscheint die Kameradschaftsszene in Niedersachsen heterogener. Neben

⁵⁵ WULFF war Vorsitzender der verbotenen neonazistischen Gruppierung Nationale Liste (NL).

⁵⁶ WORCH war stellvertretender Vorsitzender der verbotenen NL.

⁵⁷ HEISE war niedersächsischer Landesvorsitzender der verbotenen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP).

⁵⁸ Der Begriff Kameradschaft wird von Polizei und Verfassungsschutz unterschiedlich definiert. Während die Kameradschaften in der polizeilichen Arbeit im Hinblick auf die von ihnen bzw. ihren Angehörigen ausgehenden Gefährdungspotenziale bewertet werden, stehen bei der Bewertung durch den Verfassungsschutz Anhaltspunkte für politische Bestrebungen im Vordergrund. Insofern bilden die in den Statistiken der Polizei genannten Kameradschaften den militanten Anteil und damit eine Teilmenge der vom Verfassungsschutz unter ideologischen Aspekten registrierten Kameradschaften.

über mehrere Jahre aktiven Gruppierungen existieren Zusammenschlüsse, deren Aktivitäten eher gruppenzentriert und weniger außenorientiert sind. Auch ist der Anteil so genannter, ideologisch nur wenig gefestigter Mischkameradschaften, in denen sich Neonazis und Skinheads vereinen, in Niedersachsen im Vergleich zu anderen Bundesländern relativ hoch.

Von der Zusammensetzung der jeweiligen Kameradschaften hängt es ab, wie lange und wie intensiv sie sich politisch engagieren. Die ideologisch weniger gefestigten Mischkameradschaften lösen sich schneller wieder auf als Kameradschaften mit einer ausgeprägten neonazistischen Ausrichtung. Dies erklärt die hohe Fluktuation im Bereich der niedersächsischen Kameradschaften.

Die Angehörigen der Kameradschaften entstammen in der Regel den örtlichen, unstrukturierten rechtsextremistischen Szenen. Erste Berührungspunkte mit den Kameradschaften ergeben sich zumeist über persönliche Bekanntschaften oder bei szenerelevanten Veranstaltungen. Hierzu zählen zumindest in Niedersachsen, anders als in vielen anderen Bundesländern, nicht die Skinhead-Konzerte, da diese weitgehend verhindert wurden.

Das Einstiegsalter in die Kameradschaftsszene liegt bei etwa 16 Jahren; der Großteil der Kameradschaftsangehörigen gehört zur Altersgruppe der 20- bis 30-Jährigen. Der Anteil der in den Kameradschaften organisierten Frauen beträgt in Niedersachsen etwa 10 – 20 %, wobei sie in den seltensten Fällen Führungsrollen bekleiden. Wirkten Frauen in der Vergangenheit eher im Hintergrund und hauptsächlich auf organisatorischer Ebene mit, treten sie mittlerweile häufiger auch bei öffentlichkeitswirksamen Aktionen auf. Dennoch sieht die auf männliche Eigenschaften fixierte und mit martialischen Attributen versehene neonazistische Szene die Rolle der Frau weiterhin eher in der Familie.

Sowohl Aufbau als auch Dauerhaftigkeit einer Kameradschaft hängen maßgeblich von ihrem Anführer ab. Dieser muss nicht über ein gefestigtes ideologisches Weltbild verfügen. Er sollte in der Regel aber Kontakte zur überregionalen rechtsextremistischen Szene unterhalten und örtlicher bzw. regionaler Multiplikator für szenerelevante Informationen, wie z. B. Demonstrations- oder Konzerttermine, sein. Von dem Einfluss des gewählten oder aufgrund seiner exponierten Stellung informellen Kameradschaftsführers hängen auch Umfang und Art der von der Gruppierung ausgehenden politischen Aktivitäten ab. Dabei spielen dessen grundsätzliche politische Überzeugung, Sympathie, Mitgliedschaft oder Ablehnung einer Partei (in der Regel NPD) sowie Intensität und Umfang der Kontakte eine Rolle.

Die örtlichen Führungsfiguren sind aufgrund ihrer überregionalen Kontakte bei der Vernetzung der Kameradschaften von zentraler Bedeutung. Diese Funktion ist noch wichtiger geworden, seitdem die Aktionsbüros, die zur Koordination der autonom agierenden Kameradschaften eingerichtet wurden, im Zuge der fortgeschrittenen Verbreitung moderner Kommunikationsmittel an Bedeutung verloren haben. Das von Hamburg aus operierende und für den norddeutschen Raum zuständige Aktionsbüro Norddeutschland beschränkt sich inzwischen fast ausschließlich auf seine Internetpräsenz.



Bis Ende der 1990er Jahre beherrschten reversionistische Themen die Programmatik der neonazistischen Szene. Inzwischen stehen gesellschafts-, wirtschafts- und sozialpolitische Themen wie „staatliche Repression“, „Anti-Globalisierung“, „Anti-Kapitalismus“, „Arbeits- und Gesundheitsreform“ oder die Forderung zur Schaffung „Nationaler Jugendzentren“, „Tier- und Umweltschutz“ sowie die „Alkohol- und Drogenproblematik“ im Vordergrund.

Autonome Nationalisten

Anti-Antifa als zentrales Element

Parallel zur Aktualisierung der Themen bildete sich mit den Autonomen Nationalisten (AN) ein neues Phänomen im Bereich des Neonazismus heraus. Für die aktionsorientierten AN, die erstmals 2002 in Berlin als Anti-Antifa-Projekt in Erscheinung traten⁵⁹, steht die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner im Mittelpunkt der Aktivitäten. Dies zeigt sich bereits in der Übernahme ursprünglich linksextremistischer Aktionsformen. Selbst Symbolik, Rhetorik und Auftreten lehnen sich an linksextremistische Vorbilder an. Ein Beispiel hierfür ist die Bildung eines als „NS-Block“ bezeichneten rechtsextremistischen Schwarzen Blocks bei Demonstrationen. Trotz der sceneinternen Kontroverse, die die Anlehnung an linksextremistische Demonstrationsformen auslöste, breitete sich das Phänomen der AN von Berlin aus auf weitere Ballungsräume (Ruhrgebiet, München) aus. Der Aufstieg der AN hat verschiedene Ursachen. Teile der neonazistischen Szene, insbesondere die strikten Verfechter eines parteifreien Nationalismus, betrachteten die NPD-Eintritte führender Neonazis im Jahr 2004 mit kritischer Distanz. Sie befürchteten eine Vereinnahmung



⁵⁹ Der Begriff „Autonome Nationalisten“ taucht innerhalb der rechtsextremistischen Szene vereinzelt bereits seit Mitte der 1990er Jahre auf.

durch eine „zu gemäßigte“ NPD. Parallel wurde in der Szene eine kontroverse Diskussion über den grundsätzlichen Umgang mit staatlicher Repression geführt. Radikale Vertreter der rechtsextremistischen Szene sind offensichtlich nicht mehr bereit, als schikanös betrachtete Auflagen der Behörden oder Blockaden durch Gegendemonstranten bei eigenen Demonstrationen hinzunehmen. Sie suchen im provokativen, unter Umständen gewalttätigen Auftreten der AN eine Alternative.

Das Auftreten des von ihnen bei der 1. Mai-Demonstration in Hamburg gestellten Schwarzen Blocks festigte das Ansehen der AN innerhalb des neonazistischen Spektrums. Die Szene feierte die Angriffe der AN gegen gewaltbereite Gegendemonstranten und die Übergriffe auf pauschal als Linke bezeichnete Journalisten. Der folgende Kommentar kann als exemplarisch für das gestiegene Ansehen gelten:

„Die AN haben sich als aktives, vitales und nennenswertes Element des NW [Nationaler Widerstand] etabliert. Das sage ich als Ende Dreißiger und zunächst den AN gegenüber skeptisch bis ablehnender Nationalist.“
(Kommentar vom 19.10.2008 zu dem auf Altermedia veröffentlichten Artikel „Die schwarze Herausforderung“ von Johannes Nagel aus der Zeitschrift „Hier & Jetzt“)

Ideologie

In ideologischer Hinsicht eint die neonazistische Szene das unterschiedlich ausgeprägte Bekenntnis zum historischen Nationalsozialismus. Übereinstimmende Feindbilder und Ideologieelemente bilden die Basis für eine politische Zusammenarbeit von Freien Nationalisten und NPD. Die Freien Nationalisten sind sich im Ziel einig, das bestehende System der Bundesrepublik Deutschland „grundlegend“ zu verändern:

„Ihnen [den Freien Nationalisten und der NPD] ist der Wille gemeinsam, die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse der deutschen Nachkriegsrepublik grundlegend zu wandeln, die ökonomischen Verhältnisse im Staat tiefgreifend zu verändern und die Lebensumstände der Deutschen nachhaltig zu verbessern.“
(Internet-Broschüre: Wie organisieren wir den Widerstand? – Neue Wege jenseits der Parteienstrategie, S. 2)

Die Freien Nationalisten streben die Errichtung einer Volksgemeinschaft an. Der politische Kampf

„... sollte sich weltanschaulich an den sozialistischen und nationalistischen Grundgedanken eines auf der Volksgemeinschaft fußenden Gesellschaftsmodells orientieren.“
 (Internet-Broschüre: Freier Widerstand! – parteifrei politisch arbeiten, Hrsg.: Initiative für parteifreies politisches Arbeiten, S. 4)

Freie Nationalisten und NPD

Streit um die Strategie – „Kampf um die Straße“ oder „Kampf um die Parlamente“

Auch die NPD propagiert diese auf dem historischen Nationalsozialismus fußende Vorstellung von einer totalitären Herrschaftsform, die Individualrechte negiert und Klassen- und Parteiengegensätze aufheben soll. Allerdings bestehen hinsichtlich der Erreichung dieses Ziels erhebliche Differenzen zwischen NPD und Freien Nationalisten. Aus Sicht maßgeblicher Freier Nationalisten akzeptiert die NPD durch die Beteiligung an Wahlen die Spielregeln einer parlamentarischen Demokratie und begeht damit Verrat an dem Ziel, die bestehende Gesellschaftsordnung auf revolutionärem Wege durch eine Volksgemeinschaft zu ersetzen:

„Über die Parlamente ... ist es in der Geschichte wohl nur ein einziges Mal gelungen, die Machtfrage erfolgreich zu stellen. ... Statt über neue Wahlkampfstrategien oder sogar neue rechte Parteien nachzudenken, sollten sich alle gutwilligen, opferbereiten Kameraden künftig noch stärker in den Kampf auf der Straße, den Kampf um die Menschen vor Ort einbringen.“
 (Internet-Erklärung Freier Nationalisten aus 02/2008:
 „Wenn Wahlen etwas ändern würden... – Kampf um die Straße statt mit Krampf in die Parlamente“)

Trotz dieser Differenzen kooperieren NPD und große Teile der neonazistischen Szene im Rahmen einer „Volksfront von rechts“. Im Zusammenhang mit dem von der NPD propagierten „Kampf um die Straße“ stellen Freie Nationalisten bei Demonstrationen regelmäßig den Großteil der Teilnehmer und leiten u. a. daraus ihren Anspruch auf Gleichberechtigung ab. Aus diesem Grunde reagiert die neonazistische Szene sehr sensibel auf Entscheidungen, die sich auf das Demonstrationsgeschehen auswirken.

Die strategische Kontroverse zwischen den revolutionären Freien Nationalisten und der „gemäßigeren“, wahlorientierten NPD erhielt neuen Schub durch die Ergebnisse der Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen am 27. Januar. Die die hohen Erwartungen enttäuschenden Wahlergebnisse

von 0,9 % in Hessen und 1,5 % in Niedersachsen sorgten für Ernüchterung und in Reihen der Freien Nationalisten wieder für grundsätzliche Zweifel an der Beschreitung des parlamentarischen Weges, wie die folgende Erklärung der Freien Nationalisten im Internet verdeutlicht:

„Wir nationalen Sozialisten ... wissen, dass Wahlen nichts ändern und das auch der Einzug einer rechten Partei in Parlamente eher Schaden als Nutzen bringt. Wir sehen hohnlachend auf jene bürgerlich-reaktionären Scharlatane herab, die sich krampfhaft von 'Neonazis' und 'Hitleristen' distanzieren, weil sie sich ernsthaft einbilden, dass ihre demokratischen Rechtsparteien dann wählbar für das Volk würden.“

(Internet-Erklärung Freier Nationalisten aus 02/2008:

„Wenn Wahlen etwas ändern würden... – Kampf um die Straße statt mit Krampf in die Parlamente“)

Die grundsätzlichen Differenzen eskalierten bei der Beerdigung des ehemaligen Bundesvorsitzenden der verbotenen neonazistischen FAP, Friedhelm BUSSE. Er wurde am 23. Juli in Passau beigesetzt. Die Grabrede hielt der Bundesvorsitzende der NPD, Udo VOIGT. Gegen Ende der Zeremonie legte WULFF, langjähriger Führungsaktivist der neonazistischen Szene und ehemaliges NPD-Vorstandsmitglied, eine Reichskriegsflagge mit Hakenkreuz über den Sarg. Die NPD distanzierte sich in einer Erklärung von dieser Aktion und sprach in diesem Zusammenhang von einer politischen Selbstinszenierung und einer „Symbolik von gestern“. Da es sich bei der Grabbeigabe aus Sicht der Freien Nationalisten jedoch um die Erfüllung des letzten Willens des Verstorbenen gehandelt habe, der sich „immer als politischer Soldat in der Tradition der SA gesehen“ habe und „stets voller Stolz den Ehrenring der SS“ getragen habe, vermuteten ihre Protagonisten politisches Kalkül der NPD-Funktionäre und drohten unmissverständlich:

„Wir können solche billige und herabwürdigende Angriffe auf die freien Kräfte nicht hinnehmen und werden die Zusammenarbeit mit diesem Parteipräsidium beenden, falls es zu keiner Einigung hinsichtlich eines vernünftigen Verhaltens der NPD kommt.“

(Interneterklärung Freier Nationalisten aus 08/2008:

„Stellungnahme freier Kräfte zur Erklärung des NPD-Parteipräsidiums zur Beisetzung von Friedhelm Busse“)

**Reichskriegsflagge
mit Hakenkreuz auf
Sarg von BUSSE**

In diesen Vorwürfen spiegelt sich das gewachsene Selbstbewusstsein der Freien Nationalisten wider. Sie interpretieren

WULFF: 2008 – Das Ende der Volksfront

die "Volksfront von rechts" nicht als Unterwerfung unter den Willen der NPD-Führung, sondern als ein Verhältnis auf Augenhöhe. Der Status der Freien Nationalisten ist durch den Eintritt zahlreicher Neonazis in die NPD gestiegen. Immerhin waren zehn von 42 Direktkandidaten der NPD bei der niedersächsischen Landtagswahl Aktivisten örtlicher neonazistischer Strukturen.

Ob dies auch bei zukünftigen Wahlen der Fall sein wird, steht allerdings mehr denn je in Frage. Am 01.01.2009 resümierte WULFF, Mitbegründer der Volksfront, späteres NPD-Vorstandsmitglied und inoffizieller Sprecher eines Führungskreises Freier Nationalisten, in einem Artikel „Das Ende der Volksfront“.

Autonome Nationalisten und die NPD

Zugehörigkeit wird durch ‚Mitmachen‘ definiert

Die AN betonen immer wieder, ein selbständiger und unabhängiger Bestandteil des Nationalen Widerstandes zu sein. Zugleich distanzieren sie sich noch deutlicher vom parlamentarischen Rechtsextremismus als die neonazistische Szene. Auch in der Frage des Auftretens und der Anwendung von Gewalt gibt es grundlegende Differenzen mit der NPD. Im Unterschied zu den Mitgliedern der NPD und den Anhängern des traditionellen Kameradschaftsmodells definieren die häufig in so genannten Aktionsgruppen auftretenden AN ihre jeweilige Zugehörigkeit nicht durch „Mitgliedschaft“ sondern durch „Mitmachen“:

*„Dem ‘autonomen Nationalismus’ hingegen liegt die Idee von DIY- [do it yourself] Aktivistinnen und Aktivisten zugrunde, die – unabhängig von falschen Autoritäten – aktiven und vor allem kreativen Widerstand leisten. Feste Strukturen werden durch ein dichtes Netzwerk überflüssig gemacht, das arbeitsteilig nach den verschiedenen Fähigkeiten der Einzelnen zusammenarbeitet. Das Konzept des politischen Soldaten ist der exekutiven Macht des Staates nicht mehr gewachsen und wird durch das des politischen Partisanen / der politischen Partisanin abgelöst, der bzw. die sich anonym in der Gesellschaft bewegt, um die Idee der nationalen und der sozialen Revolution unter die Menschen zu tragen. Selbstbestimmter Widerstand!
(Interneterklärung der Aktionsgruppe Delmenhorst zum Thema „Nationaler Sozialismus?, ‘Autonom’ - Was ist das?“)*

Ungeachtet des solchermaßen propagierten führerlosen Widerstandes existieren innerhalb der Szene der AN Hierarchien mit regional dominierenden Führungsaktivisten. Auf diese Weise verfolgt der antiautoritäre Widerstand autoritäre politische und gesellschaftliche Ziele.

Während sich „traditionelle“ Neonazis weltanschaulich an der Herrschaftspraxis des historischen Nationalsozialismus zwischen 1933 und 1945 ausrichten, umfasst der „Nationale Sozialismus“ der AN auch die Frühphase des Nationalsozialismus. Sie nehmen Bezug auf das 25-Punkte-Programm der NSDAP von 1920 und Hitlers ideologisches Pamphlet „Mein Kampf“ von 1925.

Bei diesem Minimalkonsens nationalistischer und antikapitalistischer Elemente finden so auch nationalrevolutionäre Theorien nach den Vorbildern von Ernst Niekisch⁶⁰ oder des sozialrevolutionären Flügels der NSDAP um die Gebrüder Gregor und Otto Strasser Berücksichtigung.

Noch deutlicher als die ideologischen Besonderheiten, stoßen die von anderen Jugendsubkulturen und der linken autonomen Szene beeinflussten AN durch ihr provokatives Auftreten, das Propagieren einer offensiveren, bisweilen gewalttätigen Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner sowie durch die Bildung eines „NS-Block“ auf Kritik und Ablehnung bei der NPD, die um Akzeptanz in bürgerlichen Kreisen bemüht ist.

Neonazistische Personenzusammenschlüsse in Niedersachsen

Ungefähr 15 der ca. 160 auf Bundesebene registrierten neonazistischen Kameradschaften sind in Niedersachsen ansässig. Hinzu kommen bis zu zehn so genannte Aktionsgruppen aus dem Bereich der AN, die aus der Gruppe der ursprünglich 20 Kameradschaften hervorgegangen sind. Werden den Angehörigen der Kameradschaften und Aktionsgruppen die als Einzelpersonen agierenden Neonazis hinzugerechnet, so umfasst das neonazistische Personenpotenzial in Niedersachsen insgesamt 355 (Vorjahr 330) Rechtsextremisten. Der Anstieg spiegelt sowohl die Entstehung der genannten Aktionsgruppen als auch einen in der traditionellen Kameradschafts-

Historischer Nationalsozialismus versus „Nationaler Sozialismus“

Mehr Neonazis als im Vorjahr

⁶⁰ *23.05.1889, † 23.05.1967; Politiker und Schriftsteller; 1926 Gründung der antiwestlichen Zeitschrift Der Widerstand – Blätter für soziale und nationalrevolutionäre Politik (Verbot 1934); nach 1930 in (literarischer) Opposition zum NS; zählt zu den Vertretern der „Konservativen Revolution“, Verfechter der Theorie einer Synthese von revolutionärem Sozialismus und preußischem Staatsdenken; 1937 Verhaftung und 1939 Verurteilung zu lebenslanger Haft wegen Hochverrat und Fortführung einer politischen Partei durch den Volksgerichtshof. Die Aufschrift einer Gedenktafel an seinem Haus in Berlin lautet: „Entweder wir sind ein revolutionäres Volk oder wir werden endgültig aufhören, ein freies Volk zu sein“.

szenen zu verzeichnenden Ausbau bestehender Strukturen und deren Stabilisierung wider.

Prägenden Einfluss auf die neonazistischen Aktivitäten in Niedersachsen hatten im Berichtsjahr die bereits in den letzten Jahren maßgeblichen Gruppierungen: Snevern Jungs aus dem Raum Schneverdingen, Kameradschaft 73 Celle, Bürgerinitiative für Zivilcourage Hildesheim sowie der länderübergreifende Zusammenschluss Nationale Sozialisten SHG/OWL (Schaumburg/Ostwestfalen-Lippe).

Snevern Jungs Bei den Snevern Jungs handelt es sich um eine seit ca. 2001 unter diesem Namen bestehende Gruppierung von ideologisch gefestigten Rechtsextremisten, deren Ursprung in der rechtsextremistischen Skinheadszenen liegt. Das Betätigungsfeld umfasst die Teilnahme an rechtsextremistischen Demonstrationen, den Besuch von Vortragsveranstaltungen, öffentlichkeitswirksame Störaktionen im Zusammenhang mit Informationsveranstaltungen zum Rechtsextremismus oder die regelmäßige Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen oder Festen. Durch ihr selbstbewusstes und provokantes Auftreten, den zuweilen offenen Umgang mit der rechtsextremistischen Gesinnung sowie die langjährige Szenezugehörigkeit verfügen die Snevern Jungs über eine hohe Reputation und über entsprechend vielfältige Kontakte innerhalb der rechtsextremistischen Szene.

Kameradschaft 73 Celle Die bereits in den Jahren 2000 und 2001 aktive Kameradschaft 73 Celle tritt seit ihrer Reaktivierung im Jahr 2006 regelmäßig in Erscheinung. Den anfänglichen Schwerpunkt der Aktivitäten bildete die unter der Bezeichnung „Bürgerinitiative zur Schließung des Bunten Hauses e. V.“ geführte politische Agitation gegen das ebenfalls in Celle ansässige, selbstverwaltete sozio-kulturelle Veranstaltungszentrum „Buntes Haus“, das auch von der örtlichen Antifa-Szene genutzt wird. Neben regelmäßigen Teilnahmen an Demonstrationen, szenerelevanten Veranstaltungen oder Skinheadkonzerten, beteiligt sich die Kameradschaft 73 Celle maßgeblich an der Organisation von völkisch-nationalistischen Brauchtumsveranstaltungen, die seit 2007 auf dem landwirtschaftlichen Anwesen von NAHTZ in Eschede stattfinden. Als weitere Schwerpunkte neonazistischer Aktivitäten sind die Bereiche Braunschweig, Buchholz, Hannover, Lüneburg, Tostedt sowie die Harzregion zu nennen.

Kameradschaften im Nordosten und Süden, AN im Nordwesten Während im nordöstlichen und südlichen Niedersachsen dem traditionellen Modell verpflichtete Kameradschaften agieren, haben die Aktionsgruppen der AN ihren Schwerpunkt im nordwestlichen Niedersachsen. Zu nennen sind: Nationale Sozialisten Oldenburg, Autonome Nationalisten Ostfriesland, Autonome Nationalisten Ammerland, Aktions-

gruppe Delmenhorst und Aktionsgruppe Wiking Wilhelmshaven (AG Wiking).

Weitere Aktionsgruppen existieren in der Region Hannover, sowie im Raum Braunschweig, Wolfenbüttel/Salzgitter und Wolfsburg.



Übersicht über Aktivitäten Neonazistischer Kameradschaften und Aktionsgruppen Autonomer Nationalisten



- Snevern Jungs Schneverdingen
- Nationale Sozialisten SHG/OWL (Region Schaumburg)
- Kameradschaft 73 Celle
- Bürgerinitiative für Zivilcourage Hildesheim sowie in den Bereichen
- Braunschweig
- Buchholz
- Hannover
- Lüneburg
- Tostedt
- und dem Harz
- ▲ Nationale Sozialisten Oldenburg
- ▲ Autonome Nationalisten Ostfriesland
- ▲ Autonome Nationalisten Ammerland
- ▲ Aktionsgruppe Delmenhorst
- ▲ Aktionsgruppe Wiking Wilhelmshaven sowie
- ▲ in der Region Hannover und in den Bereichen
- ▲ Braunschweig
- ▲ Wolfenbüttel/Salzgitter
- ▲ Wolfsburg

Aktivitäten niedersächsischer Kameradschaften und Aktionsgruppen

Die folgende Auswahl von Ereignissen beschreibt die sich innerhalb der neonazistischen Szene Niedersachsens im Berichtsjahr vollzogene Entwicklung, veranschaulicht beispielhaft die unterschiedlichen Formen des Zusammenwirkens mit der NPD und verschafft einen kurzen Überblick über die Themenfelder und Aktionsformen der Kameradschaften und Aktionsgruppen in Niedersachsen.

Engagement im NPD-Landtagswahlkampf

Der niedersächsische Landtagswahlkampf bestimmte zu Beginn des Jahres die Aktivitäten der neonazistischen Kameradschaften. In den Wahlkreisen Bergen, Celle, Friesland, Hildesheim, Lüneburg, Soltau, Walsrode, Wilhelmshaven und Wittmund kandidierten führende Kameradschaftsangehörige für die NPD. Dies war das Ergebnis einer seit dem NPD-Landesparteitag im April 2007 intensivierten Zusammenarbeit niedersächsischer Neonazis mit der NPD. Wesentlicher Bestandteil dieser Zusammenarbeit war eine zwischen Vertretern der Freien Nationalisten und dem NPD-Landesvorstand getroffene Vereinbarung über eine finanzielle Honorierung der in den Wahlkampf eingebundenen Gruppierungen. Das enttäuschende Wahlergebnis von 1,5 %, die ausgebliebene Kostenerstattung für den Wahlkampfeinsatz und der Wechsel des Spitzenkandidaten Andreas MOLAU von Niedersachsen nach Schwerin als Pressesprecher der NPD-Landtagsfraktion führten zu einer schweren Belastung des Verhältnisses zwischen dem NPD-Landesverband und Teilen der Freien Nationalisten, die sich durch die überdurchschnittlichen Stimmenergebnisse der von ihnen gestellten Direktkandidaten in ihrer Position gestärkt fühlten. Unberührt von diesem Spannungsverhältnis auf Landesebene blieb die auf der Basis langjähriger persönlicher Kontakte beruhende Zusammenarbeit auf örtlicher Ebene.

Zahlreiche Störaktionen durch Autonomen Nationalisten

Während die neonazistischen Kameradschaften im Wahlkampf mit der NPD zusammenarbeiteten, machten parallel hierzu die diesem Kooperationsbündnis ablehnend gegenüberstehenden Autonomen Nationalisten Nordwest (ANNW) mit verschiedenen Störaktionen gegen Veranstaltungen zur Aufklärung über den Rechtsextremismus auf sich aufmerksam. Bei den ANNW handelt es sich um ein erstmals Ende 2007 in Erscheinung getretenes Aktionsbündnis, dem u. a. die Autonomen Nationalisten Soltau (ANS), die Autonomen Nationalisten Ostfriesland (ANO) sowie Aktivisten aus den Bereichen Delmenhorst und Hannover angehörten. Die ANNW inszenierte Störaktionen am Gymnasium Ganderkesee (24. Januar), am 26. Januar unter Beteiligung der örtlichen Freien Kräfte in Osterholz und am 27. Februar an einer Schu-

le in Harpstedt. Am 4. und 11. März versuchten Angehörige der ANNW an Vortragsveranstaltungen in Schneverdingen bzw. Bad Fallingb. teilzunehmen. Am 15. März schließlich führten elf Aktivisten der ANNW eine Spontankundgebung in Verden durch, nachdem sie bei dem Versuch, eine Antifa-Demonstration in Ganderkesee aufzusuchen, von der Polizei bereits auf der Anfahrt Platzverweise erhalten hatten. Bei der anschließenden Personalienfeststellung in Verden kam es erneut zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei.

Um die Aktionen der ANNW entzündete sich ein szenointerner Grundsatzstreit. Im von Rechtsextremisten genutzten Internetportal Altermedia wurde den Aktivisten aus dem Raum Soltau neben persönlichem Fehlverhalten die ausschließliche Verwendung linksextremistischer Symbolik und das Verfolgen einer Querfrontstrategie vorgeworfen. Infolge dieser Auseinandersetzung, die in Gewaltandrohungen und der Forderung nach Ausschluss sämtlicher Vertreter der ANNW kulminierte, distanzieren sich die übrigen, größtenteils weiterhin aktiven Aktionsgruppen von der Soltauer Gruppierung. Die ANNW lösten sich daraufhin auf.

Die Auseinandersetzung um die Soltauer Gruppierung hatte bundesweite Bedeutung für die neonazistische Szene. Eine in diesem Zusammenhang veröffentlichte Erklärung der den AN zuzurechnenden Aktionsgruppe Ruhr-Mitte hatte klarstellende Wirkung und für die AN richtungweisenden Charakter:

„Es gibt, und wird ewig, nur einen wahren Nationalen Sozialismus geben. Als Weltanschauung entwickelt sich dieser selbständig weiter, modernisiert sich bezüglich der Aktionsgebiete, basiert aber weiterhin auf den grundlegenden Leitsätzen, die einst in eindeutigen Schriften und Büchern festgelegt wurden. ...

Wir wehren uns gegen marxistische Einflüsse, die Übernahme sowjetischer Symbolik oder die Relativierung bolschewistischer Massenmorde. Eine rote Fahne oder ein roter Stern ... steht ... für Sowjetismus, Massenmord an deutschen Zivilisten und Soldaten sowie für organisiertes Verbrechen. Durch grenzverwischende Argumentationen und Querfront-Ideen diesem Symbol den Hintergrund eines Nationalen Sozialismus zu verpassen ... ist absolut nicht hinnehmbar. Unser Nationalismus ist von Natur aus sozial, und nicht unser Sozialismus national. ... Keine Toleranz für Nationalbolschewisten, Querfront-

Umstrittene Querfrontstrategie

spinner und Verleumder! Mit aller Härte gilt es die eigene Weltanschauung besonders gegen zerstörerische Kräfte innerhalb der eigenen Reihen zu verteidigen!
 (Interneterklärung der Aktionsgruppe Ruhr-Mitte: „Für den einzig wahren Nationalen Sozialismus – Gegen Verfälschung und kontraproduktive Erneuerungen“)

Während die AN nicht zuletzt durch ihr Auftreten bei der 1. Mai-Demonstration in Hamburg innerhalb der neonazistischen Szene zusehends an Reputation gewannen, befanden sich die ehemals in der ANNW tätigen Aktivisten vorübergehend in der Isolierung. Deutlich wurde dies bei der am 5. Juli von den Freien Kräften Oldenburg (FKO) unter dem Motto „Soziale Gerechtigkeit für alle – gegen die Politisierung der Polizei“ organisierten Demonstration. Die maßgeblichen niedersächsischen Kameradschaften, die unter der Bezeichnung Nationale Sozialisten Niedersachsen firmieren, versagten ihre Unterstützung. An der Demonstration beteiligten sich deshalb lediglich 56 Rechtsextremisten, die nahezu ausschließlich aus den nordwestlichen Bereichen Ostfriesland, Oldenburg/Ammerland, Friesland und Wilhelmshaven angereist waren.

Zunehmende Akzeptanz von Aktionsgruppen in Niedersachsen

Den Aktionsgruppen der AN in Niedersachsen gelang es in der Folgezeit, durch die Teilnahme an rechtsextremistischen Demonstrationen und Veranstaltungen allmählich die Isolation zu durchbrechen und die Akzeptanz der etablierten neonazistischen Kameradschaften zu gewinnen.

Nach der Landtagswahl begannen die neonazistischen Kameradschaften sich allmählich wieder auf ihre eigenen Aktivitäten zu konzentrieren. Erste Akzente setzte die Kameradschaft 73 Celle. Die von ihr getragene „Bürgerinitiative zur Schließung des Bunten Hauses e. V.“ verlangte in einem am 21. Februar über das Internetportal Altermedia verbreiteten Aufruf die Schließung des gleichnamigen Veranstaltungszentrums. Ein dieser Forderung gewidmeter Infostand der Kameradschaft am 15. März in der Celler Innenstadt löste Auseinandersetzungen zwischen den beteiligten Rechtsextremisten und der örtlichen Antifa aus und erforderte das Einschreiten der Polizei.

Dennis BÜHRIG als Redner in Lübeck

Die überregionale Bedeutung der Kameradschaft 73 Celle zeigte sich am 29. März in Lübeck. Hier trat der führende Kameradschaftsaktivist Dennis BÜHRIG bei einem aus Anlass des Jahrestages der Bombardierung der Hansestadt durchgeführten rechtsextremistischen Trauermarsch als Redner auf. An der Veranstaltung beteiligten sich ca. 300 Rechtsextremisten aus dem norddeutschen Raum. Das Gros der niedersächsischen Teilnehmer stellten die nordöstlichen Kamerad-

schaftsszenen aus den Bereichen Schneverdingen, Celle und Lüneburg.

Eine weitere Demonstration Freier Nationalisten von überregionaler Bedeutung fand am 12. April in Stolberg (Nordrhein-Westfalen) statt. Unter den ca. 800 Teilnehmern waren auch Angehörige verschiedener Kameradschaften und Aktionsgruppen aus Niedersachsen. Die Teilnehmer nahmen den Tod eines deutschen Jugendlichen, der bei einer Auseinandersetzung mit einem staatenlosen Jugendlichen libanesischer Herkunft ums Leben gekommen war, zum Anlass für die Verbreitung fremdenfeindlicher Forderungen. Im Verlauf des Aufmarsches gab es massive Auseinandersetzungen zwischen den Angehörigen eines mitmarschierenden „Schwarzen Blocks“ und der Polizei.

Den Höhepunkt des Berichtsjahres bildete aus Sicht des neonazistischen Spektrums die von Freien Nationalisten am 1. Mai unter dem Motto „Arbeit und soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen – Gemeinsam gegen Globalisierung“ in Hamburg durchgeführte Demonstration. Unter den insgesamt über 1.500 Teilnehmern befanden sich bis zu 400 aus ganz Niedersachsen angereiste Rechtsextremisten, vornehmlich aus dem Bereich der Freien Nationalisten sowie den eine Zusammenarbeit mit diesen befürwortenden NPD-Verbänden. Die Angehörigen der niedersächsischen Kameradschaftsszene marschierten als Block hinter einem Transparent mit der Aufschrift „Nationale Sozialisten Niedersachsen“. Die Angehörigen niedersächsischer Aktionsgruppen beteiligten sich dagegen an einem hauptsächlich von Autonomen Nationalisten gebildeten, ca. 400 Rechtsextremisten umfassenden „Schwarzen Block“. Dieser war maßgeblich für die im Verlauf der Demonstration erfolgten Übergriffe auf Gegendemonstranten und Journalisten verantwortlich.

Wegen des Erfolgs der Demonstration meldete BÜHRIG bereits im August für den 01.05.2009 eine Demonstration unter dem Motto „Schluss mit Verarmung, Überfremdung und Meinungsdictatur – Nationaler Sozialismus jetzt!“ in Hannover an.

Nationale Sozialisten aus Niedersachsen: Sonnenwende und Erntedankfest

Die Auseinandersetzungen am Rande der Hamburger Demonstration, in deren Verlauf auch Fahrzeuge rechtsextremistischer Demonstrationsteilnehmer zerstört wurden, nahmen niedersächsische Rechtsextremisten aus den Reihen der Kameradschaft 73 Celle, der Snevern Jungs und der Nationalen Sozialisten SHG/OWL zum Anlass, im Rahmen der jährlich auf dem Anwesen des Landwirts NAHTZ in Eschede statt-

1. Mai in Hamburg als strategischer Neubeginn



Rechtsextremisten sammeln für den Einsatz zerstörter Fahrzeuge von Rechtsextremisten

findenden Sommersonnenwendfeier ein Solidaritätskonzert zugunsten der geschädigten Rechtsextremisten durchzuführen. Den Live-Auftritten der rechtsextremistischen Bands Das letzte Aufgebot, Terroritorium, Cherusker und Unfinished Business (Nordrhein-Westfalen) am 20. Juni wohnten ca. 260 Rechtsextremisten bei. Der mit dem Konzert und einer Tombola erzielte Erlös von 2.200 Euro wurde den Veranstaltern zufolge über das Aktionsbüro Norddeutschland an die Betroffenen weitergeleitet. An der am darauf folgenden Tag durchgeführten eigentlichen Sommersonnenwendfeier mit Familienprogramm, Fackelmarsch und Abbrennen des Sonnenwendfeuers beteiligten sich noch einmal ca. 160 Rechtsextremisten.

„völkisch-nationalistische“ und „heidnisch-germanische“ Brauchtumsveranstaltungen

Ähnliche Veranstaltungen fanden auf dem Gehöft des NAHTZ am 27. September und am 20. Dezember statt. Es handelte sich um ein „völkisches Erntefest“, an dem sich neben 80 Erwachsenen auch Kinder beteiligten, und eine Wintersonnenwendfeier mit mehr als 170 Teilnehmern. An der Organisation waren wiederum die Kameradschaft 73 Celle, die Snevern Jungs und die Nationalen Sozialisten SHG/OWL sowie die Frauengruppe Döötsche Deerns⁶¹ beteiligt.

Die identitätsstiftenden und der Förderung des szeneeigenen Zusammenhalts dienenden Brauchtumsveranstaltungen in Eschede haben ihren festen Platz im Jahresterminkalender der norddeutschen Neonaziszene gefunden.

Das gilt auch für den seit 2006 jährlich Ende Juli/Anfang August durchgeführten Trauermarsch zum Gedenken an die Opfer eines britischen Internierungslagers in Bad Nenndorf. Als Demonstrationstermin hat diese Veranstaltung mittlerweile bundesweite Bedeutung erlangt.

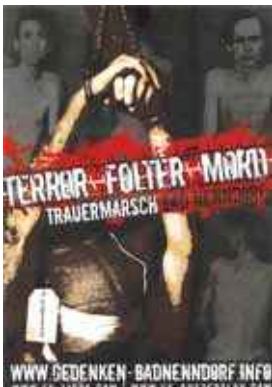
Trauermarsch in Bad Nenndorf und Heß-Todestag

Nach ca. 110 Personen im Jahr 2006 und ca. 170 im Jahr 2007 nahmen in 2008 mehr als 400 Rechtsextremisten am Trauermarsch in Bad Nenndorf teil. Darunter waren ca. 100 Personen, die einen „Schwarzen Block“ bildeten. Als Veranstalter trat ein „Ehrenkomitee 8. Mai“ auf. Der Trauermarsch hatte das Motto „Gefangen, gefoltert, gemordet – damals wie heute: Besatzer raus!“

⁶¹ Bei den Döötsche Deerns handelt es sich um einen Zusammenschluss von Frauen innerhalb der unter der Bezeichnung Nationale Sozialisten Niedersachsen agierenden niedersächsischen Kameradschaftsszene. Die Gruppierung trat erstmals durch ein beim Trauermarsch am 29. März in Lübeck mitgeführtes Transparent öffentlich in Erscheinung. Bei Brauchtumsveranstaltungen wie Sonnenwendfeiern oder Erntedankfest übernehmen die Döötschen Deerns Aufgaben wie Organisation, Dekoration und Bewirtung, getreu ihrem Motto „Deutsche Frauen, deutsche Sitte – walten stets in dieser Mitte“.



Banner der „Döötsche Deerns“



Nach Recherchen des englischen Journalisten Ian Cobain war es nach Kriegsende im von der britischen Armee als Internierungslager genutzten Wincklerbad in Bad Nenndorf zu systematischer Folter und Misshandlungen gekommen. Unter Berufung auf die Darstellung Cobains betreiben Neonazis Täter-Opfer-Umkehr, um die deutsche Kriegsschuld und die Verbrechen des NS-Regimes zu relativieren.

Die steigende Teilnehmerzahl kann als Indiz dafür gedeutet werden, dass die Demonstration in Bad Nenndorf langfristig das seit 2004 nicht mehr in der herkömmlichen Form in Wunsiedel mögliche Gedenken an Rudolf Heß, den Stellvertreter Hitlers auf Parteiebene, ersetzen könnte. Seitdem zentrale Aufmärsche in der fränkischen Stadt verboten sind, führt die neonazistische Szene wieder dezentrale Veranstaltungen zu Ehren von Heß durch, der als Opfer alliierter Siegerwillkür gesehen wird. In Niedersachsen fand aus diesem Anlass einer von bundesweit mehreren spontanen Aufmärschen statt. Am 16. August zogen ca. 50 Angehörige der rechtsextremistischen Szene aus Niedersachsen – darunter Angehörige der Kameradschaft 73 Celle, der Snevern Jungs und der Bürgerinitiative für Zivilcourage Hildesheim – und aus angrenzenden Bundesländern durch Braunschweig. Der führende Neonazi Dieter RIEFLING aus Coppingrave hielt eine kurze Rede.

Dezentrale Veranstaltungen zu Ehren von Rudolf Heß

Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen mit dem Ziel gesellschaftlicher Akzeptanz

Am 29. August gelang es RIEFLING ein weiteres Mal, öffentlichkeitswirksam in Erscheinung zu treten. Mit einer Mannschaft, die hauptsächlich aus Angehörigen der Snevern Jungs bestand, nahm er am Hamelner Stadtlauf teil. Vorausgegangen war der Ausschluss der Snevern Jungs vom so genannten Heidelauf in Schneverdingen, an dem sie sich in den letzten Jahren regelmäßig beteiligt hatten, um sich auf demonstrative Art und Weise als Teil des öffentlichen Lebens darzustellen.

Öffentlichkeitswirksam setzten sich auch die Nationalen Sozialisten Oldenburg in Szene, als sie sich am 27. September an einem Fackelmarsch aus Anlass des Jahrestages der Bombardierung der Stadt Esens und an einer anschließenden Gedenkveranstaltung an einem Ehrenmal in Jever beteiligten. Die demonstrativen Aktivitäten waren auf die Initiative der AG Wiking und der Autonomen Nationalisten Ostfriesland zurückzuführen.

In einer Gaststätte in Tostedt-Wistedt fand am 24. Oktober eine Vortragveranstaltung mit HEISE statt. Zu der primär an Jugendliche gerichteten Veranstaltung reisten ca. 70 über-

wiegend den Freien Nationalisten zuzurechnende Rechtsextremisten an. Als Veranstalter fungierten Angehörige der Kameradschaftsszenen aus Tostedt und Buchholz in der Nordheide. Diese waren bereits am 28. Juni in die Organisation eines szeneeigenen Sommerfestes in einer ehemaligen Flakstellung in Mienenbüttel (Landkreis Harburg) eingebunden. Die unter dem Motto „Tostedt ist bunt – wir bleiben braun“ stehende und gegen ein zeitgleich stattfindendes Bürgerfest in Tostedt gerichtete Veranstaltung wurde von ca. 100 Angehörigen der neonazistischen sowie der subkulturellen Skinheadszenen besucht.

Ebenso wie der gemeinsame Besuch von Skinheadkonzerten dienen Gemeinschaftsveranstaltungen wie Partys oder Balladenabende der Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls. Als exemplarisch kann eine am 8. November von der AG Wiking aus Anlass ihres dreijährigen Bestehens veranstaltete Jubiläumsfeier angesehen werden. Dabei traten die rechtsextremistischen Liedermacher Peter BARTELS und Felix BENNECKENSTEIN auf.

Veranstaltungen anlässlich des Volkstrauertages

Landesweites „Heldengedenken“ aus Anlass des Volkstrauertages

Der im November begangene Volkstrauertag ist innerhalb der neonazistischen Szene als ‚Heldengedenktag‘ von hoher symbolischer und identitätsstiftender Bedeutung. Wegen des seit 2006 bestehenden Verbotes der bis dahin im brandenburgischen Halbe durchgeführten bundesweiten zentralen Veranstaltung beschränkt sich die niedersächsische rechtsextremistische Szene seither auf die Durchführung dezentraler Aktionen. Es handelt sich hierbei um Kranzniederlegungen und Gedenkminuten auf Soldatenfriedhöfen, an Ehrenmalen und Kriegerdenkmälern.

Derartige Veranstaltungen fanden im Berichtsjahr u. a. auf dem Soldatenfriedhof in Essel (Landkreis Soltau-Fallingb., an einem Ehrenmal in Tostedt, an einem Denkmal in Schwanewede (Landkreis Osterholz), an einem Ehrenmal in Pattensen (Region Hannover) sowie in den Landkreisen Hildesheim und Lüneburg statt. Beteiligt waren jeweils die regionalen neonazistischen Zusammenschlüsse.

In Delmenhorst, wo bereits am Vorabend des Volkstrauertages Angehörige der Jungen Nationaldemokraten und der Aktionsgruppe Delmenhorst einen Fackelmarsch mit anschließender Gedenkminute am Kriegerdenkmal Delmenhorst durchgeführt hatten, verteilte derselbe Personenkreis im Anschluss an die offizielle Gedenkfeier nach eigenen Angaben 300 Flugblätter mit dem Titel „Sie nannten sich Befreier ... doch was befreiten sie?“. Das Flugblatt gibt Aufschluss über



die mit den Aktionen zum Volkstrauertag verbundenen geschichtsrevisionistischen Zielsetzungen:

„Wir gedenken heute, am Heldengedenktag, den gefallenen deutschen Soldaten beider Weltkriege! Warum? Weil wir uns nicht von einseitiger Schuld- und Sühnepolitik davon abhalten lassen, den Helden dieses Volkes unsere Ehre zu erweisen. Seit nun mehr als 60 Jahren versuchen die Alliierten Westmächte mit Hilfe ihrer Berliner Marionetten uns einzureden, ewig und vor allem allein für längst vergangene Taten schuldig zu sein.“

Vernetzungsbemühungen

Junge Nationaldemokraten und die Aktionsgruppe Delmenhorst zeichneten am 29. November für die Durchführung eines Seminars zum Thema „Sicherheit im politischen Alltag“ verantwortlich. Die Veranstaltung, auf der vor ca. 35 Teilnehmern Vertreter der Autonomen Nationalisten, des Aktionsbüros Norddeutschland und des Arbeitskreises Mädeltschar referierten, ist als ein Versuch zu werten, die Strukturen im Raum Delmenhorst weiter auszubauen und die Szene im Bremer Umland zu vernetzen.

Als Indiz für die im nordwestniedersächsischen Bereich bereits bestehende Vernetzung kann die gemeinsame Anreise von Angehörigen der Autonomen Nationalisten Ostfriesland, der Autonomen Nationalisten Ammerland und der Nationalen Sozialisten Oldenburg sowie befreundeter Aktivisten aus den Niederlanden zur Teilnahme an einer Demonstration in Berlin am 6. Dezember gewertet werden. 700 hauptsächlich den Autonomen Nationalisten zuzurechnende Rechtsextremisten demonstrierten dort unter dem Motto „Jugend braucht Perspektiven – Für die Schaffung eines nationalen Jugendzentrums“.

Ein weiteres Beispiel für ein Zusammenwirken über die Bundesländergrenzen hinweg war am 27. Dezember in Salzwedel (Sachsen-Anhalt) zu registrieren. Zahlreiche niedersächsische Neonazis, vornehmlich aus dem nordöstlichen Landesteil, beteiligten sich dort aufgrund persönlicher Kontakte zu den mitveranstaltenden Freien Nationalisten Altmark-West an einer von ca. 280 Rechtsextremisten besuchten Demonstration. Das Demonstrationsmotto „Unser Volk lässt sich nicht verspekulieren! Aufstand wagen – Kapitalismus zerschlagen“ griff RIEFLING in seiner an die Teilnehmer gerichteten Rede auf:

Örtliche, regionale und länderübergreifende Vernetzung

Niedersächsische Neonazis bei Demo in Salzwedel

„Wir verlangen die Abwicklung dieser faulen und morsche Gesellschaft, dieses kranken Systems und haben dafür auch eine Alternative: die Alternative des wahren sozialistischen Deutschlands, das der nationalen Prärogung. Wir stehen heute hier für die Erneuerung unserer Heimat, denn wir lieben unser Land. Aber wir alle die wir heute hier stehen, hassen dieses System.“
 (Mitschrift des auf youtube veröffentlichten Videos
 „Rede von Dieter RIEFLING [NW Hildesheim] auf der Demo in Salzwedel“)

Nachdem es während der Demonstration und nach ihrer vorzeitigen Beendigung zu teilweise gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Demonstrationsteilnehmern und der Polizei gekommen war, kehrte eine bereits auf dem Heimweg befindliche Gruppe von Teilnehmern der Demonstration unter maßgeblicher Beteiligung niedersächsischer Neonazis noch einmal nach Salzwedel zurück und führte bis zur Auflösung durch die Polizei eine spontane Versammlung in der Innenstadt durch.

Irreführende Verwendung des Kameradschaftsbegriffes

Mehr Schein als Sein Neben den bereits genannten Kameradschaften sind in Niedersachsen weitere neonazistische Personenzusammenschlüsse aktiv. Zur Täuschung der Presse und der Öffentlichkeit tragen Kameradschaften bei, deren Existenz sich auf das Internet beschränkt. Hinter derartigen „Internetkameradschaften“ verbergen sich häufig einzelne Jugendliche ohne gefestigtes rechtsextremistisches Weltbild, die sich über die Internetdarstellung selbst bestätigen oder gegenüber anderen profilieren wollen. Daneben verwendet die neonazistische Szene selbst aus taktischen Gründen im Internet verschiedene Kameradschaftsbezeichnungen, um Strukturen und Stärke vorzutäuschen.

Trotz vereinzelter Teilnahmen an Demonstrationen oder Aktionen anlässlich des Volkstrauertages sind beispielsweise die im Raum Braunschweig und Peine bekannt gewordenen Gruppierungen Burschenschaft Thormanica und Kameradschaft Black Boots in erster Linie der subkulturell geprägten Skinheadszenen zuzurechnen.

Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG)

Sitz:	Frankfurt a. M.	
Vorsitzende:	Ursula MÜLLER, Mainz	
Mitglieder	2007	2008
Bund:	600	550
Niedersachsen:	61	ca. 50
Publikation:	Nachrichten der HNG (monatlich, Auflage 600)	

Die 1979 gegründete, ca. 600 Mitglieder umfassende HNG ist die mitgliederstärkste und zugleich einzige neonazistische Vereinigung mit bundesweiter Bedeutung. Sie wird seit 1991 von Ursula MÜLLER geführt. Ihr Ziel ist es, verurteilte Rechtsextremisten während der Inhaftierung zu betreuen, um eine Abkehr von der Szene zu verhindern. Insofern laufen die Aktivitäten der Organisation den Bemühungen staatlicher Aussteigerhilfen zuwider, die rechtsextremistischen Straftätern zum Ausstieg aus der Szene verhelfen möchten.

Die HNG verfügt über keine regionalen Untergliederungen. Bis auf die jährliche Hauptversammlung, an der am 26. April in Großrinderfeld-Schönfeld (Baden-Württemberg) ca. 150 Mitglieder teilnahmen, führt die Organisation keine Veranstaltungen durch. Sie konzentriert ihre Aktivitäten auf die Herausgabe der monatlich erscheinenden Nachrichten der HNG. Eine feste Rubrik des Vereinsorgans ist die Veröffentlichung von Namen inhaftierter Rechtsextremisten aus dem In- und Ausland, um Kontakt zu ihnen zu vermitteln. Regelmäßig abgedruckt werden ferner Briefe von Gefangenen, Kommentare zu Gesetzen und Gerichtsurteilen sowie Berichte über staatliche Maßnahmen gegen den Rechtsextremismus. Letzteres verbinden die Herausgeber mit der Drohung,

„... die Eingriffe des BRD-Regimes in die politischen Grundfreiheiten national denkender Menschen möglichst lückenlos zu dokumentieren ..., um die Verantwortlichen später einmal zur Rechenschaft ziehen zu können.“

Neben vereinsinternen Informationen enthalten die Nachrichten der HNG redaktionelle Beiträge, die den Lesern ideologische Orientierung geben sollen.

Mythische Verehrung genießt der Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß. Als Leitfigur der HNG findet er in jeder Ausgabe des Vereinsorgans als „Märtyrer des Friedens“ und „Träger der geschändeten Wahrheit in Deutschland und überall in der Welt“ huldigende Erwähnung.

JVA-Report

Kontakte „zwischen Kameraden innerhalb und außerhalb der Kerkermauern“

Eine ähnliche Zielsetzung wie die HNG verfolgt der von einem 25-jährigen Rechtsextremisten aus Wittmund mitverantwortete JVA-Report. Die als „Rundbrief für Inhaftierte, Freunde und Kameraden“ in zwei bis zu 60 Seiten umfassenden, auch in englischer Sprache erhältlichen Ausgaben erschienene Publikation

„... wurde von inhaftierten Kameraden mit Unterstützung von Kameraden aus der so genannten 'Freiheit' ins Leben gerufen [deren] Ziel ... die Schaffung einer Plattform für den Gedankenaustausch, sowie die Knüpfung von Kontakten zwischen Kameraden innerhalb und außerhalb der Kerkermauern ...“

ist. Anhaltspunkte für eine Kooperation des JVA-Reports mit der HNG liefert u. a. ein in der Ausgabe 02/2008 erschienenes Interview mit der HNG-Vorsitzenden MÜLLER. Den Stellenwert der HNG veranschaulicht der Neonazi Axel REITZ in einem Interview:

„Würde es die HNG nicht geben, dann müsste sie gegründet werden! Die Bedeutung dieser Organisation für nationale Gefangene kann gar nicht hoch genug bewertet werden! Wer noch nicht das zweifelhafte Vergnügen hatte, das Gefängnisleben mitzumachen, kann sich kaum vorstellen, welch große Freude selbst die kleinste Zuschrift und Anteilnahme dem Gefangenen macht. Die HNG leistet in dieser Beziehung wichtige Arbeit, sie schlägt zwischen den Kameraden in Haft und denen in Freiheit Brücken, leistet den nationalen politischen Verfolgten der Demokratie Beistand und macht als einzige Gefangenenhilfsorganisation auf deren Schicksal aufmerksam.“

(JVA-Report 01/2008)

Über die Internetseite des JVA-Reports erhältlich sind auch bislang zehn erschienene Ausgaben des Rundbriefes des

Freundeskreis Brandenburg. Er gilt als Vorläufer des JVA-Reports.

Im Juli sorgte der JVA-Report für szeneeinterne Diskussionen, als er zur Unterstützung des auch in rechtsextremistischen Kreisen sehr umstrittenen Kay DIESNER aufrief. DIESNER, der u. a. wegen Mordes eine lebenslange Haftstrafe in der JVA Lübeck absitzt, erklärte in einer in der Februar-Ausgabe der HNG-Nachrichten abgedruckten Antwort auf eine Interviewanfrage des NDR:

„Warum sollte ich Ihrem Ansinnen nach einer Unterredung ... entsprechen? Das verbietet die Selbstachtung. Seit der Stunde der Nullen (00-8.5.45) befinden sich ... bis zum Jahr 2099 Ihre rasselnden Bekanntmachungsmaschinen zu etwa 100% unter der Gesinnungspeitsche der anglo-usraelischen Besatzerinquisition. Diese volksverhetzenden Steißgeburten a la Sefton Delmer⁶² zu bedienen, kann Antideutschen, Papier- und Reisepaßdeutschen und ähnlich Deutschsprechenden ebenso überlassen bleiben, wie sonstigen Volks-, Raum- und Rassefremden.“

Heimattreue Deutsche Jugend e.V. (HDJ)

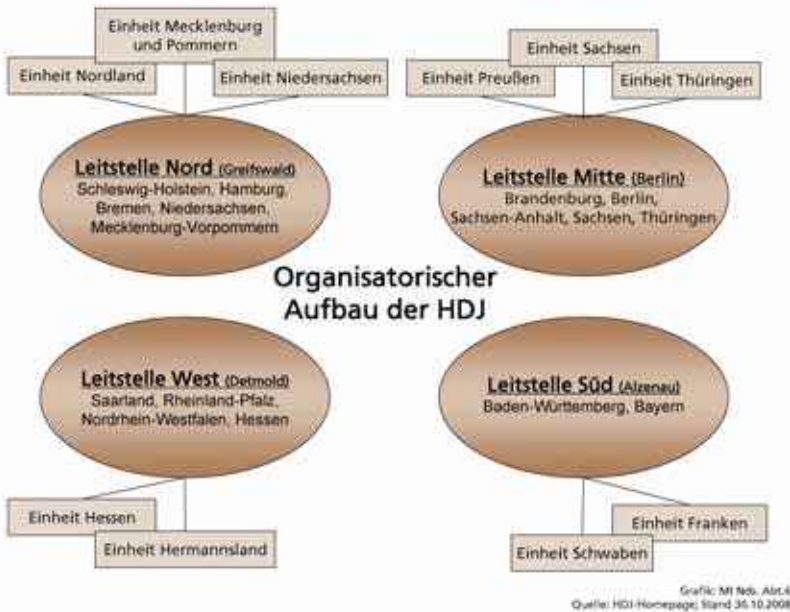
Sitz:	Plön
Vorsitzender:	Sebastian RÄBIGER
Mitglieder	2008
Bund:	450
Niedersachsen:	30
Publikation:	Funkenflug (vierteljährlich)

Entstehungsgeschichte und Organisation

Die Entstehungsgeschichte der Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ) reicht ins Jahr 1990 zurück, als sich infolge eines Richtungsstreites innerhalb des rechtsextremistischen Bundes Heimattreuer Jugend (BHJ) „Die Heimattreue Jugend 1990 – Bund für Umwelt, Mitwelt und Heimat e. V.“ (DHJ) formierte.



⁶² 1904 in Berlin geborener, englischer Journalist und Publizist, Autor von „Die Deutschen und ich“ (1963) und „Krieg im Äther“ (1964); leitete während des Zweiten Weltkrieges hauptverantwortlich die „Feindpropaganda“ („black propaganda“) im Rahmen der psychologischen Kriegsführung gegen Deutschland.



Die DHJ tritt seit 2001 unter der Bezeichnung HDJ auf. Die Organisation wird von Sebastian RÄBIGER geführt, der zugleich für das vierteljährlich erscheinende Organ der HDJ Funkenflug verantwortlich zeichnet.

Die bundesweit aktive HDJ ist hierarchisch aufgebaut. Unter dem gemeinsamen organisatorischen Dach agieren die beiden Teilorganisationen Jugendgruppen und Familienverband. Der Bundesführung unterstehen die vier Leitstellen Nord, West, Mitte und Süd, die wiederum in lokale Einheiten untergliedert sind. Sie sind vor allem für die Rekrutierung neuer Mitglieder zuständig. Die niedersächsischen Mitglieder der HDJ sind in den Einheiten Niedersachsen und Hermannsland organisiert.

Einleitung eines Ermittlungsverfahrens

Wegen des Verdachts verfassungsfeindlicher Handlungen leitete das Bundesministerium des Innern ein vereinsrechtliches Ermittlungsverfahren gegen die HDJ ein. Am 9. Oktober wurden in 14 Bundesländern Durchsuchungen bei 88 Funktionären und Mitgliedern der HDJ durchgeführt. In Niedersachsen waren zehn Aktivisten in Bad Laer, Bad Salzdetfurth, Bienenbüttel, Georgsmarienhütte, Handorf, Lüneburg,

und Vechta betroffen. Auffällig hoch war die Anzahl der Materialien mit Bezug zu ehemaligen nationalsozialistischen Organisationen und zur verbotenen neonazistischen Wiking-Jugend (WJ).

Verbot der HDJ

Der Bundesminister des Innern hat am 31.03.2009 die HDJ verboten und aufgelöst. Es ist verboten, Ersatzorganisationen für die HDJ zu bilden oder bestehende Organisationen als Ersatzorganisationen fortzuführen sowie Kennzeichen der HDJ für die Dauer der Vollziehbarkeit des Verbots öffentlich zu verwenden. Dies gilt namentlich für das Logo des Vereins „rote Flamme, umgeben mit einem Kreis, auf schwarz/weißem Grund“. Das Vermögen der HDJ wurde beschlagnahmt und eingezogen.

Die Verbotsverfügung wurde sowohl dem „Bundesführer“ Sebastian RÄBIGER (Brandenburg) als auch dem vertretungsberechtigten HDJ-Vorstandsmitglied Thomas EICHLER (Sachsen) zugestellt. Darüber hinaus waren nachfolgende Funktionäre von Exekutivmaßnahmen (Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen) betroffen:

Ragnar DAM (Berlin)	Leiter der „Leitstelle Nord“
Denis SCHAUER (Berlin)	Leiter der „Leitstelle Mitte“
Christian von VELSEN (Niedersachsen)	Leiter „Abteilung Beschaffung“
Martin BLOCK (Sachsen)	
Volker QUINT (Niedersachsen)	Leiter des „Technischen Dienstes“
Christian BERISHA (Niedersachsen)	Spendenbeauftragter
Jörg HÄHNEL (Berlin/Brandenburg)	Leiter „Abteilung Kultur und Bildung“.

Die Durchsuchungsmaßnahmen führten zur Sicherstellung von Konto- und Vereinsunterlagen sowie von diversen Propagandamaterialien der HDJ. Die bekannten Konten der HDJ wurden gesperrt.

Im Wesentlichen stützt sich das Verbot darauf, dass sich die Aktivitäten der HDJ gegen die verfassungsmäßige Ordnung richteten. Darüber hinaus diffamierte der Verein offen den demokratischen Verfassungsstaat, den er durch ein auf dem Ideal der Volksgemeinschaft und dem Führerprinzip basierendes Staatsgefüge ablösen wollte. Die HDJ bekannt-



te sich zum historischen Nationalsozialismus und dessen maßgeblichen Funktionsträgern. Zudem wurde die nationalsozialistische Rassenlehre in Publikationen, bei Schulungen und sonstigen Veranstaltungen der HDJ propagiert. Durch ihre Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus, einem Selbstverständnis als Elite in der Tradition nationalsozialistischer Organisationen, verbunden mit einer konsequenten Zielverfolgung durch Schulungen und Veranstaltungen, mittels derer insbesondere Jugendliche indoktriniert werden sollten, wies die HDJ zudem eine aktiv-kämpferische, aggressive Grundhaltung auf. Daneben lief der Zweck des Vereins und die ihn prägenden Aktivitäten der Vereinsmitglieder den Strafgesetzen (insbesondere den §§ 86, 86a, 130 StGB und § 3 i.V.m. § 28 VersammlG – Uniformtrageverbot) zuwider.

Ideologie und Aktivitäten



Die HDJ versteht sich als „volks- und heimat-treue Jugendbewegung für alle deutschen Mädchen und Jungen“. Ihre Aktivitäten konzentrieren sich auf die Durchführung von Lagern, Märschen und Familientreffen. Ihr Ziel ist die Vermittlung einer neonazistischen Weltanschauung. Die auf Formationserziehung ausgerichtete HDJ greift damit die Tradition der 1994 verbotenen WJ auf, der viele ihrer Mitglieder bereits angehört hatten.

Das Tragen von Uniformen, das analog zur WJ eigentlich zum Selbstverständnis der HDJ-Mitglieder gehört, ist verboten. Der Bundesminister des Innern wies einen Antrag auf Ausnahmegenehmigung mit Bescheid vom 27.09.2007 zurück, da die politischen, insbesondere den Nationalsozialismus verherrlichenden Aktivitäten der HDJ die jugendpflegerische Betätigung überwiegen würden.

Die niedersächsischen HDJ-Mitglieder beteiligen sich an den Aktivitäten ihrer Einheiten und an den Veranstaltungen der Bundesorganisation. Die HDJ sucht nicht die Öffentlichkeit. Es geht ihr darum, vor allem Jugendliche und Kinder weltanschaulich zu festigen und somit dauerhaft an den organisierten Rechtsextremismus zu binden. Die letzte größere Veranstaltung der HDJ in Niedersachsen fand vom 25. bis zum 28.05.2007 auf dem Hof des NPD-Mitglieds NAHTZ in Eschede statt. Das traditionelle Pfingsttreffen der Organisation war kurzfristig von Nordhes-



sen nach Niedersachsen verlegt worden. Im Mittelpunkt des Pfingstlagers standen sportliche Aktivitäten und Spiele zur Stärkung des völkischen Bewusstseins der Mitglieder.

Die Publikationen der HDJ offenbaren ihre antisemitische und rassistische Grundausrichtung. Sie vermitteln ein an der Volksgemeinschaft orientiertes Weltbild, verherrlichen die nationalsozialistische Diktatur, heroisieren führende Repräsentanten des Nationalsozialismus und verwenden nationalsozialistische Diktion und Symbolik. Die folgenden Zitate aus HDJ-Publikationen sind beispielhaft:

„Volksgemeinschaft ist die höchste Form völkischen Zusammenlebens und hat oberstes Ziel der Politik zu sein, wenn sie das Wohl des Volkes zur Aufgabe hat. Volksfremde können in einer solchen Gemeinschaftsform keinen Platz finden, da sich ihre Interessen und Verhaltensweisen von der des Volkes grundsätzlich unterscheiden. Im geringen Maße mag das vielleicht nicht spürbar sein, im Übermaß aber macht es die Volksgemeinschaft lebensunfähig, schon allein deshalb, weil das Volk selbst durch einen zu hohen Anteil an Fremdvölkischen in seiner biologischen Existenz bedroht wird.“

(Leitfaden für Heimmattreue Jugendarbeit, Ausgabe Nr. 2, 2. Halbjahr 2008, S. 4)

„Auch ein deutscher Paß ändert an dieser Tatsache nichts, wie es auch keinen Deutschen türkischer (oder anderer nationaler) Abstammung gibt. Im übertragenen Sinn ist das so zu verstehen, dass aus einem Pinscher, der sich am Napf einer Dogge satt frisst, noch lange nicht selbige wird.“

(Funkenflug, Nr. 4/2006-1/2007, S. 17)

„Ihrem nomadischen Wesen folgend, zogen die Juden nun in alle Welt aus, um in den anderen Völkern zu Wohlstand zu kommen. Dies taten sie sehr selten durch tüchtige Arbeit.“

(Funkenflug, Nr. 4/2006, S. 14)

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Sitz		
Bund:	Berlin	
Niedersachsen:	Lüneburg	
Vorsitzende		
Bund:	Udo VOIGT	
Niedersachsen:	Ulrich EIGENFELD seit dem 24.05.2009 Adolf DAMANN	
Mitglieder		
	2007	2008
Bund:	7.200	7.000
Niedersachsen:	650	600
Ergebnis Landtagswahl am 27.01.2008:		
	52.986 Zweitstimmen (= 1,5 %)	
Publikationen		
Bund:	Deutsche Stimme (monatlich, Auflage 35.000)	
Niedersachsen:	Niedersachsen-Spiegel (seit dem ersten Quartal 2006 nicht mehr erschienen)	

Die NPD wurde am 28.11.1964 in Hannover als „Sammlung des nationalen Lagers“ gegründet. Es handelte sich um eine Fusion der Deutschen Reichspartei (DRP) mit kleineren rechts-extremistischen Organisationen. Die DRP als zum damaligen Zeitpunkt größte rechtsextremistische Partei stand in der Tradition der 1952 verbotenen Sozialistischen Reichspartei (SRP). In den Jahren 1966 bis 1972 war die NPD in sieben von zehn Landesparlamenten vertreten, darunter auch im Niedersächsischen Landtag. Der mit 4,3 % der Stimmen verpasste Einzug in den Bundestag bei den Wahlen von 1969 leitete eine Phase des Niedergangs ein. Im Jahr 1995, das den Tiefpunkt dieser Entwicklung markierte, gehörten der in sich zerstrittenen Partei bundesweit nur noch 2.800 Mitglieder an, ein Zehntel des Mitgliederstands von 1969.

Der Negativtrend kehrte sich 1996 mit der Wahl des bayerischen Landesvorsitzenden Udo VOIGT zum Bundesvorsitzenden der NPD um. VOIGT reagierte auf den Strukturwandel des Rechtsextremismus und öffnete die überalterte,

programmatisch auf revisionistische Themen verengte NPD mit der 1996 formulierten „Drei-Säulen-Strategie“ – „Kampf um die Parlamente, Kampf um die Straße, Kampf um die Köpfe“ – für die neonazistischen Freien Nationalisten und für rechtsextremistische Skinheads. 2004 begann eine neue Phase der Zusammenarbeit mit den Freien Nationalisten, die in der Proklamation einer „Volksfront von rechts“ und der Aufnahme führender Neonazis in den Bundesvorstand der NPD ihren Ausdruck fand. In ihrem Bemühen, das gesamte rechtsextremistische Spektrum hinter sich zu sammeln, propagierte die NPD auf dem Parteitag von 2004 den „Kampf um den organisierten Willen“, dem im Januar 2005 eine mit der DVU vereinbarte Zusammenarbeit bei Wahlen, der so genannte Deutschland-Pakt, folgte.

Die Strategie der NPD, sich zunächst in den neuen Bundesländern zu verankern, erwies sich 2004 bei der sächsischen Landtagswahl als erfolgreich. Der Partei gelang es, mit 9,2 % der Stimmen in den Landtag einzuziehen und stellt zurzeit noch acht Abgeordnete. Bei der Landtagswahl des Jahres 2006 in Mecklenburg-Vorpommern schaffte die NPD mit 7,3 % der Stimmen ein weiteres Mal den Einzug in ein Landesparlament und stellt sechs Abgeordnete. In den westlichen Bundesländern hingegen blieb der Partei ein Erfolg auf Landesebene bislang versagt.

**Wahlerfolge in
neuen
Bundesländern**

Organisations- und Mitgliederentwicklung

Nach in den letzten Jahren permanent steigenden Mitgliederzahlen musste die in 16 Landesverbände untergliederte NPD erstmals seit 2003 wieder einen Mitgliederverlust registrieren. Ausschlaggebend hierfür waren interne Querelen in den Landesverbänden Bayern, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie die so genannte Kemna-Affäre⁶³.

Überdies verlor die NPD durch die Abgrenzung von den Autonomen Nationalisten und die Kontroverse mit den Freien Nationalisten wegen der Verwendung nationalsozialistischer Symbolik an Anziehungskraft im rechtsextremistischen Spektrum. Der Partei gehörten am Jahresende nur noch rund 7.000 Mitglieder an.

Bundesparteitag

Die NPD führte ihren Bundesparteitag am 24. und 25. Mai in Bamberg durch. Es nahmen 400 Personen teil, darunter 230 Delegierte. Die Delegierten bestätigten den Bundesvorsitzen

⁶³ Der Bundesschatzmeister der NPD, Erwin KEMNA, wurde vom Landgericht Münster wegen Untreue zu Lasten der Partei zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und acht Monaten verurteilt. Er soll in der Zeit von 2004 bis Mitte 2007 mehr als 740.000 Euro an Parteigeldern veruntreut haben.



den VOIGT ohne Gegenkandidaten mit 90 % der abgegebenen Stimmen im Amt. Wiedergewählt wurden auch die stellvertretenden Parteivorsitzenden Holger APFEL und Sascha ROSSMÜLLER, zugleich stellvertretende Landesvorsitzende in Sachsen bzw. Bayern. Als neuer dritter Stellvertreter löste der erst 2006 in die NPD eingetretene Hamburger Neonazi Jürgen RIEGER Peter MARX ab. Neu in den Parteivorstand gelangten außerdem Dr. Olaf ROSE, Leiter des parlamentarischen Beratungsdienstes der sächsischen Landtagsfraktion, Udo PASTÖRS, Fraktionsvorsitzender der NPD im mecklenburg-vorpommerschen Landtag, und Eckart BRÄUNIGER, Leiter der Parteizentrale. Seit dem Bundesparteitag ist außerdem die Bundessprecherin des Rings Nationaler Frauen (RNF), Stella HÄHNEL, kraft Amtes Vorstandsmitglied. Aus Niedersachsen wurden Andreas MO-LAU, Ulrich EIGENFELD und Manfred BÖRM in den Vorstand gewählt.

Bruchlinien in der Partei

Als neue politische Zielgruppe der NPD fanden die „Russlanddeutschen“ auf dem Parteitag besondere Berücksichtigung. Ein Vertreter dieser Bevölkerungsgruppe richtete ein Grußwort an die Delegierten. Vorausgegangen war die Gründung eines Arbeitskreises der „Russlanddeutschen“ in der NPD am 23. Februar.

VOIGT hob in seiner Abschlussrede zwar beschwichtigend hervor, „dass dieser Parteitag ein Parteitag der Einheit und der inneren Geschlossenheit der NPD gewesen“ sei, doch zeichneten sich die innerparteilichen Bruchlinien, die die Auseinandersetzungen der folgenden Monate bestimmen sollten, bereits deutlich ab. Die Delegierten warfen die Frage nach der persönlichen Verantwortung des Vorsitzenden in der „Kemna-Affäre“ auf und versagten dem Vorstand die Entlastung. Nach der Verurteilung KEMNAs sah sich VOIGT offenen Rücktrittsforderungen ausgesetzt. Der Parteivorstand reagierte auf den Druck der Parteibasis und beraumte einen außerplanmäßigen Wahlparteitag für das Frühjahr 2009 an.

Verhältnis zu den autonomen Nationalisten

VOIGTs Distanzierung von den Autonomen Nationalisten – man wolle auf Veranstaltungen der NPD keinen „Schwarzen Block“ mit „ausländischen Sprüchen“ haben – blieb ebenfalls nicht unangefochten. Wie wenig diese Position allen Delegierten zu vermitteln war, zeigte sich daran, dass die Delegierten mit RIEGER, BRÄUNIGER und PASTÖRS ausdrückliche Befürworter der von VOIGT abgelehnten Zusammenarbeit in den Vorstand wählten.

Kontroverse mit den Freien Nationalisten

Die von der NPD seit Herbst 2004 als „Volksfront von rechts“ propagierte Zusammenarbeit wurde durch die Umstände bei der Beerdigung des Neonazis Friedhelm BUSSE am 26. Juli in Passau einer weiteren Belastungsprobe ausgesetzt. Der Neonazi WULFF hatte eine Reichskriegsflagge mit ins Grab gelegt. Die NPD reagierte darauf in einer Erklärung mit scharfen Worten:

„Der Einsatz für ein sozial gerechtes Deutschland ... bedarf keiner leeren Provokation von Selbstdarstellern und - unabhängig von ihrer Strafbarkeit - keiner Symbolik von gestern.“

Die parteifreien Kräfte drohten daraufhin, die Zusammenarbeit mit der NPD zu beenden, „falls es zu keiner Einigung hinsichtlich eines vernünftigen Verhaltens der NPD“ komme. Am Ende des Jahres schließlich kündigte WULFF in einer vom rechtsextremistischen Internetportal Altermedia am 01.01.2009 verbreiteten Erklärung die „Volksfront von rechts“ auf, da die NPD-Führung zu einer Zusammenarbeit auf Bundesebene nicht mehr willens und in der Lage sei.

Der stellvertretende niedersächsische Parteivorsitzende MOLAU, der im Oktober aus Protest gegen die Rolle der Parteiführung in der „Kemna-Affäre“ von seinen Bundesämtern zurückgetreten war, nahm die Führungskrise am 29. Dezember zum Anlass, seinen Anspruch auf den Parteivorsitz anzu-melden. Nach dem aber die ihn protegierenden Verbände Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen erkannt-en, dass die Person MOLAU gegenüber der Basis nicht zu vermitteln war, erklärte sich PASTÖRS selbst zur Kandidatur gegen den Amtsinhaber VOIGT bereit.

**Hin und Her um
Kandidatur für Bun-
desvorsitz**

Ideologie und Programmatik

Als politisches Ziel strebt die NPD die Schaffung einer Volksgemeinschaft im „natürlichen ethnischen Sinne“ an. Das Geschichtsverständnis und die programmatischen Äußerungen führender Parteivertreter lassen den Schluss zu, dass der Begriff Volksgemeinschaft im Sinne des historischen Nationalsozialismus interpretiert wird. Die Nationalsozialisten verstanden unter der Volksgemeinschaft eine gesellschaftliche Ordnung, in der Klassengegensätze sowie Partei- und Individualinteressen auf der Basis einer rassistischen Weltanschauung aufgehoben waren. Der Einzelne hatte sich unter Verlust seiner Individualrechte dem völkischen Kollektivwillen zu unterwerfen. Voraussetzung war die Gleichschaltung bzw.

**Volksgemeinschafts-
denken**

die Homogenisierung der Gesellschaft. Minderheiten, die nicht in die rassistisch definierte Volksgemeinschaft passten, verloren ihre Rechte, wurden ausgegrenzt und verfolgt.

Geleitet von einem rassistischen Weltbild, das die Partei in ihren Schriften als „lebensrichtiges Menschenbild“ verkündet, propagiert die Partei einen ethnopluralistischen Ansatz, mit dem sie die Forderung nach einer „Rückführung der in Deutschland lebenden Ausländer“ verbindet. Eine im Juni 2006 erschienene „Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung“ dokumentiert die Konsequenzen dieses Ansatzes:

„Sollte die NPD an die Macht kommen, würden alle nicht-europäischen Ausländer abgeschoben. Die Mischlinge würden Deutschland über kurz oder lang freiwillig verlassen, weil ihnen der nationale Klimawandel nicht passt. Sie werden sich dann Heimatländer suchen, in denen die Durchrassung unumkehrbar ist.“

Im selben völkischen Duktus kommentierte der führende Theoretiker der Partei Jürgen GANSEL unter der Überschrift „Afrika erobert das Weiße Haus“ den Ausgang der amerikanischen Präsidentschaftswahlen:

„Mit der Wahl von Barack Obama zum 44. Präsidenten der USA hat sich das wahre Wesen des amerikanischen Molochs im 21. Jahrhundert enthüllt. Das weiße, von europäischen Auswanderern getragene Amerika befindet sich durch Einwanderung und Rassenmischung in Auflösung und hat mit dem Afrika-Sprößling seinen symbolischen Totengräber ins Präsidentenamt gewählt. ... Schon das weiße Amerika war eine kulturelle Zumutung für die Welt ..., ein nicht weißes Amerika ist jedoch eine Kriegserklärung an alle Menschen, die eine organisch gewachsene Gemeinschaftsordnung aus Sprache und Kultur, Geschichte und Abstammung für die Essenz des Menschlichen halten. ... Die alte Selbstbehauptungsstrategie des Judentums, Inländervorrechte durch Minderheitenrechte zu ersetzen und ethno-kulturelle Unterschiede zwischen dem Eigenen und dem Fremden zu verwischen, deckt sich mit den Interessen aller Minderheiten, Mischlinge und Entwurzelten im Schmelztiegel Amerika.“
(Pressemitteilung der NPD vom 07.11.08)

**Thematisierung der
Wahl Barack Obamas
zum Präsidenten der
USA**

In der Logik dieser Argumentation liegt es, dass den Juden selbst die Schuld an ihrer Verfolgung zugewiesen wird. Unter

Berufung auf den Nationalrevolutionär Ernst Niekisch⁶⁴ wird im Parteiorgan Deutsche Stimme ausgeführt:

„Deshalb verrät sich für Niekisch in der Stärke des Antisemitismus, der als Reaktion aufkomme, kein menschenverachtendes und im heutigen Sinne des Begriffes ideologisches oder 'volksverhetzendes' Konzept, sondern vielmehr die Entschlossenheit, wieder den Weg hin zum elementaren, ungebrochenen, in natürlichen Ordnungen eingegliederten Menschen zu beschreiten, der sich nicht ökonomistisch zersetzen lässt.“
(Deutsche Stimme, Nr. 05/2008, S. 24)

Der gleichen Argumentationsweise, mit der Pogrome gegen Juden und Ausschreitungen gegen ethnische Minderheiten zu verständlichen und entschuldigen Notwehrhandlungen erklärt werden, bediente sich ein mit „Antigermanismus bekämpfen“ überschriebener Antrag der NPD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern im November.

Ausgehend von der generalisierenden Feststellung, dass sich Deutsche in von Einwanderung betroffenen Gebieten im Westen der Republik verstärkt in einer Opferrolle befänden, forderte die NPD von der Landesregierung Maßnahmen gegen einen „aufkeimenden Antigermanismus“. Begründet hatte die NPD-Fraktion ihren Antrag ursprünglich:

„So löste der durch Deutschenhass motivierte Mordanschlag des Juden Herrschel Grynszpan vor 70 Jahren in Deutschland antijüdische Unruhen aus. Der Boykottaufruf des Jüdischen Weltkongresses gegen die deutsche Wirtschaft hat vermutlich einen wesentlichen Anteil an den Anfang April 1933 durchgeführten Maßnahmen gegen jüdische Geschäfte in Deutschland.“

Zum Abschluss seiner Rede führte der Landtagsabgeordnete Tino MÜLLER an:

„Die Dinge kündigen sich an, bevor es zum Unglück kommt... Die Saat des zweiten Weltkrieg wurde in Versailles gelegt.“

Programmatisch setzt die NPD auf die 1996 von ihrem Parteivorsitzenden entwickelte „Drei-Säulen-Strategie“ – „Kampf um die Parlamente, Kampf um die Straße, Kampf um die Köpfe“. Auf dem Bundesparteitag des Jahres 2004 wurde die Strategie um den „Kampf um den organisierten Willen“ erweitert.

**„Drei
Säulen-Strategie“**

⁶⁴ s. auch Fußnote 60

Antisemitismus

„Kampf um die Parlamente“/„Kampf um die Köpfe“

Die Teilnahme an Wahlen spielte zunächst eine untergeordnete Rolle. Seit dem Wahlerfolg der NPD bei der sächsischen Landtagswahl im September 2004 jedoch ist die NPD bestrebt, ihren Einfluss in den Entscheidungsgremien, wie Parlamente im Parteienjargon auch genannt werden, systematisch auszubauen. Um Konkurrenzsituationen zu vermeiden, schloss die NPD im Januar 2005 mit der DVU den so genannten Deutschland-Pakt, der regelt, welche der beiden Parteien bei Wahlen antritt.

Wahlbeteiligungen

2008 verfehlte die NPD den Einzug in die Landesparlamente von Hessen, Niedersachsen und Bayern deutlich. Dass die Partei im Osten erfolgreicher abschneidet als in den westlichen Bundesländern, offenbarten die Ergebnisse der Kommunalwahlen. Konnte die NPD in Bayern und Schleswig-Holstein nur jeweils zwei Mandate erringen, war sie in Brandenburg und Sachsen in allen Wahlkreisen, in denen sie kandidierte, erfolgreich. Die NPD verfügte ihren eigenen Angaben zufolge Ende 2008 bundesweit über 200 kommunale Mandate, davon allein 16 in Niedersachsen. Die kommunalpolitische Verankerung betrachtet sie als Voraussetzung für Erfolge auf der Bundes- und Landesebene.

Um Protestwähler an sich zu binden, tritt die NPD in Wahlkämpfen zunehmend rechtspopulistisch auf. Wie ihr Kampagnen-Motto „Sozial geht nur national“ zum Ausdruck bringt, rückt sie soziale Probleme in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung. MOLAU, zum damaligen Zeitpunkt Leiter des Amtes für politische Bildung, erläuterte das Motto in der Parteizeitung Deutsche Stimme wie folgt:

„Wenn wir heute sagen sozial geht nur national, dann bedeutet das: Soziale Verantwortung kann man nur in einer Volkswirtschaft innerhalb einer Volksgemeinschaft ausüben.“

(Deutsche Stimme, Nr. 07/2008, S. 6)

Ablehnung der Gleichheit der Menschen

Als Hauptkonkurrenz betrachtet die NPD die nach ihrer Auffassung um dieselbe Wählerklientel bemühte, ebenfalls populistisch auftretende Partei DIE LINKE. MOLAU wirft der Linken vor, soziale Gerechtigkeit sei für sie lediglich eine von einem falschen Menschenbild geleitete Frage der Umverteilung:

„Ideologisch, also weltanschaulich, steckt hinter dieser Forderung ein bestimmtes Menschenbild, nämlich das der Gleichheit.“

(Deutsche Stimme, Nr. 07/2008, S. 6)

Für die Verbreitung ihrer Zielsetzungen und Propaganda hat das Internet einen zentralen Stellenwert für die NPD. Die diesbezüglichen Aktivitäten sollen weiter ausgebaut und professionalisiert werden. Unter der Überschrift „Mittel des System-Erhalts oder der System-Veränderung“ gibt GANSEL in der Deutschen Stimme die Marschroute vor:

„Alles jugendrelevante – egal ob Verausländerung oder Gewaltkriminalität, Bildungsmisere oder Arbeitslosigkeit ist auch jugendgemäß aufzubereiten. Nur so kann eine geschlossene nationale Erlebniswelt mit festen Fühls- und Gesinnungswerten entstehen, in welche die Systempropaganda nicht eindringen kann.“

(Deutsche Stimme, Nr. 10/2008, S. 26)

Parteiintern ist die NPD sowohl auf der ideologischen wie auch auf der Ebene der praktischen Politik um die Schulung ihrer Funktionäre und Mitglieder bemüht. Im Bestreben nach einer lokalen Verankerung misst sie der Schulung der kommunalen Mandatsträger besondere Bedeutung bei. Eigens für diesen Zweck wurde 2003 die Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) gegründet. Auf der Internetseite des Landesverbandes Niedersachsen wurde berichtet, dass die Kreistagsabgeordneten und Stadträte der Partei am 23. November bei einer zum zweiten Mal durchgeführten kommunalpolitischen Schulung eine Vernetzung der politischen Arbeit verabredet hätten. Bereits im August hatten kommunale Mandatsträger aus Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein das „Kommunalebündnis Dreiländereck Elbe“ gegründet.

Lokalpolitische Verankerung

Kampf um die Straße

Der Begriff „Kampf um die Straße“ kennzeichnet das Bemühen der NPD, ihre Anhänger mit Großveranstaltungen und Demonstrationen zu mobilisieren. Zur Strategie der Partei gehört es, jährlich nur eine Großveranstaltung zu organisieren, die im Berichtsjahr unter dem Motto „Sozial geht nur national“ am 1. Mai in Nürnberg stattfand. Der Parteivorsitzende VOIGT machte in seiner Rede vor 1.500 Demonstrationsteilnehmern die Globalisierung und die „multikulturelle Entfremdung“ für soziale Missstände verantwortlich. Neben der zentralen Großveranstaltung führten die Landesverbände Kundgebungen und Demonstrationen durch. In Niedersachsen fanden lediglich drei kleinere Kundgebungen im Rahmen des Landtagswahlkampfes statt: am 19. Januar in Goslar und Salzgitter und am 20. Januar in Seevetal (Landkreis Harburg).

Demonstrationen

Entwicklung in Niedersachsen

Bei der Landtagswahl am 27. Januar blieb die NPD mit 1,5 % der Stimmen weit hinter ihren Erwartungen zurück. Ihr Spitzenkandidat MOLAU führte das schlechte Abschneiden auf fehlende Finanzmittel und die „diffamierende“ Berichterstattung der Medien zurück, hielt die Themenauswahl und das Wahlprogramm aber für richtig. MOLAU's Stellungnahme täuschte über die mangelnde Kampagnenfähigkeit der NPD hinweg. Selbst in der heißen Wahlkampfphase gelang es der NPD kaum, öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen zu organisieren.

Infolge des desillusionierenden Wahlergebnisses verringerte sich die Motivation der Parteimitglieder weiter. Die resignative Stimmung dokumentierte sich in der schwachen Beteiligung des Landesverbandes am bundesweiten Aktionstag unter dem Kampagnen-Motto „Sozial geht nur national“, an dem sich der niedersächsische Landesverband im Zeitraum vom 12. bis zum 19. April mit lediglich vier Info-tischen beteiligte. Auch die auf den Internetseiten des Landesverbandes angekündigten Kampagnen zu Themen wie Trennung zwischen deutschen und ausländischen Schülern hatten kaum Aktivitäten zur Folge.

Ein Grund für die parteiinterne Krise war, dass der stellvertretende Landesvorsitzende MOLAU nach Schwerin wechselte, um die Funktion eines Pressesprechers der dortigen Landtagsfraktion zu übernehmen. Das ohnehin belastete Verhältnis MOLAU's zu den Freien Nationalisten verschlechterte sich durch diesen Schritt weiter. Deutlich wurde dies, als MOLAU nach seinem Rücktritt aus dem Bundesvorstand ankündigte, er werde den Schwerpunkt seiner politischen Arbeit wieder auf Niedersachsen legen. Kommentatoren aus den Reihen der Freien Nationalisten ließen daraufhin im Internet-Portal Altermedia wissen, für sie sei „das Thema MOLAU durch“.

Hatten die Freien Kameradschaften die NPD noch gegen Entgelt im Landtagswahlkampf unterstützt, so distanzieren sie sich im Laufe des Jahres wieder vom Landesverband. Deutlich wurde der Bruch zwischen der Partei und den freien Kräften bei einer Kundgebung am 5. Juli in Oldenburg, als die Demonstrationsteilnehmer die Parole skandierten „Wer hat uns verraten – Nationaldemokraten“.

Der Unterbezirk Braunschweig machte, unterstützt von der örtlichen Kameradschaftsszene, mit einigen öffentlichen Aktionen auf sich aufmerksam und verstärkte die Schulung seiner Mitglieder.



Mitglieder des Unterbezirks Osnabrück störten am 21. Mai die Eröffnungsfeier des Katholikentages in Osnabrück, indem sie für einige Minuten Transparente mit den Aufschriften „Abtreibung ist Mord“ und „Politik und Kath. Kirche schauen zu“ entrollten. In einem später veröffentlichten Videofilm erklärten die Verantwortlichen:

„Uns geht es in erster Linie nicht um den Zustand der Weltbevölkerung, sondern um den Erhalt des eigenen Volkes. Wir wehren uns dagegen, dass bei der derzeitigen demographischen Entwicklung ein weiterer Volksgenosse ermordet wird. Sei es auch ein Ungeborener. In unserer Weltanschauung hat diese Gesellschaft keinen Platz. Wir ersetzen die Gesellschaft durch eine Gemeinschaft. Die Volksgemeinschaft.“

Im Mai gab der Unterbezirk sein als „NPD-Heim“ betiteltes Objekt in Georgsmarienhütte auf. Aufgrund des Verlustes des jahrelangen Anlaufpunktes ließen die Aktivitäten des Unterbezirks zum Jahresende nach.

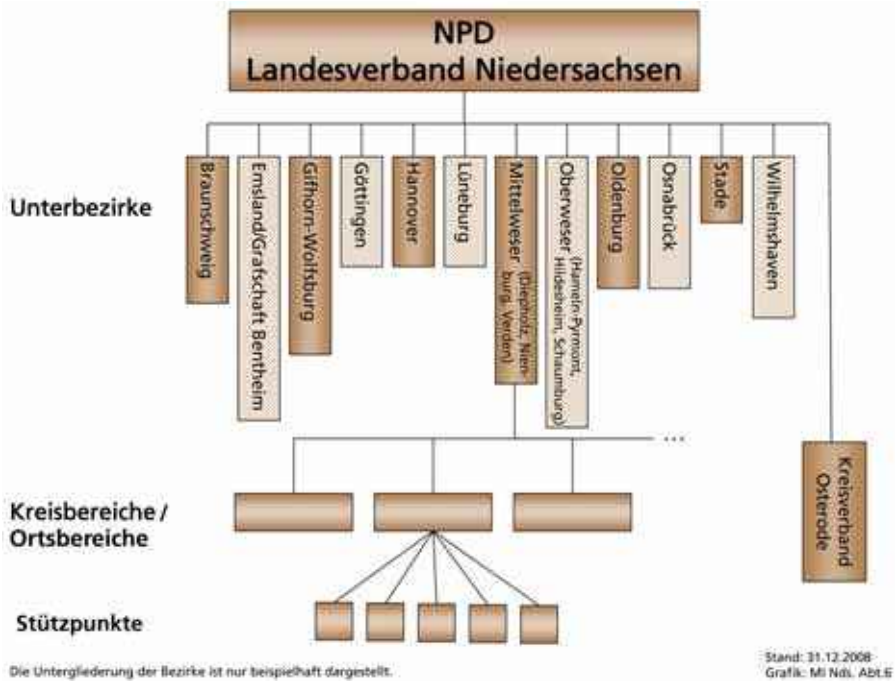
Organisatorische Entwicklung des Landesverbandes

Die im Berichtsjahr erfolgten Neugründungen der Unterbezirke Oberweser und Mittelweser gingen zu Lasten des inaktiven Unterbezirks Hannover, der seitdem nur noch die Region Hannover umfasst.

Die Unterbezirke Emsland/Grafschaft Bentheim, Göttingen, Hannover und Wilhelmshaven waren im Berichtsjahr nur im Internet präsent.

Der Mitgliederbestand verringerte sich infolge der partei-internen Querelen und der Auseinandersetzungen über die Form der Zusammenarbeit mit den Freien Nationalisten von 650 auf 600 Mitglieder.

Deutlicher Mitglieder-rückgang in Niedersachsen



Landesparteitag

Am 20. September führte der niedersächsische Landesverband der NPD mit rund 70 Personen seinen 44. ordentlichen Landesparteitag in Rosengarten (Landkreis Harburg) durch. Als der Gaststättenbesitzer erkannte, dass die Räumlichkeiten unter Vorspiegelung falscher Tatsachen angemietet wurden, machte er von seinem Hausrecht Gebrauch und verwies die NPD des Raumes. Die Teilnehmer verließen daraufhin widerwillig das Lokal und setzten den Parteitag vor der Gaststätte auf einem öffentlichen Parkplatz fort.

In seinem Rechenschaftsbericht hob der Landesvorsitzende Eigenfeld das Abschneiden bei den Landtagswahlen positiv hervor, da man mit dem erreichten Ergebnis in den Genuss der Wahlkampfkostenerstattung gekommen sei. Auf Antrag beschloss der Parteitag, dass die Landessprecherin des RNF, Ricarda RIEFLING, kraft Amtes Mitglied im Landesvorstand der Partei wird.



Beteiligung des Landesverbandes am bundesweiten Aktionstag

Am bundesweiten Aktionstag am 8. November war die niedersächsische NPD mit Infotischen in Bad Bevensen, Celle, Goslar, Holzminden, Oldenburg, Stade und Wolfenbüttel präsent. Vereinzelt fand eine Unterstützung durch Mitglieder von Kameradschaften statt. Der Unterbezirk Gifhorn/Wolfsburg und der Kreisverband Osterode beteiligten sich mit Flugblattaktionen am Aktionstag. Nach eigenen Angaben wurden in Bad Lauterberg, Bad Sachsa, Osterode und Walkenried das vom stellvertretenden niedersächsischen Landesvorsitzenden MOLAU hierzu extra entworfene Kampagnenflugblatt „Banken verstaatlichen“ verteilt.

Die Infotische wurden von Protesten aus dem bürgerlichen Spektrum begleitet. Vereinzelt kam es auch zu Angriffen der gewaltbereiten Antifa. So wurden die Infotische in Bad Bevensen und in Wolfenbüttel durch Linksextremisten zerstört.

Junge Nationaldemokraten (JN)

Als der 1996 gewählte Parteivorsitzende VOIGT damit begonnen hatte, die überalterte NPD strategisch neu auszurichten, hatten die 1969 gegründeten JN die Funktion eines Bindeglieds zwischen NPD, rechtsextremistischen Kameradschaften und anderen Neonazis. Diese Rolle ging im Zuge des gegen die NPD angestrebten Verbotsverfahrens verloren, weil die aus Gründen der Prozessführung taktierende NPD, und damit auch die JN, für jüngere Neonazis an Attraktivität verlor. In der Folgezeit übernahm die NPD selbst die Aufgabe, den subkulturellen Raum für die Partei zu erschließen. Jüngere Rechts-extremisten treten der NPD seither zumeist direkt ohne Umweg über die JN bei. Dieser strategische Bedeutungsverlust der JN führte zu einem starken Rückgang der Mitgliederzahlen. Dem Verband gehörten Ende des Jahres ca. 400 Personen an.

Der niedersächsische Landesverband der JN war durch jahrelange Inaktivität in der Bedeutungslosigkeit verschwunden. Im Februar 2009 erfolgte die Gründung der Stützpunkte Lüneburg und Delmenhorst.



Deutsche Volksunion (DVU)

Sitz		
Bund:	München	
Niedersachsen:	Burgdorf	
Vorsitzende		
Bund:	Dr. Gerhard FREY (München) seit dem 11.01.2009 Matthias FAUST (Hamburg)	
Niedersachsen:	Dieter WIEGRÄFE (Burgdorf) seit dem 01.03.2009 Hans-Gerd WIECHMANN (Lüneburg)	
Mitglieder		
	2007	2008
Bund:	7.000	6.000
Niedersachsen:	630	620
Publikationen		
	National-Zeitung/Deutsche- Wochen-Zeitung (wöchentlich, Auflage ca. 33.000 Exemplare)	

Die rechtsextremistische Partei DVU entstand 1987. Sie ging aus dem 1971 gegründeten und bis heute bestehenden Verein gleichen Namens hervor. Gründer beider Organisationen ist der Münchener Verleger Dr. Gerhard FREY, der die DVU in einem die Grundsätze innerparteilicher Demokratie ignorierenden autokratischen Stil beherrscht und sie auch in finanzieller Hinsicht in völlige Abhängigkeit von sich gebracht hat.⁶⁵ Soweit sich die Parteimitglieder politisch überhaupt artikulieren, befolgen sie strikt die von der Münchener Parteizentrale ausgegebenen Instruktionen des Vorsitzenden. Ihre Wahlerfolge verdankt die DVU auch nicht dem Engagement der Mitglieder, sondern den von FREY finanzierten kostenintensiven Wahlkampagnen, die er, um die Erfolgchancen zu erhöhen, auf Bundesländer mit einer relativ geringen Bevölkerungszahl konzentriert. FREYs Interesse an den Parteimitgliedern liegt vorrangig in ihrem Nutzen als Kunden seiner Medienunternehmen DSZ – Druckschriften und Zeitungsverlag (DSZ-Verlag) sowie FZ – Freiheitlicher Buch- und

⁶⁵ Seit der Teilnahme der DVU an den Europawahlen 1989 ist die Partei bei FREY verschuldet. Die hohen Kosten für den Wahlkampf führten nicht zum erklärten Ziel des Einzugs in das Europaparlament. Durch die erhaltenen 1,6 % der Stimmen wurde der Partei nur ein geringer Anteil der Wahlkampfkosten erstattet, wodurch sie gezwungen war, das Defizit durch einen bis heute bestehenden Kredit bei FREY auszugleichen.

Zeitschriftenverlag (FZ-Verlag), dem der Deutsche Buchdienst angeschlossen ist.

Die DVU ist derzeit einzig im brandenburgischen Landtag mit sechs Sitzen vertreten.

Bei den Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft am 24. Februar erhielt die DVU 0,8 % der abgegebenen Stimmen und verpasste somit den Einzug in den Senat.

Organisationsstruktur

Der Bundesverband der DVU untergliedert sich in 16 Landesverbände. Auf regionaler Ebene bestehen als Unterbau Kreisverbände und so genannte politische Stammtische, aus denen sich Kreisverbände bilden sollen. Es handelt sich um formale Organisationsstrukturen, die durch kein aktives Parteileben ausgefüllt werden. Analog zur Entwicklung auf Bundesebene ist die Mitgliederzahl des 1988 gegründeten niedersächsischen Landesverbandes seit Jahren auf nunmehr 620 Mitglieder zurückgegangen.

In Niedersachsen wurden im Berichtsjahr ein Bezirksverband in Lüneburg, sowie Ortsverbände in Aurich und in Soltau-Fallingb. neu gegründet. Die Bezeichnung Bezirksverband war in der bisherigen Organisationsstruktur der DVU nicht vorgesehen.

Am 15. November führte die DVU seit langer Zeit erstmals wieder eine öffentliche Kundgebung durch. Unter dem Motto „Unsere Kriegstoten sind unvergessen“ versammelten sich in Esens 30 Personen zu einer Standkundgebung. Neben den Mitgliedern der DVU nahmen auch Angehörige der AG Wiking an der Veranstaltung teil. Der Bundesvorsitzende FREY hatte sich bisher von einer Zusammenarbeit mit den Kameradschaften distanziert.

Weitere öffentliche Aktivitäten beschränkten sich ansonsten auf die Verteilung von Propagandamaterial der Partei.

**Gründung neuer
Organisationseinheiten
in
Niedersachsen**

Programmatik

Die im DSZ-Verlag in einer Auflagenhöhe von ca. 33.000 Exemplaren erscheinende National-Zeitung (NZ) hat mit der Ausgabe Nr. 43 vom 17.10.2008 ein neues Erscheinungsbild erhalten. Die NZ gibt die programmatischen Positionen der DVU wider, auch wenn es sich nicht um das offizielle Parteiorgan handelt. Im Stile eines Boulevardblattes verbreitet die Wochenzeitung fremdenfeindliche, antisemitische, antiamerikanische und revisionistische Positionen. Aktuelle politische und gesellschaftliche Themen werden aufgegriffen und in einen verschwörungstheoretischen Kontext gerückt. Deutschland ist demnach Opfer fremder Mächte und Interessen. Die

Autoren appellieren in ihren Artikeln unterschwellig an die Vorurteile der Leserschaft, ohne die Schwelle zur Strafbarkeit zu überschreiten. Muslime, Farbige und Juden werden häufig zur Zielscheibe diskreditierender Pauschalurteile.

Pauschale Aussagen appellieren an die Vorurteile der Leserschaft der Nationalzeitung

Inhaltliche Aussagen werden phrasenhaft in sich stereotyp wiederholenden Überschriften präsentiert. Durch die Frageform sollen die Leser in besonderem Maße zur spontanen Zustimmung verleitet werden. Die Artikel bringen regelmäßig die fremdenfeindliche Grundtendenz der NZ zum Ausdruck, wie die folgende Auswahl illustriert:

„Verbrecherparadies Deutschland? – Deutsche als Freiwillig ausländischer Krimineller“
(NZ 3/2008 vom 11.01.2008, S. 1)

„Freie Fahrt für Verbrecher? Die Wahrheit über die EU-Grenzöffnung“
(NZ 5/2008 vom 25.01.2008, S. 1)

Insbesondere islamkritische Äußerungen zeugen von Fremdenfeindlichkeit. Im Artikel „Kampf der Ausländerfeindlichkeit – Moslems – Freunde oder Feinde?“ (NZ Nr. 4/2008 vom 18.01.2008, S. 3) schreibt der Bundesvorsitzende der DVU, Dr. Gerhard FREY:

„Mit dem Überschreiten der Bundesgrenzen werden beispielsweise aus Anatolien kommende Orientalen keinesfalls dem Grundgesetz ergeben und dem mitteleuropäischen Recht verpflichtet. Sie leben häufig völlig abgeschlossen von deutschen Gegebenheiten in einer Parallelwelt und betrachten Prügel als die einzige Argumentation, die sie verstehen und deshalb auch täglich praktizieren.“

Charakteristisch für die Berichterstattung der NZ ist ein sekundärer Antisemitismus⁶⁶.

Dabei wird durch die verklausulierte Ausdrucksform die Schwelle zur Straftat im Gegensatz zur offenen und hetze

⁶⁶ Es handelt sich um „neue Ausdruckformen des Antisemitismus, die erst nach der Massenvernichtung der Nationalsozialisten bzw. nach der Gründung des Staates Israel als Reaktion auf beide historische Ereignisse aufkamen“ (vgl. Armin Pfahl-Traugber: Antisemitismus in der deutschen Geschichte. Beiträge zur Politik und Zeitgeschichte. Berlin 2002, S. 152). Rechtsextremisten knüpfen mit permanent wiederholten Vorwürfen, z. B. Israel plündere unter Ausnutzung eines deutschen Schuldkomplexes die deutschen Staatskassen, assoziativ an die tradierten antisemitischen Stereotype des „geldgierigen Juden“ und des „jüdischen Wucherers“ an, ohne einen direkten Bezug zum Antisemitismus der nationalsozialistischen Herrschaftszeit herzustellen und sich damit strafbar zu machen.

rischen Judenfeindschaft nicht überschritten. Regelmäßig werden Berichte über Israel mit antiamerikanischen Untertönen kombiniert, um so das Feindbild einer jüdisch-amerikanischen Weltverschwörung aufzubauen.

Was hilft gegen Ausländergewalt?
 Vier überfällige Konsequenzen
National-Zeitung
 Freie Fahrt für Verbrecher?
 Die Wahrheit über die EU-Grenzöffnung

„Schon der Irak-Krieg ist auf den Einfluss dieser zumeist jüdischen US-Strategen zurückzuführen, zumal mit dem Iran ein israelische Interessen störender Faktor ausgeschaltet und somit die atomare Vormachtstellung Israels im Nahen Osten abgesichert werden könnte.“
 (NZ Nr. 29 vom 11.07.2008, S. 1)

Revisionistische Positionen werden in der NZ, die den Holocaust nicht bestreitet, immer wieder vertreten. Exemplarisch sind Artikel wie:

„War der Krieg mit Russland zu vermeiden? Die wahre Politik des Reichsaußenministers von Ribbentrop“
 (NZ Nr. 37/ 2008 vom 05.09.2008, S.6)

„Wie lange noch Kriegsverbrecherprozesse? Nur Deutsche werden verfolgt“
 (NZ Nr. 40/2008 vom 26.09.2008, S. 7)

Zusammenarbeit mit anderen rechtsextremistischen Organisationen

Der am 15.01.2005 zwischen den Vorsitzenden der DVU und der NPD geschlossene „Deutschland-Pakt“, der bis Ende 2009 gelten soll, sieht vor, dass DVU und NPD bei Bundestags-, Europa- und Landtagswahlen nicht gegeneinander antreten. Im Jahr 2008 kandidierte die DVU bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg. 2009 tritt die DVU bei der Landtagswahl in Brandenburg sowie bei der Europawahl an. Es ist beabsichtigt, NPD-Mitglieder auf der Wahlliste der DVU kandidieren zu lassen. Für das Jahr 2009 war im „Deutschland-Pakt“ darüber hinaus vorgesehen, dass die DVU bei der Landtagswahl in Thüringen antritt. Auf dem Bundesparteitag der DVU am 11.01.2009 wurde vom neuen Bundesvorstand entschieden, auf die Wahlteilnahme zugunsten der NPD zu verzichten, da diese dort über den stärkeren Landesverband verfügt und man sich so einen höheren Stimmenanteil erhofft.

Ob über das Jahr 2009 hinaus eine Fortsetzung der Wahlabsprache zu erwarten ist, hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab. Nicht übersehen werden darf, dass es erhebliche Unterschiede zwischen beiden Parteien gibt: Während sich die bürgerlich auftretende DVU darauf beschränkt, Vorurteile aufzugreifen und zu verstärken, um hiervon bei Wahlen zu profitieren, strebt die NPD eine revolutionäre Veränderung der Gesellschaft zur Volksgemeinschaft an. Neben persönlichen Eitelkeiten und Machtkalkül könnten diese grundsätzlichen Differenzen eine Bruchstelle des Bündnisses zwischen NPD und DVU markieren.

Möglicherweise verändert sich die künftige politische Ausrichtung der Partei. FREY hat am 11.01.2009 von einer erneuten Kandidatur für den Parteivorsitz abgesehen. Neuer Vorsitzender ist der Hamburger Matthias FAUST, der erst seit 2007 Mitglied der DVU ist. Ob mit dem neuen Vorsitzenden eine Öffnung der DVU hin zu anderen rechtsextremistischen Organisationen – insbesondere aus dem neonazistischen Spektrum – verbunden ist, bleibt abzuwarten. Für die Entwicklung der Partei ist hierbei von entscheidender Rolle, ob sich FREY, der offiziell kein Amt in der DVU innehat, tatsächlich aus dem politischen Geschehen zurückziehen wird. Es ist jedoch anzunehmen, dass FREY fortan auch durch sein finanzielles Potenzial und die Abhängigkeit der Partei von seinen Mitteln in die wesentlichen parteipolitischen Entscheidungen eingebunden sein wird.

LINKSEXTREMISMUS

Mitglieder-Potenzial

Linksextremismus-Potenzial⁶⁷ Bundesrepublik Deutschland	2007	2008
Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten ⁶⁸	24.800	25.200
Autonome und sonstige gewaltbereite Linksextremisten ⁶⁹	6.300	6.300
Summe	31.100	31.500
Nach Abzug der Mehrfachmitgliedschaften	30.800	31.200

DIE LINKE. ⁷⁰	70.943	75.968
--------------------------	--------	--------

Linksextremismus-Potenzial Niedersachsen⁷¹	2007	2008
Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten	470	430 ⁷²
Autonome und sonstige gewaltbereite Linksextremisten	690	690
Summe	1.160	1.120

DIE LINKE. ⁷³	2.500	2.864
--------------------------	-------	-------

⁶⁷ Die Zahlenangaben sind zum Teil geschätzt und gerundet.

⁶⁸ Einschließlich Kommunistischer Plattform (KPF) und weiterer linksextremistischer Gruppen in der Linkspartei.

⁶⁹ In die Statistik sind nicht nur tatsächlich als Täter/Tatverdächtige festgestellte Personen einbezogen, sondern auch solche Linksextremisten, bei denen lediglich Anhaltspunkte für Gewaltbereitschaft gegeben sind. Erfasst sind nur Gruppen, die feste Strukturen aufweisen und über einen längeren Zeitraum aktiv waren. Das Mobilisierungspotenzial der „Szene“ umfasst zusätzlich mehrere tausend Personen.

⁷⁰ Die Partei DIE LINKE. ist wegen ihres ambivalenten Erscheinungsbildes gesondert ausgewiesen. Es ist davon auszugehen, dass nicht alle Mitglieder linksextremistische Ziele verfolgen oder unterstützen. Die Partei firmierte bis zur Fusion mit der Partei Arbeit & Soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG) am 16. Juni unter dem Namen Die Linkspartei.PDS.

⁷¹ Die für den Bund eingefügten Fußnoten gelten entsprechend auch für Niedersachsen. Auf den Abzug von Mehrfachmitgliedschaften in Höhe von ca. 2 % wie beim Bund ist verzichtet worden.

⁷² Verantwortlich für den Rückgang ist die Auflösung des trotzkistischen Linksruck und dessen Aufgehen in der Partei DIE LINKE.

⁷³ Die Beobachtung der PDS wurde in Niedersachsen im Jahr 2003 begonnen. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde lediglich die Kommunistische Plattform in der PDS (KPF) beobachtet. Nach der Fusion mit der WASG ist die Partei DIE LINKE. ein einheitliches Beobachtungsobjekt.

Politisch motivierte Kriminalität⁷⁴ (PMK) mit extremistischem Hintergrund – links

Die Politisch motivierte Kriminalität wird seit dem Jahr 2001 durch die Polizei nach dem von der Innenministerkonferenz beschlossenen „Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität (KPM-D-PMK)“ bundeseinheitlich erfasst.

In Niedersachsen wurden im Jahr 2008 insgesamt 666 linksextremistische Straftaten polizeilich registriert. Im Vergleich zum Vorjahr, in dem 528 Straftaten festgestellt wurden, ist somit eine Steigerung um etwa 26 % zu verzeichnen. Dieser Anstieg ist insbesondere auf die Begehung von Straftaten im Zusammenhang mit der Landtagswahl im Januar 2008 (72 linksextremistische Delikte) sowie mit dem im November 2008 durchgeführten Castor-Transport nach Gorleben zurückzuführen. In Verbindung mit dem Castor-Transport wurden im Jahr 2008 insgesamt 112 linksextremistische Straftaten, darunter 24 Gewaltdelikte, erfasst.

Wie im Vorjahr bildeten auch im Jahr 2008 die Themenfelder „Antifaschismus“ (367 Delikte), „Konfrontation mit Rechts“ (150 Delikte) sowie „Sicherheitsbehörden Polizei“ (129 Delikte)⁷⁵ einen deutlichen Schwerpunkt bei der linksextremistischen Tatmotivation.

Der größte Anteil der Straftaten wurde durch Täter im Alter zwischen 21 und 30 Jahren begangen (137 Delikte), gefolgt von den 18- bis 20-jährigen Tätern (87 Delikte) sowie den 31- bis 50-Jährigen (56 Delikte).

Die Zahl der linksextremistisch motivierten Gewaltdelikte stieg um ca. 3 % von 98 Taten im Jahr 2007 auf 101 Taten im Jahr 2008.

Dabei wurden wie im Vorjahr 10 Brandstiftungen polizeilich bekannt. Während diese im Jahr 2007 vorwiegend aus einer Brandserie in Göttingen resultierten, wurden die Brandstiftungen im Vorjahr in unterschiedlichen Themenzusammenhängen begangen. Hierbei handelte sich u. a. um Anschläge auf Fahrzeuge von Energieversorgungsunternehmen, der Bundespolizei sowie anderen Unternehmen. Die Zahl der Körperverletzungsdelikte war leicht rückläufig (2007: 47; 2008: 45).

Bei den Landfriedensbrüchen war eine Zunahme um 7 Taten von 13 im Jahr 2007 auf 20 Taten im Jahr 2008 zu verzeichnen. Diese Taten wurden im Wesentlichen im Zusammenhang mit dem Castor-Transport sowie linksextremistisch motivierten Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner bei Demonstrationen begangen.

⁷⁴ S. Fußnote 3

⁷⁵ Die Motivation zur Straftatenbegehung wird in verschiedenen Themenfeldern abgebildet. Hierbei ist eine Mehrfachnennung möglich, da ein Delikt auch verschiedene Themenfelder tangieren kann. Dementsprechend besteht die Möglichkeit, dass die Summe der Delikte verschiedener Themenfelder die Gesamtzahl der Delikte in einem Phänomenbereich übersteigt.

Übersicht der Gewalttaten und sonstigen Straftaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politisch motivierte Kriminalität - links“ in Niedersachsen⁷⁶

Gewalttaten:	2007	2008
Tötungsdelikte	0	0
Versuchte Tötungsdelikte	0	0
Körperverletzungen	47	45
Brandstiftungen	10	10
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion	2	0
Landfriedensbrüche	13	20
Gefährl. Eingriffe in Bahn-, Luft-, Schiffs- oder Straßenverkehr	3	5
Freiheitsberaubung	0	0
Raub	2	1
Erpressung	0	0
Widerstandsdelikte	20	20
Sonstige Delikte	1	0
insgesamt	98	101
Sonstige Straftaten:		
Sachbeschädigungen	246	302
Nötigungen/Bedrohungen	17	26
Andere Straftaten	167	237
insgesamt	430	565
Straftaten insgesamt	528	666

⁷⁶ Die Zahlen basieren auf Angaben des Landeskriminalamtes Niedersachsen (LKA NI). Die Darstellung der niedersächsischen Zahlen in Übersichten des Bundes kann davon abweichen, da das LKA NI eine so genannte lebende Statistik führt. Um die ständige Aktualität der Statistik sicherzustellen, werden dabei ggf. Nacherfassungen/Aktualisierungen auch für Vorjahre vorgenommen, so dass der Zahlenbestand noch Veränderungen unterliegen kann.

Übersicht der Gewalttaten und sonstigen Straftaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politisch motivierte Kriminalität - links“ in der Bundesrepublik Deutschland⁷⁷

Gewalttaten:	2007	2008
Tötungsdelikte	0	0
Versuchte Tötungsdelikte	1	3
Körperverletzungen	384	359
Brandstiftungen	51	62
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion	2	0
Landfriedensbrüche	215	149
Gefährl. Eingriffe in Bahn-, Luft-, Schiffs- oder Straßenverkehr	40	24
Freiheitsberaubung	0	0
Raub	14	13
Erpressung	2	2
Widerstandsdelikte	124	89
insgesamt	833	701
Sonstige Straftaten:		
Sachbeschädigungen	1.142	1.468
Nötigungen/Bedrohungen	52	57
Andere Straftaten	738	898
insgesamt	1.932	2.423
Straftaten insgesamt	2.765	3.124

⁷⁷ Die Zahlen basieren auf Angaben des Bundeskriminalamtes (BKA).

Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politisch motivierte Kriminalität - links“⁷⁸

Gewalttaten	2007	2008
Baden-Württemberg	46	28
Bayern	76	109
Berlin	45	54
Brandenburg	36	34
Bremen	14	6
Hamburg	49	51
Hessen	89	25
Mecklenburg-Vorpommern	120	27
Niedersachsen	97	101
Nordrhein-Westfalen	94	86
Rheinland-Pfalz	6	7
Saarland	3	3
Sachsen	84	80
Sachsen-Anhalt	20	34
Schleswig-Holstein	36	43
Thüringen	18	13
Gesamt	833	701

⁷⁸ Die Zahlen basieren auf Angaben des Bundeskriminalamtes (BKA). In dieser Tabelle weicht die Zahl für Niedersachsen im Jahr 2007 von den Angaben in der niedersächsischen Übersicht ab, da Niedersachsen eine so genannte „lebende Statistik“ führt. Um die ständige Aktualität der Statistik sicherzustellen, werden dabei ggf. Nacherfassungen/Aktualisierungen auch für Vorjahre vorgenommen.

Einführung

Für die Ideologie des deutschen Linksextremismus sind die beiden ideengeschichtlichen Grundströmungen des 19. Jahrhunderts, Marxismus und Anarchismus, grundlegend. Linksextremisten greifen die in der Französischen Revolution proklamierten Werte Freiheit und Gleichheit in radikaler Zuspitzung auf und wollen den Menschen aus allen politischen und ökonomischen Abhängigkeiten befreien. Ihr Ziel ist es, die bestehende politisch-ökonomische Ordnung zu überwinden, oder – das gilt insbesondere für Anarchisten – jegliche Herrschaftsverhältnisse abzuschaffen.

Das Streben nach Gleichheit kennzeichnet den entscheidenden Unterschied zum Rechtsextremismus, der als Ideologie der Ungleichheit bezeichnet werden kann. Während Rechtsextremisten den Rassenhass predigen, fordern Linksextremisten zum Klassenhass auf.

Kommunismus und Anarchismus unterscheiden sich in der Bewertung der Freiheitsrechte. Überdeckt der übersteigerte Gleichheitsbegriff kommunistisch ausgerichteter Organisationen die individuellen Freiheitsrechte, lehnen anarchistische Gruppierungen staatliche Organisation und damit Machtstrukturen (Hierarchien) generell ab. Beide Richtungen orientieren sich an der Utopie einer klassen- bzw. herrschaftsfreien Ordnung, d. h. der vollkommenen Befreiung des Menschen von allen gesellschaftlichen, politischen, ökonomischen und kulturellen Zwängen. Anarchisten, die in ihrem konkreten politischen Handeln diesen utopischen Entwurf vorzuleben versuchen, lehnen auf Zwang beruhende Zwischenstadien zur Realisierung dieser klassenlosen Gesellschaft wie die von Kommunisten geforderte Diktatur des Proletariats ab. Kommunistische Gruppierungen haben sich den Sturz des bestehenden politischen Systems und die Errichtung einer Diktatur des Proletariats unter Führung einer „proletarischen Avantgarde“ als Ziel gesetzt. Das utopische Endziel dieser Gruppierungen ist die klassenlose kommunistische Gesellschaft. Marxistisch-leninistische Organisationen wie die Deutsche Kommunistische Partei (DKP), die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) und auch Teile der Partei DIE LINKE. halten an der Idee einer Revolution der Arbeiterklasse fest, der die Diktatur des Proletariats folgt. Demgegenüber propagieren anarchistische Gruppierungen die Überwindung des bestehenden politischen Systems auf dem Wege massenhaften zivilen Ungehorsams⁷⁹ und vorbildhafter Selbstorganisation. Linksextremistische Organisationen stim-

⁷⁹ Ziviler Ungehorsam ist insbesondere bei den „gewaltfreien“ Anarchisten der Verstoß gegen ein Gesetz aus Gewissensgründen, wobei bewusst in Kauf genommen wird, dafür bestraft zu werden.

men in der Notwendigkeit einer revolutionären Veränderung der bestehenden Verhältnisse überein, die das internationale Zusammenwirken aller revolutionären Kräfte erfordert (Internationalismus).

Aktuelle Entwicklungen im Linksextremismus in Niedersachsen

Zwei Ereignisse standen im Berichtsjahr im Mittelpunkt der Entwicklung des Linksextremismus in Niedersachsen: Der Einzug der Partei DIE LINKE. in den Landtag am 27. Januar und der elfte Castor-Transport Anfang November.

Nach der Fusion von Linkspartei.PDS und der Partei „Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative“ (WASG) zur Partei DIE LINKE. im Jahre 2007 gelang ihr mit einem Stimmenanteil von 7,1 % der Einzug mit elf Abgeordneten in den Niedersächsischen Landtag. Drei Abgeordnete haben einen Vorlauf in der linksextremistischen DKP. Mit Christel WEGNER, die auf der Liste der Partei DIE LINKE. kandidierte, gelang erstmals einem aktiven DKP-Mitglied der Einzug in ein bundesdeutsches Landesparlament. Äußerungen gegenüber dem ARD-Fernsehmagazin Panorama vom 14. Februar, in denen sie den Bau der Berliner Mauer rechtfertigte und sich für die Wiedereinführung einer Staatssicherheit nach DDR-Vorbild in einer künftige Gesellschaft aussprach, führten zu ihrem Ausschluss aus der Landtagsfraktion DIE LINKE. Seitdem gehört sie als fraktionslose Abgeordnete dem Niedersächsischen Landtag an.

Neben einem weiteren Anwachsen der Mitgliederzahlen der Partei DIE LINKE. von rund 2.500 auf etwa 3.000 ist vor allem eine Zunahme ihrer Bündnis- und Kampagnenpolitik zu beobachten. So hat die niedersächsische DIE LINKE. einen „Ratschlag für linke Politik in Niedersachsen“ ins Leben gerufen, um möglichst viele außerparlamentarische Bewegungen an sich zu binden. Dabei fehlt ein klarer Trennungsstrich zu verfassungsfeindlichen Gruppierungen. Vielmehr sucht sie die Zusammenarbeit auch mit offen extremistisch auftretenden außerparlamentarischen Organisationen wie den Autonomen.

Für Linksextremisten ist der Kampf gegen die friedliche Nutzung der Atomenergie seit mehr als 30 Jahren ein Themenschwerpunkt ihres militanten Widerstandes. Von zentraler symbolischer Bedeutung für die Anti-Atom-Bewegung sind daher nach wie vor insbesondere die Atom-mülltransporte in das niedersächsische Transport-Behälter-Zwischenlager (TBL) Gorleben. Sie motivieren auch weiterhin Linksextremisten zu nennenswerten Widerstandsaktionen. Vor dem Hintergrund der neu entfachten Diskussionen über

die Endlagerproblematik, einen Ausstieg vom Ausstieg aus der Kernenergie und der Vorkommnisse im niedersächsischen Atommülllager Asse II war die Teilnehmerzahl bei den Protesten gegen den elften Castor-Transport im Berichtsjahr wesentlich höher als in den Vorjahren. Beteiligten sich an den Protestaktionen gegen den zehnten Castor-Transport im Jahr 2006 lediglich etwa 3.500 Personen, so nahmen 2008 rund 15.000 Atomkraftgegner teil. Die Anzahl der Autonomen aus dem gesamten Bundesgebiet, die sich an den Protesten im Landkreis Lüchow-Dannenberg beteiligten, ist wie in den Vorjahren mit rund 150 Personen weitgehend konstant geblieben.

Im Zusammenhang mit dem Castor-Transport kam es erneut zu gewalttätigen Aktionen von militanten Atomkraftgegnern. Sie verübten im gesamten Bundesgebiet als auch im benachbarten Frankreich Brandanschläge, um ihrer politischen Meinung Nachdruck zu verleihen.

Autonome und sonstige gewaltbereite Linksextremisten

Anhänger	2007	2008
Bund:	6.300	6.300
Niedersachsen:	690	690
Publikationen		
Bund:	INTERIM radikal Phase 2	(vierzehntägig) (unregelmäßig) (etwa vierteljährlich)
Niedersachsen:	vers beaux temps, Hannover (etwa vierteljährlich) TABULA RASA, Hannover (etwa monatlich) göttinger Drucksache, Göttingen (wöchentlich) Alhambra, Oldenburg (monatlich) Fight back!, Braunschweig (unregelmäßig)	

Ursprünge und Ziele

Die Entstehungsgeschichte der autonomen Bewegung reicht in die sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts zurück, in denen die radikalen und militanten Teile der Studentenbewegung

in zwei Hauptrichtungen zerfielen. Auf der einen Seite bildeten sich so genannte K-Gruppen heraus, deren Vertreter die Theorien der sozialistischen „Klassiker“ wie Marx, Engels, Lenin und Mao dogmatisch auslegten.

Die Aktivitäten dieser K-Gruppen waren von der Überzeugung getragen, dass nur eine disziplinierte, zentralistisch ausgerichtete Partei als Vorhut der Arbeiterklasse das Ziel der sozialistischen Revolution verwirklichen könne. Andererseits strebten autonome Linksextremisten, die sich auch als undogmatische Linke verstanden, zwar wie die Vertreter der orthodoxen K-Gruppen die sozialistische Revolution an.

Sie beantworteten die „Organisationsfrage“ aber ganz anders. Statt eine staatliche Ordnung herbeizuführen, sprachen sich die autonomen Linksextremisten für die Selbstorganisation des Zusammenlebens aus.

Gemeinsames Ziel der autonomen Gruppierungen ist es, den Staat und seine Institutionen gewaltsam abzuschaffen und durch eine „herrschaftsfreie Gesellschaft“ zu ersetzen. Die autonome Bewegung ist nicht wie kommunistische Organisationen von einer einheitlichen Ideologie geprägt. Sie verknüpft Elemente kommunistischer als auch anarchistischer Theoretiker miteinander. Es existieren keine landesweiten Organisationen und überregionale Strukturen. Die verschiedenen Gruppen der autonomen Bewegung definieren sich vorrangig über ihren politisch militanten Aktionismus. Ihre Aktions- und Themenfelder orientieren sich zu einem erheblichen Teil an aktuellen politischen Ereignissen und Problemfeldern, um den autonomen Widerstand in der Öffentlichkeit besser zu vermitteln. Die Aktionsfelder der autonomen Bewegung unterliegen zeitweise auch Veränderungen. So engagieren sich deren Anhänger schon seit Jahren insbesondere in dem Themenfeld Antifaschismus. In den letzten Jahren hat zudem das Aktionsfeld Antirepression im linksextremistischen Spektrum zunehmend an Bedeutung gewonnen. Die Sicherheitsgesetze in der Bundesrepublik nach den Terroranschlägen vom 11.09.2001 werden als eine neue Qualität „staatlicher Repression“ wahrgenommen. Vor allem konzentrierte sich die Kritik auf die Änderungen des BKA-Gesetzes, die dem Bundeskriminalamt präventive Ermittlungen wie die Online-Durchsuchung, die Abfrage von Vorratsdaten oder die Videoüberwachung innerhalb von Wohnungen erlauben. Darüber hinaus rückte der diesjährige Castor-Transport ins TBL Gorleben auch den Kampf gegen die friedliche Nutzung der Atomenergie wieder in den Vordergrund. Im Vorfeld der 60-Jahr-Feiern der NATO hat zudem das Thema Antimilitaris-



mus vor dem Hintergrund des Engagements der Bundeswehr in Afghanistan wieder an Bedeutung gewonnen.

Wegen der Vielzahl der in Niedersachsen, aber auch bundesweit durchgeführten autonomen Veranstaltungen ist in der autonomen Szene eine allgemeine Mobilisierungsschwäche zu beobachten. Zudem werden autonome Themenfelder wie der Kampf gegen den Rechtsextremismus und die Folgen der Globalisierung auch von demokratischen Organisationen und staatlichen Institutionen besetzt.

Brandanschläge auf zahlreiche Privat- und Firmenfahrzeuge vor allem in Berlin und Göttingen lassen erkennen, dass die von der Berliner militanten Gruppe (mg) angestoßene so genannte Militanzdebatte noch immer aktuell ist. Bei dieser Debatte geht es um die Frage, inwieweit Gewalt auch gegen Personen in der politischen Auseinandersetzung gerechtfertigt ist. Befürworten autonome Zusammenschlüsse grundsätzlich die Ausübung von Gewalt gegen Sachen als Mittel der politischen Auseinandersetzung, so lehnen sie die Gewalt gegen Personen mehrheitlich ab. Vor allem vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen um die Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der NATO am 03. und 04.04.2009 und dem letztendlich verbotenen Aufmarsch der Freien Kameradschaften am 01.05.2009 in Hannover gewinnt diese Diskussion wieder zunehmend an Bedeutung innerhalb der autonomen Szene.

Gewalttätige Aktionen in Niedersachsen

Die Bandbreite der linksextremistischen Protestformen umfasst Informations- und Diskussionsveranstaltungen, Vorträge, Ausstellungen sowie die Verbreitung von themenbezogenen Flugblättern und Plakaten. Daneben gibt es auch gewalttätige

Aktionen wie Blockaden, Störaktionen und Sachbeschädigungen. Vor allem Brandanschläge auf Fahrzeuge und gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Links- und Rechtsextremisten standen dabei bundesweit im Vordergrund.

Von besonderer Bedeutung waren die am 29. November verübten Brandanschläge auf sechs Fahrzeuge der Stadtwerke Göttingen. Sowohl an den Fahrzeugen als auch an dem Fahrzeugunterstand entstand erheblicher Sachschaden. Die bisher unbekanntes Täter sprühten mit roter Farbe die Parole „Nieder mit dem Kapitalismus, dem Patriarchat und Gewalt gegen Frauen, etc. MZ (G)⁸⁰“ an die Grundstücksmauer des Betriebsgeländes.

⁸⁰ MZ (G) steht für Militante Zelle (Gruppe).

Die Zielrichtung des Anschlages und die Art der Tatausführung sprechen für einen Zusammenhang mit einer mutmaßlich linksextremistisch motivierten Brandanschlagsserie auf Kraftfahrzeuge in Göttingen aus den Jahren 2006, 2007 und 2008. Betroffen waren neben privaten PKW's auch Dienstfahrzeuge der Polizei und der Bundespolizei. In die Anschlagsserie reihte sich am 02.12.2007 die Inbrandsetzung eines Lastkraftwagens der Firma Coca-Cola ein.

Eine bisher unbekannte linksextremistische Gruppe bekannte sich im Januar in einem als authentisch eingeschätzten Selbstbeichtigungsschreiben zu den Anschlägen. Sie stellte ausführlich ihre politischen Zielvorstellungen dar und kündigte darüber hinaus an, zukünftig relevante gesellschaftliche und sozialpolitische Themen durch „militante Aktionen“ sichtbar machen zu wollen.

Militante Aktionen in Form von Brandanschlägen, insbesondere auf Fahrzeuge, sind schon seit längerem auch bundesweit zu einem probaten Mittel der autonomen Szene geworden. So kam und kommt es in anderen Bundesländern, insbesondere in Berlin, immer wieder zum „Abfackeln von Luxus-, Firmen- und bundeseigenen Fahrzeugen“.

Neben diesen militanten Aktionen nahmen die Konfrontationen zwischen Links- und Rechtsextremisten in Niedersachsen als auch bundesweit zu. Gewalttätige Übergriffe wie Körperverletzungen und Sachbeschädigungen standen dabei im Vordergrund. So warfen beispielsweise Linksextremisten am 26. Oktober in Schneverdingen die Heckscheibe des PKW's eines bekannten Rechtsextremisten mit einer Waschbetonplatte ein.

Vernetzungsbemühungen der autonomen Szene

Die autonome Szene wirkt zerrissen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass nach dem autonomen Selbstverständnis hierarchische Strukturen prinzipiell abgelehnt werden. Auch die fehlende einheitliche ideologische Basis sowie abweichende Positionen in wesentlichen Fragen der autonomen Szene (z. B. Militanzdebatte, Antideutsche/Antiimperialisten) erschweren ein koordiniertes Vorgehen. Dennoch werden immer wieder Bestrebungen deutlich, dass Gruppen zumindest anlassbezogen regionale und überregionale Bündnisse und Vernetzungen bilden.

Vernetzungen in Niedersachsen

Bündnisse von Autonomen aus den Räumen Schaumburg und Hannover und aus Nordrhein-Westfalen gab es in Zusammenhang mit dem am 28.07.2007 in Bad Nenndorf

durchgeführten rechtsextremistischen „Trauermarsch“. Dabei trat ein Antifaschistisches Aktionsbündnis gegen Geschichtsrevisionsismus auf, bestehend aus sechs niedersächsischen Organisationen und zwei linksextremistischen Gruppierungen aus Nordrhein-Westfalen.

Auch zum „Trauermarsch“ am 2. August schlossen Linksextremisten aus den Regionen Hannover, Schaumburg und aus Nordrhein-Westfalen erneut länderübergreifende Bündnisse. Ein Angehöriger der linksextremistischen Szene Nordrhein-Westfalens meldete die Protestaktion für ein nicht näher bezeichnetes „Bündnis für ein nazifreies Schaumburg“ an. Trotz unterschiedlicher Bezeichnungen sind Personen- und Gruppenüberschneidungen wahrscheinlich.

Ein weiteres Beispiel für die in der autonomen Szene typischen lokalen und regionalen Vernetzungsbemühungen ist das „Infoportal Weser/Deister/Leine“, ein gemeinsames Projekt verschiedener antifaschistisch orientierter Gruppen. Das anfänglich aus sechs linksextremistischen/linksextremistisch beeinflussten Gruppierungen

bestehende Bündnis⁸¹ veröffentlichte im Januar im Internet seine Selbstdarstellung. Erklärtes Ziel des Zusammenschlusses ist es, den antifaschistischen Widerstand in der Region zu koordinieren und noch effektiver zu gestalten. Zwar würde im Bündnis nicht jede Analyse von allen beteiligten Gruppen geteilt, jedoch bestünde Einigkeit über die „antikapitalistische Richtung“:



„Unser langfristiges Ziel ist die Zerschlagung aller faschistischen Strukturen und der Aufbau einer freien und solidarischen Gesellschaft, in der dem Faschismus jede Grundlage entzogen ist. Bis dahin ist es ein langer Weg, auf dem wir uns immer wieder mit einer militant agierenden Nazi-Szene und staatlichen Repressionen auseinandersetzen müssen.“

Einige Gruppen präsentieren sich auch im Internet,⁸² z. B. die Autonome Antifa Bückeburg, die sich als eine aus Jugendlichen bestehende, antiautoritäre Gruppe beschreibt und sich gegen jeden Staat und jede Repression ausspricht. Die Antifa Nienburg stellt in Aussicht, durch politische Bildungsarbeit die Wurzeln des Faschismus, die aus ihrer Sicht

⁸¹ Mitgliedsgruppen des Antifa Infoportals zum Zeitpunkt seiner Selbstdarstellung im Januar: Antifa Seelze, Antifa [rk] Wunstorf, Antifaschistische Aktion Hameln/Pyrmont, Kritische Initiative Schaumburg [K.I.S.], Autonome Antifa Deister und die Revolutionäre Antifa Minden [RAM] aus Nordrhein-Westfalen.

⁸² verschiedene Internetseiten, Ausdrücke vom 03.12.2008

in der sozialen Ungerechtigkeit der Gesellschaft begründet liegen, bekämpfen zu wollen.

Auch die Kritische Initiative Schaumburg [K.I.S.] thematisiert und bekämpft schwerpunktmäßig faschistische und nationalistische Strukturen. Darüber hinaus präsentiert sie ein mehrseitiges „Positions- und Diskussionspapier zu den zukünftigen Protesten gegen den jährlichen Naziaufmarsch 2009 in Bad Nenndorf“, das seit Oktober unter dem Motto “Höchste Zeit für neue Zeiten” verteilt wird. Es enthält neben einer Rückschau und Bewertung der Proteste der letzten Jahre klare Vorschläge für die Einbindung linksextremistischer Bündnisse und Kampagnen in eine frühzeitige Mobilisierung.

Ob der Aufbau einer einflussreichen Bündnisstruktur im südwestlichen Raum Niedersachsens mit Bezug nach Nordrhein-Westfalen und eine langfristige Etablierung des Zusammenschlusses gelingen wird, bleibt abzuwarten. Die Neuzugänge der Gruppen Autonome Antifa Bückeberg, Antifa Nienburg und Antifaschistische Jugend Minden zum Antifa Infoportal im Oktober sprechen zumindest dafür.



Kommunikationswege

Die bundesweit vertriebenen Publikationen INTERIM (Berlin) – das bundesweit bedeutendste Printmedium der autonomen Szene –, radikal (Berlin) und Phase 2 (Berlin/Leipzig) nutzen Linksextremisten weiterhin, um die Vernetzung ihrer Gruppen zu verbessern. Die oft konspirativ erstellten und hauptsächlich über Info- und Buchläden verbreiteten Veröffentlichungen enthalten z. B. Veranstaltungshinweise, Demonstrationsaufrufe, ideologische Essays, Handlungsanleitungen zu militanten Aktionen sowie Selbstbezeichnungen für Anschläge.

Darüber hinaus hat das Internet in der autonomen Szene nicht zuletzt wegen der Kommunikationsmöglichkeit über Mailinglisten und Diskussionsforen eine herausragende Bedeutung.

Aktionsfeld Antifaschismus

Zentrales Aktionsfeld ist der so genannte Kampf gegen den Antifaschismus, der auch der Öffentlichkeit am besten zu vermitteln ist. Insbesondere auf diesem Gebiet zeigen Autonome eine hohe Aggressivität und Gewaltbereitschaft. Sie führen in der Regel keine eigenen Veranstaltungen durch, sondern beteiligen sich an bürgerlichen Protestveranstal-

tungen und versuchen, diese für die Propagierung ihrer eigenen Ziele zu instrumentalisieren.

Feindbilder der Autonomen sind nicht nur rechtsextremistische Strukturen und Personen, sondern auch die Bundesrepublik Deutschland selbst. Der demokratische Rechtsstaat und seine Wirtschaftsordnung werden in eine Tradition, die an den NS-Staat anknüpft, gestellt und als faschistoid bezeichnet. Rechtsextremismus wird von den Autonomen als ein systemimmanentes Merkmal der deutschen Gesellschaftsordnung bewertet. Sie unterstellen ihr, den Rechtsextremismus bewusst zu fördern und zu instrumentalisieren. Der revolutionäre Antifaschismus richtet sich primär gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und verfolgt als Ziel, die gesellschaftlichen Strukturen, die aus seiner Sicht Faschismus und Rassismus hervorbringen, zu zerschlagen.

In einem Anfang März im Internet veröffentlichten Grundsatzpapier der linksextremistischen Antifaschistischen Aktion Hannover [AAH] heißt es:

„Wir kämpfen für die Abschaffung jeglicher Unterdrückung, für Herrschaftsfreiheit nicht nur hier, sondern überall. Deshalb ist unser antifaschistischer Kampf mehr als nur die Verteidigung des Status quo gegen den Faschismus.“

Anarchie und Antifaschistischer Kampf weiterhin politischer Schwerpunkt

Antidemokratische Thesen und Diffamierung des deutschen Rechtsstaates

Im Mittelpunkt der Erklärung steht die gängige Kapitalismuskritik und die aus ihr abgeleitete Forderung nach Systemüberwindung. Dass der deutsche Staat sich als Repräsentant von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit darstellt, wird als „blanker Hohn“ diffamiert:

„Seine Ideale sind nur in einer befreiten Gesellschaft jenseits von Staat und Kapital zu erreichen, in denen das Ziel nicht die Herrschaft eines diffusen „Volkes“, die der Mehrheit über die Minderheit und somit letztendlich des Menschen über den Menschen ist. Deswegen lehnen wir auch Demokratie in ihrer Eigenschaft als Spielform des Staates als Teil des abschaffungswerten Ganzen ab.“

Niedersächsische Aktivitäten

Wie in den vorangegangenen Jahren waren von der NPD oder von Freien Kameradschaften durchgeführte Demonstrationen der Schwerpunkt des Antifaschismus-Kampfes.

Die linksextremistische Antifaschistische Aktion Lüneburg/Uelzen initiierte im Januar und Juni gleich mehrere Protestkundgebungen anlässlich rechtsextremistischer Veranstal-

tungen, die vor allem auch von auswärtigen Linksextremisten unterstützt wurden.

Am 20. Januar beteiligten sich in Meckelfeld (Landkreis Harburg) 400 Demonstranten, darunter ein Großteil Angehöriger des linksextremistischen Spektrums, unter dem Motto „Die rassistische Hetze stoppen. Deine Stimme gegen Nazis“. Vor Beginn der Gegendemonstration blockierten überwiegend aus Hamburg und Lüneburg angereiste Linksextremisten den Bahnsteig in Meckelfeld, um die Ankunft der NPD-Teilnehmer zu behindern. Es kam zu Beeinträchtigungen des Bahnverkehrs. Nach Beendigung der Veranstaltung versuchten erneut Linksextremisten in Kleingruppentaktik zum Bahnhof zu gelangen, um die Gleiskörper zu überqueren bzw. zu betreten und beeinträchtigten dadurch erneut den Bahnverkehr.

Die hohe Beteiligung der Linksextremisten in Meckelfeld, das über keine festen linksextremistischen Organisationsstrukturen verfügt, lässt sich durch die räumliche Nähe zu Hamburg erklären. Auf der linksextremistischen Internetseite der [tag] – Hamburg (nach eigenen Angaben: antifaschistisch – profeministisch – linksradikal) wird dazu aufgerufen, die niedersächsischen „GenossInnen“ zu unterstützen.

Im gleichen Monat demonstrierten in Schneverdingen rund 100 Angehörige des linken Spektrums, die überwiegend aus den Regionen Hannover, Lüneburg, Osterholz, Stade und aus Bremen und Dresden anreisten, gegen die NPD und die rechtsextremistische Kameradschaft Snevern Jungs.

Rund 250 Angehörige und Sympathisanten linksextremistischer und linksextremistisch beeinflusster Gruppierungen aus den Bereichen Celle, Hannover und Lüneburg demonstrierten am 21. Juni in Eschede unter dem Motto: „Stoppt den Na(ht)zischeiss – Nazitreffen in Eschede verhindern“ gegen die Sommersonnenwendfeier der rechtsextremistischen Szene auf dem Hof des NPD-Mitglieds NAHTZ in Eschede.

Für den 5. Juli lagen insgesamt zwölf Anmeldungen von Protestveranstaltungen vor, die sich gegen eine von dem Rechtsextremisten Christian WORCH angemeldete Demonstration in Oldenburg richteten. Acht dieser Anmeldungen waren dem Umfeld des linksextremistischen Aktionszentrums Alhambra in Oldenburg und eine der Partei DIE LINKE. zuzuordnen. Ziel dieser Gegendemonstrationen war es, strategisch günstige Plätze in der Innenstadt sowohl für eigene Aktionen zu belegen als auch für Rechtsextremisten zu blockieren.

Demonstration in Schneverdingen



Weitere Protestaktionen gegen Aktivitäten von Rechtsextremisten angekündigt

Letztendlich wurde aus den zahlreichen Einzelveranstaltungen eine große Gegendemonstration gebildet, an der insgesamt etwa 1.200 Personen teilnahmen, davon rund 250 dem autonomen Spektrum zuzurechnende Aktivist:innen. Nach Beendigung der Kundgebung bewegten sich spontan mehr als 100 Autonome in Kleingruppen in Richtung Bahnhofsvorplatz. Dabei wurden zwei Müllcontainer in Brand gesetzt, Verstöße gegen das Versammlungsgesetz begangen, Polizeibeamte beleidigt und Widerstand gegen Polizeibeamte geleistet.

Bündnispolitik

Der Beteiligung an großen Bündnissen stehen Autonome insofern offen gegenüber, als diese für sie immer wieder die Gelegenheit bieten, nicht nur öffentlich besser wahrgenommen zu werden, sondern auch unter diesem Schutz die Konfrontation mit den „Repressionsorganen des Staates“ suchen zu können.

Verweis auf Ermittlungsausschüsse und Rechtshilfe.

Im Vorfeld der genannten Gegenveranstaltungen wurde üblicherweise durch eigens eingerichtete Internetseiten, durch Informationsveranstaltungen, in denen in der Regel umfassend über die geplanten Protestveranstaltungen aber auch über den politischen Gegner informiert wird, oder Publikationen, die zum Teil auch außerhalb Niedersachsens verteilt wurden, mobilisiert. Teilweise standen im Verlauf der Veranstaltungen telefonisch erreichbare „Ermittlungsausschüsse“ zur Verfügung, die Aktivist:innen bei Bedarf „mit Rat und Tat“ zur Seite stehen. Über das Internet wurde „Rechtshilfe“ angeboten. So erhielten die Demonstrant:innen beispielsweise Tipps zum Verhalten gegenüber der Polizei:

„Fall nicht auf Psychokisten rein, weder auf die guten „Onkels“ und „Tanten“ (...) noch auf die „Brutalo-Bullen“, die dir gleich die Fresse polieren wollen“.

Niedersächsische Linksextremisten unterstützen auch Proteste in anderen Bundesländern

Niedersächsische Autonome lassen sich sowohl für von überwiegend demokratischen Organisationen getragene, als auch von linksextremistischen Gruppierungen initiierte Veranstaltungen außerhalb Niedersachsens mobilisieren.

Linksextremisten aus Niedersachsen beteiligten sich auch an Gegenkundgebungen in Hamburg sowohl am 1. Mai in Zusammenhang mit der Veranstaltung von NPD und Freien Nationalisten als auch anlässlich der zentralen Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit unter dem Tenor: „Hart Backbord – 03. Oktober: Kein Grund zum Feiern!“. Sie reisten überwiegend aus dem Lüneburger Raum an.

Im September beteiligten sich mehrere hundert gewaltbereite Linksextremisten, darunter Angehörige linksextremistischer Gruppierungen aus Braunschweig, Göttingen und

Hannover, an der breit gefächerten, bundesweiten Protestbewegung gegen den geplanten „Anti-Islamisierungskongress“ des Vereins pro Köln e. V. Vielfach verliefen die Proteste gewalttätig. Vermummte Demonstranten versuchten die Polizeiabsperrungen zu entfernen, errichteten Barrikaden, zündeten Müllcontainer an und bewarfen die Einsatzkräfte mit Steinen und Molotowcocktails.

Niedersächsische Linksextremisten unterstützen auch Initiativen in entfernter gelegenen Ländern wie beispielsweise in Bayern. So wurden in einer aus rund 50 Personen bestehenden Gruppe Göttinger Linksextremisten in Gewahrsam genommen, als sie sich anlässlich der im Rahmen der Protestaktionen gegen die so genannte Brendtenfeier des „Kameradenkreises Gebirgstruppe e. V.“ am 3. und 4. Mai in Mittenwald auf dem Weg zu einem Gebirgsjägerrehrenmal auf dem Hohen Brendten befanden.

Einen weiteren Schwerpunkt linksextremistischer Aktivitäten bildeten auch in diesem Berichtsjahr Outing-Aktionen. Indem Rechtsextremisten gezielt steckbriefähnlich kenntlich gemacht werden, soll die Bevölkerung über rechtsextremistische Einflüsse aufgeklärt werden. So enthalten teilweise mehrseitige Flugblätter Angaben zu Wohnsitz, Fahrzeug und Arbeitsumfeld von Rechtsextremisten.

In diesem Jahr richteten sich die Aktionen darüber hinaus auch gegen Geschäfte, deren Geschäftsinhaber aus Sicht der Linksextremisten rechtsextremistische Bezüge aufzeigen. Die Zielsetzung der Akteure ist letztendlich die Geschäftsaufgabe.

Vor allem die Antifaschistische Linke International (A.L.I.) aus Göttingen engagierte sich in diesem Zusammenhang. Bereits im Oktober 2007 formulierte sie mit Plakaten, Flugblättern und über das Internet ihr Ziel, gegen rechtsextremistische Strukturen im Südharz vorgehen zu wollen. Durch die überregionale Bündnisdemonstration „Es gibt kein ruhiges Hinterland/Gegen den faschistischen Normalzustand!“ vom 19. Januar in Bad Lauterberg, an der mehrere Hundert Teilnehmer des linken Spektrums teilnahmen, sollte den in der ländlichen Region Göttingens immer offensiver auftretenden rechtsextremistischen Organisationen entgegengetreten werden. Diese könnten sich nur dort ausbreiten, wo ihnen bisher nur geringe Widerstände entgegengesetzt wurden.

In diesem Kontext stand das in der linksextremistischen Szenepublikation göttinger Drucksache Nr.



Solidarität und Unterstützung für Antifaschistinnen und Antifaschisten des Südharzes



Kampagne „Keine Geschäfte mit Faschisten“ wird fortgesetzt

601 im Februar offen von der A.L.I. propagierte Kampagnenziel „Die Schließung des Nazitattoo ladens 'Zettel am Zeh' in der Hauptstraße 175 in Bad Lauterberg“. Tatsächlich wurden im Verlauf des Berichtsjahres Sachbeschädigungen verzeichnet, z. B. das Einwerfen einer Schaufensterscheibe. Der Tattoo laden stand ebenfalls im Fokus der am 1. November in Osterode unter dem Motto „Ladenschluss“ durchgeführten Podiumsdiskussion, in der antifaschistische Initiativen, darunter Vertreter der A.L.I., von ihren Erfahrungen „beim Schließen von Naziläden“ berichteten.



Am Vortag fand eine gleichlautende Veranstaltung in Göttingen statt. Auch das Göttinger Objekt „Moon Light Göttingen – Tabledance-Bar“ rückte spätestens seit Jahresmitte in den Fokus der linksextremistischen Szene. Eine geplante Konzertveranstaltung mit Bands aus dem rechtsextremistischen Spektrum hatte zu Gegenaktionen geführt. Etwa 250 Demonstranten, darunter eine Vielzahl Angehöriger linksextremistischer Gruppierungen, beteiligten sich. Nur wenige Wochen später protestierten Göttinger Linksextremisten erneut. Die autonome Redical [M] hatte im Internet unter der Ankündigung „Moonlight und Anhang wollen grillen gehen“ von einer so genannten Abgrillfeier, geplant von den Betreibern des „Moon Light Göttingen“, berichtet.

Seit November wird die Tabledance-Bar unter neuer Leitung und anderem Namen weitergeführt. Die A.L.I. beabsichtigt, die Bar im Fokus ihrer linksextremistischen Agitation zu behalten.

Aktionsfeld Antirepression

Das Aktionsfeld Antirepression hat in den letzten Jahren im linksextremistischen Spektrum zunehmend an Bedeutung gewonnen. Die Verschärfung der Sicherheitsgesetze nach den Terroranschlägen vom 11.09.2001 wird daher als „staatliche Repression“ wahrgenommen. Vor allem auf die Änderungen des BKA-Gesetzes konzentriert sich die Kritik. Der permanente Ausbau des „Überwachungsstaates“ und seiner

Technik wie beispielsweise Gen- und biometrische Datenbanken haben ebenso wie die Kameraüberwachung öffentlicher Plätze zu einer aggressiven Ablehnung geführt und das Bedürfnis geweckt, den „Groll auf das System“ kund zu tun.

Für konflikträchtige Veranstaltungen, bei denen polizeiliche „Schikanen“ zu erwarten sind, werden häufig so genannte Ermittlungsausschüsse als zentrale Sam-



mel- und Koordinationsstellen für alle Informationen über repressive Maßnahmen eingesetzt.

Bis zu 400 Personen beteiligten sich nach Polizeiangaben am 29. Januar an einer friedlich verlaufenen Demonstration unter dem Motto „Sicherheit kostet Freiheit“ anlässlich des „11. Europäischen Polizeikongresses“ am 29. und 30. Januar in Berlin. Zu der Demonstration hatte ein breites Bündnis aufgerufen, dem auch Linksextremisten unterschiedlicher Ausrichtung angehörten. In Redebeiträgen wurden u. a. die als „Verfolgungsbehörden“ bezeichneten Sicherheitsbehörden kritisiert, welche

Demonstration gegen „11. Europäischen Polizeikongress“ in Berlin

„... mittels verhaltensforschender Software ... in ihren Datenbanken auf die Suche nach zukünftigen Delinquenten ...“

gingen. Mit einer „Risiko-Analyse“ werde versucht, „sicherheitskritisches Verhalten“ vorherzusehen und zu unterbinden. Dadurch würden

„... etwa MigrantInnen an den EU-Grenzen abgehalten (Migrationsabwehr) oder Proteste gegen G8-Treffen kanalisiert und bekämpft (Handhabung von Menschenmassen)“.

(veröffentlicht im Internet; Ausdruck vom 01.02.2008)

Der Redebeitrag der linksextremistischen „Gipfelsoli Info-gruppe“ endet mit dem Aufruf:

„Wir lassen uns nicht handhaben! Für mehr sicherheitskritisches Verhalten! Der Sicherheitsindustrie auf die Finger klopfen!“

(veröffentlicht im Internet; Ausdruck vom 01.02.2008)

Aktionsfeld Antimilitarismus

Während das Themenfeld Antimilitarismus in den vergangenen Jahren bei Linksextremisten eine eher untergeordnete Rolle spielte, scheint es seit Beginn des Jahres 2008 zunehmend in den Fokus linksextremistischer Agitation zu rücken.

Linksextremisten zielen mit ihren antimilitaristischen Protesten und Aktionen über den eigentlichen Demonstrationsanlass hinaus auf die Überwindung des bestehenden politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland.

Neben der im Wesentlichen von Nicht-Extremisten getra-

genen so genannten Anti-Kriegs-Bewegung bzw. Friedensbewegung reklamieren aber auch Autonome – unter ausdrücklicher Einbeziehung für sie typischer militanter Aktionen – das Thema Antimilitarismus für sich.

Niedersächsische Aktivitäten

Kennzeichnend dafür war auch 2008 wieder die Beteiligung von rund 100 Linksextremisten an den Pro-testkundgebungen vom 22. August in Hannover anlässlich des

35. Sommerbiwaks der Bundeswehr. Wie bereits im vergangenen Jahr veranstaltete das zu diesem Zweck formierte Bündnis „Antimilitaristische Aktion Hannover“ einen Aktionstag gegen Krieg und Militarisierung, der sich gegen das traditionelle Sommerfest der Bundeswehr richtete. Bündnispartner waren neben den Parteien DIE LINKE. im Rat der Landeshauptstadt Hannover und der DKP Hannover die linksextremistischen und linksextremistisch beeinflussten Gruppierungen Alerta Hannover, [AAH], AVANTI – Projekt undogmatische Linke OG Hannover, SDAJ Hannover, Linksjugend [solid] und Rote Aktion Kornstrasse (RAK).

Die unter dem Motto „Kein Frieden mit der Bundeswehr! Keine Feier mit der 1. Panzerdivision!“ stehenden Veranstaltungen verliefen weitgehend störungsfrei.

In dem diesjährigen im Internet veröffentlichten Aufruf hieß es:

„Kreativ, laut und entschlossen wollen wir ihnen den Auftakt zu ihrem Sommerbiwak vermiesen und ihnen unsere Verachtung und Wut entgegenschleudern. Transparente, Parolen und Redebeiträge konfrontieren die Gäste mit dem Grauen des Krieges.“

Wie in den Vorjahren kam es auch in diesem Jahr zu Störungsaktionen wie Beleidigungen und Belästigungen während der Ankunft und Abfahrt der Gäste, u. a. mit „blutverschmierten“ Nachbildungen von Körperteilenbeteiligte. Mitglieder der linksextremistischen Szene beschimpften zudem abreisende Gäste in der Stadtbahn.

Auch Informationsstände oder Werbeveranstaltungen der Bundeswehr in Arbeitsagenturen und Schulen sind in letzter Zeit von antimilitaristischen Protesten begleitet worden. Am 28. April legten 20 Personen der linken Szene vor dem Schulgelände einer Berufsbildenden Schule in Göttingen Flyer aus, zeigten Transparente und hielten einen kurzen Redebeitrag. Einen Tag später versuchte eine kleine Gruppe der linken



Szene nach Beendigung der Schulpause mit dem Strom der Schüler auf das Schulgelände derselben Schule zu gelangen; Einsatzkräfte der Polizei erteilten Platzverweise. Mit ihren Aktionen erzielten die Akteure allerdings nur geringe Resonanz bei den Schülern.

Im Juli präsentierten etwa zehn Angehörige der linken Szene am Rande einer Berufsinformationsveranstaltung der Bundeswehr vor dem Gebäude des Berufsinformationszentrums der Agentur für Arbeit in Göttingen großformatige Plakate mit der Aufschrift „Keine Ausbildung zum Töten“.

Für das traditionelle Adventskonzert der 1. Panzerdivision am 1. Dezember stand die Neustädter Hof- und Stadtkirche St. Johannis in Hannover als Veranstaltungsort zur Verfügung. Vor der Kirche veranstaltete das Bündnis „Antimilitaristischer Aktionskreis Hannover“, dem zahlreiche links-extremistisch/linksextremistisch beeinflusste Gruppierungen angehören, eine Kundgebung.

An der weitgehend friedlich verlaufenen Kundgebung nahmen 45 Personen unter Beteiligung von Linksextremisten teil. Es wurden diverse Redebeiträge gehalten, Transparente gezeigt und versucht, das Konzert durch Sprechchöre und Trillerpfeifen zu stören.

Länderübergreifendes

Für das Jahr 2008 bleibt festzustellen, dass sich die niedersächsischen Aktionen überwiegend gegen die Bundeswehr und deren Auslandseinsätze richteten. An den Bündnissen aus Nichtextremisten und Linksextremisten ist auch die „Interventionistische Linke“ (IL)⁸³ beteiligt, die als langjähriger Zusammenschluss von Gruppierungen des militanten autonomen Lagers, revolutionär-marxistischer Organisationen und zum Teil aktiver linksextremistischer Einzelpersonen bezeichnet werden kann. Eingebunden in diesen Zusammenschluss sind die beiden niedersächsischen Gruppen (RAK) Hannover und die seit etwa vier Jahren bestehende autonome Göttinger A.L.I.

Aktionsfeld Antirassismus

Die Aktionsfelder Antifaschismus und Antirassismus hängen im ideologischen Verständnis der Autonomen unmittelbar zusammen. Die Ursache für Rassismus sehen Autonome in der von Klassengegensätzen, Ausbeutung und Unterdrückung geprägten kapitalistischen Gesellschaft.

**Bundeswehrwer-
beveranstaltungen
zunehmend im Focus
antimilitaristischer
Agitation**

⁸³ Die IL war maßgeblich in die Mobilisierung gegen den G8-Gipfel im Juni 2007 in Heiligendamm eingebunden und trat am 2. Juni 2007 in Rostock mit einem eigenen „Make capitalism history“-Block in Erscheinung.

Auch im Jahr 2008 waren lediglich Einzelaktivisten des links-extremistischen Spektrums in die von überwiegend nicht extremistischen Flüchtlingsinitiativen getragenen Aktionen eingebunden. Erklärtes Ziel eines im Herbst 2006 gegründeten „Antira Plenums Oldenburg/Blankenburg“, ist es, Politik



gegen rassistische Ausgrenzung, Lager und Abschiebungen zu machen. Ihre Kritik gilt jeglicher Form der Entrechtung, Ausgrenzung und Ausbeutung von Menschen. Sie prangern die aus ihrer Sicht menschenunwürdigen Bedingungen und unzumutbaren

Zustände in „Abschiebeknästen“ an. In Niedersachsen zählen hierzu die Landesaufnahmestellen in Bramsche/Hesepe und Oldenburg/Blankenburg.

Aktionen, wie zum Beispiel Flugblattverteilungen, fanden in der Bevölkerung unverändert geringe Resonanz.

In Göttingen thematisierten neben bürgerlichen Einzelpersonen und Gruppen auch linksextremistische und links-extremistisch beeinflusste Organisationen den „täglichen Rassismus“. Dieser hätte sich in der zweiten Jahreshälfte des Berichtszeitraumes in Göttingen in Form einer monatelangen Hetzkampagne gezeigt, die sich gegen den Ladenbesitzer eines Afro-Shops richtete. Der aus Sicht der Linksextremisten rassistische Vermieter habe durch falsche Behauptungen und Bedrohungen seinen Mieter zur Aufgabe seines Geschäfts drängen wollen. Am 27. September brannte der Laden aus; er wurde bisher nicht wieder hergerichtet. Nach Aussagen der Polizei war ein technischer Defekt die Ursache.

**Kooperation
zwischen der Partei
DIE LINKE. und
Autonomen**

In der Annahme eines fremdenfeindlichen Anschlages beteiligten sich etwa 200 Personen, darunter auch Linksextremisten, am 30. September in Göttingen an einer Kundgebung, in der über Lautsprecher und Transparente Solidarität mit dem Betreiber signalisiert wurde.

In ihrem im Internet eingestellten Aufruf zur Teilnahme an der Demonstration „Für eine starke antifaschistische Kultur – Gegen rechte Zentren und Naziläden vorgehen!“ vom 8. November stellte auch die A.L.I. deutlich dar, dass ihre Solidarität dem Betreiber des Afro-Shops gelte. Er sei aus ihrer Sicht dem alltäglichen Rassismus in besonderem Maße ausgesetzt.

**Göttinger Linksex-
tremisten auch im
Themenfeld Rassism-
us aktiv**

Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass in der Vergangenheit das Themenfeld Antirassismus im Gegensatz zum Themenfeld Antifaschismus in der autonomen Szene kaum mobilisierend wirkte und sich nur schwer in der Öffentlichkeit vermitteln ließ, ist das Engagement in Göttingen vergleichsweise hoch zu bewerten.

Einflussnahme von Linksextremisten auf die Proteste gegen Atomenergie und Castor-Transporte

Für Linksextremisten ist der Kampf gegen die friedliche Nutzung der Atomenergie seit mehr als 30 Jahren ein Themenschwerpunkt ihres militanten Widerstandes.

Vor allem die Transporte in das niedersächsische TBL Gorleben sind für die Anti-Atom-Bewegung nach wie vor von zentraler symbolischer Bedeutung. Sie motivieren auch weiterhin Linksextremisten zu nennenswerten Widerstandskaktionen.

Die verfassungsfeindliche Zielsetzung linksextremistischer Anti-Atom-Gegner geht auch aus einigen im Internet, in Zeitschriften und auf Flugblättern veröffentlichten Beiträgen hervor:

„Widerstand gegen Atomanlagen heißt immer auch Widerstand gegen Strukturen einer Gesellschaft, der die Folgen des Betriebs von Atomanlagen und Kohlekraftwerken egal sind... Klima und Energie als soziale Frage zu begreifen bietet die Chance, die Systemfrage in die gesellschaftliche Debatte einzubringen und mit Aktionen politisch einzugreifen... Sicherlich gibt es viele Stellen, den Schraubenschlüssel ins Getriebe des Kapitalismus zu werfen; im Bereich Energiepolitik stellen die Castortransporte ins Wendland einen einmaligen Angriffspunkt dar. Der Schlüssel zum Atomausstieg hat Größe 41, und wir haben ihn in der Hand“

(veröffentlicht auf der Internetseite des Bündnisses „Gemeinsam zum Zug kommen“ Kampagne Castor 08 sowie in der Zeitschrift anti-atom-aktuell Nr. 193 vom November 2008, S. 10 - 11)

„Keinen Frieden mit den herrschenden Verhältnissen der Castor kommt nicht durch!“

(Plakatwand an der Roten Flora, Hamburg im Oktober 2008, veröffentlicht auf der Internetseite der linksextremistischen Gruppe SAND / Hamburg)

Von den auf eine systemüberwindende Zielsetzung ausgegerichteten linksextremistischen Aktivitäten gegen Atomenergie und Castor-Transporte ist der Protest demokratischer Organisationen zu unterscheiden, der den überwiegenden Teil des Widerstandes ausmacht.

Dieses politische Aktionsfeld hatte an sich in den letzten Jahren an Bedeutung verloren, so dass sich Linksextremisten über die Grenzen Niedersachsens hinaus nur noch in gerin-

Linksextremisten unterstützen Kampf gegen friedliche Nutzung der Kernenergie

gem Maße für Widerstandsaktionen mobilisieren ließen. Das lag zum einen daran, dass andere linksextremistische Themen den Bereich Kernenergie überlagerten. Zum anderen haben Bundesregierung und Energieversorgungsunternehmen bereits im Jahr 2000 den Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie bis zum Jahr 2021 vereinbart. Dadurch geriet die linksextremistische Protestbewegung in ein Legitimationsdilemma, das den zunehmenden Bedeutungsverlust des Aktionsfeldes verstärkte. Im Gegensatz dazu war 2008 wieder ein auch von Linksextremisten unterstütztes zunehmendes Protestverhalten zu verzeichnen. Verantwortlich dafür war die wiederaufgeflamte Debatte um eine Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke und der elfte Castor-Transport in das niedersächsische TBL Gorleben.

Elfter Castor-Transport nach Gorleben

An den unterschiedlichen Protestaktionen gegen den elften Castor-Transport von der französischen Wiederaufbereitungsanlage Le Hague in das niedersächsische TBL Gorleben vom 7. bis 11. November beteiligten sich bundesweit bis zu 15.000 Atomkraftgegner. Etwa 14.500 Personen aus dem überwiegend demokratischen Spektrum nahmen an der insgesamt friedlich verlaufenen Auftaktdemonstration am 8. November in Gorleben teil.



Die linksextremistischen bzw. linksextremistisch beeinflussten Gruppierungen x-tausendmal quer und WiderSetzen, die Lüneburger Initiative gegen Atomanlagen (LIgA), die Gruppe „Systemoppositionelle Atomkraft Nein Danke Gruppe Hamburg (SAND)“ und „Avanti – Projekt undogmatische Linke“ mobilisierten für diese und andere Aktionen sowohl regional als auch überregional.

Die Anzahl der Autonomen aus dem gesamten Bundesgebiet, die sich an den Protesten im Landkreis Lüchow-Dannenberg beteiligten, ist wie in den Vorjahren mit bis zu 150 Personen weitgehend konstant geblieben.

Im Verlauf des Transportes kam es auch in Niedersachsen zu erheblichen Behinderungen. Mehrere hundert Personen hatten zwischen Lüneburg und Dannenberg an verschiedenen Stellen die Gleise besetzt und die Schienen teilweise auf einer Länge von bis zu 40 Metern unterhöhlt und angehoben.

Am 10. November wurde im wendländischen Grippel durch zwei 1,50 m hohe Betonpyramiden eine Straßenblockade errichtet. An diesen, mit einem Spezialkleber fest auf der Straße fixierten Pyramiden hatten sich Personen angekettet. Die Auflösung der Blockade dauerte mehrere Stunden. An einer Sitzblockade auf der Zufahrtstraße zum TBL Gorle-

ben, die am 9. November begonnen wurde und zu der die linksextremistisch beeinflusste Anti-Atom-Initiative x-tausendmal quer aufgerufen hatte, nahmen bis zu 1.000 Personen teil. Die Räumung der Blockade durch die Polizei am Nachmittag des 10. November verlief weitgehend friedlich.

Im Zusammenhang mit dem Castor-Transport verübten militante Atomkraftgegner im gesamten Bundesgebiet mehrere Brandanschläge. Betroffen waren vor allem Bahn- und Signalanlagen sowie Kabelschächte entlang der Transportstrecke. Zudem kam es während des Castor-Transportes in der Nacht zum 8. November zeitgleich in Deutschland und Frankreich zu Sabotageakten auf Bahnanlagen und Zugstrecken jenseits der Castor-Route. In Hamburg wurden mehrere Fahrzeuge des Energieunternehmens Vattenfall in Brand gesetzt.

Während des gesamten Einsatzverlaufs wurden zwölf Polizeibeamte von Demonstranten verletzt und mehrere Einsatzfahrzeuge beschädigt. Die Polizei nahm insgesamt über 40 Personen fest, etwa 300 in Gewahrsam und stellte bei über 700 die Identität fest.

Im Vergleich zum 10. Castor-Transport im Jahre 2006, bei dem sich lediglich 3.500 Personen an Protestaktionen beteiligten, hat sich die Mobilisierung der Anti-Atom-Bewegung im niedersächsischen Wendland vervierfacht. Eine Zunahme von demonstrativen Aktionen im übrigen Bundesgebiet wurde jedoch nicht festgestellt.

Grund für die erhebliche Steigerung der Mobilisierung im weit überwiegend demokratischen Spektrum dürften die Vorkommnisse im niedersächsischen Atommülllager Asse II⁸⁴ und die damit verbundene Diskussion um die Endlagerproblematik sein.

Die Aktionen gegen den Castor-Transport als auch die anhaltenden politischen Diskussionen über die Zukunft der Atompolitik zeigen, dass die Auseinandersetzung um die friedliche Nutzung der Kernenergie weiterhin von hoher symbolischer Bedeutung für den Kampf militanter Linksextremisten ist.

Einflussnahme von Linksextremisten auf die Proteste gegen Globalisierung und Neoliberalismus

In den letzten Jahren hat sich weltweit eine heterogene Anti-Globalisierungsbewegung entwickelt, deren Proteste sich gegen die Gipfelkonferenzen der Europäischen Union (EU),

⁸⁴ Die Schachanlage Asse ist ein ehemaliges Salzbergwerk südöstlich von Wolfenbüttel. Nach dem älteren ihrer zwei Tagschächte wird sie auch Asse II genannt. Asse II dient dem Bund seit 1965 als Forschungsbergwerk, in dem zwischen 1967 und 1978 die Einlagerung radioaktiver Abfälle großtechnisch erprobt wurde.

des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank, der Welthandelsorganisation (WTO), des Nordatlantikvertrages (NATO) sowie insbesondere gegen die Spitzentreffen der Staats- und Regierungschefs der acht wichtigsten Industrienationen (G8-Gipfel) richten. Neben demokratischen Organisationen nutzten Linksextremisten das Aktionsfeld Anti-Globalisierung als Plattform ihres Widerstands. Gewalttätige Gruppierungen der internationalen Protestbewegung, die eine Minderheit darstellen, nutzten die zunächst friedlichen Proteste wiederholt zur planmäßigen Straßenmilitanz gegen die von ihnen als „Macht des globalen Kapitalismus“ denunzierten Institutionen.

Aus den umfangreichen Protesten gegen den G8-Gipfel im Juni 2007 in Heiligendamm war als Tenor für die Zukunft aus allen Mobilisierungsströmungen der Wille spürbar, die gefundenen Kompromisse für eine verstärkte Zusammenarbeit gegen das gesellschaftliche System zu nutzen und weiter auszubauen. Dass allerdings andere, weniger medienwirksame Themenfelder ein ähnliches Engagement hervorrufen werden, hat sich bislang nicht bestätigt.

Klimaschutz als neues Thema

Die im Herbst 2007 von einer nichtextremistischen „Klima-Allianz“⁸⁵ gestartete „Klimakampagne“ hat inzwischen links-extremistische und linksextremistisch beeinflusste Gruppierungen mobilisiert und unter ihnen eine Debatte über Möglichkeiten der Einflussnahme ausgelöst. Mittelfristig soll die UN-Weltklimakonferenz in Kopenhagen Ende 2009 im Fokus einer internationalen Mobilisierung stehen. Das „AntiRassismusBüro Bremen“⁸⁶ sieht das Thema „Klimawandel“ gar als eine Möglichkeit, die anlässlich der G8-Proteste im Sommer 2007 erzielte internationale Mobilisierung fortzusetzen:

„Zusammengefasst verstehen wir unter dem Begriff ‚Klimawandel‘ somit einen weltweiten, bereits in Gang befindlichen – und nicht etwa in ferner Zukunft zu erwartenden – Prozess, der zu einer gravierenden Zuspitzung bestehender sozialer Verhältnisse und Gegensätze führt. Dabei umfasst der Begriff für uns auch die Anpassungsstrategien der Eliten und steht somit für insgesamt geänderte Rahmenbedingungen sozialer Kämpfe. ... In diesem Sinne könnte uns das Thema Klimawandel die Möglichkeit bieten, politisch mit unseren Themen zu intervenieren, unsere eigenen Kämpfe zu verbreitern,

⁸⁵ Die „Klima-Allianz“ ist eigenen Angaben zufolge ein „breites zivilgesellschaftliches Bündnis“ (<http://www.die-klima-allianz.de>).

⁸⁶ Im „AntiRassismusBüro Bremen“ wirken nach Auskunft der zuständigen Landesbehörde für Verfassungsschutz auch Linksextremisten mit.

die internationalistische Perspektive zu verstärken und die gegenwärtige Orientierungslosigkeit zu überwinden. Gleichzeitig bestünde die Möglichkeit, neue Momente einer Zusammenarbeit in der Linken zu schaffen. ... Jenseits der bisherigen G8-Anknüpfungsideen und Widerstandscamps gilt für uns zunächst: Klimawandel ist zwar ein globales Problem, ohne lokale Verankerung und ohne themenübergreifende Zusammenarbeit ist die Vision einer internationalen Kampagne von unten unerreichbar! ... Ziel sollte es daher sein, das Thema soweit in der Linken zu verankern und verbreitern, dass der nächste Klimagipfel in Kopenhagen im Herbst 2009 zu einem Kristallisationspunkt für eine europaweite bzw. darüber hinausgehende Mobilisierung werden kann.“
(Internetseite der Organisation gipfelsoli; abgerufen am 12.01.2008)

In einem am 17. Januar veröffentlichten „Diskussionspapier zur Debatte um Klimawandel und warum sich die radikale Linke da einmischen sollte“⁸⁷ stellt das linksextremistische Anti-Atom-Plenum (AAP) Berlin insbesondere die systemüberwindenden Ziele bei einer Beteiligung an der „Klimadebatte“ heraus. So sei die „Ursache für Armut, Hunger, soziale Ausgrenzung und Unterdrückung ... dieselbe wie für den Klimawandel“, nämlich der „Kapitalismus mit seiner Wachstums- und Verwertungslogik“. Insofern sollte dessen Abschaffung „von linksradikaler Seite gefordert ... werden, wenn es um das Thema Klima geht“. Abschließend wird in typischer Diktion propagiert: „Wir wollen die Zerschlagung von Kapital, Patriarchat, Staat.“ Von Beginn an hatte die linksextremistische Szene die Mobilisierung gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm im Juni 2007 mit einer – über die eigentlichen Proteste hinausgehenden – Perspektive verknüpft. Infolgedessen ist sie bestrebt, den bei den Protesten erreichten hohen Mobilisierungsgrad auch mit Hilfe anderer bzw. neuer Themen zu wahren. Wesentliches Ziel ist offensichtlich, das in der Klimaproblematik vermutete soziale Konfliktpotenzial im Rahmen eines neuen Aktionsfeldes für eigene politische Ziele zu instrumentalisieren.

Die in niedersächsischen Städten durchgeführten Mobilisierungsveranstaltungen für eine Teilnahme an dem im Juli 2008 durchgeführten G8-Gipfel in Japan blieben vor allem wegen der hohen Reisekosten ohne Resonanz. In Niedersachsen fanden auch keine Solidaritätsveranstaltungen während des Gipfeltreffens statt.

⁸⁷ Internetseite der Organisation gipfelsoli, abgerufen am 18.01.2008.

DIE LINKE.⁸⁸

Vorsitzende		
Bund:	Lothar BISKY und Oskar LAFONTAINE	
Niedersachsen:	Kreszentia FLAUGER (ab November 2008) Gisela BRANDES-STEGGEWENTZ und Dr. Diether DEHM	
Sitz		
Bund:	Berlin	
Niedersachsen:	Hannover	
Mitglieder	2007	2008
Bund:	70.943	75.968
Niedersachsen:	2.500	2.864
Ergebnis Landtagswahl		
am 27.01.2008:	243.361 Stimmen (= 7,1 %), 11 Sitze im Landtag (davon 1 Sitz für die DKP)	
Publikationen		
Bund:	DISPUT (monatlich) Mitteilungen der Kommuni- stischen Plattform (monatlich) marx21 (fünfmal jährlich)	
Niedersachsen:	Linkes Forum – DIE LINKE. Landesinfo Niedersachsen (mehrmals jährlich) daneben Publikationen der Kreisverbände	

Vom 24. bis zum 25. Mai fand in Cottbus der 1. Bundesparteitag der aus der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) der DDR hervorgegangenen Partei DIE LINKE. nach dem Zusammenschluss von Linkspartei.PDS und der WASG statt. Die 562 Delegierten benannten die Aufgaben bis zur Bundestagswahl 2009 und wählten die Leitungsgremien. Mit 81,3 Prozent (2007: 83,6 Prozent) bzw. 78,5 Prozent (87,9 Prozent) bestätigte der Parteitag die beiden bisherigen Vorsitzenden Lothar BISKY und Oskar LAFONTAINE.



DIE LINKE.

⁸⁸ Die 1989 zunächst als SED-PDS aus der ostdeutschen Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) hervorgegangene Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) hat sich im Juli 2005 in Linkspartei.PDS, Kurzbezeichnung „DIE LINKE“, umbenannt. Am 16. Juni 2007 fusionierte die Linkspartei.PDS mit der Partei „Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative“ (WASG) zur Partei DIE LINKE.

Aus Niedersachsen wurde Maren KAMINSKI in den Parteivorstand mit 51,3 % der Stimmen gewählt. Sie gehört auch dem Landesvorstand der Partei DIE LINKE. Niedersachsen an. Ihr folgte mit 64,0 % der Stimmen der Bundestagsabgeordnete Jan KORTE. Er zog zwar über die sachsen-anhaltinische Liste in den Bundestag ein, war aber zuvor in der PDS-Hochschulgruppe in Hannover aktiv.

In dem mit überwältigender Mehrheit (sechs Gegenstimmen und 18 Enthaltungen) verabschiedeten Leitantrag des Parteivorstandes mit dem Titel „Eine starke Linke für eine andere, bessere Politik“ heißt es u. a., die neue Partei DIE LINKE. sei sich einig, dass die bestehenden kapitalistischen Verhältnisse nicht das letzte Wort der Geschichte seien. Demokratischer Sozialismus sei möglich und nötig und die DIE LINKE. daher aufgefordert, die Frage nach den Regeln des Systems zu stellen und über das bestehende System hinauszugehen.

Entgegen den eigenen Ankündigungen gibt es auch nach weit mehr als einem Jahr nach der Gründung der Partei DIE LINKE. noch kein Parteiprogramm. Noch immer bilden die am 10.12.2006 verabschiedeten „Programmatischen Eckpunkte“ die inhaltliche Grundlage. In Anlehnung an das Kommunistische Manifest von Karl Marx und Friedrich Engels will die DIE LINKE. alle „Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse“ überwinden, „in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“, um „eine Gesellschaft, in der die Freiheit des anderen nicht die Grenze, sondern die Bedingung der eigenen Freiheit ist“ zu errichten.

Den systemüberwindenden Charakter dieser Aussagen verdeutlicht ihr Bundesvorstandsmitglied Thies GLEISS:

„Die Partei Die Linke hat sich bisher damit begnügt, eine kritische Stimme in der Gesellschaft zu sein. Sie hat sich aber nicht intensiv damit befasst, was es heißt, die Machtfrage zu stellen. Die Bankenkrise, die uns in die Lage versetzt, diese Frage zu stellen, kommt jetzt ziemlich plötzlich. Die radikalste Antwort ist heute die Verstaatlichung des Bankenkapitals. Damit steht die Partei plötzlich vor einer großen Verantwortung: Entweder Diktatur des Finanzkapitals oder Diktatur über das Finanzkapital.... Deshalb kommt es jetzt darauf an, nicht nur die von der Krise betroffenen Teile der Unternehmen in staatliche Verwaltung zu übernehmen, sondern auch die florierenden. Das gesamte Spektrum der Banken und Versicherungen muß übernommen werden.“
(Junge Welt, Ausgabe vom 30./31. Oktober, S. 8).

Wie dieses Ziel erreicht werden soll, formuliert er folgendermaßen:

„Heute revolutionär zu sein, bedeutet, den Verhältnissen ihre eigene Melodie vorzuspielen, um sie zum Tanzen zu bringen. Ansonsten heißt es, die Dynamik für den Prozess auszulösen, die bestehenden Verhältnisse grundlegend in Frage zu stellen. Es gilt, Menschen über die Situation aufzuklären, in der sie leben, ihnen politisches Bewusstsein zu vermitteln. Und: Sich am Aufbau von Widerstands- und Gegenmachtstrukturen zu beteiligen.“
(Junge Welt, a.a.O, S. 8)

Personelle und politische Kontinuitäten zur SED

Eine politische Neuausrichtung der Partei DIE LINKE. ist demnach auch über ein Jahr nach ihrer Gründung nicht festzustellen. Es besteht weiterhin eine politische und personelle Kontinuität zur SED mit ihren seit 1990 wechselnden Bezeichnungen, deren grundsätzliche Wert- und Zielvorstellungen verteidigt werden. Nach wie vor bekennt sich die Partei in ihrer Programmatik zu einer extremistischen Ausrichtung. Vor allem das bereits von der PDS 2004 formulierte „strategische Dreieck“ mit seinem Dreiklang von „Widerstand und Protest“, von „Anspruch auf Mit- und Umgestaltung“ und dem Aufzeigen von „über den Kapitalismus hinausweisenden Alternativen“, d. h. von außerparlamentarischem Kampf, Parlamentsarbeit und Regierungsbeteiligung sowie dem sozialistischen Gesellschaftsmodell spiegelt sich auch weiterhin in der Politik der Partei DIE LINKE. wider.

Damit unterstreicht sie zugleich den niedrigen Stellenwert, den sie demokratischen Einrichtungen und somit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung beimisst. Nicht das Parlament und seine Instanzen, sondern der außerparlamentarische Kampf steht für sie im Vordergrund. Demokratisch legitimierte Institutionen dienen ihr nur als Mittel zum Zweck, um das eigentliche Ziel zu erreichen: den Sozialismus. Erstmals seit dem PDS-Programm aus dem Jahre 1990 wird zudem wieder positiv Bezug auf Lenin genommen, der

„... entgegen allen Verleumdungen einen bleibenden Beitrag zum heute nicht minder aktuellen wissenschaftlichen Sozialismus geleistet ...“

habe, wie einer Erklärung des Ältestenrates der Partei DIE LINKE. mit dem Titel „Anregungen zum Umgang mit der Geschichte“ vom August zu entnehmen ist. Zugleich hält der Ältestenrat, ein „Konsultationsgremium“ der Partei unter

DISPUT



Vorsitz von Hans MODROW, ausdrücklich an dem erneuten „Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung“ fest, um so die als „Übergangsperiode in der Weltgeschichte“ empfundene Gegenwart und somit die freiheitliche demokratische Grundordnung zu überwinden.

Vorbild Lenin

Offen extremistische Zusammenschlüsse

Die in der Linkspartei.PDS entstandenen offen extremistischen Zusammenschlüsse wie die Kommunistische Plattform (KPF), das Marxistische Forum (MF), der Geraer Dialog/Sozialistischer Dialog, die Sozialistische Linke (SL), die Antikapitalistische Linke (AKL) oder die Arbeitsgemeinschaft Cuba Si bestehen weiter unverändert fort. Per Satzung erhalten sie spezielle Rechte und finanzielle Unterstützung. Zumindest die KPF ist weiterhin mit Sahra WAGENKNECHT im Parteivorstand vertreten.

Diese Zusammenschlüsse werden von der Parteispitze nicht nur geduldet, sondern als wichtiger Bestandteil der Partei angesehen und sollen auch künftig politisch wirken können. So heißt es in dem im Dezember 2005 verabschiedeten Kooperationsabkommen, dass in der

„... pluralistischen Partei ... alle Menschen einen Platz haben [sollen], die gegen die gegenwärtigen Verhältnisse in der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand leisten, sie verändern und schrittweise überwinden wollen.“

Insbesondere die bundesweit rund 850 Mitglieder zählende KPF sieht sich innerhalb der Partei DIE LINKE. in der Tradition der kommunistischen deutschen Arbeiterbewegung und beansprucht für sich, die kommunistische Identität der Partei zu wahren. Die KPF spricht mit ihren ideologischen Vorstellungen vor allem die überalterte, in DDR-Nostalgie verhaftete Parteibasis im Osten an. Sie versteht sich als kommunistisches Korrektiv und versucht, Reformbestrebungen hin zu einer Sozialdemokratisierung der Mutterpartei entschieden entgegenzuwirken. Die „Bewahrung und Weiterentwicklung marxistischen Gedankenguts“ ist nach eigenem Bekunden „wesentliches Anliegen“ der KPF. Ganz im marxistischen Sinne forderte ihre Sprecherin WAGENKNECHT vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise:



„Die Krise sollte daher zum Anlaß genommen werden, sämtliche Banken in öffentliches Eigentum zu überführen. Da Stützungsaktionen für einzelne Banken immer den Nachteil haben, daß sich die Probleme womöglich nur auf andere Banken verlagern, ist eine Verstaatlichung sämtlicher Banken ... die vernünftigste Art des Krisenmanagements.“

(Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE., Nr. 8/2008)

Der Jugendverband „Linksjugend [‘solid]“

Der der Partei DIE LINKE. nahe stehende Jugendverband [‘solid] – die sozialistische Jugend, der Name steht für sozialistisch, links und demokratisch, verfolgt als ein zentrales Anliegen den Kampf für eine Gesellschaft, in der die Selbstbestimmung und Freiheit des Menschen und nicht die Profitmaximierung als grundlegendes Ziel angesehen wird. Ziel ist ein „grundsätzlicher Systemwechsel“:

„Die Überwindung kapitalistischer Produktions- und Herrschaftsverhältnisse ist dafür notwendig. ... Die Banken und Konzerne müssen in öffentliches Eigentum überführt werden und unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung fortgeführt werden. Unser Ziel ist die Entwicklung einer demokratisch geplanten Wirtschaft, in der nicht Profit, sondern die Bedürfnisse von Mensch und Natur im Zentrum stehen.“

(Programm der Linksjugend [‘solid] vom 05.04.2008)

Die Verlautbarungen der Linksjugend lassen zudem eine noch deutlicher ausgeprägte Distanz zur parlamentarischen Demokratie erkennen als bei ihrer Mutterpartei:

„Wir wollen die Bühne des Parlamentarismus für den Kampf um eine gerechtere Welt nutzen, aber uns nicht der Illusion hingeben, dass dort der zentrale Raum für reale Veränderungen sei. Gesellschaftliche Veränderungen finden schwerpunktmäßig außerhalb der Parlamente statt. Das gilt sowohl bei der Durchsetzung von Kapitalinteressen als auch für soziale Errungenschaften. Nur die außerparlamentarische Bewegung kann reale Veränderungen herbeiführen.“

(Programm der Linksjugend [‘solid] vom 05.04.2008)

Aufgehen von Linksruck in DIE LINKE.

Verstärkung erhielt die DIE LINKE. durch die Gruppierung Linksruck, eine von ca. 20 trotzkistischen⁸⁹ Gruppen und Zirkeln in der Bundesrepublik, die den Aufbau einer revolutionär-kommunistischen Partei unter Führung von Arbeiterräten⁹⁰ anstrebte. Am 01.09.2007 gab der Linksruck in einer Pressemitteilung seine Auflösung bekannt und rief



„... alle seine Mitglieder und Sympathisanten dazu auf, den Aufbau der Partei DIE LINKE. mit ihren marxistischen Positionen zu fördern und die Strömung Sozialistische Linke zu unterstützen, die sich für eine Klassenorientierung und eine Anbindung der Partei an die Gewerkschaftsbewegung einsetzt.“

Die Delegierten gründeten daraufhin ein marxistisches Netzwerk im Umfeld der neuen Publikation marx21, welches seitdem vor allem in der innerparteilichen Strömung „Sozialistische Linke“ aktiv ist.

DIE LINKE. in Niedersachsen

Mit rund 3.000 Mitgliedern ist DIE LINKE. die größte extremistische Partei in Niedersachsen. Herausragendes Ereignis für die niedersächsische DIE LINKE. im Jahr 2008 war ihr überraschend deutlicher Einzug in den Niedersächsischen Landtag mit einem Stimmenanteil von 7,1 %.

Auf ihrem Landesparteitag am 1. und 2. November in Hitzacker bestätigten die Delegierten Dr. Diether DEHM als Landesvorsitzenden. Ihm zur Seite stellten sie die Osnabrückerin Giesela BRANDES-STEGGEWENTZ, die Kreszentia FLAUGER als Landesvorsitzende ablöste.

Die Partei DIE LINKE. zog zunächst mit elf Abgeordneten in den neuen Niedersächsischen Landtag ein. Drei von ihnen haben einen Vorlauf in der linksextremistischen Deutschen Kommunistischen Partei (DKP). So war der Fraktionsvorsitzende Manfred SOHN 20 Jahre als Funktionär für die DKP aktiv und u. a. im Parteivorstand für marxistische Bildung zuständig. Auch der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Hans-Henning ADLER aus Oldenburg gehörte der DKP an, bevor er 1990 den PDS Landesverband Niedersachsen mit-

⁸⁹ Trotzismus ist eine marxistische Strömung, die nach dem russischen Kommunisten Leo Davidowitsch Bronstein - genannt Trotzki - (1879-1940) benannt wurde. Trotzki, nach Lenin vermutlich der bedeutendste bolschewistische Funktionär während der russischen Oktoberrevolution 1917, rang nach Lenins Tod um dessen Nachfolge, war am Ende jedoch Stalin unterlegen.

⁹⁰ Nach dem Modell Trotzki's sollten Räte („Sowjets“) die Herrschaft der Arbeiterklasse sichern.

begründete. Christel WEGNER, die der DKP seit ihrer Gründung im Jahre 1968 angehört und auf der Liste der Partei DIE LINKE. in den Niedersächsischen Landtag einzog, gehört diesem mittlerweile als fraktionslose Abgeordnete an. Nach ihren umstrittenen Äußerungen zur Berliner Mauer und zur DDR-Staatssicherheit in der ARD-Sendung Panorama vom 14. Februar entzog ihr die Landtagsfraktion den Gaststatus und legte ihr erfolglos nahe, auf ihr Landtagsmandat zu verzichten.

Auf ihrem 1. Landesparteitag am 12. April in Oldenburg beschloss DIE LINKE. zudem, dass Mitglieder anderer Parteien nicht mehr auf Listen der niedersächsischen Linken nominiert werden. Entgegen allen öffentlichen Bekundungen bestehen weiterhin enge Kontakte zwischen WEGNER und der niedersächsischen Landtagsfraktion der Partei DIE LINKE. Fotos auf WEGNERs Internetseite zeigen sie bei gemeinsamen Protestaktionen mit Landtagsabgeordneten der Partei DIE LINKE., z. B. gegen den Castor-Transport im November oder bei den Protesten gegen die Schließung der Karmann-Automobilwerke in Osnabrück.⁹¹ Auch SOHN nimmt auf diese Kooperationen Bezug, wenn er davon spricht, dass die Proteste „unter Einbeziehung der fraktionslosen DKP-Abgeordneten im Landtag“ stattfanden.⁹² Dass WEGNER mit ihrem die SED-Diktatur verklärenden Geschichtsverständnis auch in der Partei DIE LINKE., allen formellen Distanzierungen zum Trotz, nicht allein da steht, verdeutlicht SOHN:

„Aus der Niederlage von 1989 haben wir gelernt: ... Die beste Zeit des damals noch jungen Sozialismus war die, als Wladimir [Lenin] seine 'Neue Ökonomische Politik' (NÖP) durchkämpfte und die beste Zeit der DDR, als Walter [Ulbricht] seine 'Neues Ökonomisches System' (NÖS) in Ansätzen realisieren konnte.“

(Manfred SOHN: Mehr als eine Finanzmarkt-Krise. Anmerkungen zum gegenwärtigen Banken- und Börsenchaos, veröffentlicht auf der Internetseite der niedersächsischen Landtagsfraktion DIE LINKE.)

Dieses Weltbild liegt auch den Lösungsansätzen der niedersächsischen Partei DIE LINKE. für die gegenwärtige Finanzkrise zu Grunde. So fordert wiederum SOHN:

„Für die Zeit nach der Intensivstation brauchen wir also bereits jetzt ein Konzept der Vergesellschaftung der Finanzsphäre.“

(Manfred SOHN, a.a.O.)

⁹¹ www.christel-wegner.de

⁹² Manfred SOHN: Die APO entscheidet. Kleine Halbjahresbilanz vor'm großen Sturm, www.linksfraktion-niedersachsen.links-cms.de abgerufen am 25.08.2008

Zugleich stellt er klar, wer das geistige Fundament dafür liefert:

„Die zentrale Bezugsperson der internationalen Linken ist aber nicht Keynes. Unsere zentrale Bezugsperson ist Karl Marx.“
(Manfred SOHN, a.a.O.)

„Unsere zentrale Bezugsperson ist Marx“

Dass WEGNER mit ihrer Einstellung zur Mauer innerhalb der Partei DIE LINKE nicht isoliert dasteht, verdeutlicht ein Aufsatz von DEHM aus dem Jahre 2001, in dem er u. a. vor einer „allzu gedankenlosen Distanzierung vom Mauerbau“ warnt, denn diese könnte

„in Zukunft das Verständnis dahin dogmatisch versperren, wo eine ökonomisch unterentwickelte Region – um mehr Demokratie, mehr Ökologie, mehr Kulturausgaben, mehr Soziales zu wagen – sich abschottet oder etwa die Abwerbung der vom Monopolkapital bevorzugten Kräftigen, Jungen, teuer Ausgebildeten verhindern wollte.“
(Dr. Diether DEHM: Drei Brücken über programmatische Mauern, in: Utopie kreativ, Nr. 132, Oktober 2001, S. 880)

Dehm rechtfertigt Bau der Berliner Mauer

Bündnis- und Kampagnenpolitik

Das Verhältnis der Partei DIE LINKE zum parlamentarischen System der Bundesrepublik Deutschland wird weniger von innerer Akzeptanz als von taktischen Überlegungen bestimmt. Aus diesem Grunde ist die außerparlamentarische Arbeit von entscheidender Bedeutung. Um außerparlamentarische Organisationen an sich zu binden und sie für ihre Interessen zu instrumentalisieren, setzt die DIE LINKE auf eine Strategie der revolutionären Marxisten mit langer Tradition: die Bündnis- und Kampagnenpolitik. Die Partei stellt die „Systemfrage“, aber versucht zugleich, den Eindruck einer ganz „normalen“ Partei zu vermitteln, indem sie – oft in populistischer Weise – auch Themen aufgreift, für die sie bis weit ins nicht-extremistische Spektrum hinein Zustimmung findet.

Distanz zur parlamentarischen Demokratie

Dieser bündnispolitischen Strategie folgt die Partei DIE LINKE auch in Niedersachsen. Das Parlament scheint für sie nur Mittel zum Zweck zu sein. SOHN betonte mehrfach den prinzipiellen Vorrang des außerparlamentarischen Kampfes:

„Entscheidend ist nicht, was im Parlament, entscheidend ist, was in den Betrieben, den Dienststellen, den Schulen und Hochschulen und von dort ausgehend auf den Straßen und Plätzen geschieht. Es gibt in Deutschland – bis in die Linke hinein – ein doppeltes Mißverständnis über die Rolle einer parlamentarischen Fraktion. Das Hauptmißverständnis ist die Überbetonung der Möglichkeit einer mit außerparlamentarischen Bewegungen fest verbundenen Opposition. ... Der Erfolg einer linken Regierung oder linken Opposition bemisst sich vor allem daran, inwieweit sie Reflex und Arm starker außerparlamentarischer Kräfte ist und inwieweit sie dazu beitragen kann, diese zu aktivieren.“
(Junge Welt vom 29. Mai, S, 10 und 11)

Der Fraktionsvorsitzende SOHN beruft sich bei seinen strategischen Überlegungen auf

„das, was der große italienische Kommunist Togliatti einst entwickelte und was für jeden, der mit der Geschichte der Klassenkämpfe im Kapitalismus etwas vertraut ist, im Grunde auch weiß: Wenn sich die parlamentarische Tätigkeit mit kräftigen außerparlamentarischen Kämpfen verbindet, dann kann es gelingen, aus der Opposition heraus zu regieren.“
(a. a. O.)

Diesen Überlegungen folgend, hat die niedersächsische DIE LINKE. einen „Ratschlag für linke Politik in Niedersachsen“ ins Leben gerufen, um möglichst viele außerparlamentarische Bewegungen an sich zu binden. Dabei lässt sie einen klaren Trennungsstrich zu verfassungsfeindlichen Strömungen vermissen. Sie sucht die Zusammenarbeit mit offen extremistisch auftretenden außerparlamentarischen Organisationen. Ihre Funktionäre fungieren als Anmelder versammlungsrechtlicher Aktionen mit überwiegender Beteiligung von Autonomen. So meldete die niedersächsische Bundestagabgeordnete Dorothee MENZNER am 19. Januar eine Demonstration des nichtextremistischen „Bündnisses gegen Rechts“ in Bad Lauterberg an, an der zahlreiche Autonome teilnahmen. Kontrollen der Polizei förderten bei ihnen neben Vermummungsgegenständen auch als Waffen einsetzbare Gegenstände wie Baseballschläger, Schlagstöcke und Pyrotechnik zutage.

Insbesondere der Landtagsabgeordnete HUMKE-FOCKS tritt in diesem Zusammenhang verstärkt in Erscheinung. Für

die A.L.I. Göttingen meldete er eine Demonstration unter dem Titel „Für eine starke antifaschistische Kultur – Gegen rechte Zentren und Naziläden vorgehen!“ für den 8. November im Rahmen des zweitägigen „Antifaschistischen Wochenendes 2008“ in Göttingen an. Bereits am 30. September hatte er eine Demonstration des autonomen Göttinger Spektrums gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, auf der er auch als Redner auftrat, organisiert.

Auch Mitglieder der Linksjugend [solid] in Niedersachsen betonen die Notwendigkeit eines Bündnisses mit Extremisten:

„Anstatt also die 'Hexenjagd auf Kommunisten wieder zum Leben zu erwecken ... sollten wir auch in Zukunft darauf hinarbeiten ein möglichst breites Bündnis aller linken Kräfte zu gestalten um zu einer Bewegung zu werden, die es sich von ihrer Bedeutung, Tatkraft und Massenbasis her erlauben kann die Systemfrage neu zu stellen und gemeinsam den Sozialismus des 21. Jahrhunderts zu erstreiten.“

(Offener Brief an die Mitglieder des Landesverbandes der Linken in Niedersachsen vom 09.04.2008)

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Vorsitzende

Bund: Heinz STEHR
Niedersachsen: Detlef FRICKE

Sitz

Bund: Essen
Niedersachsen: Hannover

Mitglieder	2007	2008
Bund:	4.200	4.200
Niedersachsen:	380	380

Ergebnis Landtagswahl

am 27.01.2008: 1 Mandat durch gemeinsame
Liste mit der Partei DIE LINKE.

Publikationen

Bund: Unsere Zeit (wöchentlich, Auflage
7.000)
Marxistische Blätter (zweimonatlich,
Auflage etwa 2.500)

Niedersachsen: Hannoversches VolksBlatt
Die Rote Spindel (Nordhorn/Lingen)
Pulverturm (Oldenburg)

Betriebszeitungen:

Roter Käfer (VW, Braunschweig)
KARLOS (Karmann, Osnabrück)
Roter Bully (VW Nutzfahrzeuge,
Hannover)



1968 konstituierte sich die 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotene Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) unter dem Namen DKP neu. Als westdeutscher Interventionsapparat der SED folgte sie bis zum politischen Umbruch in den kommunistisch regierten Ländern Mittel- und Osteuropas vorbehaltlos den ideologischen und politischen Vorgaben der SED, von der sie auch finanziell abhängig war. Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland stürzte die DKP nicht nur in eine materielle, sondern auch in eine Identitäts- und Orientierungskrise. Neben den Geldern aus Ost-Berlin musste

sie nun auch auf die ideologische Anleitung durch die SED verzichten. Die Entlassung ihres hauptamtlichen Apparates, die Schließung zahlreicher Parteieinrichtungen und ein Rückgang der Mitgliederzahlen von ca. 40.000 Mitgliedern in den achtziger Jahren auf gegenwärtig 4.200 Parteiangehörige waren die Folge.

Aufgrund des hohen Durchschnittsalters der Mitglieder wird sich diese Entwicklung der DKP fortsetzen. Deutlich wird die Orientierungskrise auch daran, dass die im Juni 2000 beschlossene Erarbeitung eines neuen Parteiprogramms⁹³ nach jahrelangem Richtungskampf zwischen Reformern und Anhängern eines orthodoxen Kurses erst im April 2006 beendet wurde.

40 Jahre DKP

Die DKP beging mit einer Festveranstaltung in Recklinghausen am 27. September ihr vierzigjähriges Bestehen. Von den 400 meist älteren Teilnehmern aus mehreren Bundesländern waren viele bereits an der Gründung der Partei am 25.09.1968 beteiligt. Die Bundestagsabgeordnete der Partei DIE LINKE. Sevim Dagdelen überbrachte eine Grußbotschaft ihrer Partei und erklärte sich beeindruckt davon, dass es die DKP „trotz des allgegenwärtigen Antikommunismus in diesem Land geschafft“ habe, „so lange bestehen zu bleiben“.⁹⁴ Der Vorsitzende der DKP, Heinz STEHR, betonte in seiner Rede, dass die Eigentumsfrage angesichts der internationalen Finanzkrise wichtiger denn je sei. Es sei das Kapital selbst, das diese Frage jeden Tag stelle. Seiner Überzeugung nach reiche es völlig aus, eine einzige Bank und eine einzige Versicherung zu haben, die unter demokratischer, öffentlicher Kontrolle stünden.

Der Fall Christel WEGNER

Durch den Wahlerfolg der Partei DIE LINKE. mit 7,1 % bei den niedersächsischen Landtagswahlen am 27. Januar errang die DKP über die gemeinsame Landesliste ihr erstes Parlamentsmandat für einen Landtag seit ihrer Gründung 1968. Die Rentnerin und gelernte Krankenschwester Christel WEGNER (geb. 1947) aus Buchholz in der Nordheide, Mitglied im DKP-Landesvorstand, zog auf Platz neun der Landesliste in den Niedersächsischen Landtag ein.

Der Bezirksvorstand der DKP-Niedersachsen hatte nach kontroverser Diskussion im September 2007 beschlossen, nicht mit einer eigenen Liste an der Landtagswahl teilzunehmen.

⁹³ Das vorherige Programm wurde 1978 verabschiedet.

⁹⁴ www.jungewelt.de/2008/09-29/035.php; abgerufen am 29.09.2008.

men. Stattdessen erklärte er seine Bereitschaft, auf der Liste der Partei DIE LINKE. mitzuarbeiten und für diese zu werben. In einem Interview mit dem ehemaligen FDJ-Blatt Junge Welt erklärte WEGNER, die nach eigenen Angaben in einem kommunistischen Elternhaus aufwuchs:

„Es zeigt sich, daß auch wir Kommunisten in der Lage sind, einiges zu bewegen. Vor allem dann, wenn wir unsere Positionen offen und ehrlich vertreten, zugleich aber auch energisch für die Bündelung aller Linkskräfte eintreten. Als Landtagsabgeordnete erhoffe ich mir nun auch, dem in Deutschland noch starken Antikommunismus ein wenig entgegentreten zu können.“
(Junge Welt, Nr. 24 vom 29. Januar, S. 3)

In der sicheren Erkenntnis der politischen Isolierung der Fraktion aus DIE LINKE. und DKP sieht WEGNER auch in der Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Bewegungen einen Arbeitsschwerpunkt,

„... denn ohne diese Bewegungen und den Druck, der von Ihnen ausgeht, werden wir im Landtag nicht das Geringste bewegen.“
(Junge Welt, a.a.O.)

Die sich bereits kurz nach der Landtagswahl im Januar abzeichnenden Spannungen innerhalb der Fraktion aus der Partei DIE LINKE. und der DKP haben bereits vor der konstituierenden Sitzung des Landtages am 26. Februar zu einem Eklat mit bundesweitem Medienecho geführt.

Die bis dahin in der Öffentlichkeit nur wenig bekannte WEGNER rückte mit ihren Äußerungen in einem Interview mit dem ARD-Fernsehmagazin Panorama vom 14. Februar unverhofft in den Blickpunkt. Sie hatte dort über ihr Verhältnis zur Partei DIE LINKE. geäußert:

„Die LINKE möchte mit Reformen Veränderungen erreichen und wir sind der Auffassung: Das reicht nicht. Wir wollen den Umbau der Gesellschaft.“

und über die „Staatssicherheit“ in der DDR hinzugefügt:

„Ich denke..., wenn man eine andere Gesellschaftsform errichtet, dass man da so ein Organ wieder braucht, weil man sich davor schützen muss, dass andere Kräfte, reaktionäre Kräfte, die Gelegenheit nutzen und so einen Staat von innen aufweichen.“

**DKP-Mitglied
verteidigt Mauerbau
und Staatssicherheit**

Der Bau der Mauer war in jedem Fall eine Maßnahme, um sozusagen zu verhindern, dass weiterhin Westdeutsche in die DDR konnten.“

Der Bundesvorstand der Partei DIE LINKE. distanzierte sich zwar umgehend von den Äußerungen WEGNERs. Die niedersächsische Landtagsfraktion entzog ihr den Gaststatus⁹⁵ und legte ihr nahe, das Landtagsmandat nicht anzunehmen. Dennoch schloss der niedersächsische Landesvorsitzende der Partei DIE LINKE., DEHM, eine weitere Zusammenarbeit mit DKP-Mitgliedern ausdrücklich auch künftig nicht aus:

„Es kommt immer auf die Person an, wir sind gegen Dogmatik. Wenn sich ein DKP-Mitglied zur Rechtsstaatlichkeit und zum Programm der LINKEN bekennt, würde eine Kandidatur bei uns immer geprüft.“
(Spiegel – Online, Ausdruck vom 17. Februar)

Auf ihrem 18. Parteitag im hessischen Mörfelden-Walldorf am 23. und 24. Februar wurde deutlich, dass sich die DKP ohne eine Anbindung an die Partei DIE LINKE. für nicht mehr überlebensfähig hält. Hierzu der DKP-Bundesvorsitzende STEHR:

„Zur notwendigen Bündnisarbeit und zur Zusammenarbeit gibt es keine Alternative.“
(TAZ vom 25. Februar, S. 5)

In einem Gastkommentar macht sich WEGNER Gedanken zur kommunistischen Lösung der globalen Finanzkrise:



*„Meine Empfehlung:
Banken, Versicherungen und Schlüsselindustrien verstaatlichen und dann schauen, ob es einzelne Nischen gibt, wo Private beweisen können, ob sie es besser hinkriegen. Und besser heißt gerechter – nicht profitabler. Dafür muss aber der Raubtierkapitalismus ganz erheblich und revolutionär gebändigt werden.“*
(Hannoversches Volksblatt, Ausgabe Oktober/November, Blatt 2)

⁹⁵ Nach § 2 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages können sich nur Mitglieder der gleichen Partei zu einer Fraktion zusammenschließen. Eine „Vollmitgliedschaft“ von WEGNER wäre daher sowieso nicht zulässig gewesen.

Zusammenarbeit mit der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) und der Assoziation Marxistischer StudentInnen (AMS)

SDAJ

Die DKP praktiziert weiterhin eine enge Zusammenarbeit mit der ideologisch gleich gerichteten Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ), die zwar formell ungebunden ist, von der DKP aber als parteieigene Jugendorganisation betrachtet wird. Die wie die DKP seit 1968 bestehende SDAJ versteht sich laut ihrer Internetseite als Interessenvertreterin der „arbeitenden und lernenden Jugend“, die sich „nicht mit den Zuständen in dieser Republik und der neuen Weltordnung abfinden will.“



Wegen des zunehmenden Alters der Aktivisten und der rückläufigen Mitgliederzahl der DKP wird dem „ungelösten Problem der Integration Jugendlicher und junger Erwachsener in die Partei und ihre Strukturen“ mit zahlreichen Veranstaltungen zum 40. Gründungsjahrestag ihrer Nachwuchsorganisation, der SDAJ, entgegen getreten. Auch die marxistische Bildungsarbeit durch Seminare und Lehrgänge an der Karl-Liebknecht-Schule in Leverkusen, der DKP-Schulungseinrichtung, und weitere öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen sollen forciert werden.

Die niedersächsische SDAJ hat Ortsgruppen in Braunschweig, Delmenhorst, Hannover und Nordhorn.

Am 29. März veranstaltete das von der SDAJ Hannover zu diesem Zweck mitinitiierte „Bündnis gegen Rechts Misburg“ eine Protestkundgebung gegen den „Vormarsch rechter (Jugend-) strukturen in Misburg“ mit ca. 250 Personen. Die kritischen Beiträge im Internetportal Indymedia hierzu verdeutlichten einmal mehr die Konsensunfähigkeit der linksextremistischen Szene bei einem ansonsten so zentralen Themenfeld wie dem Antifaschismus. Die zahlreichen roten Fahnen an der Spitze der Demonstration, insbesondere der SDAJ, hätten sich eher abschreckend auf die eigentlich angesprochene Zielgruppe, den „braven Misburger Bürger“ ausgewirkt.

AMS

Ebenfalls zur Nachwuchsgewinnung nutzt die DKP die ihr nahe stehende Assoziation Marxistischer StudentInnen (AMS), die sich selbst als die einzige bundesweite marxistische Studentenorganisation sieht. Sie versteht sich als Nachfolgerin des Marxistischen Studentenbunds Spartakus (MSB). Noch aus dieser Zeit stammt die politische Taktik der „gewerkschaftlichen Orientierung (GO).“ Damit ist das Bündnis von

Intelligenz (Akademikern) und Arbeitern gemeint.

In Niedersachsen bestehen AMS-Gruppen an den Hochschulen in Göttingen, Hannover, Oldenburg und Osnabrück.

„Antirevisionistische“ Publikationen

RotFuchs

Der RotFuchs – Tribüne für Kommunisten und Sozialisten in Deutschland wurde im Februar 1998 von der DKP-Gruppe Berlin-Nordost als politisch theoretische Monatsschrift mit marxistisch-leninistischem Profil gegründet. Die regelmäßig 32 Seiten umfassende Zeitschrift kritisierte die „reformistische“ Entwicklung der DKP und entwickelte sich zu einer Konkurrenz für die DKP-Parteizeitung Unsere Zeit. Nach parteiinternen Streitigkeiten trennte sich die Redaktion im Juni 2001 von der DKP und gründete als „parteiunabhängiges Blatt mit unveränderter Orientierung“ am 27.07.2001 den RotFuchs-Förderverein e. V. (RotFuchs e. V.). Nach eigenen Angaben zählt der Förderverein mehr als 1.300⁹⁶ Mitglieder, die in 25 Regionalgruppen organisiert sind.

„Unsere 21000-köpfige Leserschaft ist bunt gemischt. Sie besteht vor allem aus der Sache treu gebliebenen Anhängern der Linkspartei, jetzt Parteilos, Genossen der DKP und der KPD, in Gewerkschaften, Frauen- und Jugendverbänden Aktiven, früheren Mitgliedern aller DDR-Blockparteien, linken Christen und Sozialdemokraten auf der Linie Oskar Lafontaines.“

(RotFuchs Nr. 120, a. a. O.)

Die auch über das Internet abrufbare Zeitschrift wird im Postversand in 27 Ländern verteilt und besitzt in Niedersachsen einen erheblichen Verbreitungsgrad.

Der sich als revolutionäre Zeitschrift verstehende RotFuchs lehnt einen „modernen Reformsozialismus“ strikt ab. Dieser agiere im Rahmen des bestehenden Systems und sei bereits Teil des Kapitalismus. Seine Wortführer seien unwiderruflich in der „imperialistischen BRD“ angekommen und bezeichneten die Wiedervereinigung als „Wende“. Tatsächlich habe es sich um einen „Sieg der Konterrevolution“ gehandelt.

Getreu seiner unerschütterlichen Glorifizierung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR ergibt sich für den RotFuchs zwangsläufig immer häufiger das



⁹⁶ RotFuchs, Nr. 124, Mai 2008, S. 1

Erfordernis zu einem historisch motivierten Diskurs. So beschreibt der Chefredakteur, Klaus STEINIGER⁹⁷, die deutsche Nachkriegszeit und ihre ideologische Verortung besonders auch im Hinblick auf die Beziehungen zu Israel:

„Wäre 1948 – was die Sowjetunion und alle Fortschrittskräfte erhofften – in Israel die Linke an die Macht gekommen, stünden die Westmächte heute zweifelsfrei im Lager des Antisemitismus, so wie sie es seit eh und je gegenüber fortschrittlichen arabischen Regimes praktizieren. Israel ist der von den USA gesteuerte Hort des jüdischen Monopolkapitals und die imperialistische Speerspitze im Nahen Osten, mit der die DDR nichts gemein hatte.

Wer heute hierzulande – bisweilen mit linkem Dekor – für Israel die Trommel schlägt, dient weder der Verständigung mit Israelis noch der antiimperialistischen Bewußtseinsbildung in Deutschland. Dem Staat Globkes⁹⁸ darf nicht gestattet werden, sein Bündnis mit den zionistischen Friedensfeinden im Nahen Osten als Treuegelöbnis zu ‘den Juden’ auszugeben.“

(RotFuchs, Nr. 129, Oktober 2008, S. 1)

In der für den RotFuchs charakteristischen Art beschreibt er seine absonderliche Sichtweise der deutsch-deutschen Herrschaftsverhältnisse:

„Der Begriff ‘politische Klasse’ dient der Vertuschung offenkundiger Gegensätze, der Verschleierung des eigentlichen Wesens der imperialistischen Klassendiktatur. Es hat nämlich in Deutschland bis 1989/90 tatsächlich zwei Diktaturen gegeben: die politische Herrschaft der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten in der DDR, die auf dem gesellschaftlichen Eigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln beruhte, und die sich als Demokratie ausgebende Diktatur der Banken und Konzerne der BRD.“

(RotFuchs, Nr. 126, Juli 2008, S. 1)

⁹⁷ Klaus STEINIGER, geboren 1932 in Berlin, war Staatsanwalt, Bürgermeister, Fernsehjournalist und im Außenministerium der DDR tätig, von 1967 bis 1991 war er Redakteur und Auslandskorrespondent beim Neuen Deutschland. Seit 1998 ist er Chefredakteur der Zeitschrift RotFuchs.

⁹⁸ Hans Globke (1898 – 1973) war seit 1953 Staatssekretär im Bundeskanzleramt und engster Vertrauter von Konrad Adenauer. Wegen seiner Rolle als Jurist in der Zeit des Nationalsozialismus galt er politisch als höchst umstritten.

Mit besonderer Genugtuung kommentierte der RotFuchs die vom irischen Wählervotum zunächst blockierte Inkraftsetzung des so genannten Lissabonner EU-Vertrages⁹⁹ mit dem Vorwurf der Missachtung demokratischer Entscheidungsfindung in anderen EU-Staaten und hegemonialer Absichten:

„Nur Staaten wie die BRD, in denen die direkte Willensbildung des Volkes ausdrücklich verboten ist, hatten dem imperialistischen Verfassungs – Komplott im Wege des parlamentarischen Abnickens zugestimmt. Das bundesdeutsche Kapital will den zweiten Weltkrieg nachträglich gewinnen. Dabei ist es bereit, seine Herrschaft über Europa mit dem kernwaffenbestückten Frankreich Sarkozy, welcher nur dank der Stimmen der Faschisten Le Pens an die Präsidentschaft gelangte, vorerst zu teilen.“
(RotFuchs, Nr. 127, August 2008, S. 1)

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)

Vorsitzender:	Stefan ENGEL	
Sitz:	Gelsenkirchen	
Mitglieder	2007	2008
Bund:	2.300	2.300
Publikationen:	Rote Fahne (wöchentlich, Auflage etwa 7.500 Exemplare) Der Revolutionäre Weg	

Die 1982 aus dem Kommunistischen Arbeiterbund hervorgegangene MLPD bekennt sich uneingeschränkt zu den von ihr fundamentalistisch interpretierten Theorien von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse-Tung.



⁹⁹ Der Vertrag von Lissabon vom 13.12.2007 sollte der EU eine einheitliche Struktur und Rechtspersönlichkeit geben und den abgelehnten Vertrag über eine Verfassung für Europa (VVN) ersetzen. Während in den übrigen 26 EU-Mitgliedsstaaten eine Ratifizierung allein durch eine (zustimmende) Abstimmung in den Parlamenten erfolgte, führte Irland ein Plebiszit durch.

Ihrem Selbstverständnis nach ist die MLPD eine

„Partei neuen Typs ... Parteiegoismus ist ihr fremd, denn sie will geduldig und über-zeugend die Arbeiterklasse und die breiten Massen für die revolutionäre Perspektive des echten Sozialismus gewinnen.“

(„25 Jahre sozialistische Alternative - stärkt die MLPD!“, veröffentlicht auf der Internetseite der MLPD, Abruf vom 15.12.2008)

VIII. Parteitag der MLPD

Im Oktober 2008 hat in Hamburg der VIII. Parteitag der MLPD stattgefunden. Der wie immer konspirativ durchgeführte Parteitag wählte Stefan ENGEL erneut einstimmig zum Parteivorsitzenden und seine Frau Monika GÄRTNER-ENGEL zur Stellvertreterin. Angeblich soll es zwischen dem VII. und dem VIII. Parteitag zu 60 Prozent Neuaufnahmen gekommen sein, konkrete Zahlenangaben fehlen jedoch.

Die Partei will einschließlich ihres Jugendverbandes in über 450 Städten in Deutschland vertreten sein. Nach dem vorläufigen Abschluss ihrer Reorganisation bestünde die MLPD nunmehr aus sieben Landesverbänden. In Niedersachsen verfügt die MLPD derzeit über Strukturen in Braunschweig, Göttingen, Hannover, Oldenburg und Wilhelmshaven.

Die MLPD hat als

„praktische Konsequenz des VIII. Parteitages eine neue taktische Offensive für den echten Sozialismus in Verbindung mit der flächendeckenden Kandidatur zu den Bundestagswahlen 2009 beschlossen.“

Neben der

„marxistisch-leninistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit unter den Arbeitern und Angestellten der industriellen Großbetriebe“

als „Hauptkampflinie“ soll dabei der

„Kampf für die Rettung der Umwelt ... auf der Grundlage der weltanschaulichen Offenheit und von den Marxisten-Leninisten als Schule des Klassenkampfes“

gegen den „imperialistische[n] Ökologismus“ geführt werden, wie der Vorsitzende ENGEL in einem Interview mit der

Roten Fahne (RF) ausführte. Vor allem in Göttingen versucht die MLPD in diesem Sinne auf die dortige Klima AG, die von einer Forschungseinrichtung und verschiedenen Bürgerinitiativen getragen wird, Einfluss zu nehmen.

In der ideologischen und strategischen Ausrichtung der MLPD ist auch nach dem VIII. Parteitag keine Veränderung erkennbar. Nach wie vor ist es ihr Ziel, das bestehende politische System der Bundesrepublik Deutschland zu überwinden und durch ein kommunistisches zu ersetzen. Dabei will sie die „Vorbereitung der internationalen Revolution ... in den Mittelpunkt ihrer Strategie und Taktik“ rücken und hofft, vom „allgemeinen Linkstrend“ in der Bundesrepublik zu profitieren, so ihr Vorsitzender. Weiter heißt es auf ihrer Internetseite:



„Statt den Kapitalismus zum x-ten Male zu reformieren, muss er durch eine wirklich sozialistische Gesellschaft ersetzt werden.“
(Ausdruck vom 15.12.2008)

Wie diese „sozialistische Gesellschaft“ erreicht werden soll, beschreibt die MLPD in ihrer noch heute gültigen Parteitagresolution vom Dezember 1999 wie folgt:

„Die Arbeiterklasse muss nach dem Sturz der Diktatur der Monopolkapitalisten und der Eroberung der Staatsmacht die Diktatur des Proletariats errichten und die Produktionsmittel in gemeinsames Eigentum des gesamten werktätigen Volkes überführen.“
(Parteiprogramm der MLPD vom Dezember 1999, veröffentlicht auf der Internetseite der MLPD)

„Diktatur des Proletariats“

Ungeachtet ihres Anspruches, eine Partei „auf dem Weg zur Partei der Massen“ zu sein, verharrt die MLPD in einer randständigen Situation. Mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen trat die Partei im Jahr 2008 kaum in Erscheinung. Lediglich ihre seit 2003 stattfindenden Montagsdemonstrationen setzte sie fort und nahm an der alljährlichen zentralen Montagsdemonstration am 8. Dezember in Berlin teil. Obwohl diese Aktionen von der Bevölkerung weiterhin kaum beachtet werden, spekuliert sie vor dem Hintergrund der Finanzkrise darauf, dass das „Interesse der Massen [wieder] größer werden wird.“ (Stefan ENGEL in seiner Rede auf dem VIII. Parteitag der MLPD).

Jugendarbeit

Um auch die „Jugend der Arbeiterklasse“ für den Kampf für den Sozialismus zu gewinnen, unterhält die Partei die 1992 aus den Vorläuferorganisationen Arbeiterjugendverband/ Marxisten-Leninisten und Marxistisch-Leninistischer Schüler- und Studentenverband hervorgegangene Jugendorganisation REBELL. Zu dessen Leitungsmitgliedern gehört der Wilhelmshavener Hannes VON PENTZ. Der nach eigener Aussage „größte linke Jugendverband in der BRD“ soll zusammen mit seiner Kinderorganisation ROTFÜCHSE zwar seit 2007 über „33 neue Gruppen und Stützpunkte“ errichtet haben. Zugleich muss die Partei aber einräumen, dass die „Gewinnung von Parteimitgliedern aus dem Jugendverband stark zurückgegangen ist.“ Die MLPD erwartet von den Parteimitgliedern des Jugendverbandes eine marxistisch-leninistische Erziehungsarbeit, die eine „Lebensschule der proletarischen Denkweise unter der Masse der Jugend verwirklichen“ muss. Mit dem Frauenverband COURAGE und der auf Internationalismusarbeit ausgerichteten Solidarität International verfügt die MLPD über weitere Vorfelddorganisationen.

Rote Hilfe e. V. (RH)

Bundesgeschäftsstelle:	Göttingen	
Mitglieder	2007	2008
Bund:	4.300	5.000
Niedersachsen:	600	600
Publikation:	Die Rote Hilfe (vierteljährlich, Auflage 5.000)	

Der Ursprung der RH geht auf die in der Weimarer Republik gegründete und von der KPD dominierte Rote Hilfe Deutschland (RHD) zurück, der bis zu einer Million Mitglieder angehörten. Nach der Zerschlagung der Organisation durch die Nationalsozialisten wurde die RHD von der linksextremistischen Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten 1975 wieder gegründet.



Struktur

Die seit 1986 als eingetragener Verein fungierende Organisation ist in einen Bundesvorstand, selbstständige Ortsgruppen sowie Kontaktstellen gegliedert. Niedersächsische Ortsgruppen existieren in Braunschweig, Göttingen, Hameln, Hannover und Osnabrück. In Göttingen sind die Bundesgeschäftsstelle und die Redaktion der bundesweit erscheinenden Vereinszeitschrift Die Rote Hilfe ansässig.

Aufgaben

Ihre Hauptaufgabe sieht die RH im Kampf gegen „staatliche Repression“, indem sie Rechtshilfe gewährt, Szeneangehörigen Anwälte vermittelt und Beihilfe zu Prozesskosten und Geldstrafen leistet. Hierdurch entstehende Kosten werden durch Einnahmen gedeckt, die überwiegend aus Mitgliedsbeiträgen und Spendengeldern erzielt werden.

Darüber hinaus betreut die RH im Falle der Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe die so genannten politischen Gefangenen, um den Zusammenhalt der Häftlinge mit der linksextremistischen Szene zu bewahren. Strafanrohungen sollen im Vertrauen auf eine leistungsfähige Solidaritätsorganisation ihren abschreckenden Charakter verlieren.

Die RH versteht sich nicht als karitative Rechtsschutzversicherung. Vielmehr soll sie ihrer Selbstdarstellung zufolge als Selbsthilfeorganisation für die gesamte Linke betrachtet werden.

Niedersächsische Aktivitäten

Den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten bildete die neue Kampagne der Göttinger Ortsgruppe „Dem Staat in seine Akten gucken“. Sie hat ein „kollektives Auskunftersuchen“ zum Ziel und richtet sich gegen die „Datensammelwut des Staates“. Aus Sicht der Initiatoren seien zahlreiche Einträge in den Akten der Sicherheitsbehörden über politisch aktive Menschen unbegründet oder falsch. Standardisierte Antragsformulare und die kostengünstige anwaltliche Unterstützung durch einen Göttinger Anwalt wurden angeboten. Zur Deckung der entstehenden Kosten rief der Verein zu Spenden auf.

In dem in der überwiegend von Linksextremisten gelesenen göttinger Drucksache Nr. 613 (Juli 2008) erschienenen Artikel „Dem Staat in seine Akten gucken...“ wertet die RH ihre Kampagne bereits als Erfolg. Die demnach mehr als 150 Auskunftersuchen, die an verschiedene Sicherheitsbehörden in Niedersachsen gerichtet worden seien, würden bei „allen Spitzeldiensten für deutlich mehr Arbeit als gewohnt sorgen“.

Bundesweite Aktivitäten

Nach dem Betätigungsverbot für die PKK gründeten die RH und die Föderation der Kurdischen Vereine in Deutschland 1996 gemeinsam den Rechtshilfefonds AZADI. Er unterstützt als eingetragener Verein nach den gleichen Prinzipien wie die RH in Ermittlungsverfahren, vor Gericht und im Gefängnis Kurdinnen und Kurden, die in Deutschland im Zuge ihrer politischen Betätigung von Strafverfolgung bedroht sind.

Publikationsorgan der RH ist weiterhin die vierteljährlich erscheinende Zeitung Die Rote Hilfe. Sie berichtet über den Stand von Strafverfahren und schildert Fälle, in denen Beschuldigte bei Strafverfahren von der RH unterstützt wurden.

Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union/Internationale ArbeiterInnen Assoziation (FAU/IAA)

Die 1977 gegründete FAU/IAA versteht sich als eine nach basisdemokratischen Prinzipien aufgebaute Gewerkschaft, die sich im „weltweiten Kampf der Anarchosyndikalisten“¹⁰⁰ der Internationalen ArbeiterInnen Assoziation mit Sitz in Spanien angeschlossen hat. Ihr unmittelbares Ziel ist der Aufbau revolutionärer Gewerkschaften und militanter Betriebsgruppen. Dazu agiert sie in Form so genannter direkter Aktionen wie z. B. Fabrikbesetzungen, Sabotagen und Streiks.

Struktur

Gegenwärtig existieren bei ca. 300 Mitgliedern bundesweit mehr als 30 Orts- und so genannte Branchengruppen, die sich einmal jährlich zu einem Kongress treffen, um Fragen der Gesamtorganisation zu diskutieren. Wichtige Entscheidungen treffen die Mitglieder durch Urabstimmungen. Da die FAU/IAA hierarchische Strukturen ablehnt, hat sie keine hauptamtlichen Funktionäre. In Niedersachsen bestehen Ortsgruppen (Lokalförderationen) in Hannover und Braunschweig. Der beabsichtigte Aufbau einer Ortsgruppe in Oldenburg blieb nach wie vor erfolglos.

Ihre anarchistische Ausrichtung veranschaulicht die FAU/IAA in jeder Ausgabe ihrer in Hannover herausgegebenen Zeitung Direkte Aktion (DA), die zweimonatlich bundesweit in einer Auflagenhöhe von etwa 3.000 Exemplaren erscheint:

¹⁰⁰ Unter Anarchosyndikalismus versteht man eine gewerkschaftliche Organisation, die auf anarchistischen Prinzipien beruht. Ziel ist es, das bestehende Staatssystem revolutionär zu überwinden und durch ein klassen- und staatenloses System zu ersetzen.

„Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft als Ziel. Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik, wie sie z. B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.“

Der Leitartikel der DA auf Seite 1 der Ausgabe Nr. 190 vom November/Dezember – mit der Überschrift „Die Pest der Gegenwart“ – beschäftigt sich mit den Auswirkungen der globalen Finanzkrise und den damit verbundenen Widersprüchlichkeiten, die der Kapitalismus in diesem Szenario offenbart.

Abhilfe wird mit der klassischen Rhetorik eingefordert:



„Es sind allein die aus den Widersprüchen entspringenden Klassenkämpfe, die die Veränderung herbeiführen können. Ob stabiler oder instabiler Kapitalismus – es ist an uns, diese Kämpfe Tag um Tag zu führen, um so gut wie möglich aufgestellt zu sein. Denn nichts geschieht automatisch.“

Die FAU Hannover gliedert sich in drei Syndikate (Gewerkschaften):

- Allgemeines Syndikat (ASy)
- Gewerkschaft Gesundheitsberufe (GGB)
- Tiermedizinisches Syndikat (TMS)

Niedersächsische Aktivitäten

Zum 1. Mai hat die FAU Hannover ein Flugblatt publiziert, in dem sie diesen „Kampftag“ zum Anlass nimmt, die Verhaltensweisen der DGB-Gewerkschaften scharf zu kritisieren. Nach ihrer Einschätzung verspüren

„... viele Beschäftigte und Erwerbslose mittlerweile das unbestimmte Gefühl, dass die DGB – Gewerkschaften keine Antworten auf die Entscheidungen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung haben. Deshalb sind sie unzufrieden oder wenden Ihnen den Rücken zu.“

Daher sieht die FAU auch keine gewerkschaftsspezifische Perspektive für eine Zusammenarbeit zur Veränderung der gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse.

Im Juli engagierte sich die FAU Hannover mit einer Flugblattaktion und einem offenen Brief an den DGB Hannover für den Streik bei der Frankfurter Rundschau, da ein Teil der Auflage in Hannover gedruckt wird. Bemängelt wird insbesondere die unbefriedigende Unterstützung durch ver.di-Niedersachsen:

„Diese Duckmäuser [Anm. Betriebsräte] lügen unsere streikende Belegschaft an und der ver.di – Apparat schaut tatenlos zu. So wie auch in anderen Städten lassen diese Herren Funktionäre zu, dass kämpfende Belegschaften verbrannt statt unterstützt werden.“

Ferner beteiligt sich die FAU Hannover im Verbund mit anderen linksextremistischen Gruppierungen auch an Kundgebungen der Themenfelder Antifaschismus und Antimilitarismus.

Auf dem Treffen der FAU-Regionen Nord am 09.12.2007 wurde die Ortsgruppe Braunschweig offiziell aufgenommen. Themenschwerpunkt der FAU Braunschweig in 2008 war neben der Gewerkschaftsarbeit der „Überwachungswahn des Staates“. Aus diesem Anlass wurde am 27. September zu einer Demonstration unter dem Motto „Freiheit statt Angst“ mobilisiert.

Stress auf der Arbeit ?



Widerstand anwenden!

FAU*IAA
Anarchosyndikalistische Gewerkschaft
www.fau-iaa.org

VERGLEICH DER EXTREMISMEN

Stellt man die Phänomene Rechts- und Linksextremismus gegenüber, so fallen einem zunächst erhebliche Unterschiede ins Auge. Einer Ideologie der radikalen Ungleichheit steht eine der übersteigerten Gleichheit gegenüber. Setzen Rechtsextremisten auf Volk und Nation, favorisieren Linksextremisten Internationalismus und Klassenkampf. Diese Bereiche unterscheiden sich wiederum fundamental vom religiös motivierten Extremismus, wie dem Islamismus. Es besteht der Eindruck, dass sich die Extremismen unversöhnlich gegenüberstehen. Doch es lassen sich Gemeinsamkeiten feststellen, wie sie für den modernen politischen Extremismus typisch sind:

- Extremisten verfügen über ein geschlossenes Weltbild, das weder reflektiert noch fortentwickelt wird. In ihrem quasi-religiösen Politikverständnis glauben sie, unfehlbar im Besitz der absoluten Wahrheit zu sein.
- Aus diesem Absolutheitsanspruch heraus entwickeln sie ein Freund-Feind-Raster, das die Welt holzschnittartig in Gut und Böse einteilt, keine Differenzierung zulässt, um die als „Feinde“ Gebrandmarkten kompromisslos zu bekämpfen.
- Wesentlich ist, dass jeweils nicht der Einzelne, sondern die Gemeinschaft im Mittelpunkt steht. Individuelle Freiheitsrechte werden den Interessen des Kollektivs untergeordnet. Es gilt das Primat der Ideologie, die mit Politik gleich gesetzt wird.

Aus diesem Verständnis von Politik als einer alle Lebensbereiche regelnden Weltanschauung lehnen Extremisten den demokratischen Pluralismus ab. Zu demokratischen Prinzipien wie Meinungs-, Presse- und Parteienvielfalt haben sie lediglich ein taktisches Verhältnis. Ihr gemeinsames Ziel ist die Überwindung der bestehenden, von Individualrechten geprägten Ordnung.

Um herauszufinden, ob es über die allgemeinen Gemeinsamkeiten der Extremismen hinaus auch zu ideologischen und/oder taktischen Kooperationen bzw. Verschmelzungen kommen könnte, sollen die zentralen Feindbilder im folgenden auf weitere Gemeinsamkeiten und Unterschiede untersucht werden.

Trotz Eindruck der Unversöhnlichkeit haben Extremismen Gemeinsamkeiten

Extremisten lehnen demokratischen Pluralismus ab

Linksextremismus

Liberaler Forderung nach Rechtsgleichheit wird um wirtschaftliche und soziale Gleichheit erweitert

Linksextremisten greifen die Werte Freiheit und Gleichheit in radikaler Zuspitzung auf und erweitern die liberale Forderung nach Rechtsgleichheit um die Dimensionen wirtschaftlicher und sozialer Gleichheit. Sie wollen den Menschen aus allen politischen und ökonomischen Abhängigkeiten befreien. Diese Ziele lassen sich aber dem linksextremistischen Verständnis nach nicht mit dem westlichen Gesellschaftsmodell des demokratischen Rechtsstaats verwirklichen, sondern nur durch eine klassenlose bzw. herrschaftsfreie Gesellschaft, die über eine Diktatur des Proletariats angestrebt wird.

Die Marktwirtschaft und die sie repräsentierenden Mächte, allen voran die USA und ihre Verbündeten, stehen für den Gegenentwurf zum ideologischen Weltbild der Linksextremisten und sind so eines ihrer zentralen Feindbilder. Die wechselweise als kapitalistisch oder neoliberal bezeichnete westliche Wirtschaftsordnung wird grundsätzlich als Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgelehnt. Sie wollen dem ihrer Meinung nach „entfesselten Kapitalismus“¹⁰¹ Einhalt gebieten und fordern – wie die Interventionistische Linke –: „Make capitalism history!“¹⁰² Ihre Kritik konzentriert sich vor allem auf die Großkonzerne, die NATO und ihre Führungsmacht, die USA. Während ihrem Verständnis nach die „amerikanische Plutokratie [...] von der Öl- und Waffenindustrie beherrscht wird“¹⁰³, stellt die NATO ein „Interventionsbündnis zur Rohstoffsicherung“ dar.¹⁰⁴ Die Schuld für internationale Konflikte und Krisen liegt ausschließlich beim Westen.



Die Globalisierung erscheint Linksextremisten als „Ausgeburt des Kapitalismus und Imperialismus“:

„Die G8 steht für die Herrschaft des vermeintlich alternativen globalen Kapitalismus. ... Kapitalismus bedeutet immer Ausbeutung, Unterdrückung und Verelendung – egal, ob neoliberal oder sozialstaatlich. Wir nehmen das G8-Treffen zum Anlass, uns gegen den Kapitalismus und seine imperialistischen Konsequenzen zu stellen.“
(Verlautbarung des HannoverBündnis gegen G8 auf der eigenen Internetseite)

¹⁰¹ DIE LINKE.: Programmatische Eckpunkte. – S. 34.

¹⁰² Internetseite der Interventionistische Linken.

¹⁰³ Maurer, Ulrich: Eiszeit. Staatsstreich des Kapitals oder Renaissance der Linken. – München: Riemann, 2006. – S. 211.

¹⁰⁴ Reents, Jürgen: „Wir können nicht warten, bis Bush etwas merkt“. Gespräch mit Oskar Lafontaine über Schnittmengen der Linken mit dem Islam, Atomgefahren, Rohstoff-Imperialismus und Entscheidungsfragen einer gemeinsamen Linken, in: Neues Deutschland vom 13.02.2006.

Nur wenige Linksextremisten finden sich zu einem Bekenntnis zum Existenzrecht des Staates Israel bereit. Mehrheitlich gelten die linksextremistischen Sympathien den Palästinensern, deren Kampf gegen Israel sie als antiimperialistischen Akt nationaler Befreiung nicht nur von Israel, sondern auch von den USA und vom Kapitalismus verstehen. Viele Linksextremisten bezeichnen sich als antizionistisch, wobei die Grenzen zu antisemitischen Stereotypen oftmals verschwimmen. So gibt es eine Reihe von Solidarisierungen von Linksextremisten mit erklärten islamistischen Feinden Israels.

Linksextremisten sympathisieren mehrheitlich mit Palästinensern

Rechtsextremismus

Rechtsextremismus ist eine Ideologie der Ungleichheit. Ihre zentralen Elemente sind Leitbegriffe wie Volk, Volksgemeinschaft, Nation und Rasse, die in einem biologistisch-ausgrenzenden Sinn benutzt werden. Dies bildet den ideologischen Hintergrund für antiamerikanische, antikapitalistische und antisemitische Positionen. Mit anderen Worten: Im rechtsextremistischen Politikverständnis entsprechen den positiv besetzten Begriffen wie Volk und Nation die Feindbild-Kategorien Antiamerikanismus, Antikapitalismus, Antisemitismus. Bei einer Analyse des Rechtsextremismus dürfen sie nicht isoliert voneinander betrachtet werden. Die Stellungnahme der NPD zur Wahl Barack Obamas zum US-Präsidenten verdeutlicht den Zusammenhang:

Leitbegriffe werden in einem biologistisch-ausgrenzenden Sinn benutzt

„Mit der Wahl von Barack Obama ... hat sich das wahre Wesen des amerikanischen Molochs im 21. Jahrhundert enthüllt. Das weiße von europäischen Auswanderern getragene Amerika befindet sich durch Einwanderung und Rassenmischung in Auflösung und hat mit dem Afrika-Sprößling seinen symbolischen Totengräber ins Präsidentenam gewählt. ...

Die alte Selbstbehauptungsstrategie des Judentums, Inländervorrechte durch Minderheitenrechte zu ersetzen und ethno-kulturelle Unterschiede zwischen dem Eigenen und dem Fremden zu verwischen, deckt sich mit den Interessen aller Minderheiten, Mischlinge und Entwurzelten im Schmelztiegel Amerika.“

(Pressemitteilung der NPD vom 07.11.2008)

Das amerikanische Gesellschaftsmodell symbolisiert den Genentwurf, die Antithese zu den ideologischen Überzeugungen der Rechtsextremisten. Völker und Nationen müssen nach rechtsextremistischem Selbstverständnis in ihrer ur-



sprünglichen Substanz erhalten bleiben oder in ihren ursprünglichen Zustand zurückversetzt werden. Das auf Einwanderung und Schutz bzw. Förderung von Minderheitenrechten basierende „amerikanische Modell“ verstößt diametral gegen diesen nicht hinterfragbaren Glaubensgrundsatz rechtsextremistischer Ideologie.

Nach rechtsextremistischer Auffassung nutzen die USA ihre wirtschaftliche und politische Vormachtvorstellung, um ihr Gesellschaftsmodell über den Prozess der Globalisierung weltweit zu etablieren. Für Kandidaten und Funktionsträger der NPD erläutert der Parteivorstand diesen Zusammenhang wie folgt:

„Es handelt sich bei der Globalisierung um das planetarische Ausgreifen der kapitalistischen Wirtschaftsweise unter der Führung des Großen Geldes. Dieses hat, obwohl seinem Wesen nach jüdisch-nomadisch und ortlos, seinen politisch-militärisch beschirmenden Standort vor allem an der Ostküste der USA. Deshalb ist Globalisierung eine unverblühte Imperialismusstrategie der USA, um der ganzen Welt den von US-Konzernen ausbeutbaren American Way of Life – besser: American Way of Death – aufzuzwingen. ... Die durch die modernen Massenkommunikationsmedien geförderte kulturelle Veramerikanisierung greift die organisch gewachsenen Identitäten der Völker an und arbeitet an einem konsumistisch abgerichteten Welteinheitsmenschen.“

(Argumente für Kandidaten und Funktionsträger. Hrsg. NPD-Parteivorstand - Amt für Öffentlichkeitsarbeit. Berlin 2006, S. 19)

Wie beide Schlüsselzitate aufzeigen, verbinden sich antiamerikanische und globalisierungsfeindliche Positionen mit tradierten antisemitischen Verschwörungstheorien. Jüdisches Kapital, so wird unterstellt, steuere die amerikanische Außenpolitik und den Prozess der Globalisierung mit dem Ziel der Auslöschung der Völker. Das von der NPD häufig benutzte polemische Kunstwort „US-rael“ soll zum Ausdruck bringen, dass die USA und Israel in eben diesem Sinne eine Allianz zur Beherrschung der Welt eingegangen seien.

**Wahltaktische
Forderungen der
NPD stehen in
fremdenfeindlichem
Kontext**

Einige der wahltaktisch motivierten tagespolitischen Forderungen der NPD – Verstaatlichung der Banken, Abschaffung von Hartz IV, Beibehaltung des VW-Gesetzes, Spekulationsgewinne abschaffen usw. – gleichen denen linker Gruppierungen, sie stehen aber zusätzlich in einem fremden-

feindlichen Kontext. Die NPD verbreitet auf denselben Flugblättern eine Politik der Ausgrenzung mit Parolen wie: „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche“; „Einwanderungsstopp und ein Gesetz zur Ausländerheimführung“; „deutsches Geld für Deutsche“; „eigene Klassen für Ausländerkinder“ usw.

Im Rechtsextremismus gibt es bislang kein alternatives Wirtschaftsmodell. Es bleibt bei populistischen Forderungen und ideologischen Schlagworten. Die NPD verwendet den Begriff „raumorientierte Volkswirtschaft“, in der, wie es nicht eben präzise heißt, die Wirtschaft für den Menschen da sei und nicht umgekehrt. Oberstes Ziel aber ist die Schaffung einer Klassen bzw. soziale Schichten übergreifenden Volksgemeinschaft.

„Wer den Sozialstaat will, muss sich zur Volksgemeinschaft bekennen!“, wird in einem Positionspapier des NPD-Parteivorstandes propagiert. Die Solidarität einer funktionierenden Volksgemeinschaft erstreckt sich jedoch nicht auf Zuwanderer und basiert somit auf Ausgrenzung: „Aus sozialer Gerechtigkeit und dem Solidarprinzip erwächst die ethnisch homogene Volksgemeinschaft.“¹⁰⁵ Über die volkswirtschaftliche Ausgestaltung der Volksgemeinschaft findet sich bezeichnenderweise kein Wort.



Links- und rechtsextremistische Autonome

Neben den Linksautonomen hat sich in den letzten Jahren mit den Autonomen Nationalisten ein neues Phänomen im rechtsextremistischen Bereich entwickelt. Links- und Rechtsautonome weisen auffallende Ähnlichkeiten im Outfit, Auftreten, bei Feindbildern und in Fragen von Strategie und Taktik auf. Vom äußerlichen Erscheinungsbild her treten beide Gruppierungen schwarz gekleidet, mit Sonnenbrillen und den so genannten Palästinensertüchern auf. Sie sind antikapitalistisch, antiimperialistisch, antiparlamentarisch, antiamerikanisch und globalisierungsfeindlich eingestellt. Ihre sozialrevolutionäre Orientierung bringen sie mit zumeist

Ähnlichkeiten in Outfit, Auftreten, bei Feindbildern und in Fragen von Strategie und Taktik



¹⁰⁵ Profil. Nationaldemokratische Schriftenreihe, Folge 12. Strategische Leitlinien zur politischen Arbeit der NPD. Positionspapier des NPD-Parteivorstandes. Ohne Jahr. S. 22 f.

englischsprachigen Parolen auf Transparenten, Flugblättern und im Internet zum Ausdruck, das Symbol der Antifa, die Fahne im Kreis, haben Autonome Nationalisten übernommen und in Anti-Antifa umbenannt. Nicht nur in Zielsetzung, Symbolik und Rhetorik, auch in der Strategie und Taktik gibt es Ähnlichkeiten. So bereiten sich beide Gruppierungen eingehend auf Demonstrationen vor. Sie trainieren Kampftaktiken wie z. B. Blockadeaktionen und formieren sich im Verlauf von Demonstrationen zu so genannten Schwarzen Blöcken, aus denen heraus sie auch gewalttätig agieren.

Beide stellen die Systemfrage und wollen die bestehende

gesellschaftliche Ordnung auch auf revolutionärem Wege überwinden.

Während Linksautonome eine kommunistische bzw. herrschaftsfreie Gesellschaft anstreben, verfolgen Rechtsautonome das Ziel einer ethnisch homogenen Volksgemeinschaft. Dem internationalistisch orientierten Sozialismus der Linksautonomen stellen die Autonomen Nationalisten einen rassistischen, völkisch-nationalen und antisemitischen „Nationalen Sozialismus“ entgegen. Verabsolutieren Linksauto-

nome die Forderungen nach sozialer Gleichheit, lehnen Rechtsautonome die Gleichwertigkeit aller Menschen zugunsten der Überhöhung der eigenen Rasse ab. Predigen die einen den Klassenhass, so reden die anderen dem Rassenhass das Wort. So bleibt festzuhalten, dass Links- und Rechtsautonome zwar das gemeinsame Ziel, das bestehende System zu überwinden und eine ähnlich gelagerte Strategie und Taktik zur dessen Erlangung eint, sie aber in der Ausgestaltung der neuen Ordnung diametral entgegengesetzte Vorstellungen vertreten. Aus diesem Grunde schließt sich eine Zusammenarbeit zwischen beiden Phänomenbereichen nahezu aus; höchstens taktisch bedingte Kooperationen erscheinen möglich.

Rechts- und Linksautonome haben diametral entgegengesetzte Vorstellungen eines neuen Systems

Kolonialismus europäischer Mächte beeinflusste modernen Islamismus

Islamistischer Extremismus

Die Genese des modernen Islamismus ist ohne den Kolonialismus europäischer Mächte und den starken Einfluss westlich-säkularer Ordnungsmodelle in islamischen Ländern im 19./20. Jahrhundert kaum zu verstehen. Im Vorfeld des 1. Weltkrieges stand praktisch die gesamte islamische Welt unter direkter kolonialer Herrschaft oder – wie im Fall des Osmanischen Reiches und Persiens – zumindest unter einem



starken politisch-ökonomischen Einfluss durch europäische Mächte. Nach dem Ende des 2. Weltkrieges nahm diese direkte Einflussnahme zwar ab, aber immer noch bestimmten im Westen entstandene Weltanschauungen wie Liberalismus, Nationalismus, Kommunismus etc. den politischen Diskurs in der islamischen Welt und die Ausprägung der im islamischen Bereich vorherrschenden Staatsmodelle. Die islamistischen Vordenker entwickelten vor allem in der Zeit der direkten wie indirekten europäischen Einflussnahme ihre grundlegenden ideologischen Vorstellungen. Sie setzten im Gegensatz zu tragenden Prinzipien der europäischen Aufklärung auf religiös-orthodoxe Ordnungsmodelle und zielten damit auf eine gegen den „Westen“ gerichtete kulturelle Identität der islamischen Länder. Die zwei wesentlichen Säulen der Aufklärung, Rationalismus und Toleranz, werden vom Islamismus grundsätzlich abgelehnt. Eine kritische Reflexion islamisch-orthodoxer Glaubenslehren gilt als Sakrileg; die Ermordung entsprechend agierender Intellektueller wird von den meisten Islamisten gutgeheißen. Toleranz gegenüber anderen Religionen wird, wenn überhaupt, nur in engen Grenzen praktiziert.

Es gibt auch deutliche, aber nicht einheitliche antikapitalistische und antisemitische Tendenzen im modernen Islamismus. So herrschte beispielsweise zu Zeiten der Islamischen Revolution im Iran zwar ein fast sozialistisch zu nennendes Vokabular unter den schiitischen Revolutionären vor. Nachdem aber die Macht errungen und die linken Konkurrenten ausgeschaltet worden waren, scheiterte beispielsweise die vorher noch lautstark zu Gunsten der armen Landbevölkerung geforderte Bodenreform durch den Widerstand des mit den Grundbesitzern verbundenen schiitischen Klerus.

Antisemitische Stereotype sind – bei allen Unterschieden islamistischer Gruppierungen – oftmals ein wesentlicher Bestandteil in ihrer Ideologie. Dabei ist zu beobachten, dass islamistische Extremisten in zunehmendem Maße auch Teile der muslimischen Migranten in Deutschland und Europa zu beeinflussen suchen. Islamistische Gruppen nutzen vor allem den schwelenden Nahostkonflikt zwischen Israelis und Palästinensern für antisemitische Kampagnen. Ihre Feindschaft gegenüber Juden ist vor allem antizionistisch motiviert, d. h. gegen die Existenz des israelischen Staates gerichtet. Der Zionismus wird in dieser ideologisch verzerrten Sicht als westlich-nationalistische Ideologie mit der Zielsetzung der geografischen Spaltung des islamischen Raums interpretiert. Darüber hinaus wird von islamistischen Extremisten ein weltumspannender imperialistischer Zionismus behauptet, der als geheime Macht hinter der Moderne stehe und im Zeitalter

Antikapitalistische und Antisemitische Tendenzen im modernen Islam

Antisemitische Stereotype prägen islamistische Extremisten

der Globalisierung die Weltherrschaft anstrebe. Solche verschwörungstheoretischen Ansätze können sich zusätzlich mit religiös-fundamentalistischen Feindbildern verbinden. Juden (und Christen) werden als „Ungläubige“ bzw. dem Islam feindlich gesinnte „Kreuzzügler“ abgewertet, die eine kulturelle Vorherrschaft gegenüber Muslimen anstrebten. Insofern gelten vor allem die USA – als wichtigster Verbündeter Israels, Ordnungsmacht im Nahen Osten und Symbol für eine westlich-liberale Globalisierung – in islamistisch-extremistischen Kreisen als „Feindstaat des Islam“.

Islamistische Extremisten zielen auf junge muslimische Migranten in Europa

Besorgniserregend ist, dass islamistische Extremisten vermehrt auf junge muslimische Migranten in Europa zielen. Bei ihren Indoktrinationsversuchen spielen elektronische Medien (Internet, arabischsprachige Sender), die vor allem von jugendlichen Migranten konsumiert werden, eine wichtige Rolle, aber auch öffentliche Kundgebungen. So kam es beispielweise anlässlich der israelischen Offensive gegen die militante Hamas im Januar 2009 zu Demonstrationen in mehreren deutschen Großstädten, die teilweise als Plattform für antizionistische und antisemitische Parolen missbraucht wurden.

Fazit: Keine Querfront trotz gemeinsamer Merkmale

Trotz Parallelen in den Extremismusbereichen erscheint Kooperation fraglich

Der Vergleich ausgewählter Feindbildkategorien zeigt, dass es in den Bereichen Antikapitalismus, Antiglobalisierung, Antiamerikanismus, in der Haltung gegenüber der parlamentarischen Demokratie und teilweise auch im Bereich Antizionismus/Antisemitismus Parallelen in den Extremismusbereichen gibt. Ob das zu Kooperationen führen kann, erscheint fraglich. Allenfalls erscheint eine taktisch bedingte Zusammenarbeit möglich, wie sie sich in der Teilnahme von deutschen Revisionisten an der vom iranischen Staatspräsidenten Ahmadinedschad initiierten Holocaust-Konferenz in Teheran dokumentierte. Auch die Ähnlichkeit der Erscheinungsbilder lässt nicht darauf schließen, dass die Unterschiede in den ideologischen Bezugssystemen überbrückt werden können und eine so genannte Querfront der Extremisten gegen die freiheitliche Demokratie möglich ist.

Dennoch bleibt festzuhalten, dass es ein aus verschiedenen Ideologien gespeistes Potenzial gibt, das sich gegen die pluralistische Ordnung der Bundesrepublik wendet und ihr mit Absolutheitsansprüchen auf die Erkenntnis des Wahren und Guten entgegen tritt. Dahinter stehen zumeist Sehnsüchte nach Sicherheit, nach Überschaubarkeit und Eindeutigkeit, kurz: nach einer heilen Welt, in der der Mensch nicht länger vereinzelt, sondern als Teil des Ganzen geborgen ist.

Aus dieser Perspektive ist der Extremismus eine zum Teil mit messianischem Eifer vertretene Reaktion auf die Komplexität und Heterogenität moderner westlicher Gesellschaften. In diesem Weltbild wird die Gegenwart als desolat empfunden oder diffamiert, um die extremistische Alternative unter Leitung eines „Führers“, einer „Partei“ oder eines „religiösen Wächterrates“ als einzigen Ausweg erscheinen zu lassen. Wer sich dagegen stellt, hat keinen Anspruch auf Toleranz, sondern muss notfalls auch mit Gewalt bekämpft werden.

SCIENTOLOGY-ORGANISATION (SO)

Sitz:	Los Angeles, Kalifornien/USA	
Präsident:	David MISCAVIGE (Leiter der obersten Scientology-Verwaltung/"RTC")	
Mitglieder:	2007	2008
Bund:	5.000-6.000	5.000-6.000
Niedersachsen:	ca. 550	ca. 550
Publikationen:	„Freiheit“, „Impact“, „The Auditor“, „Dianetik Post“, „Free Mind“, „International Scientology News“, „Advance“ u. a.	
Teilorganisationen:	In Deutschland zehn „Kirchen“ („Orgs" ¹⁰⁶), darunter drei „Celebrity Centres" ¹⁰⁷ , und zwölf „Missionen" ¹⁰⁸ , u. a. in Berlin, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, München, Stuttgart.	

Geschichte der SO

Der amerikanische Buch-Autor Lafayette Ron HUBBARD (1911-1986) veröffentlichte 1950 sein Buch mit dem Titel „Dianetik – Die moderne Wissenschaft der geistigen Gesundheit“ und legte damit den Grundstein der Scientology-Organisation (SO). Er entwickelte eine Selbsthilfemethode, die „ungenutztes geistiges Potential“ freisetzen und „wahre Fähigkeiten“ verwirklichen sollte. Zur Umsetzung gründete er zunächst in den USA „Dianetik-Zentren“, um einen neuen Menschen mit scientologischer Prägung zu schaffen. Bereits 1954 gründete HUBBARD die erste offizielle „Scientology-Kirche“ in Los Angeles. Er hoffte, damit seine Organisation gegen staatliche Eingriffe abzusichern. Nach HUBBARDs Ansicht war die Gesellschaft in ihrer modernen Erscheinungsform zum Untergang verurteilt. Sein Ziel war es, die Alleinherrschaft in einer neuen, ausschließlich nach scientologischen Richtlinien funktionierenden Welt zu erlangen.



HUBBARD die erste offizielle „Scientology-Kirche“ in Los Angeles. Er hoffte, damit seine Organisation gegen staatliche Eingriffe abzusichern. Nach HUBBARDs Ansicht war die Gesellschaft in ihrer modernen Erscheinungsform zum Untergang verurteilt. Sein Ziel war es, die Alleinherrschaft in einer neuen, ausschließlich nach scientologischen Richtlinien funktionierenden Welt zu erlangen.

¹⁰⁶ Interne SO-Abkürzung für Organisation.

¹⁰⁷ SO-Betreuungsstelle für Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens - Schauspieler, Musiker etc.

¹⁰⁸ Eine von der SO in ihrer Größe nicht näher definierte Anlaufstelle.

Die „Scientology-Kirche“ scheint sich – aus rein taktischen Gründen, nicht aus innerer Überzeugung – nur dort als Religion darzustellen, wo sie sich finanzielle, insbesondere steuerliche Vorteile davon verspricht. Im arabischen Kulturraum, wo sich die SO keine Vorteile von der Darstellung als Religion erhoffen kann, werden dagegen Hinweise auf ein „religiöses“ Selbstverständnis strikt vermieden.

Zielsetzung und verfassungsfeindliche Bestrebungen

Die Ideologie der SO stützt sich ausschließlich auf die Schriften von HUBBARD, die nach Aussagen der Organisation ewige Gültigkeit besitzen. HUBBARDS programmatische Äußerungen werden in den so genannten policy letters (Richtlinienbriefen) den Mitgliedern und Mitarbeitern als verbindliche Orientierung vorgegeben.

Scientology sieht sich selbst als eine „Erlösungsreligion“. Ihr Anliegen ist „die Errettung aller Menschen auf dem einzig wahren Weg zur persönlichen Unsterblichkeit“. Das Ziel ist, ein allein an scientologischen Wertvorstellungen orientiertes totalitäres Herrschaftssystem. Es soll durch Expansion in alle Bereiche des staatlichen Lebens erreicht werden. Das Mittel dazu ist die Technologie¹⁰⁹ der SO, deren Kernstück das so genannte Auditing (eine Verhörmethode zur Bewusstseins- und Verhaltenskontrolle) ist.

Bereits in seinem grundlegenden Buch „Dianetik“ hatte HUBBARD auf die politische Relevanz und die Reichweite seiner Lehre und Technik hingewiesen. Mit der Entwicklung seiner totalitären „Admintech“ (Technologie) in elf Bänden hat HUBBARD ein sozialtechnisches Instrumentarium geschaffen, um Gruppen gefügig zu machen. Die neue scientologische „wahre Demokratie“ soll die derzeitigen Demokratien ersetzen, die von Scientologen als Produkte einer „aberrierten“, d. h. von der Vernunft abweichenden, geisteskranken Gesellschaft angesehen werden. Alle gesellschaftlichen Probleme sollen dadurch gelöst werden, dass zunächst die politischen Meinungsführer und dann die Bevölkerung „geklärt“ werden, so dass die Gesellschaft schließlich nur noch aus den so genannten Nichtaberrierten, den „Clears“, besteht. Gleichzeitig soll die Technologie zur Organisation aller gesellschaftlichen Gruppen und Regierungen weltweit Verwendung finden.

Ideologie der SO

Totalitäres Herrschaftssystem

„Wahre Demokratie“

¹⁰⁹ Mit Hilfe der das System Scientology tragenden Techniklehre soll ein Mensch wissenschaftlich nachvollziehbar die „Handhabung des Lebens“ lernen können. Diese Technik geht davon aus, dass jeder Mensch wie eine Maschine zu bedienen ist. Der durch die scientologischen Verfahren zu erzeugende neue Mensch, der Scientologe, ist nach HUBBARD ein „Produkt“, das durch spezielle Übungen vom noch unvollkommenen bis zum vollkommenen Produkt gebracht werden muss.

Die auf den Schriften ihres Gründers HUBBARD beruhende Ideologie besitzt innerhalb der Organisation unveränderliche Gültigkeit. Die Schriften und Aktivitäten der SO enthalten tatsächliche Anhaltspunkte, dass die SO die bestehende demokratische und rechtstaatliche Ordnung durch die Etablierung einer Gesellschaft mit scientologisch bestimmten Normen ersetzen und lenkenden Einfluss auf Regierungen ausüben will.

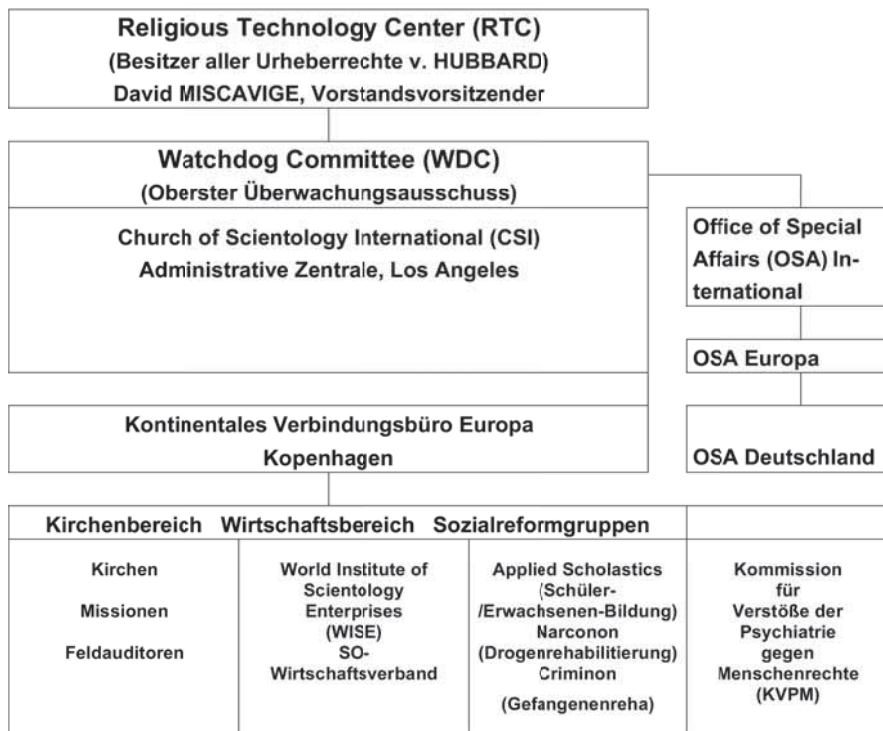
Richtlinienbriefe Zentrale Bedeutung haben seine „Richtlinienbriefe“ (Hubbard Communication Office Policy Letter = HCOPL), deren Vorgaben und Aussagen für scientologische Ziele nach wie vor neu aufgelegt und vertrieben werden. Ein Eindruck zu der scientologischen Zielsetzung ergibt sich aus dem 2004 erschienenen Flugblatt „Die Zeiten müssen sich ändern“, in dem HUBBARD wie folgt zitiert wird:

„Heute balancieren wir als Kultur am Rande der Zerstörung. Ob die Zerstörung mit einem dramatischen Knall, durch politische Aufstände oder in einem schrittweise sozialen Verfall erfolgt, ist nebensächlich. Sie wird kommen. ... Wir sind die einzige Gruppe auf der Erde, die tatsächlich über eine funktionierende Lösung verfügt. ... Wir dürfen es nicht zulassen, dass uns irgendwelche Repressalien seitens Regierungen, Kampagnen von unfähigen Heilern, die selbst bereits versagt haben, oder irgendwelche angedrohten Verhöhnungen oder Bestrafungen im Wege stehen. ... Die Zeiten müssen sich ändern. Und wir, die Scientologen, sind diejenigen, die sie verändern.“

Organisation

Hierarchische Struktur Die SO ist eine weltweit aktive, streng hierarchisch strukturierte Organisation mit einer Vielzahl von Unter- und Nebenorganisationen, die der Durchsetzung der SO-Technologie, der Aufrechterhaltung von Machtstrukturen innerhalb der Organisation sowie der Geldbeschaffung dienen. Unter der Leitung von David MISCAVIGE wird die Gesamtorganisation zusammen mit der obersten Zentrale, der „Church of Scientology International“ (CSI), über ein jeweiliges „Kontinentales Verbindungsbüro“ (Continental Liaison Office) gesteuert. Das Büro für Europa ist in Kopenhagen. Von dort aus werden die nationalen Niederlassungen kontrolliert. Aufgabe des internationalen Managements ist es u. a., für jeden Sektor der SO Strategien und taktische Pläne zu entwickeln.

Die wichtigsten Organisationseinheiten der SO ^{110 111}



- Weitere erwähnenswerte Organisationseinheiten sind die
- „Sea Organization“ (Sea Org), eine mit besonderen Kontrollbefugnissen ausgestattete Einrichtung, die in allen Organisationsteilen der SO Schlüsselpositionen besetzt,
 - „International Association of Scientologist“ (IAS), ein weltweiter Verbund von Scientologen, der über Spenden und Beiträge kostspielige Kampagnen der SO finanziert,
 - „Association for better Living and Education“ (ABLE), eine Vereinigung verschiedener Gruppierungen, die in der Drogen- und Gefangenenrehabilitierung sowie im Bildungsbereich aktiv sind und
 - „Citizens Commission on Human Rights“ (CCHR), in Deutschland bekannt unter dem Namen „Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte“ (KVPM).

¹¹⁰ „Office of Special Affairs“ (OSA): Stelle für Rechtsangelegenheiten, Public Relations und organisationseigener Geheimdienst

¹¹¹ „World Institute of Scientology Enterprises“ (WISE): Einrichtung, die die scientologische Technologie in die Geschäftswelt hineinragen und Wirtschaftsunternehmen kontrollieren soll.

Scientology in Deutschland und Niedersachsen

Scientology-Zentren Die Basis des SO-Organisationsgefüges bilden die Scientology-Zentren. In Deutschland gibt es zehn „Kirchen“ (Orgs), von denen sich drei als „Celebrity-Centren“ bezeichnen, und zwölf „Missionen“, denen nach Schätzung der Verfassungsschutzbehörden ca. 5.000 bis 6.000 Mitglieder zuzuordnen sind. Die Einrichtungen der SO sind in Deutschland überwiegend als eingetragene Vereine organisiert. Als Dachverband fungiert die Scientology Kirche Deutschland e. V. mit Sitz in München.

Mit der Einrichtung eines Zentrums in Berlin bleibt die zentral aus den USA gesteuerte SO ihrer Linie treu, Europa im Sinne ihrer Ideologie zu missionieren und näher an die Machtzentren zu rücken.

Expansionsbestrebungen Schwerpunkte der scientologischen Präsenz in Deutschland sind Baden-Württemberg, Bayern und Hamburg. Die Expansionsbestrebungen der SO in Deutschland werden uneingeschränkt fortgeführt und sind innerhalb der Organisation ein zentrales Thema. Sie strebt als Fernziel eine von ihr beherrschte Gesellschaftsordnung an, in der wesentliche Grund- und Menschenrechte außer Kraft gesetzt oder eingeschränkt werden sollen.

Dies stellte auch das Verwaltungsgericht Köln in einem Urteil vom 11.11.2004 (Az.: 20 K 1882/03) fest, mit dem es eine Klage der Organisation gegen die Beobachtung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz abgewiesen hatte. Nach Ansicht des Gerichts liegen tatsächliche Anhaltspunkte dafür vor, dass die SO Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung verfolgt. Die SO hat Anfang 2005 gegen diese Entscheidung Berufung beim OVG Münster eingelegt. Mit dem Urteil vom 12. Februar (Az.: 5 A 130/05) hat der 5. Senat des OVG Münster entschieden, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz die SO weiterhin beobachten und dabei auch nachrichtendienstliche Mittel einsetzen darf. Die Berufung gegen die erstinstanzliche Entscheidung des Verwaltungsgerichts Köln wurde zurückgewiesen.

Beobachtung der SO rechtmäßig

In der mündlichen Urteilsbegründung führte der Vorsitzende des 5. Senats aus, dass tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorlägen, dass die SO bzw. ihre Mitglieder nach wie vor Bestrebungen verfolgen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet seien. Aus den – zum Teil nicht allgemein zugänglichen – scientologischen Schriften sowie den Aktivitäten der SO bzw. ihrer Mitglieder ergäben sich zahlreiche Hinweise, dass SO eine Gesellschaftsordnung anstrebe, in der zentrale Verfassungswerte wie die Menschenwürde und das Recht auf Gleichbehandlung außer

Kraft gesetzt oder eingeschränkt werden sollten. Insbesondere bestehe der Verdacht, dass in einer scientologischen Gesellschaft nur Scientologen die staatsbürgerlichen Rechte zustehen sollten. Es gäbe aktuelle Erkenntnisse über Aktivitäten von SO, das scientologische Programm in Deutschland umzusetzen und zu diesem Zweck zu expandieren, sowie scientologische Prinzipien in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft mehr und mehr zu verbreiten.

Die SO in Niedersachsen ist kein regionaler Schwerpunkt im Gesamtgefüge der Organisation. Die „Org“ Hannover ist vereinsrechtlich und organisatorisch der Scientology Kirche Hamburg e. V. unter der Bezeichnung „Gemeinde Hannover“ angegliedert.

Org Hannover

Die Hauptaktivität der niedersächsischen Scientologen war der Aufbau von Infoständen in der Innenstadt von Hannover sowie in anderen Orten Niedersachsens. An den Infoständen wurden Publikationen des SO-Gründers HUBBARD und Werbebroschüren diverser SO-Unterorganisationen ausgelegt. Außerdem wurde der so genannte E-Meter werbewirksam vorgeführt. Das ist ein Gerät zur Messung des Hautwiderstandes, eine Art Lügendetektor, mit einer für SO spezifischen Interpretation. Von den etwa 200 Personen, die mehr oder weniger regelmäßig die Org Hannover nutzen, können seit Jahren konstant etwa 20 Scientologen als feste Mitarbeiter angesehen werden.

E-Meter

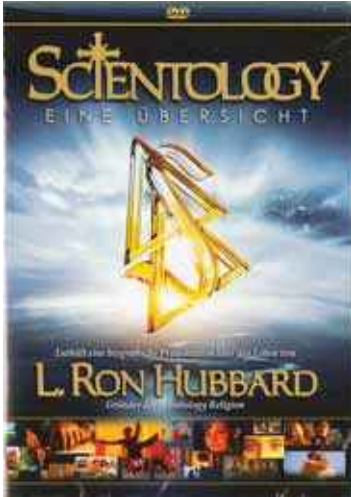
In dem Bereich der Schülernachhilfe und Erwachsenenbildung versucht die SO u. a. mit ihrer Unterorganisation „Applied Scholastics“ (ApS) Einfluss auf das nach Ansicht der SO reformbedürftige Bildungssystem zu nehmen. Bei der ApS handelt es sich um eine Unter- bzw. Tarnorganisation der SO mit ihrem Hauptsitz in Los Angeles. In Deutschland ist die „Applied Scholastics Germany“ mit einem zentralen Büro in Garbsen vertreten. ApS ist in Deutschland diejenige Stelle, bei der Scientologen u. a. Unterlagen für ihre Lizenzbewerbungen erhalten können.

Lizenzen werden von „Applied Scholastics International“ (USA) nur an die Mitglieder vergeben, die einen Kurs über die Lerntechnologie absolviert und gezeigt haben, dass sie diese Methodik „korrekt“ anwenden und lehren können. Bei den „SO-Nachhilfe-Angeboten“ in Niedersachsen handelt es sich nicht um Schulen, Institute oder Zentren, sondern um Einzelpersonen, die ihre Nachhilfe-Angebote an ihren Wohnanschriften offerieren. Die SO folgt mit der Expansion auf dem Nachhilfe-Unterricht-Markt den aktuellen Zielvorgaben der SO-Zentrale in den USA. Ziele sind die Mitgliederrekrutierung und die Gewinnmaximierung des Unternehmens. Eine Inanspruchnahme der Schülernachhilfe oder Erwachse-

Schülernachhilfe

nenbildung durch die Lizenznehmer aus Niedersachsen wurde bisher nicht festgestellt.

Europafeldzug In einer deutschlandweit durchgeführten Werbekampagne versuchte die SO erneut politische Entscheidungsträger zu erreichen. An führende Politiker in Niedersachsen sind durch die „Church of Scientology International“ mit Sitz in Los Angeles Werbe-DVDs übersandt worden. Die DVD „Scientology – Eine Übersicht“ gibt detaillierte Aufschlüsse über das Leben in der „Scientology Kirche“ und umfasst über 80 Videos, welche die grundlegenden Anschauungen und Praktiken der SO beschreiben. Die Kontaktierung von niedersächsischen Politikern ist Teil des „Europafeldzugs in die Zentren der Macht“.



Hinweistelefon

Für Hinweise steht im Niedersächsischen Ministerium für Inneres, Sport und Integration, Verfassungsschutzabteilung, weiterhin der Telefonanschluss mit der Nummer 0511/6709-393 zur Verfügung.

SPIONAGEABWEHR

Einführung

Auch 2008 war Niedersachsen Ziel von Spionageaktivitäten fremder Geheimdienste¹¹².

Die Spionageabwehr der niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde hat den gesetzlichen Auftrag, Informationen über sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Aktivitäten fremder Mächte zu sammeln und auszuwerten. Dabei geht es nicht allein um die Enttarnung von Agenten, sondern insbesondere auch um die systematische Aufklärung von Strukturen, Arbeitsmethoden und Zielrichtungen fremder Dienste.

Der aktuelle Fall eines estnischen Regierungsbeamten, der offenbar jahrelang intimste Geheimnisse von EU und NATO an Russland verraten hat, zeigt, dass die politische, militärische, wissenschaftliche und wirtschaftliche Zusammenarbeit nahezu aller Staaten für einige Länder kein Hindernis ist, ihre nachrichtendienstliche Informationsgewinnung unverändert fortzusetzen.

Aufgrund seiner wirtschaftlichen und politischen Stellung ist Deutschland vorrangiges Zielland für ausländische Geheimdienste.

Nicht nur staatliche Stellen und Wirtschaftsunternehmen, sondern jede Bürgerin oder jeder Bürger, mit tatsächlichem oder vermutetem Zugang zu entsprechenden Informationen sind Ziele nachrichtendienstlicher Verstrickung.

Für zahlreiche Dienste, wie z. B. der Russischen Föderation, aber auch der Volksrepublik China sowie Ländern des Nahen und Mittleren Ostens, zählen Politik, Militär, Rüstungsindustrie, Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung weiterhin zu den lohnenden Aufklärungszielen.

Darüber hinaus gehört es für einige auch in Niedersachsen operierende Dienste islamischer Herkunftsländer zu den wesentlichen Aufträgen, islamische und islamistische Personen und Organisationen, die der eigenen politisch-religiösen Richtung entsprechen, in jeglicher Hinsicht zu unterstützen. Zunehmende Bedeutung gewinnt auch die Ausspähung und Unterwanderung in Niedersachsen ansässiger Organi-

Niedersachsen im Fokus fremder Dienste

Aufklärungsziele

Ausspähung von Oppositionellen

¹¹² Als Geheimdienste werden hier staatliche Organisationen fremder Mächte verstanden, die nicht nur politisch, wirtschaftlich, wissenschaftlich oder militärisch bedeutsame Nachrichten beschaffen und für ihre Auftraggeber auswerten, sondern auch aktive Handlungen zur Störung oder Beeinflussung „politischer Gegner“ im In- und Ausland vornehmen. Dabei streben sie ein Höchstmaß an Geheimhaltung an. Die Verfassungsschutzbehörden verstehen sich als Nachrichtendienste (ND). Sie sind gesetzlich auf die Beschaffung und Auswertung von Informationen beschränkt. Im Gegensatz zu Geheimdiensten unterliegen sie der Kontrolle durch unabhängige Instanzen und unterrichten die Öffentlichkeit über wesentliche Ergebnisse ihrer Arbeit.

Proliferation

sationen und Personen, die in Gegnerschaft zu ihren Regierungen im Heimatland stehen.

Um ihre politischen Absichten durchsetzen zu können, bemühen sich einige Staaten, in den Besitz von nuklearen, biologischen oder chemischen Massenvernichtungswaffen zu gelangen. Da sie in der Regel nicht über das notwendige Know-how zur Entwicklung und Herstellung dieser Waffen verfügen, versuchen sie, sich notwendiges Wissen, Ausgangsprodukte und Güter illegal zu beschaffen. Davon sind auch innovative Firmen in Niedersachsen betroffen. Diese Proliferation ist nach wie vor eine der gefährlichsten Bedrohungen für den Weltfrieden.

Für die niedersächsische Wirtschaft ist die Wirtschaftsspionage ein Bereich mit hohem Gefährdungspotenzial.

Ganz konkret versuchen die ausländischen Nachrichtendienste der eigenen Wirtschaft im Konkurrenzkampf mit ausländischen Unternehmen behilflich zu sein. Hierzu gehört die Beschaffung von Informationen über Preisstrategien und Bilanzen führender Konkurrenzunternehmen auf dem Weltmarkt sowie von Forschungs- und Entwicklungsdaten über Zukunftsprodukte anderer Wettbewerber.



Broschüre des BfV

Geheimdienste der Russischen Föderation¹¹³

Die russische Staatsführung sieht trotz der guten politischen Beziehungen zur Bundesrepublik keine Veranlassung, auf eine Aufklärung Deutschlands mit nachrichtendienstlichen Mitteln zu verzichten. Traditionell gehören hierzu Aufklärungsfelder wie Politik, Wirtschaft, Militär, Wissenschaft und Forschung. Die politische Informationsbeschaffung steht jedoch unverändert im Vordergrund. So besteht unter anderem ein permanentes Interesse an Informationen über die Entwicklung der Europäischen Union und die daraus resultierenden Auswirkungen auf das politische Gesamtgefüge in Europa. Dabei spielen die diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Russischen Föderation (RF) mit ihren Legationresidenturen¹¹⁴ seit jeher eine tragende Rolle. In Niedersachsen gibt es keine Konsulate der RF, für das Landesgebiet sind die Legationresidenturen in Hamburg und Berlin zuständig. Die unter diplomatischer Abdeckung getarnten hauptamtlichen Mitarbeiter der russischen Geheimdienste steuern aus diesen Residenturen heraus ihre Aktivitäten in Niedersachsen.

¹¹³ Relevante russische Nachrichtendienste:

FSB = Federalnaja Slushba Besopasnosti (> 350.000 Mitarbeiter)
 SWR = Slushba Wneschnej Raswedkij (13.000 Mitarbeiter)
 GRU = Glawnoje Raswediwatelnoje Uprawlenije (12.000 Mitarbeiter)

¹¹⁴ Stützpunkt eines fremden Geheimdienstes in einer offiziellen (z. B. Botschaft, Generalkonsulat) oder halboffiziellen (z. B. Presseagentur, Fluggesellschaft) Vertretung seines Landes im Gastland.

Dabei reicht die Bandbreite der entwickelten Aktivitäten von der offenen Informationsgewinnung über die Führung vertraulicher Verbindungen bis hin zur geheimen Agentenföhrung.

Kennzeichnend für den Beginn einer „vertraulichen Verbindung“ ist der von dem ND-Offizier bewusst informell gestaltete Rahmen. Ein Anbahnungsversuch kann wie folgt aussehen:

Zunächst wird ein Treffen „auf neutralem Boden“ (z. B. in Restaurants) arrangiert. Der ND-Offizier bietet der Zielperson häufig bereits nach wenigen Treffen das vertrauliche „Du“ an. Vielfach gibt er vor, im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit als Diplomat Studien erstellen zu müssen und bittet die Zielperson, ihn bei dieser Tätigkeit zu unterstützen. Dafür erhält sie kleinere Geschenke oder eine Aufwandsentschädigung. Nach und nach werden konspirative Elemente in die Verbindung eingeföhrt. So fordert er die Zielperson auf, ihn unter keinen Umständen an seinem Arbeitsplatz anzurufen. Termine für künftige Treffen werden beim jeweiligen Treffen vereinbart. In manchen Fällen versucht der ND-Offizier die berufliche Entwicklung der Zielperson perspektivisch zu steuern, indem er sie auffordert, sich bei für ihn interessanten Zielobjekten (z. B. Ministerien, Behörden, Parteien) zu bewerben.

Nicht selten mündet eine „vertrauliche Verbindung“ in eine „klassische“ Agentenverbindung.

Vorsicht bei Reisen

Besonderen Gefahren sind auch Bürger ausgesetzt, die nach Russland reisen. Dazu gehören sowohl Touristen, Geschäftsreisende als auch das Personal von Hilfsorganisationen oder deutschstämmige Aussiedler. Die Daten dieser Personen werden bereits bei Visabeantragung erfasst, so dass jeder Reisende stets damit rechnen muss, von russischen Nachrichtendiensten überwacht, in nachrichtendienstliche Sachverhalte verstrickt und als Agent angeworben zu werden.

Reisende sollten bei ihren Visums- und Zollformalitäten präzise Angaben machen, da Ungenauigkeiten von russischen Nachrichtendiensten aufgebauscht und gegen sie Verwendung finden können.

Weiterhin müssen Reisende davon ausgehen, dass russische Geheimdienste ungehinderten Zugriff auf alle Telefon- und Internetdaten (Telefonanlagen und Hotspots in Hotels, etc.) haben und die Kommunikation überwachen.

**Vorsicht vor falschen
„Freunden“**

Vorsicht bei Reisen

Chinesische Geheimdienste¹¹⁵

Firmenkooperationen/Hochschulpartnerschaften

Niedersachsen verfügt über vielfältige Kontakte zur Volksrepublik (VR) China. Es gibt eine große Anzahl von Kooperationen und Hochschulpartnerschaften zwischen chinesischen und niedersächsischen Firmen und Universitäten, einschließlich eines regen Austausches von Wissenschaftlern und Studenten. Über Kooperationen chinesischer und deutscher Universitäten wurden seit 2006 Konfuzius-Institute errichtet. Hierbei handelt es sich um von der chinesischen Regierung betriebene, staatliche Einrichtungen, die zum Ziel haben, die chinesische Kultur und Chinesisch als Fremdsprache zu verbreiten. Das hannoversche Konfuzius-Institut wurde 2007 gegründet. Es ist das einzige Konfuzius-Institut in Deutschland, das vom chinesischen Staatsbüro für die internationale Verbreitung von Chinesisch geleitet wird und keiner deutschen Universität untersteht.

China hat sich zum Ziel gesetzt, seine Volkswirtschaft bis zum Jahre 2010 in ein „Marktwirtschaftssystem sozialistischer Prägung“ zu verwandeln. Es geht darum, den Anschluss an die führenden Industrienationen zu erreichen.

Transfer von Spitzentechnologie

Westliche Wirtschaftsexperten sind übereinstimmend der Auffassung, dass dieses ehrgeizige Ziel nur mit massivem Transfer von Spitzentechnologie aus den hoch entwickelten Industriestaaten zu erreichen ist. Dazu bedient sich China weltweit seiner Nachrichten- und Sicherheitsdienste und betreibt auch in Niedersachsen eine immer intensivere nachrichtendienstliche Aufklärung einschließlich des Einsatzes nachrichtendienstlicher Quellen. Es besteht ein permanentes Interesse an wissenschaftlichen, wirtschaftlichen, technischen und militärischen Informationen. Aber auch die klassischen Aufklärungsbereiche der Spionage stehen im Zielspektrum der chinesischen Dienste. So haben die Dienste die Aufgabe, die chinesische Staatsführung möglichst frühzeitig mit Informationen zu versorgen, die für Entscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik von Bedeutung sind.

Falun-Gong und Uiguren

Eine weitere Aufgabe der chinesischen Nachrichtendienste ist die Überwachung und die Beeinflussung der außerhalb Chinas lebenden oder sich vorübergehend aufhaltenden Landsleute. Hierzu zählen insbesondere diejenigen Personen, die dem politischen System ihres Heimatlandes kritisch gegenüberstehen und in der Regel in zahlreichen Vereinen organisiert sind. Namentlich handelt es sich hauptsächlich um die in China seit 1999 verbotene buddhistisch-taoistische Falun-

¹¹⁵ Relevante chinesische Nachrichtendienste:

- Ministerium für Staatssicherheit (MSS)
- Ministerium für öffentliche Sicherheit (MÖS)
- Militärischer Nachrichtendienst (MID)

Gong-Bewegung sowie um die nach „Selbstbestimmung“ strebenden islamischen Uiguren, deren Heimat die ölfreiche autonome Region Xinjiang im Nordwesten Chinas ist. Die Aktivitäten der Uiguren werden von China pauschal als terroristisch eingestuft.

Die methodische Arbeitsweise der chinesischen Nachrichtendienste besteht bevorzugt in der offenen Informationsabschöpfung auf breiter Front. Genutzt werden vorrangig eigene sprachlich ausgebildete Landsleute, die im Rahmen ihrer offiziellen Tätigkeit vielfältige Kontakte zu niedersächsischen Institutionen unterhalten oder Veranstaltungen in den sie interessierenden Bereichen besuchen, um mit den dort vertretenen Zielgruppen Kontakte zu knüpfen. Hierbei wird eine Politik des „langen Atems“ mit einer „Offensive des Lächelns“ verbunden, indem die Beziehungen zu nachrichtendienstlich interessanten Personen regelrecht kultiviert werden. Wiederholte Einladungen zum Essen, gemeinsamer Besuch kultureller Veranstaltungen, Empfänge in der Botschaft bis hin zu Einladungen nach China inklusive der Kostenübernahme vermitteln das Bemühen, eine „Freundschaftsbeziehung“ aufzubauen. Hierbei handelt es sich um eine Arbeitsweise, die insbesondere im Rahmen von Geschäftsbeziehungen angewandt wird.

Dabei lassen die verdeckt arbeitenden Nachrichtendienstangehörigen ihre wahren Absichten nicht erkennen.

Eine weitere Informationsabschöpfung erfolgt durch in Niedersachsen ständig oder vorübergehend lebende Chinesen¹¹⁶, die als hoch qualifizierte Mitarbeiter bei bedeutenden Firmen, in wissenschaftlichen Instituten oder als postgraduierte Studenten¹¹⁷ tätig sind. Diese Personen werden von den diplomatischen Vertretungen oder anderen staatlichen Stellen Chinas unter Hinweis auf das nationale Bewusstsein und den „Dienst am Vaterland“ angehalten, die erworbenen Kenntnisse der Entwicklung Chinas zur Verfügung zu stellen. Seit Mitte 2003 werden auch elektronische Angriffe mit mutmaßlich chinesischem Ursprung gegen Regierungsstellen und niedersächsische Wirtschaftsunternehmen beobachtet. Die mittels E-Mail durchgeführten Angriffe verwenden eine angehängte Schadsoftware (so genannte Trojaner) in der Weise, dass die so infizierten Rechner sowohl ausgespäht als auch verändert (sabotiert) werden können.

**Vorgehensweise
chinesischer Nach-
richtendienste**

**Wahre Absichten
nicht sofort
erkennbar**

¹¹⁶ Am 31.12.2007 waren in Niedersachsen 5.490 chinesische Staatsangehörige erfasst. (Quelle: Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen). Deutsche Staatsangehörige chinesischer Herkunft sind in diesen Zahlen nicht enthalten.

¹¹⁷ Als „Postgraduierte“ bezeichnet man diejenigen Studenten, die bereits über einen Hochschulabschluss verfügen und in einem Aufbaustudium mit Ziel Master oder der Promotion an einer Universität eingeschrieben sind.

Überwachung von China-Reisenden

Wichtigster Träger der nachrichtendienstlichen Aufklärung ist mit mehr als 800.000 Mitarbeitern der zivile Inlands- und Auslandsdienst; in China ist der Dienst für die Spionageabwehr zuständig und überwacht im Land lebende sowie einreisende Ausländer. Es ist davon auszugehen, dass auch niedersächsische Besucher, vorrangig die Entscheidungsträger aus Wirtschaft und Wissenschaft, in China einer umfassenden Überwachung unterliegen und in Hotels und Konferenzräumen abgehört werden. Der wachsende Informationsfluss aus dem Ausland wird in China ebenfalls überwacht.

Ausländische Online-Anbieter wie Google, Microsoft und Yahoo akzeptieren die staatliche Zensur.

Proliferation

Großes Interesse besteht an der Beschaffung von Informationen aus niedersächsischen Rüstungsunternehmen.

Wesentliches Merkmal der Proliferation – also der Weiterverbreitung von ABC-Waffen und Trägersystemen – ist, dass sie nicht von einer einzelnen kriminellen Person oder Gruppe betrieben wird, sondern von so genannten proliferationsrelevanten Staaten wie Iran, Nordkorea, Pakistan und Syrien unter Einbeziehung ihrer Nachrichtendienste.

Da einsatzfähige ABC-Waffen- und Trägersysteme nicht komplett auf dem Weltmarkt zu beschaffen sind, richtet sich das Streben der genannten Länder auf den Erwerb von Produkten, die den Fortbestand und die Weiterentwicklung der bereits vorhandenen Waffenbestände sichern und die es ermöglichen, neue Waffensysteme zu entwickeln. Im Mittelpunkt des Interesses stehen dabei solche Ausführungsprodukte, die als so genannte Dual-use-Güter sowohl im zivilen als auch im militärischen Bereich Anwendung finden können. Ziel der Bemühungen ist aber auch der Erwerb von Wissen, um die von ihnen betriebenen Programme zum Besitz und zur eigenen Herstellung von Massenvernichtungswaffen weiter fortsetzen zu können.

Die Bundesrepublik Deutschland versucht dem durch eine restriktive Exportkontrolle entgegen zu wirken. Trotzdem gibt es für die deutschen Sicherheitsbehörden bei der Proliferationsbekämpfung erhebliche Schwierigkeiten. Durch den Einsatz von Tarnfirmen/-organisationen sowie durch falsche Angaben über die Ware selbst, ihren tatsächlichen Bestimmungsort und -zweck ist es oftmals sehr schwierig, nachricht-



Broschüre des BfV

Erwerb von Dual-use-Gütern und Know-how

Nutzung von Tarnfirmen

tendienstlich gesteuerte Beschaffungsaktivitäten als solche zu erkennen.

Der niedersächsische Verfassungsschutz versucht seiner Aufgabe bei der Proliferationsbekämpfung durch Ermittlungen und Sensibilisierungsgespräche in entsprechenden niedersächsischen Firmen und wissenschaftlichen Einrichtungen gerecht zu werden.

**Prävention durch
Sensibilisierung**

Hilfe für Betroffene

Das Strafgesetzbuch enthält Regelungen, die dem von einer nachrichtendienstlichen Ansprache durch einen fremden Geheimdienst betroffenen Bürger eine Hilfe sein können. Gemäß § 98 StGB kann ein Gericht von einer Strafe absehen oder nach seinem Ermessen mildern, wenn ein Täter freiwillig sein Wissen einer Dienststelle offenbart. Von einem Anwerbungsversuch fremder Geheimdienste betroffenen Personen wird deshalb geraten, sich vertrauensvoll an das Niedersächsische Ministerium für Inneres, Sport und Integration, Verfassungsschutzabteilung, Postfach 44 20, 30044 Hannover, Tel. 0511/6709-0, zu wenden.

GEHEIM- UND WIRTSCHAFTSSCHUTZ

Geheimschutz

Informationen und Vorgänge, deren Bekanntwerden den Bestand oder lebenswichtige Interessen, die Sicherheit oder die Interessen des Bundes oder eines Landes gefährden können, müssen geheim gehalten und als Verschlusssache (VS) vor unbefugter Kenntnisnahme geschützt werden. Je nach Schutzbedürftigkeit erfolgt eine Einstufung der VS in unterschiedliche Geheimhaltungsgrade (VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH, VS-VERTRAULICH, GEHEIM oder STRENG GEHEIM), wobei der Schutz durch vorbeugende und wirkungsvolle Maßnahmen des personellen und materiellen Geheimsschutzes erzielt wird.

VS ab dem Geheimhaltungsgrad VS-VERTRAULICH dürfen nur Personen zugänglich sein, die sich einer Sicherheitsüberprüfung unterzogen haben. Dieses zentrale Instrument des personellen Geheimsschutzes ist in Niedersachsen im Niedersächsischen Sicherheitsüberprüfungsgesetz (Nds. SÜG) geregelt. Die in diesem Gesetz vorgeschriebenen Überprüfungsverfahren stellen sicher, dass nur Personen, deren Zuverlässigkeit festgestellt worden ist, eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit ausüben. Zuständig für die Einleitung einer Sicherheitsüberprüfung ist die jeweilige Beschäftigungsdienststelle; die Verfassungsschutzbehörde wirkt bei der Durchführung der Überprüfung mit. Im Jahr 2008 hat die Verfassungsschutzbehörde als mitwirkende Behörde insgesamt 566 Sicherheitsüberprüfungen (2007: 539) bearbeitet.

Der materielle Geheimsschutz umfasst technische und organisatorische Maßnahmen gegen die unbefugte Kenntnisnahme von VS in schriftlicher oder elektronischer Form. In der Verschlusssachenanweisung (VSA) sowie ergänzenden Richtlinien ist geregelt, wie als VS eingestuftes Schriftgut sicher bearbeitet, verwahrt und verwaltet wird.

Die Verfassungsschutzbehörde wirkt gemäß § 60 Abs. 1 VSA bei der Durchführung der VSA und der sie ergänzenden Richtlinien mit und berät die Dienststellen des Landes. Beratungsschwerpunkte sind die Einrichtung und der Betrieb von besonders gesicherten Aktensicherungsräumen oder Stahlschränken (VS-Verwahrgelasse), in denen VS unter Beachtung baulicher, mechanischer, elektronischer und organisatorischer Sicherheitsvorkehrungen aufbewahrt werden können. Dabei ist festgestellt worden, dass die Anzahl der verschlusssachenverwaltenden Dienststellen weiterhin rückläufig ist, da das Aufkommen an VS zunehmend geringer wird und Altbestände konsequent vernichtet werden.

Einen weiteren Beratungsschwerpunkt bildet der personelle Geheimschutz. Neben individuellen Beratungsgesprächen mit Geheimschutzbeauftragten oder VS-Verwaltern an deren Arbeitsplätzen werden Schulungen für Geheimschutzbeauftragte niedersächsischer Behörden durchgeführt, in denen Grundlagen des personellen und materiellen Geheimschutzes vermittelt wurden.

Geheimschutz findet nicht nur in Behörden statt, sondern auch in Unternehmen, die im Auftrag des Staates mit VS umgehen und demzufolge die Regelungen des personellen und materiellen Geheimschutzes beachten müssen. Geheimschutzbetreute Unternehmen sind z. B. Kernkraftwerke oder Betriebe der Rüstungsindustrie.

Wirtschaftsschutz

Einleitung

Der Wirtschaftsschutz hat sich als Arbeitsbereich aus der Spionageabwehr heraus entwickelt. Hier werden unter anderem die Erkenntnisse aus der Spionageabwehr umgesetzt, die unmittelbare Bedeutung für die niedersächsische Wirtschaft haben. Es werden deshalb Kontakte zu Unternehmen aufgebaut und gepflegt, die einer Gefährdung der Ausspähung bzw. Aufklärung durch fremde Nachrichtendienste unterliegen. Das sind im Wesentlichen kleine und mittelständische Unternehmen, die technologieorientiert und innovativ sind, also in der Regel einen hohen Aufwand an Forschung und Entwicklung betreiben. In den Beratungen und Vorträgen des niedersächsischen Verfassungsschutzes bilden die russischen und chinesischen Nachrichtendienste einen Schwerpunkt. Den Unternehmen wird u. a. verdeutlicht, dass die russischen Nachrichtendienste als eine ihrer wesentlichen Aufgaben die Stärkung ihrer eigenen Wirtschaft verstehen und dass zum Beispiel bei Geschäftsreisen nach Russland mit einer Ansprache durch die Dienste gerechnet werden muss. In China hat die Überwachung durch die dortigen Dienste eine besondere Bedeutung. Zudem sind die Unternehmen in Niedersachsen derzeit durch elektronische Internetattacken aus China gefährdet.

Im Vergleich zum Vorjahr konnte der Wirtschaftsschutz sein Dienstleistungsangebot 2008 weiter steigern. Im Jahr 2008 wurden 91 individuelle Firmenberatungen durchgeführt, 75 Vorträge vor unterschiedlichsten Einrichtungen mit hohem Multiplikationswert gehalten und fast 60 Kontakte mit Netzwerkpartnern wahrgenommen.

Dienstleistungsangebot gesteigert



Geschäftsreisen
ins Ausland

Ein Risiko für Unternehmer!



Niedersachsen

470 Firmen betreut Insgesamt zählt der Wirtschaftsschutz gegenwärtig etwa 470 niedersächsische Firmen zu seinem ständig betreuten Kreis.

Das Bemühen um größere Unternehmenssicherheit ist weiterhin notwendig, da der Wirtschaftsschutz nach wie vor feststellt, dass Unternehmen die Gefahren durch Wirtschaftsspionage und Know-how-Verlust oft unterschätzen. In vielen Firmen besteht ein dringender Handlungsbedarf effektive Sicherheitsmaßnahmen einzuführen. Dem Wirtschaftsschutz werden beinahe täglich Sicherheitsvorfälle in Unternehmen bekannt. Diese Fälle sind zwar nicht immer strafrechtlich relevant, da es häufig an stichhaltigen Beweisen fehlt, oft sind es auch Fälle, die als normale Diebstahls- oder Einbruchskriminalität wahrgenommen werden, aber möglicherweise einen ganz anderen, nämlich eventuell auch nachrichtendienstlichen Hintergrund haben können. Das zeigt nachfolgendes Beispiel.

Wirtschaftsschutz

Niedersächsisches Ministerium
für Inneres, Sport und Integrationen
- Verfassungsschutzbehörde -



Sicherheitslücke Mensch

Der Mitarbeiter als größte
Bedrohung für die Unternehmen



Niedersachsen

Wirtschaftsspionage oder Konkurrenzausspähung ?

- Einbruch, aber offensichtlich nichts gestohlen -

Eine niedersächsische Softwareentwicklungsfirma hat für die stahl- und blechverarbeitende Industrie an einem Projekt zur Rationalisierung gearbeitet. Mehrere Millionen Euro wurden in die Entwicklung dieses Projekts investiert, das sowohl für Mitbewerber als auch für Nachrichtendienste fremder Staaten hochinteressant ist.

Bei einem nächtlichen Einbruch in die Firma durchwühlten die unbekanntes Täter die Räumlichkeiten. Gegenstände wurden aber nicht entwendet. Es konnte jedoch nachgewiesen werden, dass sie sich mindestens 1,5 Std. in dem Firmengebäude aufgehalten hatten. In dieser Zeit dürften sich die Täter mit dem Notebook beschäftigt haben, auf dem sich die komplette Kopie der Neuentwicklung befand. Sie haben diese Zeit genutzt, um eine Kopie der Festplatte zu ziehen, um so das vollständige Wissen über das neue Projekt zu erlangen. Das Notebook hatte keinerlei Sicherungen; weder war der Zugriff passwortgeschützt, noch war die Festplatte verschlüsselt.

Notebook hat keinerlei Sicherung

Gezielte Know-how- Beschaffung

Den Tätern ging es in diesem Fall ganz offensichtlich nicht um wertvolle Gegenstände, sondern um eine gezielte Know-how-Beschaffung, die im Zweifel viel mehr Geld eingebracht hat, als gestohlene Ware. Der Fall zeigt aber auch deutlich, wie leichtfertig Unternehmen mit ihrem wertvollen Know-how umgehen. Da die Täter nicht festgestellt werden konnten, ist nicht zweifelsfrei klar, ob hier die Konkurrenz oder fremde Nachrichtendienste tätig wurden.

Der Wirtschaftsschutz kann den Unternehmen auch in solchen Situationen helfen. In den Beratungen werden Mög-

lichkeiten einer verbesserten Sicherheitsstruktur aufgezeigt. Zudem werden bei Sicherheitsvorfällen Hilfestellungen gegeben. Wenn eigene Ermittlungen nicht möglich sind, werden Wege zur Problemlösung aufgezeigt. Dabei ist dem Wirtschaftsschutz und letztlich auch den Unternehmen die inzwischen weit verzweigte Vernetzung mit vielen anderen Akteuren im Sicherheitsbereich dienlich.

Vor diesem Hintergrund hat der Wirtschaftsschutz im vergangenen Jahr auch folgende Projekte bearbeitet:

Problemlösung aufgezeigt

Messestand auf der Public Private Security

An der erstmalig im Januar auf dem Messegelände in Hannover veranstalteten Kongressmesse Public Private Security (PPS) beteiligte sich der Wirtschaftsschutz unter dem Titel „Verfassungsschutz gegen Wirtschaftsspionage – Schützen Sie Ihr Know-how“ mit einem eigenen Stand. Auf der Messe für modernes öffentliches Sicherheitsmanagement präsentierte der Arbeitsbereich sein Dienstleistungsangebot für niedersächsische Unternehmen, stellte eigene Projekte vor und warb für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit. Im Zeichen von Netzwerkarbeit und Kontaktpflege ergaben sich vielfältige Ansätze für die künftige Kooperation mit niedersächsischen Firmen.



Sicherheitsmesse „Security“ in Essen

Auf der alle zwei Jahre in Essen stattfindenden Fachmesse für Sicherheits- und Brandschutztechnik „Security“ betrieb der Wirtschaftsschutz im Oktober einen Gemeinschaftsstand mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz und fünf weiteren Landesbehörden für Verfassungsschutz.

Den Messebesuchern wurde die Gefahr verdeutlicht, die für deutsche Unternehmen von Wirtschaftsspionage ausgeht. Es hat sich dabei gezeigt, dass sich das Dienstleistungsangebot der Verfassungsschutzbehörden als wesentliches Element im Risikomanagement der Unternehmen verankert hat.

Risikomanagement

Zwölfte Sicherheitstagung für geheimschutzbetreute Unternehmen

Im Mai fand in Lingen die Tagung des Wirtschaftsschutzes für geheimschutzbetreute Unternehmen in Niedersachsen statt. Im Fokus der zweitägigen Tagung, an der rund 60 Sicherheitsbevollmächtigte teilnahmen, stand die „Competitive Intelligence“ – ein legales Ausspähungskonzept unter Wettbewerbern, das über die bekannten Maßnahmen wie Marktfor-

schung, Wettbewerbsbeobachtung und Leistungsvergleiche hinausgeht und eine umfassende Analyse des Marktes unter Einbeziehung sämtlicher offen zugänglicher Informationen sowie deren Interpretation umfasst.

Sicherungskonzept und Innentäterpro- blematik

Die in einem weiteren Vortrag präsentierten Präventionsansätze des Leiters der Forensik-Abteilung einer renommierten deutschen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bei den Unternehmensvertretern stießen auf großes Interesse. Unter Abwehrgesichtspunkten wurde deutlich, dass Unternehmen Ausspähungen des Firmen-Know-hows nur mit ganzheitlichen Sicherheitskonzepten begegnen können, die neben technischen Absicherungen besonderen Wert auf die Einbeziehung der Mitarbeiter legen. In diesem Zusammenhang spielt die so genannte Innentäterproblematik eine besondere Rolle und bildete daher einen Schwerpunkt dieser Veranstaltung. Der Leiter der Konzern-Revision eines weltweit operierenden niedersächsischen Unternehmens stellte dazu die firmeneigene Betroffenheit anhand von diversen Fallbeispielen dar. Ein weiterer Referent informierte über das Thema „Social Engineering“, das die unseriöse sowie meist illegale Informationsbeschaffung unter Ausnutzung von sozialen Kontakten beschreibt.

Das Programm der Tagung wurde mit einem aktuellen Lagebild zur Internetsicherheit abgerundet.

Siebte Wirtschaftsschutztagung des Niedersächsischen Verfassungsschutzes

Im November fand die Wirtschaftsschutztagung mit rund 100 Vertretern vorwiegend der vom Wirtschaftsschutz betreuten niedersächsischen Unternehmen in Hannover statt. Die Tagung stand unter dem Leitgedanken „Recht und Sicherheit – Rechtsunsicherheit in Unternehmen?“. Nach einer Einführung in das Thema erläuterte ein Aufsichtsratsmitglied einer Detektei für Wirtschaftsermittlungen moderne Methoden der Personaldiagnostik sowie Beweisbeschaffungs- und Verfolgungsstrategien bei Straftaten durch Mitarbeiter. Ein Fachanwalt für Informationstechnologierecht berichtete über Recht, Haftung und Kontrollmöglichkeiten in der IT-Sicherheit.

Recht und Sicherheit – Rechtsunsicherheit?

Ein weiterer Rechtsanwalt und Experte für nationales und internationales Unternehmensrecht veranschaulichte rechtliche Probleme für Unternehmen in den Schwellenländern und fokussierte in seinem Vortrag insbesondere Schwierigkeiten in den Ländern China und Indien.

DER VERFASSUNGSSCHUTZ IN NIEDERSACHSEN

Organisation

Infolge einer Umorganisation ist seit dem 01.08.2007 die Verfassungsschutzbehörde das Niedersächsische Ministerium für Inneres, Sport und Integration (Fachministerium). Das Fachministerium unterhält eine gesonderte Abteilung (Verfassungsschutzabteilung), die allein die der Verfassungsschutzbehörde nach dem Verfassungsschutzgesetz und anderen Rechtsvorschriften obliegenden Aufgaben wahrnimmt. Diese Abteilung wird durch einen Verfassungsschutzpräsidenten geleitet.

Innenministerium ist Verfassungsschutzbehörde

Beschäftigte

Im Haushaltsplan 2008 standen der niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde 204 Planstellen für Beamtinnen und Beamte und 58 Beschäftigungsmöglichkeiten für das Tarifpersonal zur Verfügung.

Insgesamt 262 Mitarbeiter

Das Beschäftigungsvolumen, die Grundlage für die Berechnung der Personalkosten für die in der Verfassungsschutzbehörde Beschäftigten, betrug im Haushaltsjahr 2008 248,47 Vollzeiteneinheiten (VZE).

Haushalt

Im Haushalt der niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde waren im Haushaltsjahr 2008 für Personalausgaben 11.200.000 EUR (2007: 9.972.000 EUR) und für Sachausgaben 3.575.000 EUR (2007: 2.846.000 EUR) veranschlagt. Damit ergab sich ein Ausgabevolumen von 14.775.000 EUR.

Ausgabevolumen von 14.775.000 EUR

Mitwirkungsaufgaben des Verfassungsschutzes

Zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und der Sicherheit des Bundes und der Länder nimmt der Verfassungsschutz neben seinem Beobachtungs- und Aufklärungsauftrag auch gesetzlich geregelte Mitwirkungspflichten gegenüber anderen Behörden wahr (§ 1 Satz 2 Nr. 4 Niedersächsisches Verfassungsschutzgesetz – NVerfSchG¹¹⁸). Im Rahmen dieser Mitwirkung wird geprüft, ob den Verfassungsschutzbehörden zu bestimmten, von der anfragenden

¹¹⁸ Mit Wirkung vom 24.01.2009 sind umfangreiche Änderungen des NVerfSchG in Kraft getreten. Maßgeblich für die diesem Bericht zugrunde liegenden Beobachtungen war jedoch das NVerfSchG in der Fassung vom 19.11.2007, zuletzt geändert durch Gesetz vom 09.05.2008. Die aktuelle Gesetzesfassung ist im Anhang abgedruckt.

32.665 Mitwirkungsanfragen

Behörde näher bezeichneten Personen Erkenntnisse vorliegen, die bei den Entscheidungen der anfragenden Behörden eine sicherheitsbezogene Relevanz haben.

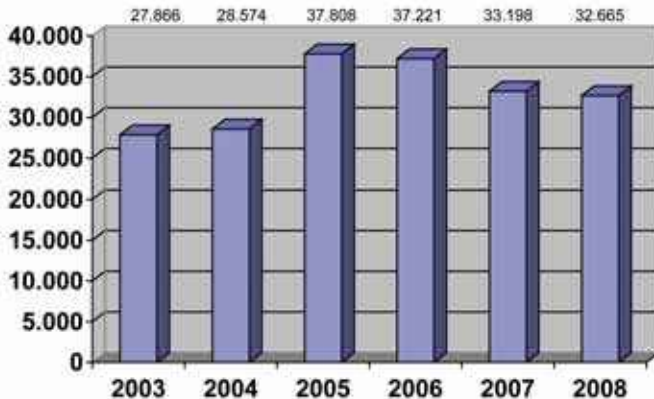
Im Jahr 2008 wurden 32.665 solcher Mitwirkungsanfragen an den Verfassungsschutz gerichtet. Die Prüfungsbereiche – Beteiligungen bei Einbürgerungen (10.401 Anfragen) und Aufenthaltstiteln (7.282 Anfragen) sowie Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach dem Luftsicherheitsgesetz (6.916 Anfragen), dem Atomgesetz (5.870 Anfragen) und dem Sprengstoffgesetz (772 Anfragen) – werden statistisch erfasst. Zu den Mitwirkungsaufgaben des Verfassungsschutzes zählen des weiteren Anfragen nach dem Waffengesetz, Häftlingshilfegesetz, Ordensgesetz, Hafensicherheitsgesetz, Bundesvertriebenengesetz, nach der Bewachungsverordnung und der Überfall- und Einbruchmelderichtlinie sowie zur Dolmetscherei des Landeskriminalamtes Niedersachsen (LKA NI).

Übermittlungen sicherheitsrelevanter Erkenntnisse erfolgten im Jahr 2008 in weniger als einem Prozent der Fälle.

Mitwirkungsanfragen seit 2005 rückläufig

Die Gesamtzahl der Anfragen hat sich seit 2005 stetig verringert. Ursachen dafür sind in erster Linie Gesetzesänderungen im Luftsicherheitsbereich, mit denen die Abstände von Wiederholungsprüfungen verlängert wurden. Auch im Einbürgerungsbereich ist ein Rückgang der Anfragen festzustellen.

Entwicklung der Gesamtzahl der Mitwirkungsanfragen



Projektorganisation Gemeinsames Informations- und Analysezentrum Polizei und Verfassungsschutz Niedersachsen (GIAZ – Niedersachsen)

Mit dem am 10.01.2005 eingerichteten Projekt „Gemeinsames Informations- und Analysezentrum Polizei und Verfassungsschutz Niedersachsen“ (GIAZ – Niedersachsen) wurde die Zusammenarbeit in den wichtigsten Bereichen der Extremismus- und Terrorismusbekämpfung optimiert. Der schnelle Austausch, die umfassende Analyse und Bewertung aller verfügbaren Informationen bei sehr kurzen Kommunikationswegen sind entscheidende Voraussetzung für die effektive Beobachtung und Bekämpfung von Extremismus und Terror.

Zu den Aufgaben des GIAZ – Niedersachsen gehören die Zusammenführung, Analyse und Bewertung von polizeilichen und nachrichtendienstlichen Informationen aus den Themenfeldern

- Internationaler Terrorismus und Extremismus, soweit er den internationalen Terrorismus unterstützt, insbesondere islamistischer Extremismus,
- Rechtsextremismus und
- Autonome und sonstige gewaltbereite Linksextremisten.

Das GIAZ fasst diese Informationen in einer gemeinsamen Datei zusammen. Zudem werden im GIAZ – Niedersachsen aussagekräftige Lagebilder erstellt, neue Analyseprojekte initiiert und operative Maßnahmen, die von Polizei und Verfassungsschutz in jeweils eigener Zuständigkeit durchgeführt werden, koordiniert.

Einen wichtigen Beitrag zur ganzheitlichen Terrorismusbekämpfung stellt der Aufgabenschwerpunkt „Brennpunkte des Islamismus in Niedersachsen“ des GIAZ – Niedersachsen dar. Ziel dieses Projektes sind die weitere Aufhellung islamistischer Strukturen und das frühzeitige Erkennen von Schlüsselfiguren der islamistischen Szene. Die analytische Betrachtung soll Aufschluss geben über Anzahl, Verteilung und Zuordnung islamistischer Brennpunkte in Niedersachsen. Es geht darum, Erkenntnisse über Radikalisierung im und Rekrutierung für den Islamismus, insbesondere den islamistischen Terrorismus, zu gewinnen.

Im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Rechtsextremismus hat eine Analyse des GIAZ – Niedersachsen zu dem Ergebnis geführt, dass derzeit in Niedersachsen keine Strukturen und organisierten Vernetzungen zwischen subkulturell geprägten und sonstigen gewaltbereiten Rechtsextremisten

GIAZ – Niedersachsen seit 2005 in Betrieb

GIAZ erstellt Lagebilder und Analyseprojekte

Keine organisierten Vernetzungen zwischen rechtsextremistischen Skinheads einerseits und Hooligans und Rockern

(in erster Linie rechtsextremistischen Skinheads) einerseits und Hooligans und Rockern andererseits existieren. Es sind lediglich Einzelfälle von Überschneidungen konstatiert worden.

Gemeinsames norddeutsches Lagebild zum Rechtsextremismus

Darüber hinaus fertigte das GlAZ – Niedersachsen ein „Gemeinsames Lagebild des Staats- und Verfassungsschutzes zum Rechtsextremismus im Bereich der norddeutschen Küstenländer“.

Die vorliegenden Erkenntnisse deuten auf eine strukturelle Vernetzung und organisierte Zusammenarbeit der rechtsextremistischen Szene hin. Das zeigt sich besonders bei der Planung und Durchführung von Konzerten, bei der wechselseitigen Unterstützung bei Wahlen oder bei der Durchführung von Demonstrationen. Die Innenminister der norddeutschen Küstenländer beschlossen, zukünftig Erfahrungen und Erkenntnisse noch stärker auszutauschen und Maßnahmen sowie gemeinsame Präventionsprojekte abzustimmen.

Gemeinsames norddeutsches Lagebild zum Linksextremismus in Arbeit

Aktuell wird durch das GlAZ – Niedersachsen ein gemeinsames Lagebild der norddeutschen Bundesländer zum Linksextremismus erarbeitet.

Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel

Erkenntnisse überwiegend aus offen zugänglichen Quellen

Der niedersächsische Verfassungsschutz gewinnt die zur Erfüllung seiner Aufgaben relevanten Informationen überwiegend aus offen zugänglichen Quellen. Darüber hinaus werden – im Rahmen gesetzlich festgelegter Befugnisse und unter Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit – nachrichtendienstliche Mittel zur Informationsbeschaffung eingesetzt. Nach § 6 NVerfSchG darf der Verfassungsschutz zur Beschaffung der erforderlichen Informationen die hier abschließend aufgeführten nachrichtendienstlichen Mittel einsetzen, soweit dies für die Erkenntnisgewinnung unverzichtbar ist. Vor dem Einsatz von nachrichtendienstlichen Mitteln wird geprüft, ob die von den jeweiligen Bestrebungen ausgehenden Gefahren, ggf. die Konspiration oder Gewaltbereitschaft einer Organisation, den Einsatz dieser Mittel erfordern und durch welche Mittel die hiervon Betroffenen in ihren vom Grundgesetz geschützten Rechtspositionen am wenigsten beeinträchtigt werden (Prinzip des geringst möglichen Eingriffs).

Die Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel beinhaltete im Berichtszeitraum im Wesentlichen den Einsatz von Vertrauensleuten und sonstigen Informanten, verdeckte Ermittlungen und Befragungen sowie zeitlich befristete Observationen.

Von den nachrichtendienstlichen Mitteln nach Maßgabe des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10-Gesetz – G10) wurde während des Berichtszeitraums vom Verfassungsschutz nur in dem der Schwere des jeweiligen Verdachts angemessenen Maße Gebrauch gemacht. Die Anzahl der G10-Maßnahmen bewegte sich im einstelligen Bereich.

Die dem Verfassungsschutz durch die Neufassung des NVerfSchG im Jahr 2004 eingeräumten erweiterten Auskunftsbefugnisse gegenüber Kreditinstituten, Luftfahrtunternehmen und Erbringern von Post- oder Telekommunikationsdienstleistungen sind nach § 5a NVerfSchG an hohe rechtliche Voraussetzungen gebunden. Von diesen Befugnissen hat der Verfassungsschutz aus Gründen der Verhältnismäßigkeit zurückhaltend Gebrauch gemacht.

Nachrichtendienstliches Informationssystem (NADIS)

Der Verfassungsschutz ist – wie die anderen Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder auch – gesetzlich befugt, die zur Aufgabenerfüllung erforderlichen personenbezogenen Daten zu erheben und in Akten und Dateien zu speichern. Das NVerfSchG und detaillierte Dienstvorschriften schreiben bestimmte Speichervoraussetzungen sowie Regelungen zur Sperrung und Löschung der Daten vor. Deren Beachtung unterliegt insbesondere der Kontrolle durch den Landesbeauftragten für den Datenschutz (LfD) und den im Verfassungsschutz bestellten behördlichen Datenschutzbeauftragten.

Aufgrund der in Artikel 73 Nr. 10 des Grundgesetzes und im Bundesverfassungsschutzgesetz (BVerfSchG) normierten Verpflichtung zur Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterrichtung unterhalten alle Verfassungsschutzbehörden gemäß § 6 BVerfSchG eine gemeinsame beim Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) eingerichtete Datenbank, das so genannte Nachrichtendienstliche Informationssystem (NADIS). Alle teilnehmenden Behörden dürfen dort nach Maßgabe der jeweiligen eigenen rechtlichen Befugnisse personenbezogene Daten einstellen sowie auf den gesamten NADIS-Datenbestand zugreifen und Daten abrufen.

Aus dem so genannten Aktenfundstellensystem, das NADIS darstellt, werden jedoch nur der Name der gespeicherten Person, die zu ihrer Identifizierung erforderlichen Merkmale wie z. B. Wohnanschrift, Staatsangehörigkeit, Kraftfahrzeug sowie die speichernde Behörde und deren nach einem einheitlichen Aktenplan vergebenen Aktenzeichen ersichtlich. Nicht gespeichert ist der Inhalt der jeweiligen Information, die Anlass zur Vergabe des Aktenzeichens gewesen ist.

G10-Maßnahmen im einstelligen Bereich

Vorschriften zur Speicherung, Sperrung und Löschung von Daten

NADIS – Gemeinsame Datenbank von Bund und Ländern

Benötigt eine Verfassungsschutzbehörde zur eigenen Aufgabenerfüllung die Informationen einer anderen Verfassungsschutzbehörde über eine gespeicherte Person, so fragt sie in der Regel auf elektronischem Wege bei ihr an. Der Informationsübermittlung ist eine Relevanzprüfung durch die speichernde Stelle vorgeschaltet.

Bedeutsam ist, dass sich die im NADIS gespeicherten personenbezogenen Daten nur teilweise auf Personen beziehen, die verfassungsfeindliche, sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Aktivitäten (vgl. § 3 Abs. 1 NVerfSchG) entfaltet haben. Im NADIS werden vielmehr auch Angaben zu Personen erfasst, bei denen eine Sicherheitsüberprüfung mit dem Ergebnis einer Ermächtigung zum Umgang mit Verschlussachen durchgeführt wurde oder die als Zielpersonen terroristischer oder geheimdienstlicher Aktivitäten gelten.

Vom Niedersächsischen Verfassungsschutz waren am 31.12.2008 folgende personenbezogene NADIS-Speicherungen veranlasst (Vorjahreszahlen in Klammern):

- Anstieg der NADIS-Speicherungen**
- im Zusammenhang mit Sicherheitsüberprüfungen 25.303 (18.425)
 - im Zusammenhang mit originären Aufgaben des Verfassungsschutzes im Bereich Extremismus, Terrorismus, Spionageabwehr 10.307 (7.710)

Auskunftersuchen von Bürgerinnen und Bürgern

Im Jahr 2008 wurden 236 Auskunftersuchen (2007: 68) gemäß § 13 NVerfSchG beantwortet. In 51 Fällen hatte der Verfassungsschutz keine Erkenntnisse gespeichert. Fünf Anfragenden wurde der ihrer Erfassung zugrunde liegende Sachverhalt uneingeschränkt mitgeteilt. In 18 Fällen wurde den Auskunftssuchenden der ihrer Erfassung zugrunde liegende Sachverhalt eingeschränkt mitgeteilt und im Übrigen gemäß § 13 Abs. 3 NVerfSchG an den LfD verwiesen. Abgelehnt wurde eine Auskunftserteilung im Rahmen eines Massenauskunftsverfahrens in insgesamt 162 Fällen wegen der Befürchtung der Ausforschung des Erkenntnisstandes oder der Arbeitsweise der Verfassungsschutzbehörde gemäß § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 NVerfSchG. Auch in diesen Fällen wurde an den LfD verwiesen.

Anstieg der Auskunftersuchen durch Massenauskunftersuchen

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Verfassungsschutzbehörde

Gemäß § 3 Abs. 4 NVerfSchG klärt die Verfassungsschutzbehörde die Öffentlichkeit auf der Grundlage ihrer Auswertungsergebnisse durch zusammenfassende Berichte und andere Maßnahmen über verfassungsfeindliche Bestrebungen und sicherheitsgefährdende bzw. geheimdienstliche Tätigkeiten auf. Zu den zusammenfassenden Berichten zählt insbesondere der jährliche Niedersächsische Verfassungsschutzbericht. Wegen der großen Nachfrage wurde die im August 2007 komplett überarbeitete und aktualisierte Auflage der Broschüre „Neonazistische Kameradschaften – Rechtsextremistische Skinheads – Rechtsextremistische Musik“ zahlreich nachgedruckt. Zudem wurde Mitte des Jahres eine Broschüre mit dem Titel „Förderung politischer Handlungsmöglichkeiten gegen Rechtsextremismus in den Kommunen“ herausgegeben, die die Tagungsbeiträge der vier durchgeführten regionalen Auftaktkonferenzen enthält.

Zentrale Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes sind die Information der Bürgerinnen und Bürger über gesetzliche Grundlagen, Arbeitsweise und Kontrolle des Verfassungsschutzes, die Darstellung der Erscheinungsformen und ideologischen Grundlagen verfassungsfeindlicher Bestrebungen sowie Informationen über sicherheitsgefährdende und geheimdienstliche Aktivitäten. Der informierte Bürger soll in die Lage versetzt werden, sich ein Urteil über die Gefahren zu bilden, die unserem Rechtsstaat durch verfassungsfeindliche Kräfte drohen. Insoweit erfüllt die Öffentlichkeitsarbeit der Verfassungsschutzbehörde auch präventive Aufgaben bei der Bekämpfung des Extremismus. Die Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes zielt – über die bloße Wissensvermittlung hinaus – auch darauf ab, sich unsere fundamentalen Verfassungsprinzipien bewusst zu machen. Die politische Auseinandersetzung mit verfassungsfeindlichen Gegenpositionen setzt die Kenntnis extremistischer Bestrebungen voraus.

Die Bürger- und Presseanfragen an die Verfassungsschutzbehörde spiegeln thematisch alle Arbeitsfelder des Verfassungsschutzes wider. Den Schwerpunkt bildeten dabei neben Anfragen zu islamistischen Organisationen vor allem der Informationsbedarf über rechtsextremistische Strukturen in Niedersachsen. Dabei wird häufig eine Einschätzung erbeten, ob beschriebene Phänomene als extremistisch zu werten sind.

Erscheinungsformen darzustellen, Hintergründe zu analysieren, Multiplikatoren, Schüler und Eltern zu sensibilisieren und auch auf Möglichkeiten des Zurückdrängens extremis-

Nur der informierte Bürger kann die Gefahren für unseren Rechtsstaat beurteilen

Schwerpunkt der Bürger- und Presseanfragen zu islamistischen Organisationen und rechtsextremistischen Strukturen

Zielgruppenorientierte Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen

tischer Positionen einzugehen, steht bei den zielgruppenorientierten Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen des Verfassungsschutzes im Mittelpunkt. Wie in den Vorjahren wurden mehrfach Besuchergruppen in das Dienstgebäude des Verfassungsschutzes eingeladen. Darüber hinaus informierte der Verfassungsschutz fortlaufend an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen in Niedersachsen schwerpunktmäßig über den Rechtsextremismus, insbesondere über Werbestrategien rechtsextremistischer Organisationen, die zunehmend auf junge Menschen zugeschnitten sind.

Mit dem Konzept der Förderung von Handlungsmöglichkeiten gegen Rechtsextremismus für kommunale Mandatsträger sowie Entscheidungsträger in den Verwaltungen bietet die Verfassungsschutzabteilung des Ministeriums für Inneres, Sport und Integration im Rahmen der Präventions- und Öffentlichkeitsarbeit ein neues Informationsangebot, um über aktuelle rechtsextremistische Bestrebungen aufzuklären. An den vier Auftaktveranstaltungen in Hannover, Lüneburg, Oldenburg und Braunschweig nahmen Ende 2007/Anfang 2008 jeweils mehr als 150 kommunale Mandatsträger teil. In den stark nachgefragten örtlichen Beratungsveranstaltungen in den Kommunen werden konkrete Unterstützungsmöglichkeiten in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten vorgestellt. Dazu zählt etwa neben der regionalen Lagedarstellung ein Argumentationstraining gegen rechtsextremistische Rhetorik oder eine Beratung, wie einem Versuch zur Anmietung eines Veranstaltungssaales, etwa zur Durchführung einer Konzertveranstaltung, entgegenge wirkt werden kann.

Qualifizierungsreihe in Zusammenarbeit mit Kultusministerium

Die landesweite Fortbildungsreihe, die die Verfassungsschutzbehörde seit 2005 in Stade, Hameln, Walsrode, Osna brück, Braunschweig, Hildesheim, Göttingen, Celle, Hannover, Lüneburg, Oldenburg, Salzgitter und Wilhelmshaven in enger Zusammenarbeit mit dem Niedersächsischen Kultusministerium, dem Niedersächsischen Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung und der Landesschulbehörde für Lehrkräfte durchführt, ist 2008 mit Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen in Wolfsburg und Tostedt weitergeführt worden. Insgesamt wurden fast 1.300 Lehrkräfte von Referenten des Verfassungsschutzes über die Gefahren des Rechtsextremismus informiert; Erfahrungsberichte von Lehrern ergänzten die Veranstaltungen. Die Qualifizierungsreihe, die auch dazu beitragen soll, dass die Schulen Projekt tage und schulinterne Lehrerfortbildungen gegen den Rechtsextremismus initiieren und nachhaltig verankern, wird auch in den nächsten Jahren mit einem erweiterten Konzept (die Veranstaltung wird zukünftig als Ganztagesveranstal-



zung in den Fortbildungskalender des Kultusministeriums aufgenommen) fortgesetzt.

Aufgrund der in den Lehrerfortbildungen festgestellten großen Nachfrage nach Arbeitsunterlagen zum Thema Rechtsextremismus, entwickelte die Verfassungsschutzabteilung eine CD-ROM, die neben den Tafeln der Wanderausstellung umfassendes Material zu allen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus enthält. Zentraler Bestandteil der Informations-CD sind rechtsextremistische Primärtexte, die mit Hintergrundinformationen und Interpretationshinweisen angeboten werden. Rechtsextremistische Musikbeispiele sind mit Texten und Kurzprofilen der Bands für Unterrichtszwecke zusammengestellt. Die vom Niedersächsischen Kultusministerium finanziell geförderte und bereits in zweiter Auflage erschienene CD wurde bereits als Unterrichtsmaterial an niedersächsische Lehrkräfte, insbesondere im Rahmen der regionalen Lehrerfortbildung, verteilt.

Die von der Verfassungsschutzbehörde konzipierte Ausstellung „Demokratie schützen – Verfassungsschutz gegen Rechtsextremismus“ ist ein weiteres Mittel zur Aufklärung. Sie soll eine Hilfe bei der aktiven Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus sein. Die Ausstellung schärft das Problembewusstsein, indem sie grundlegende Informationen über rechtsextremistische Erscheinungsformen und Werbemethoden vermittelt. Dieses Wissen ist die Voraussetzung für eine fundierte Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und kann maßgeblich dazu beitragen, dass Rechtsextremisten mit ihren menschenverachtenden Hassbotschaften das Denken vor allem junger Menschen nicht negativ beeinflussen. Im Mittelpunkt der durch die Stiftung Niedersachsen geförderten Ausstellung stehen Beispiele rechtsextremistischer Musik. Die Besucher werden mit Liedtexten konfrontiert, die in schlimmster Weise gegen Minderheiten hetzen und Juden, Farbige, Homosexuelle, Obdachlose und Behinderte als minderwertige Randgruppen darstellen. Weil die volksverhetzende, fremdenfeindliche und zu Gewalttaten aufrufende Musik auf emotionale Wirkung zielt und Tabus bricht, ist sie für Jugendliche verführerisch. Die Ausstellung soll den verstärkten Bemühungen von Rechtsextremisten, Jugendliche zu werben, entgegenwirken. Neben der Präsentation von Musikbeispielen sind ein Film, zahlreiche Informationstafeln und Anschauungsmaterialien Bestandteil der Präsentation. Das Konzept der Ausstellung sieht eine fachkundige Führung insbesondere von Schulklassen durch Verfassungsschutzmitarbeiter vor. So sind mittlerweile in Aurich, Bersenbrück, Braunschweig, Buchholz, Celle, Cloppenburg, Delmenhorst, Dörverden, Emden, Garbsen, Gifhorn, Goslar, Hannover, Herzberg, Hildesheim, Kropp

Multiplikatoren-CD



Bereits 22.000 Besucher bei Wanderausstellung gegen Rechtsextremismus

(Schleswig-Holstein), Munster, Nienburg, Nordhorn, Northeim, Osnabrück, Osterode, Papenburg, Schneverdingen, Stade, Syke, Walsrode, Westerstede, Wildeshausen, Wolfenbüttel und Wunstorf mehr als 20.000 Schüler durch die Ausstellung geführt worden. 2008 gab es ca. 160 Führungen. Darüber hinaus wurde die Ausstellung im Rahmen einer Fachtagung des Verfassungsschutzes in Oldenburg und auf dem Deutschen Präventionstag in Nürnberg präsentiert. Insgesamt konnte der Verfassungsschutz fast 22.000 Besucher verzeichnen. Nach der Aktualisierung und teilweisen Überarbeitung, bei der die Anregungen und Vorschläge der Ausstellungsbesucher eingeflossen sind, wurde die Wanderausstellung am 26. März in Hildesheim wieder eröffnet. Für das Jahr 2009 ist sie komplett ausgebucht, Terminwünsche für 2010 liegen bereits vor.

Die komplett überarbeitete Wanderausstellung „Muslime in Niedersachsen – Probleme und Perspektiven der Integration“ wurde am 26.11.2007 in Braunschweig eröffnet. Die 31 Tafeln umfassende Ausstellung beleuchtet das Thema der Integration von Muslimen und Muslimen in Niedersachsen aus der Sicht der Integrationsbeauftragten, des Sports, des Landespräventionsrates, aber auch der Polizei und des Verfassungsschutzes. Sie gibt einen Überblick über integrationshemmende und integrationsfördernde Aspekte. Die Ausstellung wirbt dafür, die gesell-



schaftlichen, aber auch die individuellen Anstrengungen für eine bessere Integration zu intensivieren. Sie war bisher schon in Ganderkesee, Garbsen, Gifhorn, Hildesheim, Holzminden, Langenhagen, Leer, Melle, Osterholz, Peine, Quakenbrück, Salzgitter, Stadtoldendorf, Verden, Weyhe und an der Polizeiakademie Nienburg zu sehen. Für 2009 ist sie bis auf wenige freie Zeiten ausgebucht. Weitere Anfragen für das Jahr 2010 liegen bereits vor. Die Wanderausstellung kann landesweit von interessierten Kommunen und Institutionen angefordert werden.

Wanderausstellung „Integration von Muslimen“ in 17 Orten zu sehen

Der Verfassungsschutz ist im Fachbeirat der Clearingstelle Prävention von Rechtsextremismus des Landespräventionsrates (LPR) vertreten, die die verschiedenen Aktivitäten im Zusammenhang mit Aufklärungsmaßnahmen gegen Rechtsextremismus in Niedersachsen vernetzen soll. Durch die Arbeit der Clearingstelle soll rechtsextremen Orientierungen – vor allem bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen – vorgebeugt werden. Die Mitgliedschaft im Fachbeirat

stellt sicher, dass die Maßnahmen der Verfassungsschutzbehörde mit den übrigen in Niedersachsen initiierten regionalen Präventionsaktivitäten abgestimmt werden.

Im Rahmen des vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderten Programms „kompetent. Für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ wurde beim Landespräventionsrat die Landeskoordinierungsstelle für Niedersachsen eingerichtet. Hier existiert ein Beratungsnetzwerk aus Expertinnen und Experten, aus dessen Mitte anlassbezogen, unmittelbar und zeitlich befristet Mobile Interventionsteams gebildet werden, die in einer krisenhaften Situation mit rechtsextremem, fremdenfeindlichem und antisemitischem Hintergrund kompetent beraten. Der Niedersächsische Verfassungsschutz ist auch in diesem Expertenpool vertreten.

Der informierte Bürger ist der beste Garant für die Lebendigkeit unserer Demokratie und für die Abwehr verfassungsförderlicher Organisationen. Der Verfassungsschutz steht allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Niedersachsens durch seine Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung.

Wünsche für Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen können per Post (Büttnerstraße 28, 30165 Hannover), telefonisch (0511/6709-217), per Fax (0511/6709-380) oder per E-Mail (oeffentlichkeitsarbeit@abt6.mi.niedersachsen.de) an das Niedersächsische Ministerium für Inneres, Sport und Integration, Abteilung Verfassungsschutz, gerichtet werden. Informationen zur Wanderausstellung „Demokratie schützen – Verfassungsschutz gegen Rechtsextremismus“, wie aktuelle Ausstellungsorte, Termine für Führungen, Voraussetzungen für die Präsentation etc. erhalten Sie unter der Telefonnummer 0511/6709-569 oder der o. a. E-Mail-Adresse. Für Informationen zur Wanderausstellung „Muslime in Niedersachsen – Probleme und Perspektiven der Integration“ wenden Sie sich bitte an die Telefonnummer 0511/6709-510 oder per E-Mail gleichfalls an oeffentlichkeitsarbeit@abt6.mi.niedersachsen.de.

Die weiterhin unter Federführung der Niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde im Internet eingestellte und komplett neu erarbeitete gemeinsame Präsentation der norddeutschen Verfassungsschutzbehörden

www.verfassungsschutzgegenrechtsextremismus.de

stellt die Situation des Rechtsextremismus für ganz Norddeutschland dar. Neben ideologischen Begriffserklärungen und grundlegenden Erläuterungen über rechtsextremistische Erscheinungsformen finden sich auch Antworten auf die Frage „Was kann ich tun?“ und weiterführende Links für

Verfassungsschutz im Fachbeirat der Clearingstelle Prävention von Rechtsextremismus des Landespräventionsrates vertreten

Verfassungsschutz wirkt in Mobilien Interventionsteams mit

**Kontaktnummern:
0511/6709-217,
-569, - 510**

Gemeinsame norddeutsche Seite gegen Rechtsextremismus

den Bereich der Prävention. Die Nutzung neuer technischer Möglichkeiten bietet den beteiligten Ländern Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein die Gelegenheit, aktuelle Entwicklungen im Rechtsextremismus länderübergreifend umgehend online darzustellen.

Die Verfassungsschutzabteilung informiert umfassend unter der Adresse

www.verfassungsschutz.niedersachsen.de

Weitere Informationen unter www.verfassungsschutz.niedersachsen.de über Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes und aktuelle Entwicklungen des politischen Extremismus sowie der Spionageabwehr mit der Schwerpunktsetzung auf Niedersachsen.

Die Internet-Seiten des Ministeriums für Inneres, Sport und Integration

www.mi.niedersachsen.de
(Themen \ Innere Sicherheit)

Download von Broschüren umfassen insbesondere politische Stellungnahmen sowie Grundsätzliches zum Verfassungs- und Geheimschutz. Auch die Verfassungsschutzberichte der letzten Jahre sowie die Broschüre „Neonazistische Kameradschaften – Rechtsextremistische Skinheads – Rechtsextremistische Musik“ sind dort veröffentlicht.



ANHANG

Definition der Arbeitsbegriffe

Ausländerextremismus

Unter diesem Arbeitsbegriff werden von den Verfassungsschutzbehörden alle politisch bestimmten Bestrebungen von Ausländern zusammengefasst, wenn und soweit diese sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung (fdGO) richten (§ 3 Abs. 1 Ziffer 1, 1. Alternative NVerfSchG), indem sie darauf ausgehen, z. B. eine Parallelordnung zu errichten;

- sich gegen den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes richten (§ 3 Abs. 1 Ziffer 1, 2. Alternative), indem sie politische Auseinandersetzungen ihres Heimatlandes gewaltsam in Deutschland austragen und damit die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gefährden;
- in der Bundesrepublik Deutschland durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange gefährden (§ 3 Abs. 1, Ziffer 3) oder
- Bestrebungen verfolgen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung oder gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind.

Der Sammelbegriff Ausländerextremismus schließt inhaltlich rechtsextremistisch-nationalistische, linksextremistische und sonstige extremistische Bestrebungen von ausländischen Personenzusammenschlüssen mit ein.

Extremismus

Die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder bezeichnen seit 1974 verfassungsfeindliche Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung einheitlich als extremistisch (extremus lat.: äußerst). Verfassungsfeindlich oder extremistisch sind alle von Personenzusammenschlüssen ausgehenden, politisch bestimmten Bestrebungen (Aktivitäten), die insbesondere gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder einzelne ihrer tragenden Grundsätze gerichtet sind. Organisationen, die erkennbar solche extremistischen Bestrebungen verfolgen, werden von den Verfassungsschutzbehörden als verfassungsfeindlich bewertet.

Islamistischer Extremismus

Die Verfassungsschutzbehörden beobachten entsprechend ihrem gesetzlichen Auftrag weder den „Islam“ als Religion noch den Islamismus als religiös-politische Bewegung zur „Rückbesinnung“ und Politisierung „ursprünglicher“ islamischer Werte und Glaubensinhalte (islamischer Fundamen-

talismus). Ihr Arbeitsfeld sind islamistische Organisationen, die das islamische „Religionsgesetz“ (Scharia) verabsolutiert und als politische Ideologie instrumentalisiert haben und dafür in der Bundesrepublik Deutschland entweder

- politisch bestimmte Aktivitäten gegen die fdGO richten,
- durch Anwendung von Gewalt bzw. darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange Deutschlands gefährden oder
- Bestrebungen verfolgen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung bzw. gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind.

Die Träger dieser Bestrebungen in Deutschland werden als islamistische Extremisten bezeichnet. Durch diese Begriffsbildung wird der Islam als Religion von seiner islamistischen Übersteigerung getrennt und gleichzeitig der islamistische Extremist von dem Islamisten, der in seinem Denken der ideologischen Zielvorstellung einer Durchdringung von Staat und Gesellschaft durch den Islam anhängt, sie aber nicht aktiv wie der islamistische Extremist oder gewaltsam wie der islamistische Terrorist ins Werk setzt.

Die Zuordnung zum Extremismusbegriff dient auch der Ausräumung einer weiteren begrifflichen Unschärfe der Bezeichnung „Islamist“. Die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Islam wurde früher - vergleichbar der Begriffsbildung Romanistik und Romanist - als Islamistik bezeichnet und entsprechend tätige Wissenschaftler als Islamisten.

Linksextremismus

Mit dem Arbeitsbegriff werden die linksextremistischen verfassungsfeindlichen Bestrebungen von deutschen Personenzusammenschlüssen bezeichnet, die sich auf der Grundlage einer marxistisch-leninistischen, revolutionär-marxistischen oder anarchistischen Ideologie in Deutschland gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und ihre tragenden Grundsätze richten. Für Linksextremisten vielfach kennzeichnend ist ein grundsätzliches Bekenntnis zur „revolutionären Gewalt“, obgleich sie tagespolitisch auf „legale“ Kampfformen setzen.

Rechtsextremismus

Als rechtsextremistisch werden von den Verfassungsschutzbehörden alle verfassungsfeindlichen oder extremistischen Bestrebungen bezeichnet, die auf der ideologischen Grundlage einer nationalistischen oder rassistischen Weltanschauung in Deutschland von deutschen Personenzusammenschlüssen ausgehen und sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten.

Rechtsextremistischem Denken liegt vielfach die Vorstellung menschlicher Ungleichwertigkeit (Ideologie der Ungleichheit) zugrunde.

Rechts- bzw. Linksradikalismus

Bis 1974 wurden die Begriffe Extremismus sowie „Radikalismus“ bzw. „Rechts- oder Linksradikalismus“ von den Verfassungsschutzbehörden nebeneinander als Synonyme zur Kennzeichnung verfassungsfeindlicher Bestrebungen verwendet. Der Radikalismusbegriff wird seitdem von den Verfassungsschutzbehörden nicht mehr für verfassungsfeindliche Bestrebungen benutzt, da er in der politischen Tradition der Aufklärung positiv besetzt ist und im Rechtssinne nur der Extremismusbegriff „der Tatsache Rechnung (trägt), dass politische Aktivitäten oder Organisationen nicht schon deshalb verfassungsfeindlich sind, weil sie eine ... 'radikale', das heißt eine bis an die Wurzel einer Fragestellung gehende Zielsetzung haben. Sie sind ‚extremistisch‘ und damit verfassungsfeindlich im Rechtssinne nur dann, wenn sie sich gegen den ... Grundbestand unserer freiheitlichen rechtsstaatlichen Verfassung richten.“ (Verfassungsschutzbericht des Bundesinnenministeriums 1974, S. 4).

Wenn die Verfassungsschutzbehörden überhaupt noch den Terminus „rechts- bzw. linksradikal“ verwenden, werden damit in Abgrenzung zu dem verfassungsfeindlichen Rechts- bzw. Linksextremismus politische Aktivitäten und Zielsetzungen bezeichnet, die sich (noch) nicht gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mit dem Ziel einer revolutionären Systemüberwindung richten.

Spionage

Staatlich gesteuerte Ausspähungsaktivitäten durch einen staatlich gelenkten Nachrichtendienst erfüllen den Straftatbestand der Spionage nach §§ 94 ff. Strafgesetzbuch. Die Beobachtung und Abwehr dieser Spionage ist eine gesetzliche

Aufgabe der Verfassungsschutzbehörden. Dazu gehört grundsätzlich nicht der Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen zwischen konkurrierenden Unternehmen, der nach §§ 17 ff. des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb strafbar ist.

Terrorismus

Terrorismus ist eine Form des politischen Extremismus, der die Beseitigung des demokratischen Verfassungsstaates mittels systematischer, massiver Gewaltanwendung zum Ziel hat. Kennzeichen des Terrorismus ist eine nachhaltige Anschlagstaktik durch arbeitsteilig organisierte, grundsätzlich verdeckt operierende Gruppen. Terroristische Gruppen erhoffen sich von ihren Aktionen eine massenmobilisierende und ggf. revolutionierende Wirkung. Der demokratische Rechtsstaat soll damit destabilisiert und schließlich durch ein undemokratisches Regime ersetzt werden.

**Verfassungs-
feindliche/
extremistische
Bestrebungen**

Als verfassungsfeindlich oder extremistisch werden politische Bestrebungen (Aktivitäten) bezeichnet, die den demokratischen Verfassungsstaat und seine fundamentalen Werte ablehnen und darauf abzielen, die freiheitliche demokratische Grundordnung durch eine andere Ordnung zu ersetzen. Verfassungsfeinde oder Extremisten wenden sich mittelbar oder unmittelbar gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, d.h. gegen die im Grundgesetz konkretisierten Grund- bzw. Menschenrechte (wie insbesondere die Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit, die Meinungs- und Pressefreiheit, die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit) sowie weitere grundlegende Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, wie das Rechtsstaatsprinzip, beruhend auf der Gewaltenteilung, die Bindung der Verwaltung an Recht und Gesetz, die Unabhängigkeit der Gerichte, die Volkssouveränität, ausgeübt durch die parlamentarische Demokratie, die Verantwortlichkeit der Regierung, das Mehrparteienprinzip und das Recht auf die Bildung und Ausübung einer Opposition (vgl. zur Definition der fdGO BVerfGE Bd. 2, S. 12 sowie zur Definition verfassungsfeindlicher Bestrebungen § 4 NVerfSchG).

**Verbot verfas-
sungsfeindlicher
Organisationen/
Verfassungswidrigkeit**

Die Innenminister des Bundes und der Länder dürfen nach dem Vereinsrecht das Verbot einer Vereinigung aussprechen, die keine politische Partei oder Religions- bzw. Weltanschauungsgemeinschaft ist, wenn sich diese nachweislich „gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung richtet“ (§ 3 Vereinsgesetz).

Mit dem rechtskräftigen Vereinsverbot ist festgestellt, dass die verfassungsfeindliche bzw. extremistische Organisation verfassungswidrig ist.

Auf Antrag der Verfassungsorgane Bundesregierung, Bundestag oder Bundesrat kann bei einer politischen Partei allein das Bundesverfassungsgericht deren Verfassungswidrigkeit feststellen (Art. 21 Abs. 2 Grundgesetz; § 13 Nr. 2, § 43 ff. Bundesverfassungsgerichtsgesetz). Mit der Feststellung der Verfassungswidrigkeit einer Partei wird deren Auflösung insgesamt (oder eines selbständigen Teils der Partei) sowie das Verbot, Ersatzorganisationen zu schaffen, vom Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Solange verfassungsfeindliche Parteien und sonstigen Organisationen nicht verboten sind, dürfen sie sich im Rahmen der für alle geltenden Gesetze frei betätigen.

G e s e t z

über den Verfassungsschutz im Lande Niedersachsen (Niedersächsisches Verfassungsschutzgesetz – NVerfSchG –) in der Fassung vom 6. Mai 2009 (Nds. GVBl. S. 154)

Inhaltsübersicht

Erster Abschnitt Allgemeine Vorschriften

- § 1 Zweck und Auftrag des Verfassungsschutzes
- § 2 Zuständigkeit
- § 3 Aufgaben
- § 3 a — aufgehoben —
- § 4 Begriffsbestimmungen

Zweiter Abschnitt

Befugnisse, nachrichtendienstliche Mittel, Datenverarbeitung

- § 5 Allgemeine Befugnisse
- § 5 a Besondere Auskunftspflichten
- § 5 b Verfahrensvorschriften für Besondere Auskunftspflichten
- § 6 Informationsbeschaffung mit nachrichtendienstlichen Mitteln
- § 6 a Einsatz technischer Mittel in Wohnungen
- § 6 b Verfahrensvorschriften für den Einsatz technischer Mittel in Wohnungen
- § 6 c Verfahrensvorschriften für das heimliche Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel
- § 6 d Einsatz technischer Mittel nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 12
- § 7 — aufgehoben —
- § 8 Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten
- § 9 Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten von Minderjährigen
- § 10 Berichtigung, Löschung und Sperrung von personenbezogenen Daten in Dateien
- § 11 Berichtigung, Löschung und Sperrung von personenbezogenen Daten in Akten
- § 12 Dateibeschreibungen

Dritter Abschnitt Auskunft

- § 13 Auskunft an Betroffene

Vierter Abschnitt Informationsübermittlung

- § 14 Grenzen der Übermittlung personenbezogener Daten
- § 15 Übermittlung von Informationen an die Verfassungsschutzbehörde
- § 16 Registereinsicht
- § 17 Übermittlung personenbezogener Daten durch die Verfassungsschutzbehörde
- § 18 Übermittlung von Informationen durch die Verfassungsschutzbehörde an Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden in Angelegenheiten des Staats- und Verfassungsschutzes
- § 19 Übermittlung personenbezogener Daten an die Öffentlichkeit
- § 20 Übermittlungsverbote, Minderjährigenschutz
- § 21 Pflichten der empfangenden Stelle
- § 22 Nachberichtspflicht

Fünfter Abschnitt Parlamentarische Kontrolle

- § 23 Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes
- § 24 Zusammensetzung
- § 25 Kontrollrechte des Ausschusses
- § 26 Verfahrensweise
- § 27 Hilfe vonseiten der oder des Landesbeauftragten für den Datenschutz

Sechster Abschnitt Schlussvorschriften

- § 28 Geltung des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes
- § 29 Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz
- § 30 Änderung des Niedersächsischen Beamtengesetzes
- § 31 Änderung des Personalvertretungsgesetzes für das Land Niedersachsen
- § 32 Inkrafttreten

Erster Abschnitt Allgemeine Vorschriften

§ 1

Zweck und Auftrag des Verfassungsschutzes

¹Der Verfassungsschutz dient dem Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes und der Länder.

²Er erfüllt diesen Auftrag durch

1. die Sammlung und Auswertung von Informationen über Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 Satz 1,
2. die Unterrichtung der Landesregierung und die Aufklärung der Öffentlichkeit über diese Bestrebungen und Tätigkeiten,
3. die Wahrnehmung der in diesem Gesetz geregelten sonstigen Mitwirkungsaufgaben sowie

4. den in diesem Gesetz oder in anderen Rechtsvorschriften vorgesehenen Informationsaustausch mit anderen Stellen.

§ 2

Zuständigkeit

(1) ¹Verfassungsschutzbehörde ist das für Inneres zuständige Ministerium (Fachministerium). ²Das Fachministerium unterhält eine gesonderte Abteilung (Verfassungsschutzabteilung), die allein die der Verfassungsschutzbehörde nach diesem Gesetz und anderen Rechtsvorschriften obliegenden Aufgaben wahrnimmt.

(2) ¹Verfassungsschutzbehörden anderer Länder dürfen im Land Niedersachsen nur im Einvernehmen mit der Verfassungsschutzbehörde tätig werden. ²Ihre Befugnisse bestimmen sich dabei nach den Vorschriften dieses Gesetzes. ³Das Bundesamt für Verfassungsschutz darf im Land Niedersachsen nur im Einvernehmen mit der Verfassungsschutzbehörde tätig werden (§ 5 Abs. 2 des Bundesverfassungsschutzgesetzes).

(3) Die Verfassungsschutzbehörde darf andere Verfassungsschutzbehörden nicht um Maßnahmen ersuchen, zu denen sie selbst nicht befugt ist.

§ 3

Aufgaben

(1) ¹Aufgabe der Verfassungsschutzbehörde ist die Sammlung und Auswertung von Informationen, insbesondere von sach- und personenbezogenen Auskünften, Nachrichten und Unterlagen, über

1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben
2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten in der Bundesrepublik Deutschland für eine fremde Macht,
3. Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
4. Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung (Artikel 9 Abs. 2 des Grundgesetzes) oder gegen das friedliche Zusammenleben der Völker (Artikel 26 Abs. 1 des Grundgesetzes) gerichtet sind.

²Die Leiterin oder der Leiter der Verfassungsschutzabteilung oder die Vertreterin oder der Vertreter bestimmt die Objekte, die zur Erfüllung der Aufgaben nach Satz 1 Nrn. 1, 3 und 4 planmäßig zu beobachten und aufzuklären sind (Beobachtungsobjekte). ³§ 5 Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend. ⁴Die Bestimmung eines Beobachtungsobjektes ist regelmäßig zu überprüfen. ⁵Sie ist aufzuheben, wenn die Voraussetzung des § 5 Abs. 1 Satz 2 entfallen ist. ⁶Die Bestimmung eines Beobachtungsobjektes bedarf der Zustimmung der Fachministerin oder des Fachministers oder der Vertreterin oder des Vertreters.

(2) ¹Die Verfassungsschutzbehörde unterrichtet die zuständigen Stellen über Art und Ausmaß von Bestrebungen und Tätigkeiten nach Absatz 1. ²Die Unter- richtung soll die zuständigen Stellen in die Lage versetzen, die erforderlichen Abwehrmaßnahmen zu treffen.

(3) Die Verfassungsschutzbehörde wirkt mit

1. bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen nach Maßgabe des Niedersäch- sischen Sicherheitsüberprüfungsgesetzes,
2. bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen, die an sicherheitsempfind- lichen Stellen von lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen be- schäftigt sind oder werden sollen,
3. bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Inte- resse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkennt- nissen gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte,
4. bei der Überprüfung von Personen in sonstigen gesetzlich vorgesehenen Fällen,
5. bei einer im öffentlichen Interesse liegenden Überprüfung von Personen mit deren Einverständnis.

(4) ¹Die Verfassungsschutzbehörde klärt die Öffentlichkeit auf der Grundlage ihrer Auswertungsergebnisse durch zusammenfassende Berichte und andere Maßnahmen über Bestrebungen und Tätigkeiten nach Absatz 1 Satz 1 auf.

²Über tatsächliche Anhaltspunkte für das Vorliegen solcher Bestrebungen und Tätigkeiten darf aufgeklärt werden, wenn die Anhaltspunkte unter Berück- sichtigung der Interessen der oder des Betroffenen hinreichend gewichtig sind.

³Zur Aufklärung gehört ein jährlicher Verfassungsschutzbericht, in dem auch die Summe der Haushaltsmittel sowie die Gesamtzahl der in der Verfassungs- schutzabteilung Tätigen nach Stellen und Beschäftigungsvolumen darzustellen sind. ⁴Ferner sind in dem Bericht allgemein die Einholung von Auskünften nach § 5 a, die Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel, die Auskunftersuchen nach § 13 und die Strukturdaten der von der Verfassungsschutzbehörde in Da- teien im Sinne des § 6 Satz 1 des Bundesverfassungsschutzgesetzes gespeicher- ten Personendatensätze darzustellen.

§ 3 a

— aufgehoben —

§ 4

Begriffsbestimmungen

(1) ¹Bestrebungen im Sinne des § 3 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1, 3 und 4 sind politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss. ²Für einen Personenzusammenschluss handelt, wer ihn in seinen Bestrebungen nachdrücklich unterstützt. ³Verhaltensweisen von Einzelpersonen, die nicht in einem oder für einen Personenzusammenschluss handeln, sind Bestrebungen im Sinne des § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 3 oder 4, wenn sie auf Anwendung von Gewalt gerichtet oder aufgrund ihrer Wirkungsweise geeignet sind, ein Schutzgut dieses Gesetzes erheblich zu beschädigen.

(2) Im Sinne des § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 sind

1. Bestrebungen gegen den Bestand des Bundes oder eines Landes: solche, die darauf gerichtet sind, die Freiheit des Bundes oder eines Landes von fremder Herrschaft aufzuheben, ihre staatliche Einheit zu beseitigen oder ein zu ihnen gehörendes Gebiet abzutrennen;
2. Bestrebungen gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes: solche, die darauf gerichtet sind, den Bund, Länder oder deren Einrichtungen in ihrer Funktionsfähigkeit erheblich zu beeinträchtigen;
3. Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung: solche, die darauf gerichtet sind, einen der in Absatz 3 genannten Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen.

(3) Zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 zählen:

1. das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
2. die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
3. das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
4. die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
5. die Unabhängigkeit der Gerichte,
6. der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
7. die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

(4) Eine Gefährdung auswärtiger Belange im Sinne des § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 liegt nur dann vor, wenn die Gewalt innerhalb der Bundesrepublik Deutschland angewendet oder vorbereitet wird und sie sich gegen die politische Ordnung oder Einrichtungen anderer Staaten richtet oder richten soll.

(5) Gewalt im Sinne dieses Gesetzes ist die Anwendung körperlichen Zwanges gegen Personen und die gewalttätige Einwirkung auf Sachen.

(6) Sammlung von personenbezogenen Daten ist das Erheben im Sinne des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes.

Zweiter Abschnitt Befugnisse, nachrichtendienstliche Mittel, Datenverarbeitung

§ 5

Allgemeine Befugnisse

(1) ¹Die Verfassungsschutzbehörde darf die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Informationen einschließlich personenbezogener Daten erheben und weiter verarbeiten, soweit dieses Gesetz oder andere Rechtsvorschriften nicht besondere Regelungen treffen. ²Voraussetzung für die Sammlung von

Informationen im Sinne des § 3 Abs. 1 Satz 1 ist das Vorliegen tatsächlicher Anhaltspunkte, die, insgesamt betrachtet und unter Einbeziehung nachrichtendienstlicher Erfahrungen, den Verdacht einer der in § 3 Abs. 1 Satz 1 genannten Bestrebungen oder Tätigkeiten rechtfertigen.

(2) ¹Werden personenbezogene Daten bei Betroffenen mit deren Kenntnis erhoben, so ist der Erhebungszweck anzugeben, es sei denn, dass die Erhebung für Zwecke des Verfassungsschutzes nicht bekannt werden darf. ²Die Betroffenen sind auf die Freiwilligkeit ihrer Angaben hinzuweisen.

(3) Ist zum Zwecke der Sammlung von Informationen die Weitergabe personenbezogener Daten unerlässlich, so dürfen schutzwürdige Interessen der betroffenen Person nur im unvermeidbaren Umfang beeinträchtigt werden.

(4) ¹Polizeiliche Befugnisse oder Weisungsbefugnisse stehen der Verfassungsschutzbehörde zur Erfüllung ihrer Aufgaben nicht zu. ²Sie darf die Polizei nicht um Maßnahmen ersuchen, zu denen sie selbst nicht befugt ist, auch nicht im Wege der Amtshilfe.

(5) ¹Die Verfassungsschutzbehörde ist an die allgemeinen Rechtsvorschriften gebunden. ²Bei der Sammlung und Verarbeitung von Informationen hat sie von mehreren geeigneten Maßnahmen diejenige zu wählen, die Betroffene voraussichtlich am wenigsten beeinträchtigt. ³Eine Maßnahme darf keinen Nachteil herbeiführen, der erkennbar außer Verhältnis zu dem beabsichtigten Erfolg steht.

§ 5 a

Besondere Auskunftspflichten

(1) ¹Diejenigen, die geschäftsmäßig Postdienstleistungen erbringen oder Telemedien anbieten oder daran mitwirken, sind verpflichtet, der Verfassungsschutzbehörde auf Anordnung unentgeltlich Auskünfte über Daten zu erteilen, die für die Begründung, inhaltliche Ausgestaltung, Änderung oder Beendigung eines Vertragsverhältnisses über Postdienstleistungen oder Telemedien gespeichert worden sind. ²Auskünfte dürfen nur im Einzelfall und unter der Voraussetzung eingeholt werden, dass sie zur Erfüllung der Aufgaben nach § 3 Abs. 1 Satz 1 erforderlich sind.

(2) ¹Luftfahrtunternehmen sind verpflichtet, der Verfassungsschutzbehörde auf Anordnung unentgeltlich Auskünfte zu Namen und Anschriften von Kundinnen und Kunden sowie zur Inanspruchnahme und den Umständen von Transportleistungen, insbesondere zum Zeitpunkt von Abfertigung und Abflug und zum Buchungsweg, zu erteilen. ²Auskünfte dürfen nur im Einzelfall und unter der Voraussetzung eingeholt werden, dass sie zur Erfüllung der Aufgaben nach § 3 Abs. 1 Satz 1 erforderlich sind und dass tatsächliche Anhaltspunkte für eine schwerwiegende Gefahr für ein in § 3 Abs. 1 Satz 1 genanntes Schutzgut vorliegen.

(3) ¹Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute und Finanzunternehmen sind verpflichtet, der Verfassungsschutzbehörde auf Anordnung unentgeltlich Auskünfte zu Konten und Geldanlagen, insbesondere zu Kontoständen,

Zahlungsein- und -ausgängen und sonstigen Geldbewegungen, sowie zu Kontoinhaberinnen, Kontoinhabern, sonstigen Berechtigten und weiteren am Zahlungsverkehr Beteiligten zu erteilen. ²Absatz 2 Satz 2 gilt entsprechend.

(4) ¹Diejenigen, die geschäftsmäßig Postdienstleistungen erbringen oder daran mitwirken, sind auch verpflichtet, der Verfassungsschutzbehörde auf Anordnung unentgeltlich Auskünfte zu Namen und Anschriften von Absendern und Empfängern, Größe und Gewicht von Postsendungen sowie zu sonstigen Umständen des Postverkehrs zu erteilen. ²Absatz 2 Satz 2 gilt entsprechend.

(5) ¹Diejenigen, die geschäftsmäßig Telemedien anbieten oder daran mitwirken, sind auch verpflichtet, der Verfassungsschutzbehörde auf Anordnung unentgeltlich Auskünfte zu

1. Merkmalen zur Identifikation der Nutzerin oder des Nutzers von Telemedien,
2. Angaben über Beginn und Ende sowie über den Umfang der jeweiligen Nutzung und
3. Angaben über die von der Nutzerin oder dem Nutzer in Anspruch genommenen Telemedien

zu erteilen. ²Absatz 2 Satz 2 gilt entsprechend.

(6) ¹Diejenigen, die geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste erbringen oder daran mitwirken, sind verpflichtet, der Verfassungsschutzbehörde auf Anordnung unentgeltlich Auskünfte zu Verkehrsdaten nach § 96 Abs. 1 Nrn. 1 bis 4 und § 113 a des Telekommunikationsgesetzes und sonstigen zum Aufbau und zur Aufrechterhaltung der Telekommunikation notwendigen Verkehrsdaten zu erteilen. ²Auskünfte dürfen nur im Einzelfall zur Erfüllung der Aufgaben nach § 3 Abs. 1 Satz 1 und unter den Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 des Artikel 10-Gesetzes eingeholt werden.

(7) Auskünfte nach den Absätzen 2, 3 und 5 dürfen nur über Personen eingeholt werden, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie die schwerwiegende Gefahr nachdrücklich fördern oder bei denen aufgrund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist, dass sie die Leistung für solche Personen in Anspruch nehmen.

(8) Auskünfte nach Absatz 4 dürfen nur über Personen eingeholt werden, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie die schwerwiegende Gefahr nachdrücklich fördern oder bei denen aufgrund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist, dass sie für solche Personen bestimmte oder von diesen herrührende Postsendungen entgegennehmen oder weitergeben.

(9) Auskünfte nach Absatz 6 dürfen nur über Personen eingeholt werden, bei denen

1. tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass sie eine Straftat nach § 3 Abs. 1 des Artikel 10-Gesetzes planen, begehen oder begangen haben,

2. aufgrund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist, dass sie über ihren Teilnehmeranschluss für Personen nach Nummer 1 bestimmte oder von ihnen herführende Mitteilungen entgegennehmen oder weitergeben, oder
3. aufgrund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist, dass Personen nach Nummer 1 deren Teilnehmeranschluss nutzen.

§ 5 b

Verfahrensvorschriften für Besondere Auskunftspflichten

(1) ¹Anordnungen nach § 5 a Abs. 2 bis 6 werden von der Leiterin oder dem Leiter der Verfassungsschutzabteilung oder der Vertreterin oder dem Vertreter schriftlich beantragt. ²Die Anordnungen trifft die Fachministerin oder der Fachminister oder die Vertreterin oder der Vertreter. ³Die Anordnung der Erteilung einer Auskunft über künftig anfallende Daten ist auf höchstens drei Monate zu befristen. ⁴Die Verlängerung dieser Anordnung um jeweils nicht mehr als drei Monate ist auf Antrag zulässig. ⁵Auskunftsersuchen nach § 5 a und die übermittelten Daten dürfen weder den Betroffenen noch Dritten vom Auskunftsgewerber mitgeteilt werden.

(2) ¹Anordnungen nach § 5 a Abs. 2 bis 6 sowie deren Verlängerungen bedürfen der Zustimmung der nach § 2 Abs. 1 des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes (Nds. AG G 10) bestehenden Kommission (G 10-Kommission). ²Bei Gefahr im Verzuge kann die Fachministerin oder der Fachminister oder die Vertreterin oder der Vertreter anordnen, dass die Anordnung vor der Zustimmung der G 10-Kommission vollzogen wird. ³In diesem Fall ist die nachträgliche Zustimmung unverzüglich einzuholen.

(3) ¹Die G 10-Kommission prüft im Rahmen der Erteilung der Zustimmung nach Absatz 2 Satz 1 sowie aufgrund von Beschwerden die Zulässigkeit und Notwendigkeit der Einholung von Auskünften nach § 5 a Abs. 2 bis 6. ²§ 4 Abs. 2 Nds. AG G 10 ist entsprechend anzuwenden. ³Anordnungen über Auskünfte, die die G 10-Kommission für unzulässig oder nicht notwendig erklärt, hat die Fachministerin oder der Fachminister oder die Vertreterin oder der Vertreter unverzüglich aufzuheben; die bereits erhobenen Daten dürfen nicht verwendet werden und sind unverzüglich zu löschen. ⁴Wird die nachträgliche Zustimmung im Fall des Absatzes 2 Satz 2 versagt, so ist Satz 3 entsprechend anzuwenden.

(4) ¹Für die aufgrund von Anordnungen nach § 5 a Abs. 2 bis 6 erhobenen personenbezogenen Daten gelten die §§ 4 und 12 Abs. 1 und 3 des Artikel 10-Gesetzes sowie § 4 Abs. 5 und 6 Nds. AG G 10 entsprechend. ²Soweit aufgrund von Anordnungen nach § 5 a Abs. 1 bei denjenigen, die geschäftsmäßig Telemedien anbieten oder daran mitwirken, personenbezogene Daten erhoben worden sind, gilt für die Unterrichtung der Betroffenen § 6 Abs. 9.

(5) ¹Das Fachministerium unterrichtet im Abstand von höchstens sechs Monaten den Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes über die Durchführung des § 5 a Abs. 2 bis 6; dabei ist insbesondere ein Überblick über Anlass, Umfang, Dauer, Ergebnis und Kosten der im Berichtszeitraum durchgeführten Maßnahmen zu geben. ²Der Ausschuss erstattet dem Landtag jährlich einen Bericht über die Durchführung sowie Art, Umfang und Anordnungsgrün-

de der Maßnahmen nach § 5 a Abs. 2 bis 6.

(6) Das Fachministerium unterrichtet das Parlamentarische Kontrollgremium des Bundes jährlich über die nach § 5 a Abs. 2 bis 6 durchgeführten Maßnahmen; dabei ist ein Überblick über Anlass, Umfang, Dauer, Ergebnis und Kosten der im Berichtszeitraum durchgeführten Maßnahmen zu geben.

(7) Das Grundrecht des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10 des Grundgesetzes) wird nach Maßgabe der Absätze 1 bis 4 sowie des § 5 a Abs. 4 bis 9 eingeschränkt.

§ 6

Informationsbeschaffung mit nachrichtendienstlichen Mitteln

(1) ¹Die Verfassungsschutzbehörde darf zur heimlichen Informationsbeschaffung, insbesondere zur heimlichen Erhebung personenbezogener Daten, nur folgende nachrichtendienstliche Mittel anwenden:

1. Inanspruchnahme von Vertrauensleuten, sonstigen geheimen Informantinnen und Informanten und Gewährspersonen, vorbehaltlich Satz 2;
2. Einsatz von verdeckt ermittelnden Beamtinnen und Beamten;
3. Observationen, auch mit besonderen für Observationszwecke bestimmten - technischen Mitteln;
4. Bildaufzeichnungen;
5. verdeckte Ermittlungen und Befragungen;
6. heimliches Mithören ohne Inanspruchnahme technischer Mittel;
7. heimliches Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel;
8. Beobachtung des Funkverkehrs auf nicht für den allgemeinen Empfang bestimmten Kanälen;
9. Verwendung fingierter biografischer, beruflicher oder gewerblicher Angaben (Legenden) mit Ausnahme solcher beruflicher Angaben, die sich auf die in Satz 2 genannten Personen beziehen;
10. Beschaffung, Herstellung und Verwendung von Tarnpapieren und Tarnkennzeichen;
11. Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs nach Maßgabe des Artikel 10-Gesetzes;
12. technische Mittel, mit denen zur Ermittlung der Geräte- und der Kartennummern aktiv geschaltete Mobilfunkendeinrichtungen zur Datenabsendung an eine Stelle außerhalb des Telekommunikationsnetzes veranlasst werden.

²Die nachrichtendienstlichen Mittel dürfen auch angewendet werden, wenn Dritte unvermeidbar betroffen werden.

(2) Die Mittel nach Absatz 1 dürfen nur angewendet werden, wenn

1. sich ihr Einsatz gegen Personenzusammenschlüsse, in ihnen oder für sie tätige Personen oder gegen Einzelpersonen richtet, bei denen tatsächliche

Anhaltspunkte für den Verdacht von Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 Satz 1 vorliegen,

2. sich ihr Einsatz gegen Personen richtet, von denen aufgrund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist, dass sie für eine der in Nummer 1 genannten Personen bestimmte oder von ihr herrührende Mitteilungen entgegennehmen oder weitergeben,
3. ihr Einsatz gegen andere als die in den Nummern 1 und 2 genannten Personen unumgänglich ist, um Erkenntnisse über sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht oder über Bestrebungen zu gewinnen, die sich unter Anwendung von Gewalt oder durch darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen gegen die in § 3 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 und 3 genannten Schutzgüter wenden,
4. durch sie die zur Erforschung von Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 Satz 1 erforderlichen Quellen in den in Nummer 1 genannten Personenzusammenschlüssen gewonnen oder überprüft werden können oder dies zum Schutz der in der Verfassungsschutzabteilung Tätigen, der Einrichtungen und Gegenstände der Verfassungsschutzabteilung und der Quellen der Verfassungsschutzbehörde vor Bestrebungen gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes oder vor sicherheitsgefährdenden oder geheimdienstlichen Tätigkeiten für eine fremde Macht erforderlich ist.

(3) ¹Bei der Anwendung der Mittel nach Absatz 1 dürfen keine Straftaten begangen werden. ²Es dürfen nur folgende Straftatbestände verwirklicht werden:

1. § 84 Abs. 2, § 85 Abs. 2, § 86 Abs. 1, §§ 86 a, 98, 99, 129 a, 129 b Abs. 1 Satz 1, soweit er auf § 129 a verweist, §§ 267, 271 und 273 des Strafgesetzbuchs,
2. §§ 23, 27 Abs. 2 Nrn. 1, 2 und 3 Buchst. b und c und § 28 des Versammlungsgesetzes sowie
3. § 20 des Vereinsgesetzes.

³Dabei darf weder auf die Gründung einer strafbaren Vereinigung hingewirkt noch eine steuernde Einflussnahme auf sie ausgeübt werden. ⁴Erlaubt sind nur solche Handlungen, die unter besonderer Beachtung des Übermaßverbots unumgänglich sind.

(4) ¹Eine Informationsbeschaffung mit den Mitteln nach Absatz 1 ist unzulässig, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere, die Betroffenen weniger beeinträchtigende Weise möglich ist; dies ist in der Regel anzunehmen, wenn die Information aus allgemein zugänglichen Quellen oder durch ein Ersuchen nach § 15 Abs. 3 gewonnen werden kann. ²Die Anwendung eines Mittels nach Absatz 1 darf nicht erkennbar außer Verhältnis zur Bedeutung des aufzuklärenden Sachverhalts stehen, insbesondere nicht außer Verhältnis zu der Gefahr, die von der jeweiligen Bestrebung oder Tätigkeit nach § 3 Abs. 1 Satz 1 ausgeht oder ausgehen kann. ³Die Maßnahme ist unverzüglich zu beenden, wenn ihr Zweck erreicht ist oder sich Anhaltspunkte dafür ergeben, dass er nicht oder nicht auf diese Weise erreicht werden kann.

(5) ¹Die Anwendung der Mittel nach Absatz 1 Satz 1 Nrn. 1, 2 und 4 bedarf der Anordnung durch die Leiterin oder den Leiter der Verfassungsschutzabteilung oder die Vertreterin oder den Vertreter. ²Dies gilt auch für Mittel nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 3, wenn diese innerhalb einer Woche insgesamt länger als 24 Stunden oder über einen Zeitraum von einer Woche hinaus durchgeführt werden sollen (längerfristige Observation) oder besondere für Observationszwecke bestimmte technische Mittel eingesetzt werden.

(6) ¹Die mit Mitteln nach Absatz 1 erhobenen personenbezogenen Daten dürfen nur für den Zweck gespeichert, verändert und genutzt werden, zu dem sie erhoben worden sind. ²Eine Speicherung, Veränderung, Übermittlung oder Nutzung zu anderen Zwecken ist nur zulässig, wenn das zur Erhebung verwendete Mittel auch für den anderen Zweck hätte angewendet werden dürfen und die Daten im Fall der Übermittlung zur Erfüllung der Aufgaben des Empfängers erforderlich sind. ³Sind mit den Daten nach Satz 1 sonstige Daten der betroffenen Personen oder von Dritten so verbunden, dass eine Trennung nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand möglich ist, so dürfen sie gemeinsam mit den Daten nach Satz 1 gespeichert und übermittelt werden; sie sind zu sperren.

(7) ¹Werden den in Absatz 1 Satz 1 Nrn. 1 und 2 genannten Personen Daten aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung bekannt, so dürfen diese nicht gespeichert, verändert oder genutzt werden; sie sind unverzüglich zu löschen. ²Die Tatsache, dass Daten aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung erhoben wurden, und die Löschung der Daten sind zu dokumentieren.

(8) ¹Personenbezogene Daten, die durch Maßnahmen nach Absatz 1 erhoben wurden, sind entsprechend zu kennzeichnen. ²Sie dürfen an eine andere Stelle nur übermittelt werden, wenn diese die Kennzeichnung aufrechterhält.

(9) ¹Die Verfassungsschutzbehörde hat die Betroffenen über eine Maßnahme nach Absatz 1 Satz 1 Nrn. 1, 2, 4 und 7 nach ihrer Beendigung zu unterrichten. ²Das gilt auch für eine Maßnahme nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 3, wenn es sich um eine längerfristige Observation handelt oder besondere für Observationszwecke bestimmte technische Mittel eingesetzt werden. ³Die Unterrichtung wird zurückgestellt, solange

1. eine Gefährdung des Zwecks der Maßnahme nicht ausgeschlossen werden kann,
2. durch das Bekanntwerden der Maßnahme Leib, Leben, Freiheit oder ähnlich schutzwürdige Belange einer Person gefährdet werden,
3. ihr überwiegende schutzwürdige Belange einer anderen betroffenen Person entgegenstehen oder
4. durch das Bekanntwerden der Maßnahme die weitere Verwendung der in Absatz 1 Satz 1 Nrn. 1 und 2 genannten Personen gefährdet wird.

⁴In der Unterrichtung ist auf die Rechtsgrundlage der Maßnahme und das Auskunftsrecht nach § 13 hinzuweisen. ⁵Die Zurückstellung der Unterrichtung über eine Maßnahme ist spätestens nach Ablauf von zwei Jahren unter Angabe

des Grundes der oder dem Landesbeauftragten für den Datenschutz mitzuteilen. ⁶Einer Unterrichtung bedarf es endgültig nicht, wenn

1. die Voraussetzung der Zurückstellung auch fünf Jahre nach Beendigung der Maßnahme noch nicht entfallen ist,
2. sie mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch in Zukunft nicht entfallen wird,
3. die Voraussetzungen für eine Löschung vorliegen und
4. die oder der Landesbeauftragte für den Datenschutz zustimmt.

(10) ¹Die Maßnahmen nach Absatz 1 Satz 1 Nrn. 1 bis 4 dürfen sich nicht gegen Personen richten, die in Strafverfahren aus beruflichen Gründen zur Verweigerung des Zeugnisses berechtigt sind (§§ 53 und 53 a der Strafprozessordnung – StPO), soweit Sachverhalte betroffen sind, auf die sich ihr Zeugnisverweigerungsrecht bezieht. ²Die Verfassungsschutzbehörde darf solche Personen nicht von sich aus nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 in Anspruch nehmen.

(11) ¹Tarnpapiere und Tarnkennzeichen dürfen auch zu dem in Absatz 2 Nr. 5 genannten Zweck hergestellt und verwendet werden. ²Die Behörden des Landes, der Gemeinden und der Landkreise sind verpflichtet, der Verfassungsschutzbehörde technische Hilfe für Tarnungsmaßnahmen (Absatz 1 Satz 1 Nr. 10) zu leisten.

(12) ¹Die näheren Voraussetzungen für die Anwendung der Mittel nach Absatz 1 und die Zuständigkeit für ihre Anordnung sind in Dienstvorschriften des Fachministeriums umfassend zu regeln. ²Vor Erlass solcher Dienstvorschriften ist der Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes rechtzeitig zu unterrichten.

§ 6 a

Einsatz technischer Mittel in Wohnungen

(1) ¹Der Einsatz technischer Mittel zur Informationsbeschaffung aus Wohnungen ist nur zulässig zur Abwehr der Gefahr, dass jemand eine besonders schwerwiegende Straftat begehen wird, die im Einzelfall geeignet ist, eines der in § 3 Abs. 1 Satz 1 genannten Schutzgüter zu gefährden. ²Besonders schwerwiegende Straftaten sind

1. Straftaten des Friedensverrats und des Hochverrats nach den §§ 80, 81 und 82 des Strafgesetzbuchs,
2. Straftaten des Landesverrats und der Gefährdung der äußeren Sicherheit nach den §§ 94, 95 Abs. 3 und § 96 Abs. 1, jeweils auch in Verbindung mit § 97 b, sowie nach den §§ 97 a, 98 Abs. 1 Satz 2, § 99 Abs. 2 und den §§ 100, 100 a Abs. 4 des Strafgesetzbuchs,
3. Bildung terroristischer Vereinigungen nach § 129 a, ausgenommen die Fälle des § 129 a Abs. 3, jeweils auch in Verbindung mit § 129 b, des Strafgesetzbuchs,
4. Straftaten gegen das Leben nach den §§ 211 und 212 des Strafgesetzbuchs,
5. Völkermord nach § 6 des Völkerstrafgesetzbuchs,
6. Straftaten gegen die persönliche Freiheit nach den §§ 234, 234 a Abs. 1,

§§ 239 a und 239 b des Strafgesetzbuchs,

7. Gemeingefährliche Straftaten nach den §§ 306 a, 306 b, 307 Abs. 1 und 2, § 308 Abs. 1, § 309 Abs. 1, § 310 Abs. 1 Nr. 1, § 313 Abs. 1, § 314 Abs. 1, § 315 Abs. 3, § 316 b Abs. 3 und § 316 c des Strafgesetzbuchs sowie
8. Straftaten nach § 19 Abs. 2 Nr. 2 und § 20 Abs. 1, jeweils auch in Verbindung mit § 21, des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen.

³Die Maßnahme ist nur zulässig, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre.

(2) ¹Die Maßnahme darf sich nur gegen die verdächtige Person richten und nur in der Wohnung der verdächtigen Person durchgeführt werden. ²In der Wohnung einer anderen Person ist die Maßnahme nur zulässig, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass die verdächtige Person sich dort aufhält und die Maßnahme in der Wohnung der verdächtigen Person nicht möglich oder allein zur Erforschung des Sachverhalts nicht ausreichend ist. ³Die Maßnahme darf nicht in einer Wohnung durchgeführt werden, die von einer nach § 53 oder § 53 a StPO zur Verweigerung des Zeugnisses berechtigten Person zur Ausübung ihres Berufs genutzt wird.

(3) ¹Die Maßnahme darf nur angeordnet werden, soweit aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte, insbesondere zu der Art der zu überwachenden Räumlichkeiten und zum Verhältnis der zu überwachenden Personen zueinander, anzunehmen ist, dass durch die Überwachung Vorgänge, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, nicht erfasst werden. ²Gespräche in Betriebs- oder Geschäftsräumen sind in der Regel nicht dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen.

(4) ¹Die Maßnahme ist unverzüglich zu unterbrechen, wenn sich Anhaltspunkte dafür ergeben, dass der Kernbereich privater Lebensgestaltung von der Datenerhebung erfasst wird. ²Werden durch die Maßnahme Daten aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung erfasst, so dürfen diese nicht gespeichert, verändert oder genutzt werden; entsprechende Aufzeichnungen sind unverzüglich zu löschen. ³Die Tatsache, dass Daten aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung erhoben wurden, und die Löschung der Daten sind zu dokumentieren.

(5) Der Einsatz technischer Mittel zur Informationsbeschaffung aus Wohnungen ist auch zulässig, soweit dieser Einsatz zur Abwehr einer Gefahr für Leben, Gesundheit oder Freiheit der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen unerlässlich ist.

§ 6 b

Verfahrensvorschriften für den Einsatz technischer Mittel in Wohnungen

(1) ¹Maßnahmen nach § 6 a Abs. 1 Satz 1 bedürfen der richterlichen Anordnung. ²Zuständig ist das Amtsgericht, in dessen Bezirk die Verfassungsschutzbehörde ihren Sitz hat. ³Die Anordnung ist auf höchstens einen Monat zu befristet. ⁴Sie ergeht schriftlich. ⁵Sie muss die Person, gegen die sich die Maßnahme richtet, Art und Umfang der zu erhebenden Daten sowie die betroffenen

Wohnungen bezeichnen und ist zu begründen. ⁶Das gerichtliche Verfahren richtet sich nach den Vorschriften des Niedersächsischen Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit. ⁷Gegen eine Entscheidung, durch welche der Antrag der Verfassungsschutzbehörde abgelehnt wird, steht dieser die Beschwerde zu. ⁸Die Anordnung kann um jeweils höchstens einen weiteren Monat verlängert werden. ⁹Ist die Dauer der Anordnung einer Maßnahme auf insgesamt sechs Monate verlängert worden, so entscheidet über weitere Verlängerungen das Landgericht; über eine Beschwerde entscheidet das Oberlandesgericht.

(2) ¹Bei Gefahr im Verzuge kann die Leiterin oder der Leiter der Verfassungsschutzabteilung oder die Vertreterin oder der Vertreter die Maßnahme anordnen. ²Absatz 1 Sätze 3 bis 5 gilt entsprechend; in der Begründung ist auch darzulegen, dass Gefahr im Verzuge vorliegt. ³Eine richterliche Bestätigung der Anordnung ist unverzüglich zu beantragen. ⁴Die Anordnung nach Satz 1 tritt spätestens mit Ablauf des dritten Tages nach ihrem Erlass außer Kraft, wenn sie bis dahin nicht bestätigt wird; die bereits erhobenen Daten dürfen nicht gespeichert, verändert, übermittelt oder genutzt werden und sind unverzüglich zu löschen.

(3) ¹Der Vollzug der Anordnung erfolgt unter Aufsicht einer oder eines in der Verfassungsschutzabteilung Tätigen, die oder der die Befähigung zum Richteramt hat. ²Liegen die Voraussetzungen der Anordnung nicht mehr vor, so ist die Maßnahme unverzüglich zu beenden.

(4) ¹Gegen die Anordnung der Maßnahme steht der betroffenen Person nur die sofortige Beschwerde zu. ²Die Frist beginnt mit Zugang der Unterrichtung nach § 6 Abs. 9. ³In der Unterrichtung ist auf die Möglichkeit nachträglichen Rechtsschutzes und die dafür vorgesehene Frist hinzuweisen. ⁴Die sofortige weitere Beschwerde ist nur statthaft, wenn das Landgericht sie wegen der grundsätzlichen Bedeutung zulässt oder das Landgericht die Anordnung im Beschwerdeverfahren erlassen hat.

(5) ¹Maßnahmen nach § 6 a Abs. 5 bedürfen der Anordnung durch die Leiterin oder den Leiter der Verfassungsschutzabteilung oder durch die Vertreterin oder den Vertreter. ²Absatz 1 Sätze 4 und 5 sowie Absatz 3 gelten entsprechend.

(6) ¹Daten, die aufgrund einer Anordnung nach § 6 a Abs. 5 erhoben worden sind, dürfen zu anderen als den dort genannten Zwecken unter den Voraussetzungen des § 6 Abs. 6 Satz 2 gespeichert, verändert, übermittelt und genutzt werden, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; Absatz 1 Sätze 2, 6 und 7 gilt entsprechend. ²Wird die Rechtmäßigkeit der Maßnahme nicht richterlich festgestellt, so dürfen die bereits erhobenen Daten nicht gespeichert, verändert und genutzt werden; sie sind unverzüglich zu löschen. ³§ 4 Abs. 1 des Artikel 10-Gesetzes gilt entsprechend.

(7) Von einer Maßnahme nach § 6 a Abs. 1 Satz 1 oder Abs. 5 ist der Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes in der nächsten nach der Anordnung stattfindenden Sitzung zu unterrichten.

(8) ¹Nach Beendigung einer Maßnahme nach § 6 a Abs. 1 Satz 1 oder Abs. 5 teilt das Fachministerium abweichend von § 6 Abs. 9 Satz 5 dem Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes innerhalb von sechs Monaten die Unterrichtung der Betroffenen oder die Gründe für eine Zurückstellung nach § 6 Abs. 9 Satz 3 mit. ²Dem Ausschuss sind jeweils nach einem Jahr eine weitere Zurückstellung der Unterrichtung und deren Gründe mitzuteilen. ³Soll die Unterrichtung endgültig unterbleiben, so bedarf es abweichend von § 6 Abs. 9 Satz 6 Nr. 4 der Zustimmung des Ausschusses.

(9) Das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 des Grundgesetzes) wird nach Maßgabe der Absätze 1 bis 6 sowie des § 6 a eingeschränkt.

§ 6 c

Verfahrensvorschriften für das heimliche Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel

(1) Für die Anordnung des Einsatzes eines nachrichtendienstlichen Mittels nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 7 außerhalb einer Wohnung gilt § 5 b Abs. 1 bis 3 entsprechend.

(2) ¹Werden durch eine Maßnahme nach Absatz 1 Daten aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung erfasst, so dürfen diese nicht gespeichert, verändert oder genutzt werden; entsprechende Aufzeichnungen sind unverzüglich zu löschen. ²Die Tatsache, dass Daten aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung erhoben wurden, und die Löschung der Daten sind zu dokumentieren.

(3) Für personenbezogene Daten, die durch Maßnahmen nach Absatz 1 erhoben wurden, gelten die §§ 4 und 12 Abs. 1 und 3 des Artikel 10-Gesetzes sowie § 4 Abs. 5 und 6 Nds. AG G 10 entsprechend; § 6 Abs. 6, 8 und 9 findet keine Anwendung.

(4) Das Fachministerium unterrichtet den Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes im Abstand von höchstens sechs Monaten über Maßnahmen nach Absatz 1.

§ 6 d

Einsatz technischer Mittel nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 12

(1) ¹Technische Mittel nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 12 darf die Verfassungsschutzbehörde zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach § 3 Abs. 1 Satz 1 einsetzen, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für eine schwerwiegende Gefahr für ein in § 3 Abs. 1 Satz 1 genanntes Schutzgut vorliegen. ²Die Maßnahme ist nur zulässig, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre. ³Die Maßnahme darf sich nur gegen Personen richten, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie die schwerwiegende Gefahr nachdrücklich fördern. ⁴Gegen sonstige Personen darf das Mittel eingesetzt werden, wenn aufgrund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist, dass diese für Personen nach Satz 3 bestimmte oder von ihr herrührende Mitteilungen entgegennehmen oder weitergeben oder dass ihre Mobilfunk-einrichtungen von Personen nach Satz 3 benutzt werden. ⁵§ 5 b Abs. 1 bis 3 gilt entsprechend.

(2) ¹Für personenbezogene Daten, die durch Maßnahmen nach Absatz 1 erhoben wurden, gelten die §§ 4 und 12 Abs. 1 und 3 des Artikel 10-Gesetzes sowie § 4 Abs. 5 und 6 Nds. AG G 10 entsprechend; § 6 Abs. 6, 8 und 9 findet keine Anwendung. ²§ 5 b Abs. 5 gilt entsprechend.

§ 7

— aufgehoben —

§ 8

Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten

(1) ¹Die Verfassungsschutzbehörde darf zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach § 3 Abs. 1 Satz 1 personenbezogene Daten speichern, verändern und nutzen, wenn

1. tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass die betroffene Person an Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 Satz 1 beteiligt ist, und dies für die Beobachtung der Bestrebung oder Tätigkeit erforderlich ist,
2. dies für die Erforschung und Bewertung gewalttätiger Bestrebungen nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1, 3 und 4 oder von Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 erforderlich ist oder
3. dies zur Schaffung nachrichtendienstlicher Zugänge zu Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 Satz 1 erforderlich ist.

²In Akten dürfen über Satz 1 Nr. 2 hinaus personenbezogene Daten auch gespeichert, verändert und genutzt werden, wenn dies sonst zur Erforschung und Bewertung von Bestrebungen nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1, 3 und 4 erforderlich ist.

(2) Personenbezogene Daten dürfen nur dann in Dateien gespeichert werden, wenn sie aus Akten ersichtlich sind.

(3) Die Speicherung von personenbezogenen Daten aus der engeren Persönlichkeitssphäre in Dateien ist unzulässig.

(4) Die Verfassungsschutzbehörde hat die Speicherdauer auf das für ihre Aufgabenerfüllung erforderliche Maß zu beschränken.

§ 9

Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten von Minderjährigen

(1) ¹Die Verfassungsschutzbehörde darf unter den Voraussetzungen des § 8 Daten über das Verhalten Minderjähriger aus der Zeit vor Vollendung des 14. Lebensjahres in Akten, die zu ihrer Person geführt werden, nur speichern, verändern oder nutzen, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die betroffene Person eine der in § 3 Abs. 1 des Artikel 10-Gesetzes genannten Straftaten plant, begeht oder begangen hat. ²In Dateien dürfen Daten über das Verhalten Minderjähriger nur gespeichert, verändert oder genutzt werden, wenn

1. die oder der Minderjährige zu dem Zeitpunkt, auf den sich die Daten beziehen, das 14. Lebensjahr bereits vollendet hatte und
2. tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer Tätigkeit nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 oder einer Bestrebung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 3 oder 4 bestehen, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen verfolgt wird.

(2) ¹Die nach Absatz 1 über Personen vor Vollendung des 16. Lebensjahres gespeicherten Daten sind zwei Jahre nach der Speicherung zu löschen, es sei denn, dass weitere Informationen im Sinne des § 3 Abs. 1 Satz 1 hinzugekommen sind. ²Die nach Absatz 1 über Personen nach Vollendung des 16. und vor Vollendung des 18. Lebensjahres gespeicherten Daten sind zwei Jahre nach der Speicherung auf die Erforderlichkeit einer weiteren Speicherung zu überprüfen. ³Sie sind spätestens nach fünf Jahren zu löschen, es sei denn, dass nach Eintritt der Volljährigkeit weitere Informationen über Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 Satz 1 hinzugekommen sind.

§ 10

Berichtigung, Löschung und Sperrung von personenbezogenen Daten in Dateien

(1) Die Verfassungsschutzbehörde hat die in Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten zu berichtigen, wenn sie unrichtig sind; sie hat sie zu ergänzen, wenn sie unvollständig sind und dadurch schutzwürdige Interessen der betroffenen Person beeinträchtigt sein können.

(2) ¹Die Verfassungsschutzbehörde hat die in Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten zu löschen, wenn

1. ihre Speicherung unzulässig war oder
2. ihre Kenntnis für die Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich ist.

²Die Löschung unterbleibt, wenn Grund zu der Annahme besteht, dass durch sie schutzwürdige Interessen von Betroffenen beeinträchtigt würden. ³In diesem Fall sind die Daten zu sperren. ⁴Sie dürfen nur noch mit Einwilligung der Betroffenen weiterverarbeitet werden.

(3) ¹Die Verfassungsschutzbehörde prüft bei der Einzelfallbearbeitung und nach festgesetzten Fristen, spätestens nach fünf Jahren, ob gespeicherte personenbezogene Daten zu berichtigen oder zu ergänzen, zu löschen oder zu sperren sind. ²Gespeicherte personenbezogene Daten über Bestrebungen nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 sind spätestens zehn Jahre, über Bestrebungen nach Nr. 3 oder 4 spätestens 15 Jahre nach dem Zeitpunkt der letzten Speicherung einer Information über Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 Satz 1 zu löschen.

(4) ¹In den Fällen des Absatzes 2 Satz 1 Nr. 2 und des Absatzes 3 Satz 2 tritt an die Stelle der Löschung der personenbezogenen Daten durch die Verfassungsschutzbehörde die Abgabe an das Landesarchiv. ²Die Nutzung archivierter Daten durch die Verfassungsschutzbehörde ist ausgeschlossen, solange diese nicht allgemein zugänglich sind.

(5) Personenbezogene Daten, die ausschließlich zu Zwecken der Datenschutzkontrolle, der Datensicherung oder zur Sicherstellung eines ordnungsgemäßen Betriebes einer Datenverarbeitungsanlage gespeichert werden, dürfen nur für diese Zwecke oder zur Verfolgung von Straftaten nach dem Niedersächsischen Datenschutzgesetz weiterverarbeitet werden.

§ 11

Berichtigung, Löschung und Sperrung von personenbezogenen Daten in Akten

(1) Stellt die Verfassungsschutzbehörde fest, dass in Akten gespeicherte personenbezogene Daten unrichtig sind, oder wird ihre Richtigkeit von Betroffenen bestritten, so ist dies in der Akte zu vermerken.

(2) ¹Für Akten, die zu einer bestimmten Person geführt werden, gilt § 10 Abs. 2 und 3 entsprechend. ²Im Übrigen hat die Verfassungsschutzbehörde personenbezogene Daten zu sperren, wenn sie bei der Einzelfallbearbeitung feststellt, dass ohne die Sperrung schutzwürdige Interessen von Betroffenen beeinträchtigt würden, und die Daten für die künftige Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich sind. ³Gesperrte Daten sind mit einem entsprechenden Vermerk zu versehen; sie dürfen nicht mehr weiterverarbeitet werden. ⁴Eine Aufhebung der Sperrung ist möglich, wenn ihre Voraussetzungen nachträglich entfallen.

(3) ¹Sind Akten der Verfassungsschutzbehörde für ihre Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich, so tritt an die Stelle ihrer Vernichtung die Abgabe an das Landesarchiv. ²Für Akten, die zu einer bestimmten Person geführt werden, oder andere Akten, die personenbezogene Daten enthalten, gilt § 10 Abs. 4 Satz 2 entsprechend.

§ 12

Dateibesreibungen

(1) ¹Für jede Datei bei der Verfassungsschutzbehörde sind in einer Dateibesreibung festzulegen:

1. die Bezeichnung der Datei,
2. der Zweck der Datei,
3. Inhalt, Umfang, Voraussetzungen und Rechtsgrundlage der Speicherung, Übermittlung und Nutzung (betroffener Personenkreis, Arten der Daten),
4. Überprüfungsfristen, Speicherdauer,
5. die nach dem Niedersächsischen Datenschutzgesetz erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen,
6. bei automatisierten Verfahren die Betriebsart des Verfahrens, die Art der Geräte, die Stellen, bei denen sie aufgestellt sind, sowie das Verfahren zur Übermittlung, Sperrung, Löschung und Auskunftserteilung.

²Satz 1 gilt nicht für Dateien, die aus ausschließlich verarbeitungstechnischen Gründen vorübergehend vorgehalten werden.

(2) Vor dem Erlass einer Dateibesreibung ist die oder der Landesbeauftragte für den Datenschutz anzuhören.

(3) ¹Die Speicherung personenbezogener Daten ist auf das erforderliche Maß zu beschränken. ²In angemessenen Abständen ist die Notwendigkeit der Weiterführung oder Änderung der Dateien zu überprüfen.

(4) In der Dateibeschreibung über personenbezogene Textdateien ist die Zugriffsberechtigung auf Personen zu beschränken, die unmittelbar mit Arbeiten in dem Gebiet betraut sind, dem die Textdateien zugeordnet sind; Auszüge aus Textdateien dürfen nicht ohne die dazugehörenden erläuternden Unterlagen übermittelt werden.

Dritter Abschnitt Auskunft

§ 13

Auskunft an Betroffenen

(1) ¹Die Verfassungsschutzbehörde erteilt Betroffenen auf Antrag unentgeltlich Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten Daten. ²Die Auskunftspflicht erstreckt sich nicht auf die Herkunft der Daten und die Empfänger von Übermittlungen. ³Über Daten aus Akten, die nicht zur Person der Betroffenen geführt werden, wird Auskunft nur erteilt, soweit die Daten, namentlich aufgrund von Angaben der Betroffenen, mit angemessenem Aufwand auffindbar sind. ⁴Die Verfassungsschutzbehörde bestimmt Verfahren und Form der Auskunftserteilung nach pflichtgemäßem Ermessen.

(2) ¹Die Auskunftserteilung kann nur abgelehnt werden, soweit

1. die Auskunft die öffentliche Sicherheit gefährden oder sonst dem Wohl des Bundes oder eines Landes Nachteile bereiten würde,
2. die Daten oder die Tatsache ihrer Speicherung nach einer Rechtsvorschrift oder wegen der berechtigten Interessen von Dritten geheim gehalten werden müssen oder
3. durch die Auskunftserteilung Informationsquellen gefährdet würden oder die Ausforschung des Erkenntnisstandes oder der Arbeitsweise der Verfassungsschutzbehörde zu befürchten ist.

²Die Entscheidung trifft die Leiterin oder der Leiter der Verfassungsschutzabteilung unter Abwägung der in Satz 1 Nrn. 1 bis 3 genannten Interessen mit dem Interesse der antragstellenden Person an der Auskunftserteilung. ³Die Leiterin oder der Leiter der Verfassungsschutzabteilung kann eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter damit beauftragen, ebenfalls Entscheidungen nach Satz 1 zu treffen.

(3) ¹Die Ablehnung einer Auskunft bedarf keiner Begründung, soweit durch die Begründung der Zweck der Ablehnung gefährdet würde. ²Die Gründe der Ablehnung sind aktenkundig zu machen. ³Wird der antragstellenden Person keine Begründung für die Ablehnung der Auskunft gegeben, so ist ihr die Rechtsgrundlage dafür zu nennen. ⁴Ferner ist sie darauf hinzuweisen, dass sie sich an die Landesbeauftragte oder den Landesbeauftragten für den Datenschutz wenden kann. ⁵Der oder dem Landesbeauftragten ist auf Verlangen

Auskunft zu erteilen. ⁶Stellt die Fachministerin oder der Fachminister oder die Vertreterin oder der Vertreter, fest, dass durch die Erteilung der Auskunft nach Satz 5 die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gefährdet würde, so darf die Auskunft nur der oder dem Landesbeauftragten persönlich erteilt werden. ⁷Mitteilungen der oder des Landesbeauftragten an die antragstellende Person dürfen keine Rückschlüsse auf den Erkenntnisstand der Verfassungsschutzbehörde zulassen, sofern diese nicht einer weitergehenden Mitteilung zustimmt.

Vierter Abschnitt Informationsübermittlung

§ 14

Grenzen der Übermittlung personenbezogener Daten

Wird nach den Bestimmungen dieses Abschnitts um die Übermittlung personenbezogener Daten ersucht, so dürfen nur solche Daten übermittelt werden, die bei der ersuchten Behörde oder Stelle bereits bekannt sind oder von ihr aus allgemein zugänglichen Quellen entnommen werden können.

§ 15

Übermittlung von Informationen an die Verfassungsschutzbehörde

(1) Die Behörden des Landes, insbesondere die Staatsanwaltschaften und, vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis, die Polizeibehörden, sowie die der ausschließlichen Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts unterrichten von sich aus die Verfassungsschutzbehörde über die ihnen bekannt gewordenen Tatsachen, die sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht oder Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland erkennen lassen, die sich unter Anwendung von Gewalt oder durch darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen gegen die in § 3 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1, 3 und 4 genannten Schutzgüter wenden.

(2) Die Staatsanwaltschaften und, vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis, die Polizeibehörden sowie die Ausländerbehörden übermitteln darüber hinaus von sich aus der Verfassungsschutzbehörde auch alle anderen ihnen bekannt gewordenen Informationen einschließlich personenbezogener Daten über Bestrebungen nach § 3 Abs. 1 Satz 1, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Übermittlung für die Erfüllung der Aufgaben der Verfassungsschutzbehörde erforderlich ist.

(3) ¹Die Verfassungsschutzbehörde darf zur Erfüllung ihrer Aufgaben die in Absatz 1 genannten Stellen um Übermittlung der zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Informationen einschließlich personenbezogener Daten ersuchen, wenn diese nicht aus allgemein zugänglichen Quellen oder nur mit übermäßigem Aufwand oder nur durch eine die betroffene Person stärker belastende Maßnahme erhoben werden können. ²Die Ersuchen sind aktenkundig zu machen.

(4) ¹Die Übermittlung personenbezogener Daten, die aufgrund einer Maß-

nahme nach § 100 a StPO bekannt geworden sind, ist nach den Absätzen 1 bis 3 nur zulässig, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass jemand eine der in § 3 des Artikel 10-Gesetzes genannten Straftaten plant, begeht oder begangen hat.²Auf die der Verfassungsschutzbehörde nach Satz 1 übermittelten personenbezogenen Daten findet § 4 Abs. 1 und 2 Satz 1 sowie Abs. 4 bis 6 des Artikel 10-Gesetzes entsprechende Anwendung.

(5) ¹Die Übermittlung personenbezogener Daten, die aufgrund anderer strafprozessualer Zwangsmaßnahmen (§§ 94 bis 100, 100 c bis 111 p, 163 e und 163 f StPO) bekannt geworden sind, ist nur zulässig, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für gewalttätige Bestrebungen nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 3 oder 4 oder von Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 bestehen.²Die nach Satz 1 übermittelten personenbezogenen Daten dürfen nur zur Erforschung solcher Bestrebungen oder Tätigkeiten genutzt werden.

§ 16

Registereinsicht

(1) Die Verfassungsschutzbehörde darf zur Gewinnung von Informationen über gewalttätige Bestrebungen nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 3 oder 4 oder über Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 die von öffentlichen Stellen geführten Register, insbesondere Grundbücher, Personenstandsbücher, Melderegister, Personalausweisregister, Passregister, Führerscheinkartei, Waffenscheinkartei, einsehen.

(2) ¹Die Einsichtnahme ist nur zulässig, wenn

1. eine Übermittlung der Daten durch die registerführende Stelle den Zweck der Maßnahme gefährden würde oder
2. die betroffene Person durch eine anderweitige Informationsgewinnung unverhältnismäßig beeinträchtigt würde.

²Die Einsichtnahme ist unzulässig, wenn ihr eine gesetzliche Geheimhaltungsvorschrift oder eine Pflicht zur Wahrung von Berufsgeheimnissen entgegensteht.

(3) Die Einsichtnahme ordnet die Leiterin oder der Leiter der Verfassungsschutzabteilung oder die Vertreterin oder der Vertreter an.

(4) ¹Die durch Einsichtnahme in Register gewonnenen Informationen dürfen nur zu den in Absatz 1 genannten Zwecken verwendet werden.²Gespeicherte Informationen sind zu löschen und Unterlagen zu vernichten, sobald sie für diese Zwecke nicht mehr erforderlich sind.

(5) ¹Über jede Einsichtnahme ist ein gesonderter Nachweis zu führen, aus dem ihr Zweck, das eingesehene Register und die registerführende Stelle sowie die Namen der Betroffenen hervorgehen, deren Daten für eine weitere Verarbeitung erforderlich sind.²Diese Nachweise sind gesondert aufzubewahren, gegen unberechtigten Zugriff zu sichern und am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr der Anfertigung folgt, zu vernichten.

§ 17

Übermittlung personenbezogener Daten durch die Verfassungsschutzbehörde

(1) ¹Die Verfassungsschutzbehörde darf personenbezogene Daten an inländische Behörden übermitteln, wenn dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist oder der Empfänger die Daten zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder sonst für Zwecke der öffentlichen Sicherheit oder der Strafverfolgung benötigt. ²Die Übermittlung ist aktenkundig zu machen.

³Die empfangende Behörde darf die übermittelten Daten, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, nur zu dem Zweck weiterverarbeiten, zu dem sie ihr übermittelt wurden.

(2) ¹Die Verfassungsschutzbehörde darf personenbezogene Daten an Dienststellen der alliierten Streitkräfte übermitteln, soweit dies im Rahmen der Zusammenarbeit nach Artikel 3 des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages vom 19. Juni 1951 über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (BGBl. 1961 II S. 1183, 1218) erforderlich ist. ²Die Übermittlung ist aktenkundig zu machen.

(3) ¹Die Verfassungsschutzbehörde darf personenbezogene Daten im Einvernehmen mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz an ausländische öffentliche Stellen sowie an über- und zwischenstaatliche Stellen übermitteln, soweit die Übermittlung in einem Gesetz, einem Rechtsakt der Europäischen Gemeinschaften oder einer internationalen Vereinbarung geregelt ist. ²Eine Übermittlung darf auch erfolgen, wenn sie

1. zum Schutz von Leib oder Leben erforderlich ist oder
2. zur Erfüllung eigener Aufgaben, insbesondere in Fällen grenzüberschreitender Tätigkeiten der Verfassungsschutzbehörde, unumgänglich ist und im Empfängerland gleichwertige Datenschutzregelungen gelten. ³Die Übermittlung unterbleibt, wenn ihr auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland oder überwiegende schutzwürdige Interessen der Betroffenen, insbesondere deren Schutz vor einer rechtsstaatswidrigen Verfolgung, entgegenstehen. ⁴Die Übermittlung der von einer Ausländerbehörde empfangenen personenbezogenen Daten unterbleibt, es sei denn, die Übermittlung ist völkerrechtlich geboten. ⁵Die Übermittlung ist aktenkundig zu machen. ⁶Die empfangende Stelle darf die übermittelten Daten nur für den Zweck weiterverarbeiten, zu dem sie ihr übermittelt wurden. ⁷Sie ist auf die Verarbeitungsbeschränkung und darauf hinzuweisen, dass sich die Verfassungsschutzbehörde vorbehält, Auskunft über die Verarbeitung der Daten zu verlangen.

(4) ¹Personenbezogene Daten dürfen an einzelne Personen oder an andere als die in den Absätzen 1 bis 3 genannten Stellen nicht übermittelt werden, es sei denn, dass dies zum Schutz vor Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 Satz 1 oder zur Gewährleistung der Sicherheit von lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen (§ 1 Abs. 4 und 5 des Niedersächsischen Sicherheitsüberprüfungsgesetzes) erforderlich ist und die Fachministerin oder der Fach-

minister oder die Vertreterin oder der Vertreter der Übermittlung zugestimmt hat. ²Die Verfassungsschutzbehörde führt über jede Übermittlung personenbezogener Daten nach Satz 1 einen gesonderten Nachweis, aus dem der Zweck der Übermittlung, ihre Veranlassung, die Aktenfundstelle und der Empfänger hervorgehen. ³Die Nachweise sind gesondert aufzubewahren, gegen unberechtigten Zugriff zu sichern und am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr ihrer Anfertigung folgt, zu vernichten. ⁴Der Empfänger darf die übermittelten Daten nur für den Zweck weiterverarbeiten, zu dem sie ihm übermittelt wurden. ⁵Er ist auf die Verarbeitungsbeschränkung und darauf hinzuweisen, dass sich die Verfassungsschutzbehörde vorbehält, Auskunft über die Verarbeitung der Daten zu verlangen. ⁶Die Übermittlung der personenbezogenen Daten ist der betroffenen Person durch die Verfassungsschutzbehörde mitzuteilen, sobald eine Gefährdung der Aufgabenerfüllung durch die Mitteilung nicht mehr zu besorgen ist. ⁷Die Zustimmung nach Satz 1 und das Führen eines Nachweises nach Satz 2 sind nicht erforderlich, wenn personenbezogene Daten durch die Verfassungsschutzbehörde zum Zweck von Datenerhebungen an andere Stellen übermittelt werden.

§ 18

Übermittlung von Informationen durch die Verfassungsschutzbehörde an Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden in Angelegenheiten des Staats- und Verfassungsschutzes

(1) Die Verfassungsschutzbehörde übermittelt den Staatsanwaltschaften und, vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis, den Polizeibehörden von sich aus die ihr bekannt gewordenen Informationen einschließlich personenbezogener Daten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Übermittlung zur Verhinderung oder Verfolgung von folgenden Straftaten erforderlich ist:

1. die in § 74 a Abs. 1 und § 120 Abs. 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes genannten Straftaten,
2. Straftaten, bei denen aufgrund ihrer Zielrichtung, des Motivs des Täters oder dessen Verbindung zu einer Organisation anzunehmen ist, dass sie sich gegen die in § 3 Abs. 1 Satz 1 genannten Schutzgüter wenden.

(2) Die Polizeibehörden dürfen zur Verhinderung von Straftaten nach Absatz 1 die Verfassungsschutzbehörde um Übermittlung der erforderlichen Informationen einschließlich personenbezogener Daten ersuchen.

§ 19

Übermittlung personenbezogener Daten an die Öffentlichkeit

Bei der Aufklärung der Öffentlichkeit einschließlich der Medien über Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 Satz 1 dürfen personenbezogene Daten nur bekannt gegeben werden, wenn die Bekanntgabe für das Verständnis der Darstellung, insbesondere von Organisationen oder unorganisierten Gruppierungen, erforderlich ist und das Interesse der Allgemeinheit das schutzwürdige Interesse der betroffenen Person überwiegt.

§ 20

Übermittlungsverbote, Minderjährigenschutz

(1) Die Übermittlung von Informationen nach den Vorschriften dieses Abschnitts unterbleibt, wenn

1. die Informationen zu löschen sind,
2. für die übermittelnde Stelle erkennbar ist, dass die Informationen für die empfangende Stelle nicht erforderlich sind,
3. für die übermittelnde Stelle erkennbar ist, dass unter Berücksichtigung der Art der Informationen, insbesondere ihres Bezuges zu der engeren Persönlichkeitssphäre der betroffenen Person, und der Umstände ihrer Erhebung das schutzwürdige Interesse der betroffenen Person das Interesse der Allgemeinheit an der Übermittlung überwiegt,
4. überwiegende Sicherheitsinteressen dies erfordern oder
5. besondere Regelungen in Rechtsvorschriften, in Standesrichtlinien oder Verpflichtungen zur Wahrung besonderer Amtsgeheimnisse der Übermittlung entgegenstehen.

(2) Personenbezogene Daten Minderjähriger dürfen nach den Vorschriften dieses Gesetzes übermittelt werden, solange die Voraussetzungen der Speicherung nach § 9 erfüllt sind.

(3) ¹Personenbezogene Daten Minderjähriger über ihr Verhalten vor Vollendung des 14. Lebensjahres dürfen nach den Vorschriften dieses Gesetzes nicht an ausländische oder an über- oder zwischenstaatliche Stellen übermittelt werden. ²Dasselbe gilt für Informationen über Personenzusammenschlüsse, deren Mitglieder überwiegend Minderjährige sind, die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

§ 21

Pflichten der empfangenden Stelle

¹Die empfangende Stelle prüft, ob die ihr nach den Vorschriften dieses Gesetzes übermittelten personenbezogenen Daten für die Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind. ²Ergibt die Prüfung, dass dies nicht der Fall ist, so hat sie die entsprechenden Unterlagen zu vernichten und gespeicherte Daten zu löschen. ³Die Vernichtung und die Löschung können unterbleiben, wenn die Trennung von anderen Informationen, die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind, nicht oder nur mit unvertretbarem Aufwand möglich ist; in diesem Fall sind die Daten zu sperren.

§ 22

Nachberichtspflicht

¹Erweisen sich personenbezogene Daten nach ihrer Übermittlung als unvollständig oder unrichtig, so sind sie gegenüber der empfangenden Stelle unverzüglich zu ergänzen oder zu berichtigen, es sei denn, dass der Mangel für die Beurteilung des Sachverhalts offensichtlich ohne Bedeutung ist. ²Werden personenbezogene Daten nach ihrer Übermittlung gesperrt, so ist dies der empfangenden Stelle unter Angabe der Gründe, die zu der Sperrung geführt haben, unverzüglich mitzuteilen.

Fünfter Abschnitt Parlamentarische Kontrolle

§ 23

Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes

Die parlamentarische Kontrolle auf dem Gebiet des Verfassungsschutzes übt unbeschadet der Rechte des Landtages und seiner sonstigen Ausschüsse ein besonderer, vom Landtag gebildeter Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes aus.

§ 24

Zusammensetzung

(1) ¹Der Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes soll aus mindestens sieben Abgeordneten des Landtages bestehen. ²Mitglieder der Landesregierung können dem Ausschuss nicht angehören.

(2) ¹Jede Fraktion erhält mindestens einen Sitz. ²Die Verteilung aller Sitze bestimmt sich nach der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages.

§ 25

Kontrollrechte des Ausschusses

(1) Das Fachministerium ist verpflichtet, den Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes umfassend über seine Tätigkeit als Verfassungsschutzbehörde im Allgemeinen sowie über Vorgänge von besonderer Bedeutung zu unterrichten.

(2) Der Ausschuss hat das Recht, Auskunftspersonen anzuhören, wenn mindestens ein Fünftel der Ausschussmitglieder dies verlangt.

(3) Das Fachministerium kann das Anhörungsverlangen nach Absatz 2 in entsprechender Anwendung des Artikels 24 Abs. 3 der Niedersächsischen Verfassung ablehnen; die Gründe sind dem Ausschuss darzulegen.

(4) ¹Die in der Verfassungsschutzabteilung Tätigen dürfen in dienstlichen Angelegenheiten Eingaben an den Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes richten. ²Solche Eingaben und die Verhandlungen des Ausschusses über sie sind vertraulich im Sinne der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages.

§ 26

Verfahrensweise

(1) ¹Für die Verhandlungen des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes gelten die Vorschriften der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages. ²Jedoch bedarf ein Beschluss, durch welchen die Vertraulichkeit von Akten oder sonstigen Unterlagen oder von Verhandlungen des Ausschusses aufgehoben wird, einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen seiner Mitglieder. ³Ist zu einem solchen Beschluss das Einvernehmen der Landesregierung erforderlich und weigert diese sich, es zu erteilen, so hat sie die Gründe dafür vor dem Ausschuss darzulegen. ⁴Dient die Vertraulichkeit dem

Schutz von Informationen, deren Geheimhaltung in die Verantwortung einer Behörde des Bundes oder eines anderen Landes fällt, so bedarf die Aufhebung der Vertraulichkeit des Einvernehmens dieser Behörde.

(2) ¹Der Ausschuss gibt sich für die Wahrnehmung der Aufgaben nach § 2 Abs. 1 Nds. AG G 10 eine besondere Geschäftsordnung. ²Zu deren Geheimchutzregelungen ist die Landesregierung zu hören. ³Die Geschäftsordnung bedarf der Bestätigung durch den Landtag.

(3) Der Ausschuss berichtet dem Landtag in der Mitte und am Ende jeder Wahlperiode über seine Tätigkeit.

(4) Der Ausschuss übt seine Tätigkeit auch über das Ende einer Wahlperiode des Landtages so lange aus, bis der nachfolgende Landtag den Ausschuss nach § 24 neu gebildet hat.

§ 27

Hilfe vonseiten der oder des Landesbeauftragten für den Datenschutz

(1) ¹Der Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes hat auf Antrag von mindestens einem Viertel seiner Mitglieder die Landesbeauftragte oder den Landesbeauftragten für den Datenschutz zu beauftragen, die Rechtmäßigkeit einzelner Maßnahmen der Verfassungsschutzbehörde zu überprüfen. ²Die Befugnisse der oder des Landesbeauftragten richten sich nach den Bestimmungen des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes.

(2) Wird die oder der Landesbeauftragte für den Datenschutz nach § 13 Abs. 3 tätig, so kann sie oder er den Ausschuss von sich aus unterrichten, wenn sich Beanstandungen ergeben, eine Mitteilung an die betroffene Person aber aus Geheimhaltungsgründen unterbleiben muss.

Sechster Abschnitt Schlussvorschriften

§ 28

Geltung des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes

Bei der Erfüllung der Aufgaben nach § 3 durch die Verfassungsschutzbehörde finden die Vorschriften des § 4 Abs. 1 sowie der §§ 9 bis 17 a des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes keine Anwendung.

§ 29

Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz*)

§ 30

Änderung des Niedersächsischen Beamtengesetzes*)

§ 31

Änderung des Personalvertretungsgesetzes für das Land Niedersachsen*)

^{*)} Diese Vorschrift des Gesetzes in der ursprünglichen Fassung vom 3. November 1992 (Nds. GVBl. S. 283) wird hier nicht abgedruckt.

§ 32
Inkrafttreten**)

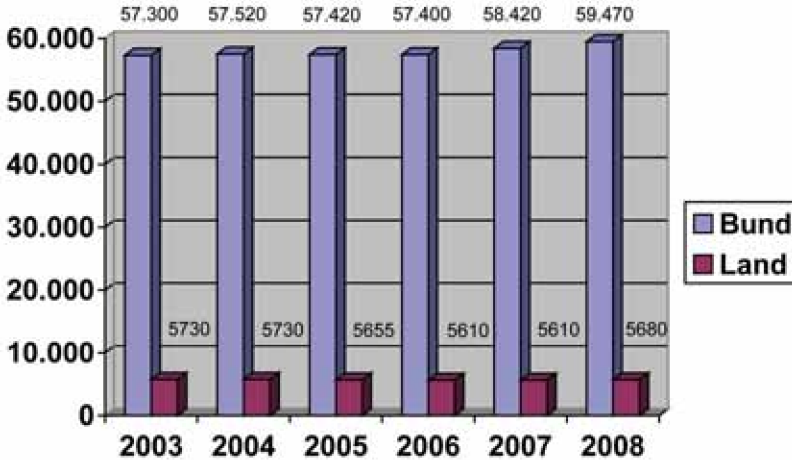
(1) Dieses Gesetz tritt 14 Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt das Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz vom 12. Juli 1976 (Nds. GVBl. S. 181), geändert durch Gesetz vom 24. März 1980 (Nds. GVBl. S. 67), außer Kraft.

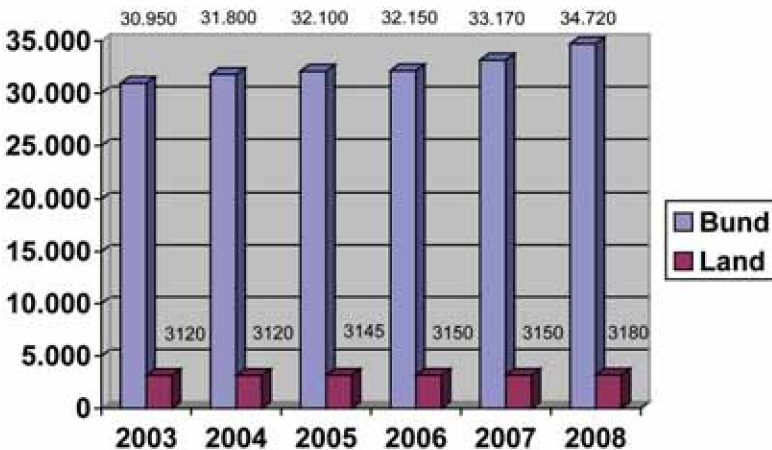
**) Diese Vorschrift betrifft das Inkrafttreten des Gesetzes in der ursprünglichen Fassung vom 3. November 1992 (Nds. GVBl. S. 283). Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der späteren Änderungen ergibt sich aus den in den Bekanntmachungen vom 30. März 2004 (Nds. GVBl. S. 117) und vom 19. November 2007 (Nds. GVBl. S. 641) sowie den in der vorangestellten Bekanntmachung näher bezeichneten Gesetzen.

Grafiken zu Mitglieder- und Potenzialentwicklungen extremistischer Bestrebungen

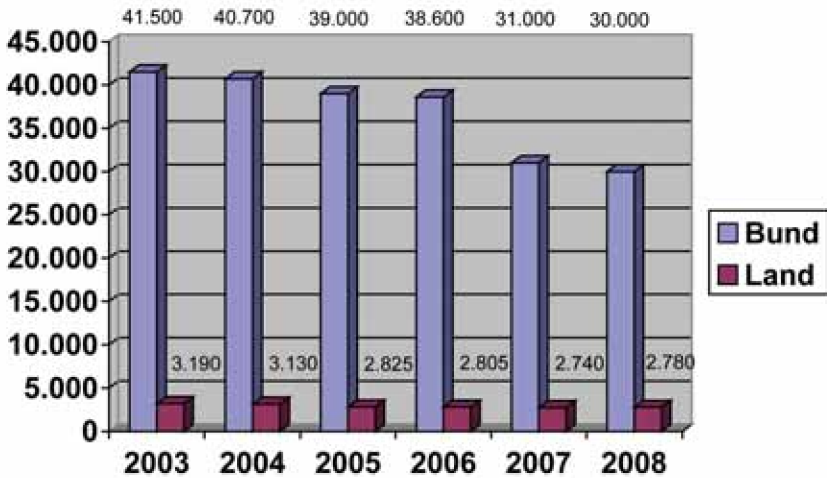
Entwicklung des Mitglieder- / Anhängerpotenzials extremistischer Ausländerorganisationen



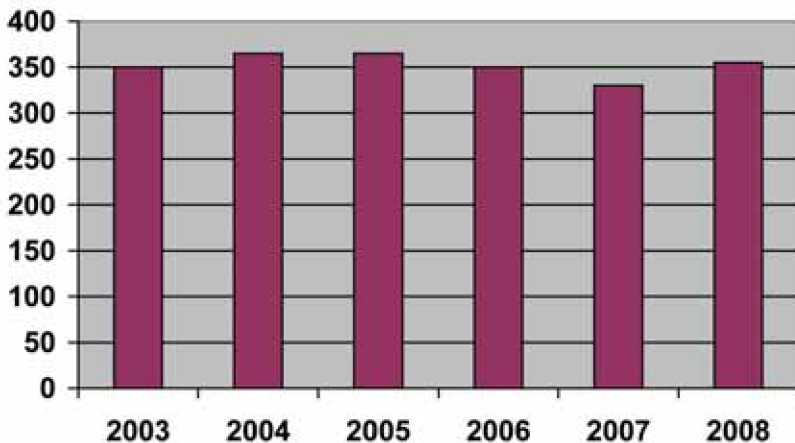
Entwicklung des Mitglieder- / Anhängerpotenzials islamistisch-extremistischer Gruppen



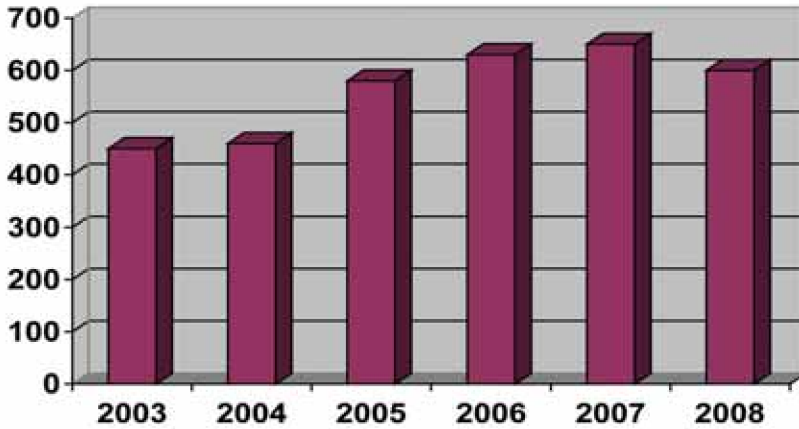
Entwicklung des Rechtsextremismus-Potenzials



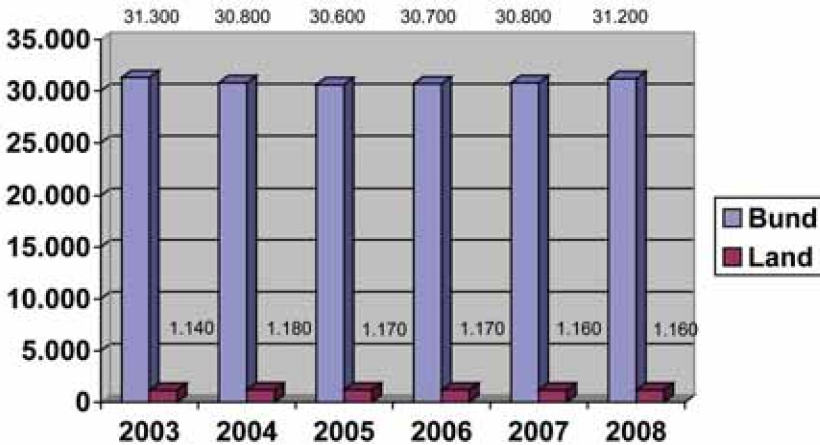
Entwicklung des Personenpotenzials der Neonazistischen Szene in Niedersachsen



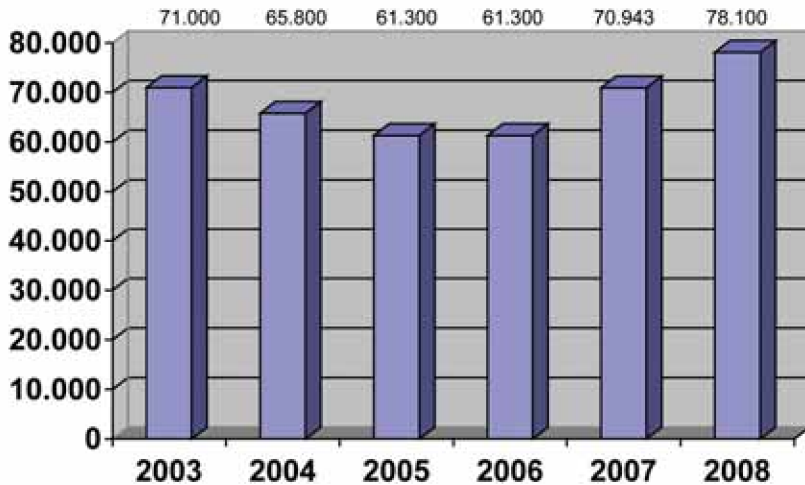
Entwicklung der NPD-Mitgliederzahlen in Niedersachsen



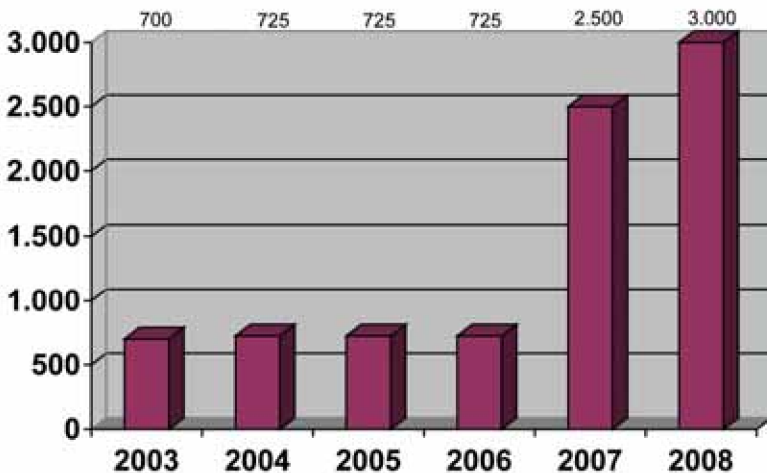
Entwicklung des Linksextremismus-Potenzials (ohne die Partei DIE LINKE.)



Entwicklung der Mitgliederzahlen der Partei DIE LINKE. in Deutschland



Entwicklung der Mitgliederzahlen der Partei DIE LINKE. in Niedersachsen



Verbote neonazistischer Vereinigungen

Verbotsverfüg.	Vereinigung	Verbotsbehörde
26.11.1992	Nationalistische Front (NF)	Bundesministerium des Innern
08.12.1992	Deutsche Alternative (DA)	Bundesministerium des Innern
18.12.1992	Deutscher Kameradschaftsbund (DKB)	Niedersächsisches Innenministerium
21.12.1992	Nationale Offensive (NO)	Bundesministerium des Innern
07.06.1993	Nationaler Block (NB)	Bayerisches Staatsministerium des Innern
08.07.1993	Heimattreue Vereinigung Deutschlands (HVD)	Innenministerium des Landes Baden-Württemberg
25.08.1993	Freundeskreis Freiheit für Deutschland (FFD)	Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen
10.11.1994	Wiking Jugend e.V. (WJ)	Bundesministerium des Innern (auf Initiative des Niedersächsischen Innenministeriums)
24.02.1995	Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)	Bundesministerium des Innern (auf Initiative des Niedersächsischen Innenministeriums)
24.02.1995	Nationale Liste (NL)	Behörde für Inneres Hamburg
05.05.1995	Direkte Aktion/Mitteldeutschland (JF)	Innenministerium des Landes Brandenburg
22.07.1996	Skinheads Allgäu	Bayerisches Staatsministerium des Innern
14.08.1997	Kameradschaft Oberhavel	Innenministerium des Landes Brandenburg
09.02.1998	Heide-Heim e.V. und Heideheim e.V.	Niedersächsisches Innenministerium

10.08.2000	Hamburger Sturm	Behörde für Inneres Hamburg
12.09.2000	Blood & Honour -Division Deutschland mit Jugendorganisation White Youth	Bundesministerium des Innern
02.04.2001	Skinheads Sächsische Schweiz (SSS) mit Skinheads Sächsische Schweiz – Aufbau-Organisationen und Nationaler Widerstand Pirna	Sächsisches Staatsministerium des Innern
07.03.2003	Bündnis nationaler Sozialisten für Lübeck	Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein
19.12.2003	Fränkische Aktionsfront	Bayerisches Staatsministerium des Innern
07.03.2005	Kameradschaft Tor „Mädelgruppe“ der Kameradschaft Tor	Innensenator des Landes Berlin
07.03.2005	Berliner Alternative Süd-Ost (BASO)	Innensenator des Landes Berlin
06.04.2005	Kameradschaft Hauptvolk mit Untergruppierung „Sturm 27“	Innenministerium des Landes Brandenburg
04.07.2005	Alternative Nationale Strausberger DArt Piercing und Tattoo Offensive (ANSDAPO)	Innenministerium des Landes Brandenburg
26.06.2006	Schutzbund Deutschland	Innenministerium des Landes Brandenburg
23.04.2007	Kameradschaft Sturm 34	Sächsisches Staatsministerium des Innern
01.04.2008	Blue White Street Elite (BWSE) rechtsextremistisch beeinflusste Hooligan-Vereinigung	Innenministerium des Landes Sachsen-Anhalt
07.05.2008	Collegium Humanum (CH)	Bundesministerium des Innern
07.05.2008	Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten (VRBHV)	Bundesministerium des Innern
31.03.2009	Heimattreue Deutsche Jugend e.V. (HDJ)	Bundesministerium des Innern

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

[AAH]	Antifaschistische Aktion Hannover	CCHR	Citizens Commission on Human Rights
ABLE	Association for better Living and Education	CDK	Koordination der kurdischen demokratischen Gesellschaft in Europa („Civata Demokratik Kurdistan“)
ADHF	Föderation für demokratische Rechte in Deutschland e. V.	CH	Collegium Humanum – Akademie für Umwelt und Lebensschutz e. V.
ADHK	Konföderation für demokratische Rechte in Europa	CSI	Church of Scientology International
AKL	Antikapitalistische Linke	DA	Deutsche Akademie
A.L.I.	Antifaschistische Linke International	DA	Direkte Aktion (Zeitung der FAU/IAA)
AMGT	Vereinigung der Neuen Weltsticht e. V.	Dev Sol	Devrimci Sol
AMS	Assoziation Marxistischer StudentInnen	DHKP-C	Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (KARATAS-Flügel)
AN	Autonome Nationalisten	DITIB	Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.
ANNW	Autonome Nationalisten Nordwest	DK	Deutsches Kolleg
ANO	Autonome Nationalisten Ostfriesland	DKP	Deutsche Kommunistische Partei
ANS	Autonome Nationalisten Soltau	DRP	Deutsche Reichspartei
ANS/NA	Autonome Nationalsozialisten/Nationale AktivistInnen	DSFI	Deutsches Solidaritätskomitee für einen freien Iran
ApS	Applied Scholastics Deutschland	DSZ-Verlag	DSZ – Druckschriften- und Zeitungsverlag
ATF	Deutsche Türk-Föderation	DVU	Deutsche Volksunion
ATIF	Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V.	EMUG	Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft e. V.
ATIK	Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa	EU	Europäische Union
AZADI	Rechtshilfefonds der RH und der Föderation der Kurdischen Vereine in Deutschland	EuGH	Europäischer Gerichtshof (Sitz in Luxemburg)
B&H	Blood & Honour	FAP	Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei

FAU/ IAA	Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union / Internationale ArbeiterInnen Assoziation	HNG	Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige
fdGO	freiheitliche demokratische Grundordnung	HPG	Volksverteidigungseinheiten
FIOE	Föderation der Islamischen Organisation in Europa	HuT	Hizb ut-Tahrir al-Islami
FIS	Islamische Heilsfront	IAS	International Association of Scientologist
FKO	Freie Kräfte Oldenburg	IBP	Islamischer Bund Palästina
FSB	Russischer Inlandsnachrichtendienst („Federalnaja Slushba Besopasnosti“)	ICCB	Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e. V., Köln
FZ- Verlag	FZ – Freiheitlicher Buch- und Zeitschriftenverlag GmbH	IGD	Islamische Gemeinschaft in Deutschland e. V.
GD	Geraer Dialog	IGMG	Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V.
GfbV	Gesellschaft für bedrohte Völker	IL	Interventionistische Linke
GFP	Gesellschaft für Freie Publizistik e. V.	IR	Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland
GGB	Gewerkschaft Gesundheitsberufe	IZA	Islamisches Zentrum Aachen
GIAZ	Projekt „Gemeinsames Informations- und Analysezentrum Polizei und Verfassungsschutz Niedersachsen“	IZH	Islamisches Zentrum Hamburg
GRU	Russischer militärischer Nachrichtendienst („Glawnoje Raswediwatelnoje Uprawlenije“)	IZM	Islamisches Zentrum München
G10	Artikel 10-Gesetz	IWF	Internationaler Währungsfonds
HAMAS	Islamische Widerstandsbewegung	JN	Junge Nationaldemokraten
HCOPL	Hubbard Communication Office Policy Letter	KADEK	Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans
HDJ	Heimattreue Deutsche Jugend e. V.	KES	Kontinent Europa Stiftung
HMI	Hilfswerk für Menschenrechte im Iran e. V.	[K.I.S.]	Kritische Initiative Schaumburg
		KON-KURD	Konföderation der kurdischen Vereine in Europa
		KONGRA GEL	Volkskongress Kurdistans
		KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
		KPF	Kommunistische Plattform der Partei DIE LINKE.

KRM	Koordinierungsrat der Muslime in Deutschland	NWRI	Nationaler Widerstandsrat Iran
KVPM	Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte	NVerfSchG	Niedersächsisches Verfassungsschutzgesetz
		NZ	National-Zeitung / Deutsche Wochen-Zeitung
LTTE	Befreiungstiger von Tamil Eelam („Liberation Tigers of Tamil Eelam“)	N & E	Nation & Europa – Deutsche Monatshefte
MB	Muslimbruderschaft	Org	Organisation/Kirche (im Zusammenhang mit Scientology)
MEK	Volksmodjahedin Iran-Organisation	OSA	Office of Special Affairs
MF	Marxistisches Forum		
mg	militante gruppe	PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
MID	Chinesischer militärischer Nachrichtendienst	PKK	Arbeiterpartei Kurdistans
MKP	Maoistische Kommunistische Partei	PMK	Politisch motivierte Kriminalität
MLKP	Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei	[RAK]	Rote Aktion Kornstraße
MLPD	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands	REP	Die Republikaner
		RF	Rote Fahne
MÖS	Ministerium für öffentliche Sicherheit, China	RF	Russische Föderation
		RH	Rote Hilfe e. V.
MSB	Marxistischer Studentenbund Spartakus	RHD	Rote Hilfe Deutschland
		[rk]	radikale kritik
MSS	Ministerium für Staatssicherheit, China	RTC	Religious Technology Center
MSV	Muslim-Studentenvereinigung in Deutschland	SD	Sozialistischer Dialog
		SDAJ	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
NADIS	Nachrichtendienstliches Informationssystem	Sea Org	Sea Organization
NL	Nationale Liste	SL	Sozialistische Linke
NLA	National Liberation Army (Nationale Befreiungsarmee)	SO	Scientology-Organisation
		SRP	Sozialistische Reichspartei
NATO	North Atlantic Treaty Organization (Nordatlantikvertrag)	SWR	Russischer Dienst für Auslandsaufklärung („Slushba Wneschnej Raswedkij“)
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands		

THKP-C	Türkische Volksbefreiungs- partei-Front – Revolutionäre Linke (YAGAN-Flügel)	WASG	Partei Arbeit & Soziale Ge- rechtigkeit – Die Wahlalter- native
TIKKO	Türkische Arbeiter- und Bau- ernbefreiungsarmee	WDC	Watchdog Committee
TJ	Tablighi Jama'at	WISE	World Institute of Sciencel- ogy Enterprises
TKP/ML	Türkische Kommunistische Partei / Marxisten-Leninisten	WTO	World Trade Organization (Welthandelsorganisation)
UELAM	Union für die in den europä- ischen Ländern arbeitenden Muslime e. V.	WTS Ltd.	Wilhelm-Tietjen-Stiftung Limited
UMSO	Union Muslimischer Studen- tenorganisationen in Europa e. V.	WTSF Ltd.	Wilhelm-Tietjen-Stiftung für Fertilisation Limited
VIKZ	Verband der Islamischen Kul- turzentren e. V.	YEK- KOM	Föderation kurdischer Ver- eine in Deutschland e. V.
VR	Volksrepublik	YHK	Union der Juristen Kurdistans
VRBHV	Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten	YMK	Union der kurdischen Lehrer
VS	Verschlussache	YRK	Union der Journalisten Kurdi- stans
VSA	Verschlussachenanweisung	ZMD	Zentralrat der Muslime in Deutschland
		ZOG	Zionist Occupied Government

STICHWORTVERZEICHNIS

A

- Adler-Versand • 87f.
- AG Wiking • siehe Aktionsgruppe Wiking Wilhelmshaven
- Aktionsbüro Norddeutschland • 96, 108
- Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA) • 80
- Aktionsgruppe Delmenhorst • 100, 110f.
- Aktionsgruppe Wiking Wilhelmshaven (AG Wiking) • 103, 109f., 133
- al-Banna, Hasan • 19, 25
- al-Qaida • 23
- AL-RASCHTA, Ata Abu • 31
- AL-ZAWAHIRI, Aiman • 23
- Alhambra • 144, 151
- Altermedia • 97, 105f., 123, 128
- Anarchismus • 142
- Antideutsche / Antiimperialisten • 115, 147, 180, 191, 193
- Antifa Nienburg • 149
- Antifa Seelze • 148
- Antifa [rk] Wunstorf • 148
- Antifaschismus • 138, 145, **149f.**, 157f., 178, 188
- Antifaschistische Aktion Hameln/Pyrmont • 148
- Antifaschistische Aktion Hannover • 150
- Antifaschistische Aktion Lüneburg/Uelzen • 150
- Antifaschistische Linke International (A.L.I.) • 153f., 157f., 173
- Antifaschistisches Aktionsbündnis gegen Militarismus • 148
- Antikapitalistische Linke • 167
- Antimilitarismus • **155f.**, 188
- Antirassismus • 157f.
- Antisemitismus (Begriff) • 22, 31, **66f.**, 82f., 86, 93, 119, 125, **134**, 180 191f., 194-196, 227
- APFEL, Holger • 122
- Applied Scholastics Deutschland (ApS) • 203
- Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) • siehe Volkskongress Kurdistan
- Artikel 10-Gesetz • 221, 239-241, 246-248, 253
- ASSEM, Shaker • 32
- Association für better Living and Education (ABLE) • 201
- Assoziation Marxistischer StudentInnen (AMS) • 178
- ATALAY, Mustafa • 50

Atomenergie (Proteste gegen die –) • 143, 145, **159f.**
Autonome • 4, 137, 143f., **144-163**, 172f., 193f., 219,
Autonome Antifa Bückeberg • 149
Autonome Antifa Deister • 148
Autonome Nationalisten • 4, 69, 96f., 100,102, 104-107, 111, 121f., 193f.
Autonome Nationalisten Ammerland • 102, 111
Autonome Nationalisten Nordwest (ANNW) • 104-106
Autonome Nationalisten Ostfriesland • 102, 109, 111
Autonome Nationalisten Soltau (ANS) • 104
AYDAR, Zübeyir • 42
AZ-ZARQAWI, Abu Musab • 23

B

BARTELS, Peter • 91, 110
BENNECKENSTEIN, Felix • 110
BIN LADIN, Usama • 23
BISKY, Lothar • 164
Blood & Honour (B&H) • 80, **82**, 85, 265
Blue Max • 92
BÖRM, Manfred • 122
BOLOURCHI, Masoumeh • 53
BRANDES-STEGGEWENTZ, Gisela • 164, 169
BRINKMANN, Peter • 74
BÜHRIG, Dennis • 106f.
Bürgerinitiative für Zivilcourage Hildesheim • 102, 109
Bürgerinitiative zur Schließung des Bunten Hauses • 102, 106

C

CASTOR-Transport (Aktionen gegen den –) • 138, 143-145, 159-161, 170
Cherusker • 88, 93, 108
Church of Scientology International (CSI) • 200f.
Citizens Commission on Human Rights (CCHR) • 201
COHRS, Ernst-Otto • 78
Collegium Humanum – Akademie für Umwelt und Lebensschutz e. V. (CH) • 71,
77f., 265
Commieknockers • 92
COURAGE • 184
Criminon • 201
Cyber-Terrorismus • 22f.

D

- Das letzte Aufgebot • 93, 108
 DEHM, Dr. Diether • 164, 169, 171, 177
 DEHOUST, Peter • 75
 Der Revolutionäre Weg • 181
 Der Versand • 87f.
 Deutsche Akademie (DA) • 76
 Deutsche Kommunistische Partei (DKP) • 142f., 156, 164, 169f. **174-179**
 Deutsche Stimme • 120, 125, 127
 Deutsche Türk-Föderation (ATF) • 23
 Deutsche Volksunion (DVU) • 4, 60, 70, 121, 126, **132-136**
 Deutsche Wochen-Zeitung • siehe National-Zeitung
 Deutsches Kolleg (DK) • 76
 Deutsches Solidaritätskomitee für einen freien Iran (DSFI) • 55
 Deutschland-Pakt • 121, 126, 135
 Devrimci Sol (Dev Sol) • 24, **49**
 DIE LINKE. • 4, 47, 126, 137, 142f., 151, 156, 158, **164-173**, 174-177, 179f., 190, 195
 Die Linkspartei.PDS • siehe DIE LINKE.
 Die Republikaner (REP) • 60, 70
 Die Rote Spindel • 174
 DIESNER, Kay • 115
 Direkte Aktion • 186, 187
 DISPUT • 164
 DITIB • 34
 DONALDSON, Ian Stuart • 82
 Dschihad/Dschihadismus • siehe Jihad
 DSZ – Druckschriften und Zeitungsverlag GmbH (DSZ-Verlag) • 132f.
 Düütsche Deerns • 108

E

- EIGENFELD, Ulrich • 120, 122, 130
 EL-ATTAR, Issam • 26
 EL-ZAYAT, Ibrahim • 26, 34
 ENGEL, Stefan • 181, 183
 En-Nahda • 26f.
 EOK-Versand • 87
 ERBAKAN, Necmettin • 33, 35f.

Ethnopluralismus • 66, 73
Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft e. V. (EMUG) • 34
EU-Terrorliste • 44, 54f., 57-59
Explizit • 31f.

F

Fanzines • 80f., 83
Fight Back! • 144
Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V. (ATIF) • 52
Föderation der Islamischen Organisation in Europa (FIOE) • 27
Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e. V. (YEK-KOM) • 44-47
Föderation für demokratische Rechte in Deutschland e. V. (ADHF) • 52
Frauenfeindlichkeit • 82
Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union / Internationale ArbeiterInnen Assoziation (FAU/IAA) • 186-188
Freie Nationalisten • 68, 94, 98
Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) • 81, 94, 99, 264
Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistan (KADEK) • siehe Volkskongress Kurdistan
Fremdenfeindlichkeit (Begriff) • 4, 61f., 66, 69, 73, 80f., 83, 93, 107, 133f., 158, 173, 192, 225, 227
FREY, Dr. Gerhard • 70, 132-134, 136
FRICKE, Detlef • 174
Front Records • 88
FZ – Freiheitlicher Buch- und Zeitschriftenverlag GmbH (FZ-Verlag) • 132f.

G

GANSEL, Jürgen • 124, 127
Geheimchutz • 212f., 215, 228, 258
Geraer Dialog/Sozialistischer Dialog (GD/SD) • 167
Geschichtsrevisionismus • 66, 71, 76f., 148
Gesellschaft für Freie Publizistik e. V. (GFP) • 68, 74-76
GIESE, Daniel • 88
Gigi und die Braunen Stadtmusikanten • 88-90
Globalisierung (Proteste gegen die –) • 96, 107, 127, 146, 161-163, 190, 192f., 196
göttinger Drucksache • 44, 153, 185
G8 • 155, 157, 162f. 190

H

- HAMAS • siehe Islamische Widerstandsbewegung
 Hannoversches VolksBlatt • 174, 177
 Hatecore • 84, 87
 HAVERBECK-WETZEL, Ursula • 78
 Heide-Heim e. V. und Heideheim e. V. • 264
 HEISE, Thorsten • 81, 90, 94, 109
 Heisenhof • 72
 Heß, Rudolf (Gedenkaktionen für –) • 108f., 114
 Hetzjagd • 86
 Hilafet Devleti • siehe Kalifatsstaat
 Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige (HNG) • 67, **113-115**
 Hizb Allah • 20, **41f.**
 Hizb ut-Tahrir al-Islami (HuT) • 19, **31f.**
 Holocaust (Leugnung/Relativierung) • 67, 70f., 75, 77f., 135, 196
 HUBBARD, Lafayette Ron • 198f., 199f., 203

I

- Indymedia • 178
 INTERIM • 144, 149
 International Association of Scientologists (IAS) • 201
 Interventionistische Linke (IL) • 157, 190
 Islamische Avantgarden • 26f.
 Islamische Gemeinschaft in Deutschland e. V. (IGD) • 24, 26, 34
 Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V. (IGMG) • 33-38
 Islamische Heilsfront (FIS) • 26f., 196
 Islamische Widerstandsbewegung HAMAS • 24, 26f., 196
 Islamischer Bund Palästina (IBP) • 26f.
 Islamisches Zentrum Aachen (IZA) • 26f.
 Islamisches Zentrum Hamburg (IZH) • 40
 Islamisches Zentrum München (IZM) • 26f.
 Islamismus (Begriff) • 3, **18-21**, 189, 194f., **229**
 Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland • 34

J

- Jihad/Jihadismus • 15, 21, 23, 37
 Junge Nationaldemokraten (JN) • 74, 110f., **131**
 JVA-Report • 114f.

K

- Kalifatsstaat (vormals ICCB) • 38f.
Kameradschaft 73 Celle • **102**, 106-109
KAPLAN, Cemaleddin • 39
KAPLAN, Metin • 38f.
KARAHAN, Yavuz Celik • 33, 36
KAYPAKKAYA, Ibrahim • 51f.
KOMALEN CIWAN • 45
Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte (KVPM) • 201
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) • 142, **174-179**
Kommunistische Plattform der Partei DIE LINKE. (KPF) • 137, 167
Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa (ATIK) • 52
Konföderation für demokratische Rechte in Europa (ADHK) • 52
Konföderation der kurdischen Vereine in Europa (KON-KURD) • 44
Koordination der kurdisch-demokratischen Gesellschaft in Europa (CDK) • 44
Kordinierungsrat der Muslime in Deutschland (KRM) • 34
KREBS, Pierre • 74
Kritische Initiative Schaumburg [K.I.S.] • 148f.

L

- Landser • 84, 86
Last Riot • 92
LEUCHTER, Fred A • 77
Leuchter-Report • 77
Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) • 23, **57-59**
Linkes Forum • 164
Linksextremismus (Begriff) • 4, 65, **142f.**, **230**
Linksruck • 137, 169
LSI • siehe Stimme des Gewissens – Lebensschutz-Informationen

M

- MAHLER, Horst • 32, 77
Maoistische Kommunistische Partei (MKP) • 51-53
marx21 • 164
Marxismus • 142
Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP) • 51
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) • 142, **181-184**
Marxistische Blätter • 174

Marxistisches Forum (MF) • 167
 Max H8 • 87f.
 Mazlum-Dogan-Festival • 45
 MEENEN, Uwe • 76
 militante gruppe (mg) • 146
 Militanzdebatte • 146f.
 Milli Gazete • 36-38
 MISCAVIGE, David • 198, 200
 MOLAU, Andreas • 68, **74-76**, 104, 122f., 126, 128, 131
 MÜLLER, Annett (früher MOECK) • 90
 MÜLLER, Michael • 90f.
 MÜLLER, Ursula • 113f.
 Multiplex-Musica • 87f.
 Muslim Studentenvereinigung in Deutschland (MSV) • 34
 Muslimbruderschaft • 19f., **24-27**

N

Nachrichten der HNG • 113f.
 NAHTZ, Joachim • 92, 102, 107f., 118, 151
 Narconon • 201
 NASRALLAH, Hassan • 41
 Nation & Europa (N&E) • 75
 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) • 4, 60, 67-70, 74-77, 93, 95-101, 104, 107, 113, **120-131**, 135f., 150-152, 191-193
 Nationale Befreiungsarmee (NLA) • 53-55
 Nationale Liste (NL) • 94, 264
 Nationale Sozialisten Oldenburg • 102
 Nationale Sozialisten Niedersachsen • 106-108
 Nationale Sozialisten SHG/OWL • 102
 National Liberation Army • siehe Nationale Befreiungsarmee
 Nationalismus • 19, 66, 96, 100, 105, 195
 National-Zeitung / Deutsche Wochen-Zeitung (NZ) • 132-135
 Neoliberalismus (Protest gegen den –) • 161
 Neonazismus (Begriff) • 67
 Neonazistische Kameradschaften • 70, 81, 93, **94-96**, 101f., 104, 106f., 112, 128, 131, 133, 146, 150, 223, 228
 Neue Rechte • 73
 Niedersachsen-Spiegel • 120

Nordfront • 87f., 92

Nordic Flame • 87f.

O

OBERLERCHER, Reinhold • 76

ÖCALAN, Abdullah • 23, 42-45, 47f.

Office of Special Affairs (OSA) • 201

Oi!-Skin • 82f.

Özgür Politika • siehe Yeni Özgür Politika

P

Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) • siehe DIE LINKE.

PASTÖRS, Udo • 122f.

PC Records • 88

PDS • siehe DIE LINKE.

Phase 2 – Zeitschrift gegen die Realität • 144, 149

PKK • siehe Volkskongress Kurdistan

Politisch motivierte Kriminalität • 14-17, 61-64, 138-141

PRABHAKARAN, Velupillai • 57, 59

Proliferation • 206, 210f.

Pulverturm • 174

R

Race War • 86

radikal • 144, 149

RADJAVI, Maryam • 54f.

RADJAVI, Massoud • 53f.

Ragnarök • 87f.

Ratatösk • 81

Rassismus (Begriff) • 66f., 150, 157

REBELL (MLPD-Jugendverband) • 184

Rechtsextremismus (Begriff) • 65-67

Redical [M] • 154

REGENER, Michael • 84

REITZ, Axel • 114

Religious Technology Center (RTC) • 198, 201

REP • siehe Die Republikaner

Revisionismus • siehe Geschichtsrevisionismus

Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front, KARATAS-Flügel (DHKP-C) • 49f.
RICHTER, Karl • 75
RIEFLING, Dieter • 109, 111f.
RIEFLING, Ricarda • 130
RIEGER, Jürgen • 71-73, 122
Ring Nationaler Frauen (RNF) • 122, 130
Rock against Communism (RAC) • 84
ROSSMÜLLER, Sascha • 122
Rote Aktion Kornstraße [RAK] • 156f.
Rote Fahne • 181
Rote Hilfe e. V. (RH) • 184-186
RotFuchs • 179-181
Rotfuchse • 184
RUDOLF, Germar • 77
Rudolf-Gutachten • 77

S

Salafismus • 3, 19-21
Scharia • 18-20, 24, 29, 31-33, 230
SCHAUB, Bernhard • 75, 78
Schiitischer Islamismus • 40
SCHWAB, Jürgen • 75
Schwarzer Block • 69
Scientology-Organisation • 198-204
Sea Organization • 201
Sense of Pride • 92
Skinhead-Konzerte • 92, 95
Skinheads • 60, **78-83**, 95, 121, 219f., 223, 228, 264
Sleipnir • 84, 92
Snevern Jungs • **102**, 107-109, 151
Sonderkommando Dirlewanger (S.K.D.) • 85
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) • 156, **178**
Sozialistische Linke (SL) • 167, 169
Sozialistische Reichspartei (SRP) • 65, 120
Stahlgewitter • 87f., 90
STEHR, Heinz • 174f., 177
STEINIGER, Klaus • 180
Stimme des Gewissens – Lebensschutz-Informationen (LSI) • 78

STOLZ, Sylvia • 77
Streetwear Tostedt • 87f.
Sturmtrupp • 84, 92

T

TABULA RASA • 144f.
Tablighi Jama'at (TJ) • 28-30
Tamil Coordination Committee (TCC) • 58
Terrorismus • 15, 21-23, 29, 219, 222, 231
Terroritorium • 92f., 108
Thiazi Forum • 89f., 93
THOBEN, Frederick • 77
Tietjen, Wilhelm • 72
Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO) • 51
Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML) • 24, 51-53
Türkische Volksbefreiungspartei-Front, YAGAN-Flügel (THKP-C) • 49f.

U

Unfinished Business • 93, 108
Union für die in den europäischen Ländern arbeitenden Muslime e. V. (UJELAM)
• 26
Union der Journalisten Kurdistans (YRK) • 46
Union der Juristen Kurdistans (YHK) • 46
Union der kurdischen Lehrer (YMK) • 46
Union Muslimischer Studentenorganisationen in Europa e. V. (UMSO) • 26
Unsere Musik.de • 87f.
Unsere Zeit (UZ) • 174, 179

V

VAKISAN • 57
Verband der Islamischen Kulturzentren e. V. (VIKZ) • 34
Verband der Islamischen Vereine und Gemeinden e. V. (ICCB) • 39
Verbote neonazistischer Vereinigungen • 264
Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten
(VRBHV) • 70f., 75, 77, 265
Vereinigung der Neuen Weltsicht in Europa e. V. (AMGT) • 33
vers beaux temps • 144
Violence • 80, 83

VOIGT, Udo • 32, 67f., 99, 120, 122f., 127, 131
Volksfront von rechts • 68, 98, 100, 121, 123
Volksgemeinschaft • 66, 97f., 117, 119, 123f., 126, 129, 136, 191, 193f.
Volkskongress Kurdistans (KONGRA GEL) • 14, 23, **42-48**, 52, 186
Volksmodjahedin Iran-Organisation (MEK) / Nationaler Widerstandsrat Iran
(NWRI) • 53-57
Volksverteidigungseinheiten (HPG) • 43, 48
VON PENTZ, Hannes • 184

W

WALENDY, Udo • 78
Watchdog Committee (WDC) • 201
WB Versand • 88, 90f.
Werwolf Records • 86
WIEGRÄFE, Dieter • 132
Wiking-Jugend e. V. (WJ) • 70, 117f., 264
Wikinger Versand • 88
Wilhelm Tietjen Stiftung für Fertilisation Limited (WTFS Ltd.) • 72
Wilhelm Tietjen Stiftung Limited (WTS Ltd.) • 72
Wirtschaftsschutz • 4, **213-216**
Wirtschaftsspionage • 4, 206, 214f.
WORCH, Christian • 94, 151
World Institute of Scientology Enterprises (WISE) • 201
WULFF, Thomas • 94, 99f., 123

Y

Yeni Özgür Politika • 42, 47f.

Z

Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) • 26, 34
ZÜNDEL, Ernst • 77

ORTSVERZEICHNIS

(Niedersachsen)

- Ammerland • 78, 102f., 106, 111
- Apelern • 78
- Aurich • 225
- Bad Harzburg • 92
- Bad Lauterberg • 87, 90, 131, 153f., 172
- Bad Laer • 116
- Bad Nenndorf • 10, 108f., 147-149
- Bad Salzdetfurth • 116
- Bersenbrück • 225
- Bienenbüttel • 116
- Bockenem • 87f.
- Bovenden • 87f.
- Bramsche-Hesepe • 158
- Braunschweig • 3, 20, 27, 30, 35f., 40, 50, 57, 79, 81, 83, 102f., 109, 128, 130, 144, 152, 174, 178, 182, 185f., 188, 224-226
- Buchholz idN • 102f., 110, 175, 225
- Burgdorf • 132
- Celle • 23, 72, 92, 102f., 104, 106-109, 131, 151, 224f.
- Cloppenburg • 225
- Cremlingen • 87f.
- Dannenberg • 144, 160
- Delmenhorst • 81, 100, 103f., 110f. 131, 178, 225
- Diekholzen • 87f.
- Dörverden • 72, 225
- Edewecht • 78
- Einbeck • 79
- Emden • 225
- Emsland • 129f.
- Eschede • 92, 102, 107f., 118, 151
- Esens • 109, 133
- Essel • 110
- Friesland • 104, 106
- Ganderkesee • 226
- Garbsen • 203, 225f.
- Gifhorn • 130f., 225f.

- Gorleben • 138, 143, 145, 159f.
Goslar • 127, 131, 225
Göttingen • 27, 30, 40, 50, 53, 57, 59, 129f., 138, 144, 146f., 152-154, 156-158, 173, 179, 182-185, 224
Grafschaft Bentheim • 129f.
Georgsmarienhütte • 23, 116, 129
Hameln • 148, 185, 224
Handorf • 116
Hannover • 14, 24, 27, 29f., 36, 42, 44, 46-48, 50, 52f., 57-59, 78f., 88, 92, 102-104, 107, 110, 120, 129f., 144, 146-148, 150f., 153, 156f., 164f., 174, 178f., 182, 185-188, 198, 203, 211, 215f., 224f., 227
Harburg • 78, 110, 127, 130, 151
Harz • 102f., 153
Herzberg • 225
Hildesheim • 102-104, 109f., 112, 224-226
Hollenstedt • 87f.
Holzminden • 226
Klein Biewende • 92
Langenhagen • 226
Leer • 81, 226
Lingen • 174, 215
Lüneburg • 79, 88, 102-104, 107, 110, 116, 120, 130-133, 150f., 160, 224
Melle • 226
Meppen • 87f.
Munster • 226
Nienburg • 226
Nordhorn • 174, 178, 226
Northeim • 79, 226
Oldenburg • 44, 57, 78, 102f., 106, 109, 111, 128, 130f., 144, 151, 158, 169f., 174, 179, 182, 186, 224, 226
Osnabrück • 27, 30, 40, 42, 44, 58f., 87f., 129f., 170, 174, 179, 185, 224, 226
Osterholz • 104, 110, 151, 226
Osterode • 130
Ostfriesland • 102-104, 106, 109, 111
Papenburg • 226
Pattensen • 110
Peine • 44, 47, 112, 226
Quakenbrück • 226
Rätzlingen • 92

Rinteln • 78
Rosengarten • 130
Rotenburg • 78
Salzgitter • 44, 47, 59, 79, 103, 127, 224, 226
Schaumburg • 78, 102f., 147-149
Schneverdingen • 79, 102f., 105, 107, 109, 147, 151, 226
Schwanewede • 110
Seesen • 87f.
Seevetal • 78, 87f., 127
Soltau • 79, 104f.
Soltau-Fallingb. • 110, 133
Springe • 78
Stade • 72, 130f., 151, 224, 226
Stadtoldendorf • 226
Syke • 226
Tostedt • 79, 88, 102f., 109f., 224
Uelzen • 42, 79, 92, 150
Vechta • 44, 117
Verden • 72, 105, 226
Visselhövede • 78
Walsrode • 104, 224, 226
Wendland • 159, 161
Weser-Ems • 82
Westerstede • 226
Weyhe • 226
Wildeshausen • 226
Wilhelmshaven • 103f., 106, 129f., 182, 224
Wittmund • 104, 114
Wolfenbüttel • 92, 103, 131, 161, 226
Wolfsburg • 21, 30, 103, 130f., 224
Wunstorf • 78, 148, 226

Herausgeber:
Niedersächsisches Ministerium für Inneres, Sport
und Integration
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Lavesallee 6, 30169 Hannover
Telefon: 0511 120-6255
Fax: 0511 120-6555
E-Mail: pressestelle@mi.niedersachsen.de
Internet: www.mi.niedersachsen.de

Diese Broschüre darf, wie alle Broschüren
der Landesregierung, nicht zur Wahlwerbung
in Wahlkämpfen verwendet werden.

Herstellung: LGN, Hannover